66. Jahrgang / Heft 4 /Oktober 2018 ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Herausgegeben von
Helmut Altrichter, Horst Möller
Margit Szöllösi-Janze, Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Margit Reiter
Anton Reinthaller und die Anfänge der Freiheitlichen Partei Österreichs

Susanna Schrafstetter
Münchner Juden in Italien 1933 bis 1945

Nicolai Hannig
Georg Picht als Medienintellektueller

Bernd Rother
Die SPD und El Salvador 1979 bis 1985

Graduiertenkolleg und Kooperationsprojekt:
Wandel der Arbeitswelt – Ökonomische Transformationen, Gewerkschaften und soziale Ungleichheit seit den 1970er Jahren

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Institut für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR
Zeitgeschichte

4
18

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
herausgegeben von

Helmut Altrichter
Horst Möller
Margit Szöllösi-Janze
Andreas Wirsching

in Verbindung mit
Elizabeth Harvey, Hélène Miard-Delacroix,
Herfried Münkler und Alan E. Steinweis

Redaktion:
Magnus Brechtken, Johannes Hürter,
Thomas Raithel, Elke Seefried, Petra Weber
Chefredakteur: Jürgen Zarusky
Stellvertreter: Thomas Schlemmer
Lektorat und Büro: Mirella Kraska

66. Jahrgang Heft 4 Oktober 2018

De Gruyter Oldenbourg

Anschrift der Redaktion

Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstraße 46 b
80636 München
Tel. 089/1 26 88-0
Fax 089/1 26 88-191
E-Mail: vfz@ifz-muenchen.de

Online

www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/
Alle Beiträge seit 1953 stehen online und sind vollständig durchsuchbar, open access bis einschließlich 2012.
www.ifz-muenchen.de/vfz-archiv

Impressum

© 2018 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Alle den redaktionellen Teil der Zeitschrift betreffenden Zusendungen sind zu richten an: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 80636 München. Für den Inhalt verantwortlich: Professor Dr. Andreas Wirsching unter gleicher Anschrift.
Anzeigenverwaltung: Claudia Neumann, De Gruyter, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin, Germany. Tel.: +49 (0)30 260 05-358, Fax: +49 (0)30 260 05-264,
E-Mail: anzeigen@degruyter.com

Bezugsbedingungen
Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: € 59,80; Online-Abonnement € 49,–; Print- und Online-Abonnement € 72,–; Studentenabonnement: € 34,80; Vorzugsabonnement für Mitglieder historischer und politischer Fachverbände € 49,80; jeweils zuzüglich Jahresversandspesen: Inland: € 17,–/Ausland: € 28,00. Einzelheft: € 16,00 zuzüglich Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (zwei Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von € 34,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.
Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Satz: aprinta druck GmbH, Senefelderstr. 3-11, 86650 Wemding
Druck: Franz X. Stückle Druck und Verlag e.K., Ettenheim. Printed in Germany.

Inhalt

Margit Reiter
Anton Reinthaller und die Anfänge der Freiheitlichen Partei Österreichs . . . . . **539** Aufsätze
Der politische Werdegang eines Nationalsozialisten und die „Ehemaligen“ in der Zweiten Republik

Susanna Schrafstetter
Zwischen Skylla und Charybdis? **577**
Münchner Juden in Italien 1933 bis 1945

Nicolai Hannig
Georg Picht **617**
Strategien eines Medienintellektuellen in der westdeutschen Öffentlichkeit

Bernd Rother
Die SPD und El Salvador 1979 bis 1985 . . . . . **645**
Linke Politik im atlantischen Dreieck von Bundesrepublik, Zentralamerika und USA

Wandel der Arbeitswelt – Ökonomische Transformationen, Gewerkschaften und soziale Ungleichheit seit den 1970er Jahren . . . . . **685** Notiz
Ein Graduiertenkolleg als Kooperationsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte, des Zentrums für Zeithistorische Forschung und des Instituts für soziale Bewegungen

Dokumentation der Podiumsdiskussion „Wie nah ist uns die Zwischenkriegszeit? Geschichte und Aktualität demokratischer Staatsgründungen nach dem Ersten Weltkrieg“ **701** VfZ-Online

703 Rezensionen online

709 Abstracts

711 Autorinnen und Autoren

713 Hinweise

715 Jahresinhaltsverzeichnis 2018

Nach dem politischen Scheitern des Verbands der Unabhängigen, in dem sich zahlreiche ehemalige österreichische Nationalsozialisten organisiert hatten, entstand 1956 als neues Sammelbecken dieses Milieus die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). An ihrer Spitze stand der langjährige NS-Aktivist und ehemalige Unterstaatssekretär im Reichsernährungsministerium Anton Reinthaller. Margit Reiter analysiert, wie es dem einstigen nationalsozialistischen Multifunktionär nur elf Jahre nach dem Ende des NS-Regimes gelingen konnte, sich zum Gründungsvorsitzenden der FPÖ aufzuschwingen, der mit Bekenntnissen zu einer „Politik der Mitte" und Absagen an „jeden Extremismus" demokratische Zuverlässigkeit zu suggerieren versuchte.

Margit Reiter

Anton Reinthaller und die Anfänge der Freiheitlichen Partei Österreichs

Der politische Werdegang eines Nationalsozialisten und die „Ehemaligen" in der Zweiten Republik

I. Einleitung

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) wurde am 7. April 1956 offiziell gegründet. Parteigründer und erster FPÖ-Obmann war Anton Reinthaller, ein ehemaliger hochrangiger Nationalsozialist, der nach 1945 als nationale Galionsfigur der „Ehemaligen" in Österreich fungierte. Die FPÖ ging aus dem Verband der Unabhängigen (VdU) hervor, der als Sammel- und Auffangbecken von ehemaligen Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten galt und seit 1949 im Parlament vertreten war. Wie noch aufzuzeigen sein wird, wurde die Gründung der FPÖ von zeitgenössischen Beobachtern als Machtübernahme „durch einen kleinen Kreis von Rechtsextremisten und NS-Führern" bewertet und die neue Partei kurzerhand als „Reinthaller-Nazipartei" bezeichnet.[1] Diese (unterschiedlich motivierten) Zuschreibungen richteten sich nicht etwa gegen eine kleine rechtsextreme Gruppierung der Nachkriegszeit, sondern gegen eine der zentralen Parteien im österreichischen Parlament der Zweiten Republik, die bis heute die österreichische Innenpolitik maßgeblich prägt. Die FPÖ scheint sich ihrer problematischen Vor- und Frühgeschichte bewusst zu sein, denn bei ihrem 60-jährigen Gründungsjubiläum im Jahr 2016 wurden die Anfänge der Partei lediglich

[1] Oberösterreichisches Landesarchiv (künftig: OÖLA), NL Reinthaller, Verband der Unabhängigen (künftig: VdU) / Freiheitliche Partei Österreichs (künftig: FPÖ) IV, Erklärung von Herbert Kraus, 12.4.1956. Vgl. auch Volksstimme vom 1.11.1955: „Wahlbündnis der SPOe mit der Reinthaller-Nazipartei. Ein Schlag ins Gesicht der sozialistischen Arbeiter".

VfZ 66 (2018) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2018 DOI 10.1515/vfzg-2018-0033

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gestreift.[2] Nur die freiheitliche Landesgruppe in Oberösterreich, dem Herkunftsland von Reinthaller, ehrte in einem feierlichen Festakt den 1958 verstorbenen Parteigründer. Die Würdigung des ehemaligen NS-Ministers und SS-Brigadeführers blieb – abgesehen von einigen kritischen Stimmen[3] – in der breiten Öffentlichkeit ohne Resonanz.

Seit Ende 2017 ist die FPÖ eine Regierungspartei und somit unter besonderer Beobachtung, was ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus betrifft. Anfang 2018 wurde publik, dass in deutschnationalen Burschenschaften (in denen auch führende FPÖ-Funktionäre vertreten sind) Liederbücher mit antisemitischen Inhalten kursierten. Als Konsequenz daraus musste ein FPÖ-Spitzenkandidat bei der Landtagswahl in Niederösterreich zurücktreten, und FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache kündigte die Einrichtung einer „Historikerkommission" an, die die Geschichte der FPÖ aufarbeiten sollte. Diese „Historikerkommission" stieß aufgrund ihrer mangelnden Transparenz (es ist weder ihre personelle Zusammensetzung noch der konkrete Forschungsauftrag bekannt) in der *Scientific Community* auf fachliche Kritik.[4] Erste Ergebnisse der parteiinternen Aufarbeitung sind für Herbst 2018 angekündigt, und ein Endbericht soll Ende des Jahrs 2018 vorliegen.

Es ist in Österreich allgemein bekannt, dass in der FPÖ (wie schon in ihrer Vorgängerpartei, dem VdU) viele ehemalige Nationalsozialisten[5] politisch aktiv waren. Umso erstaunlicher ist es, wie gering bislang der Kenntnisstand über die konkreten Umstände der politischen Formierung von „Ehemaligen" in der „freiheitlichen Partei" in der Forschung und dementsprechend auch in der Öffentlichkeit ist. Die meisten Publikationen zur frühen Parteigeschichte des VdU und der FPÖ stammen aus dem FPÖ-nahen Umfeld und sind affirmativ und apologetisch angelegt.[6] Sie sind ebenso kritisch zu hinterfragen wie die retrospektiven

[2] Dazu verschiedene Medienartikel: www.fpoe.at/artikel/60-jahre-fpoe-freiheitliche-feiern-jubilaeum/; www.derstandard.at/2000034301747/60-Jahre-FPOe-Strache-laesst-sich-feiern; wien.orf.at/news/stories/2766890/. Vgl. auch das parteioffizielle Video: www.youtube.com/watch?v=UVS5lQozfkg. Alle Links wurden zuletzt am 4.5.2018 abgerufen.

[3] Vgl. www.rechtsdrall.com/2016/11/22/haimbuchner-ehrt-ss-brigadefuehrer/; www.heute.at/oesterreich/oberoesterreich/story/Wirbel-um-FP–Festakt-fuer-SS-Brigadefuehrer-19977923; www.heute.at/oesterreich/oberoesterreich/story/Will-FP–Festakt-fuer-Nazi-Fuehrer-vertuschen–30436970; www.nachrichten.at/oberoesterreich/innviertel/Mettmach-Aufregung-um-Ehrung-fuer-SS-Brigadefuehrer;art70,2411009. Alle Links wurden zuletzt am 4.5.2018 abgerufen.

[4] Vgl. Transparenz statt Diskretion! Stellungnahme am Österreichischen Zeitgeschichtetag 2018 an der Universität Wien zur sogenannten FPÖ-Historikerkommission, Wien 5.4.2018; www.openpetition.eu/at/petition/online/transparenz-statt-diskretion-fpoe-historikerkommission [4.5.2018].

[5] Bei den hier behandelten politischen Akteuren im Umfeld der FPÖ handelt es sich (fast) ausnahmslos um Männer, daher wird im Folgenden auf die geschlechterdifferenzierende Schreibweise verzichtet.

[6] Vgl. Kurt Piringer, Der VdU. Verband der Unabhängigen 1949–1955. Eine Dokumentation, Wien 1999; ders., Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982; Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz 1999, und Dieter Grillmayer, National und Liberal. Die Geschichte der Dritten Kraft in Österreich, Wien 2006.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Selbstdarstellungen einiger damaliger Akteure.[7] Die Kontinuitäten zum Nationalsozialismus werden in dieser Literatur entweder ausgeklammert oder stark verharmlost.[8] Während zur späteren FPÖ unter Jörg Haider bis zur Gegenwart eine Vielzahl von kritischen Arbeiten vorliegt,[9] gibt es bis heute keine quellenbasierte Studie zu den personellen und ideologischen NS-Kontinuitäten in der frühen FPÖ. Auch zu ihrem ersten Parteiobmann Reinthaller liegt, abgesehen von kurzen Porträtskizzen aus FPÖ-Perspektive[10] und zu einigen Teilaspekten,[11] noch keine umfassende Biografie vor. Der NS-Multifunktionär und Gründer einer der wichtigsten Parteien der Zweiten Republik Österreichs ist bis heute sowohl im wissenschaftlichen als auch öffentlichen Diskurs eine weitgehend unbekannte Größe.

Diese Forschungslücke soll mit dem vorliegenden Beitrag gefüllt werden.[12] Auf der Basis eigener Vorarbeiten über das „Ehemaligen"-Milieu und die politische Inklusion von ehemaligen Nationalsozialisten im VdU[13] wird im Folgenden die

[7] Vgl. Herbert Kraus, Untragbare Objektivität. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987, Wien/München 1988; Viktor Reimann, Die Dritte Kraft in Österreich, Wien 1980, und Fritz Stüber, Ich war Abgeordneter. Die Entstehung der freiheitlichen Opposition in Österreich, Graz/Stuttgart 1974.

[8] Vgl. Max E. Riedlsperger, The Lingering Shadow of Nazism. The Austrian Independent Party Movement since 1945, New York 1978, und Kurt Richard Luther, Zwischen unkritischer Selbstdarstellung und bedingungsloser externer Verurteilung. Nazivergangenheit, Antisemitismus und Holocaust im Schrifttum der Freiheitlichen Partei Österreichs, in: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hrsg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M./New York 1995, S. 138-167.

[9] Vgl. Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer, Die FPÖ. Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, in: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, bearb. von Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer, Wien 1993, S. 327-428; Christa Zöchling, Haider. Licht und Schatten einer Karriere, Wien 1999, und Hans-Henning Scharsach, Stille Machtergreifung. Hofer, Strache und die Burschenschaften, Wien 2017.

[10] Vgl. Lothar Höbelt, Anton Reinthaller, in: Manfried Welan/Gerhard Poschacher (Hrsg.), Von Figl bis Fischler. Bedeutende Absolventen der „BOKU" Wien, Graz/Stuttgart 2005, S. 165-169; Fritz Wolfram, Anton Reinthaller. Der erste Bundesobmann der Freiheitlichen Partei Österreichs, in: Freie Argumente 20 (1993), S. 66-68, und Kurt Piringer, Anton Reinthaller. Ein fester Charakter in stürmischer Zeit, in: Freie Argumente 22 (1995), S. 71 f.

[11] Vgl. Lothar Höbelt, Die „Aktion Reinthaller". „Ständestaat" und „nationale Opposition", in: Oberösterreich 1918–1938, hrsg. vom Oberösterreichischen Landesarchiv, Bd. 1, Linz 2014, S. 47-88; Heinz-Dietmar Schimanko, Der Fall Reinthaller. Das Strafverfahren gegen Anton Reinthaller vor dem Volksgericht, Wien 2017, und ders., Zum Strafverfahren gegen Anton Reinthaller vor dem Volksgericht, in: Gerald Brettner-Meßler u. a. (Hrsg.), Von Ferdinand III. bis Jörg Haider. Festschrift für Lothar Höbelt zum 50. Geburtstag, Wien 2006, S. 357-379.

[12] Der Beitrag basiert auf dem Projekt des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung: Antisemitismus nach der Shoah. Ideologische Kontinuitäten und politische Umorientierung im „Ehemaligen"-Milieu in Österreich 1945–1960 (P 27102–G16), unter der Projektleitung von Margit Reiter, gemeinsam mit Matthias Falter und Linda Erker. Vgl. dazu das Zeitgeschichte-Schwerpunktheft 44 (2017): Die „Ehemaligen". Politische Reorganisation und Reintegration von ehemaligen NationalsozialistInnen in Österreich nach 1945.

[13] Vgl. Margit Reiter, Die „Ehemaligen" nach 1945. Selbstpräsentationen, Antisemitismus und Antiamerikanismus, in: Lucile Dreidemy u. a. (Hrsg.), Bananen, Cola, Zeitgeschichte. Oliver

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Vor- und Frühgeschichte der FPÖ geschildert, wobei der Fokus vor allem auf Anton Reinthaller und dessen Rolle bei der politischen Formierung der „Ehemaligen" liegt. Einleitend werden zur Kontextualisierung die politischen Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume der von der Entnazifizierung betroffenen Nationalsozialisten nach 1945 in Österreich skizziert. Nach einem kurzen Überblick über die Entstehung des VdU, der als Vorgeschichte der FPÖ zu lesen ist, widmet sich der Beitrag dem Politiker Reinthaller, der in drei politischen Systemen aktiv war. Wer war Anton Reinthaller und welche NS-Karriere hat er vor und nach 1938 durchlaufen? Wie gestaltete sich sein politisches Leben nach 1945 und welchen Stellenwert nahm er im „Ehemaligen"-Milieu ein? Trotz der schwierigen Quellenlage[14] kann unter anderem auf der Basis des bisher noch unbearbeiteten Nachlasses von Reinthaller[15] die politische Karriere des FPÖ-Gründers von illegalen Nationalsozialisten im Austrofaschismus über seine Ernennung zum NS-Minister 1938 und seine zahlreichen Funktionen in der NS-Zeit bis hin zu seinem politischen Werdegang nach 1945 nachgezeichnet werden. Die im Nachlass enthaltenen Korrespondenzen, persönlichen Aufzeichnungen und Gerichtsakten ermöglichen nicht nur einen guten Einblick in den Binnendiskurs der „Ehemaligen" und die Netzwerke Reinthallers nach 1945, sondern lassen auch Rückschlüsse auf seine Haltung zum Nationalsozialismus, seine Gesinnung und seine nachträglichen Selbstpräsentationen zu. In einem abschließenden Kapitel geht es um den Einigungsprozess des nationalen Lagers bis hin zur Gründung der FPÖ 1955/56; dabei wird vor allem Reinthallers zentrale Rolle beleuchtet. Der Beitrag verknüpft politische Organisationsgeschichte mit einem biografischen Ansatz. Ziel des Beitrags ist es, sowohl die Anfänge der FPÖ mit dem Fokus auf ideologische und personelle NS-Kontinuitäten in ihren Grundzügen aufzuzeigen als auch Anton Reinthaller als politischen Akteur vorzustellen und an seinem Beispiel einen bisher in der Forschung noch wenig beachteten, „spezifisch österreichischen" Tätertypus vorzustellen.

II. Die politische Reorganisation von „Ehemaligen" nach 1945

Das Jahr 1945 stand in Österreich unter dem Zeichen des demokratischen Neuanfangs. Die Abgrenzung vom Nationalsozialismus und das Bekenntnis zu einem

Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert, Bd. 1, Köln/Wien/Weimar 2015, S. 575-589, und Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger Nationalsozialisten im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte 44 (2017), S. 143-159.

[14] Der Zugang zu den Parteiarchiven der FPÖ wurde mir trotz mehrmaliger Ansuchen leider nicht gewährt.

[15] Der Nachlass Reinthaller im OÖLA war zum Zeitpunkt meiner Recherchen 2015/16 nur grob vorgeordnet und wurde bisher noch nicht wissenschaftlich ausgewertet. Für die Möglichkeit zur uneingeschränkten Einsicht in diesen wichtigen Bestand möchte ich mich bei den zuständigen Mitarbeitern des OÖLA herzlich bedanken. Einige Dokumente aus dem Nachlass wurden auszugsweise in eine Edition zum VdU aufgenommen; vgl. Lothar Höbelt (Hrsg.), Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948–1955, Köln/Wien/Weimar 2015.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

selbständigen Österreich und einer demokratischen Staatsordnung gehörten zu den Grundpfeilern der Zweiten Republik. Die ehemals verfeindeten politischen Gegner, Sozialdemokraten und Christlichsoziale beschlossen über alle politischen Gräben hinweg, den demokratischen Wiederaufbau in Angriff zu nehmen.[16] Nach den ersten freien Wahlen im November 1945 (Österreichische Volkspartei/ÖVP 85 Mandate, Sozialistische Partei Österreichs/SPÖ 75 Mandate, Kommunistische Partei Österreichs/KPÖ vier Mandate) kam es zur Bildung einer Koalition zwischen den beiden großen Parteien ÖVP und SPÖ, die die Politik der folgenden Jahrzehnte maßgeblich prägte.

Sofort nach Kriegsende wurden die gesetzlichen Grundlagen für die Entnazifizierung geschaffen: zum einen das Verbotsgesetz,[17] das die sofortige Auflösung der NSDAP, die Aufhebung aller NS-Gesetze, das Verbot künftiger NS-Aktivitäten sowie die Entfernung der politischen NS-Eliten aus wichtigen Positionen in Staat und Wirtschaft vorsah, zum anderen das Kriegsverbrechergesetz (KVG)[18] als Basis zur strafrechtlichen Ahndung von NS-Verbrechen. Das Verbotsgesetz sah die Registrierung aller eingeschriebenen NSDAP-Mitglieder sowie gestaffelte Straf- und Sühnemaßnahmen vor, die von den eigens dafür geschaffenen „Volksgerichten" festgelegt wurden. Ein Spezifikum der Entnazifizierung in Österreich war, dass sie bereits sehr früh im Verantwortungsbereich der österreichischen Regierung lag. Als Hauptkriterium galt dabei zunächst das Datum des NSDAP-Beitritts.[19] Demnach sollten die „Illegalen", das heißt jene circa 100.000 österreichischen Nationalsozialisten, die der NSDAP bereits vor 1938 beigetreten und nach ihrem Verbot 1933 weiterhin politisch aktiv gewesen waren, besonders hart bestraft werden. Im Entnazifizierungsgesetz von 1947 wurde das Kriterium des Beitrittsdatums durch die neuen Kategorien „belastet" und „minderbelastet" abgelöst, wobei sich der Kreis der „Belasteten" durch mehrere Amnestien bereits ab 1948 drastisch verkleinerte. Die Strafen der meisten Betroffenen liefen zu Beginn der 1950er Jahre aus, oder sie profitierten von Begnadigungen. 1957 wurde der endgültige Schlussstrich unter die Entnazifizierung gezogen.

Das Kriegsende von 1945 bedeutete für überzeugte Nationalsozialisten einen realen und ideellen Zusammenbruch, auf den sie unterschiedlich reagierten. Vor allem hochrangige NS-Funktionäre sowie Mitglieder der SS, SA oder Gestapo mussten davon ausgehen, dass sie bereits auf Fahndungslisten der Alliierten stan-

[16] Vgl. Anton Pelinka, Österreich – Fremdbestimmung und Selbstzerstörung. Die lange Suche nach der – nach einer – Identität, in: VfZ 66 (2018), S. 309-316.

[17] Vgl. Verfassungsgesetz vom 8.5.1945 über das Verbot der NSDAP, in: Staatsgesetzblatt (künftig: StGBl.) Nr. 13/1945; www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_13_0/1945_13_0.pdf [21.6.2018].

[18] Vgl. Verfassungsgesetz vom 26.6.1945 über Kriegsverbrechen und andere nationalsozialistische Untaten (Kriegsverbrechergesetz), in: StGBl. Nr. 32/1945; www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_32_0/1945_32_0.pdf [21.6.2018].

[19] Zur Entnazifizierung allgemein vgl. Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien/München/Zürich 1981; Sebastian Meissl/Klaus-Dieter Mulley/Oliver Rathkolb (Hrsg.), Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich, 1945–1955, Wien 1986, und Walter Schuster/Wolfgang Weber (Hrsg.), Entnazifizierung im regionalen Vergleich, Linz 2004.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

den und nicht ungeschoren davonkommen würden. Besonders fanatische Nationalsozialisten entzogen sich ihrer Verantwortung durch Selbstmord, wobei sie auch manchmal ihre Familie mit in den Tod rissen. Viele NS-Täter wie etwa Adolf Eichmann, Franz Stangl und Alois Brunner entzogen sich der strafrechtlichen Verfolgung durch Flucht ins Ausland und Identitätswechsel.[20] So floh beispielsweise der steirische Gauleiter Sigfried Uiberreither, der noch kurz vor Kriegsende Durchhaltereden geschwungen hatte, nach Deutschland und lebte dort bis zu seinem Tod 1984 unbehelligt unter falschem Namen.[21] Viele ostösterreichische NS-Funktionäre setzten sich gegen Kriegsende aus Angst vor der sowjetischen Armee in die amerikanische Besatzungszone im Westen Österreichs ab (vor allem nach Salzburg und Oberösterreich), wo es wenige Jahre nach Kriegsende auch zur politischen Reorganisation der „Ehemaligen" kommen sollte. Ein Teil der ehemaligen NS-Funktionsträger wurde von den Alliierten mittels *automatic arrest* in zwei großen Internierungslagern, dem amerikanischen Lager Marcus W. Orr in Salzburg (bekannt als Lager „Glasenbach") und dem britischen Lager in Wolfsberg (Kärnten) interniert.[22]

Diese spezifischen Nachkriegserfahrungen hatten eine starke identitätsstiftende Funktion für viele ehemalige Nationalsozialisten, die nach 1945 eine unverbrüchliche Gesinnungs- und Erinnerungsgemeinschaft bildeten und in Österreich gemeinhin als die „Ehemaligen" bezeichnet wurden und werden.[23] Damit sind all jene gemeint, die die nationalsozialistische Ideologie geteilt, das NS-System aktiv unterstützt und mitgetragen haben und die vor allem auch nach 1945 ihren Überzeugungen im Großen und Ganzen treu geblieben sind.[24] Genau genommen stellt diese Bezeichnung einen Widerspruch in sich dar, denn es handelte sich nicht um ehemalige, sondern um immer noch überzeugte Nationalsozialisten. Diese „Ehemaligen" bewegten sich nach dem Kriegsende oft in einem gemeinsamen, männlich dominierten, sozialen und politischen Milieu, das ein Gegengedächtnis zum offiziellen österreichpatriotischen Geschichtsverständnis

[20] Vgl. Gerald Steinacher, Nazis auf der Flucht. Wie Kriegsverbrecher über Italien nach Übersee entkamen, Frankfurt a. M. 2014.

[21] Vgl. Martin F. Polaschek, Im Namen der Republik Österreich! Die Volksgerichte in der Steiermark 1945 bis 1955, Graz 1998, S. 78 f.

[22] Vgl. Wilhelm Svoboda, „...vorbehaltlos meine Pflicht erfüllt". Das Internierungslager Glasenbach (Camp „Marcus W. Orr"), in: Zeitgeschichte 22 (1995), S. 3-29; Oskar Dohle/Peter Eigelsberger, Camp Marcus W. Orr. „Glasenbach" als Internierungslager nach 1945, Linz/Salzburg 2009, und Gabriela Stieber, Die Briten als Besatzungsmacht in Kärnten 1945–1955, Klagenfurt 2005.

[23] Vgl. Reiter, Ehemalige, in: Dreidemy u. a. (Hrsg.), Oliver Rathkolb, Bd. 1.

[24] Der Kern der „Ehemaligen" speiste sich aus dem heterogenen Reservoir österreichischer NS-Unterstützer und Mittäter; vgl. dazu Dirk Hänisch, Die österreichischen NSDAP-Wähler. Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils, Wien/Köln/Weimar 1998, und Gerhard Jagschitz, Von der „Bewegung" zum Apparat. Zur Phänomenologie der NSDAP 1938 bis 1945, in: Emmerich Tálos u. a. (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2000, S. 88-122.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

herausbildete.[25] Die über Jahrzehnte wirksame „Opferthese", der zur Folge Österreich das „erste Opfer Hitlers" war und die den Nationalsozialismus externalisierte, lehnten die „Ehemaligen" strikt ab, da sie mit ihren Erfahrungen und Überzeugungen vor und nach dem „Anschluss" 1938 nicht übereinstimmte. Sie sahen sich keineswegs als „Opfer" des Nationalsozialismus, sondern ihre Selbstviktimisierungen bezogen sich vielmehr auf die Zeit nach dem „Zusammenbruch". Sie beklagten den Verlust ihrer politischen Ideale und Machtpositionen, ihre soziale Deklassierung und stilisierten sich als „Opfer" der Entnazifizierung, womit auch sie sich letztendlich in das allumfassende österreichische „Opferkollektiv" einklinkten. Dieses „Ehemaligen"-Milieu bildete die personelle und ideologische Basis für die spätere FPÖ, die als politische Repräsentantin dieser nationalen Kernklientel fungierte.

Unmittelbar nach Kriegsende war an eine politische Reorganisierung allerdings nicht zu denken, und ein Teil der früheren überzeugten Nationalsozialisten zog sich (vorerst) enttäuscht in die politische Enthaltsamkeit zurück. Andere wiederum arrangierten sich relativ schnell mit den neuen Gegebenheiten und fanden in den Großparteien ÖVP und SPÖ ihre neue politische Heimat, die sie bereitwillig in ihren Reihen aufnahmen.[26] Viele „Ehemalige" grenzten sich von diesen anpassungsbereiten „Opportunisten" jedoch strikt ab und wollten sich selbst politisch organisieren. Erste Ansätze zur Reorganisation in rechten Kleinparteien, wie zum Beispiel der 1947 gegründeten Verfassungstreuen Vereinigung, blieben erfolglos.[27] Ende der 1940er Jahre wurden neuerlich Pläne für eine österreichweite „vierte Partei" (jenseits der zwei alles dominierenden Großparteien ÖVP und SPÖ und der politisch wenig relevanten KPÖ) geschmiedet. Als Befürworter einer neuen Partei exponierten sich einflussreiche Vertreter von Wirtschaft und Presse in Salzburg, allen voran der Journalist Herbert Kraus, der in seiner Zeitschrift *Berichte und Informationen* schon früh die Chancen einer „vierten Partei" auslotete und ihre Notwendigkeit nun propagierte.[28] Im Frühjahr 1949, ein halbes

[25] Vgl. Margit Reiter, Die Generation danach. Der Nationalsozialismus im Familiengedächtnis, Innsbruck/Wien/Bozen 2006, S. 53-57.

[26] Zur SPÖ vgl. Maria Mesner (Hrsg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, Wien/München 2005, und Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien 2005. Zur ÖVP vgl. Michael Wladika, Zur Repräsentanz von Politikern und Mandataren mit NS-Vergangenheit in der österreichischen Volkspartei 1945–1980, Wien 2018; www.kvvi.at/images/projekt2018.pdf [21.6.2018]; Matthias Falter, Zwischen Kooperation und Konkurrenz. Die „Ehemaligen" und die Österreichische Volkspartei, in: Zeitgeschichte 44 (2017), S. 160-174, und Hendrik Schäfer, ÖVP, CDU/CSU und der Rechtsextremismus der Nachkriegszeit (1945–57). Ein Vergleich der Entwicklung in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland, München 2005.

[27] Vgl. Peter Autengruber, Kleinparteien in Österreich 1945 bis 1966, Innsbruck 1997, und Reiter, Inklusion, S. 143 f.

[28] Exemplarisch dafür vgl. Berichte und Informationen (BuI) vom 31.5.1946: „Das Problem einer neuen Partei"; vom 22.8.1947: „Die Mißstände in unserem Parteiwesen", und vom 26.11.1948: „Die möglichen Wege einer vierten Partei".

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Jahr vor den anstehenden Nationalratswahlen, gründeten Kraus und sein politischer Mitstreiter Viktor Reimann den Wahlverband der Unabhängigen (WdU beziehungsweise VdU).[29] Die neue Partei verstand sich zum einen als Gegengewicht zur großen Koalition von ÖVP und SPÖ und den ihr zugeschriebenen Missständen (Proporz, Bürokratie, Korruption) zum anderen als Fürsprecher für die von der Entnazifizierung betroffenen Nationalsozialisten, für die sie sich vehement einsetzte.[30] In seiner Autobiografie begründete Kraus sein politisches Engagement damit, dass er von „diesen enttäuschten, orientierungslosen Menschen" bestürmt und nach „neuen politischen Zielen, nach gesunden Idealen und Grundsätzen" gefragt worden sei. Deshalb sei er zu dem Schluss gekommen, dass man die „falschen Thesen des überwundenen Regimes ausmerzen" müsse, ohne aber den „fehlgeleiteten Idealismus und Opferwillen [...] und Kameradschaftsgeist mit[zu]verurteilen" und ohne den „Faden der eingewurzelten nationalen Traditionen Österreichs einfach ab[zu]schneiden".[31] Der VdU wollte einen „dicken Strich unter die Vergangenheit" ziehen und die pauschal als „Entrechtete" und „Bürger zweiter Klasse" viktimisierten Nationalsozialisten in den demokratischen Prozess eingliedern.[32] Dass diese sich von den Versprechungen durchaus angesprochen fühlten, zeigte sich bei den Wahlen im Oktober 1949, bei denen die mittlerweile entnazifizierten und von allen Parteien heftig umworbenen Nationalsozialisten erstmals wieder wählen durften: Der VdU erhielt auf Anhieb 11,7 Prozent und zog mit 16 Abgeordneten in das österreichische Parlament ein.[33]

Die personelle und ideologische Zusammensetzung der neuen Partei war heterogen. Neben den VdU-Gründern Kraus und Reimann, die als „Liberale" und NS-Gegner galten[34] und einigen wirtschaftsliberalen und konservativ-monarchistischen Personen waren im VdU auch viele „Nationale" unterschiedlicher Herkunft und Ausprägung vertreten: alte deutschnationale Politiker des Landbunds und der Großdeutschen Volkspartei, viele mittlerweile als „minderbelas-

[29] Die offizielle Benennung als Wahlverband war eine rechtliche Konstruktion, mit der man den Status einer von den Alliierten zu genehmigenden Partei umgehen wollte. Zur Gründung des VdU vgl. Höbelt, Vierte Partei; ders. (Hrsg.), Aufstieg und Fall, und Riedlsperger, Lingering Shadow, S. 39-74.

[30] Vgl. BuI vom 20.12.1946: „Versöhnung"; vom 21.2.1947: „Das Nationalsozialistengesetz. Will man durch ein hochgefährliches Gesetz den Staatsvertrag erkaufen?"; Salzburger Nachrichten vom 4.6.1947: „Überzeugung" (Viktor Reimann), und Die Neue Front vom 8.4.1949: „Die versäumte Revolution" (Viktor Reimann). Noch 1980 bezeichnete Viktor Reimann (Dritte Kraft, S. 10) das Entnazifizierungsgesetz von 1947 als das „grausamste Gesetz nach den Nürnberger Rassegesetzen".

[31] Kraus, Objektivität, S. 189.

[32] Die Neue Front vom 25.2.1949: „Die Ziele unseres Verbandes".

[33] Der Kampf für eine Rehabilitierung der „Ehemaligen" zählte in den Folgejahren zur Hauptagenda des VdU im Parlament; vgl. Siegried Göllner, Die politischen Diskurse zur „Entnazifizierung", „Causa Waldheim" und „EU-Sanktionen". Opfernarrative und Geschichtsbilder in Nationalratsdebatten, Hamburg 2009, und Brigitte Bailer, Wiedergutmachung kein Thema. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus, Wien 1993.

[34] Kritisch zu diesen (Selbst-)Zuschreibungen vgl. Reiter, Inklusion, S. 146 f., und die unveröffentlichte Diplomarbeit von Brigitte Behal, Dr. Viktor Reimann 1915–1996. Historiker, Politiker, Publizist, Wien 2005.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tet“ eingestufte ehemalige NS-Funktionäre sowie politisch heimatlos gewordene „Heimkehrer“ und „Volksdeutsche“. Alle rhetorischen Abgrenzungen vom Nationalsozialismus konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass im VdU viele Nationalsozialisten, die sowohl von ihrer Funktion als auch von ihrer Gesinnung her als „belastet“ einzustufen sind, vertreten waren.[35]

Schon bald nach dem Einzug ins Parlament brachen die immanenten Konflikte im VdU auf und führten zur Erosion des ohnehin sehr fragilen innerparteilichen Machtgefüges. Mehrere Skandale wegen „neonazistischer Umtriebe“ einzelner Funktionäre brachten den VdU bis an den Rand des Verbots.[36] Nach schmerzhaften Wahlverlusten 1953 nahm die Kritik nationaler Kreise an der als zu angepasst geltenden VdU-Führung zu.[37] Die unzufriedenen und zunehmend selbstbewusst auftretenden „Nationalen“ inner- und außerhalb des VdU sammelten sich um den ehemaligen NS-Minister Anton Reinthaller, der nach seiner Begnadigung 1953 zur nationalen Galionsfigur im „Ehemaligen“-Milieu avancierte.

III. Die NS-Karriere von Anton Reinthaller vor und nach dem „Anschluss“ 1938

Anton Reinthaller wurde am 14. April 1895 als Sohn eines Landwirt- und Kleinbrauereibesitzers in Mettmach in Oberösterreich geboren. Er nahm als Soldat am Ersten Weltkrieg teil, wo er 1916 in russische Kriegsgefangenschaft geriet, in der er bis 1918 verblieb. Nach Ende des Kriegs nahm er ein Studium der Forstwirtschaft an der Hochschule für Bodenkultur in Wien auf, das er 1922 als Ingenieur der Forsttechnik abschloss.[38] In dieser Zeit wurde er auch Mitglied der Akademischen Landsmannschaft der Salzburger.[39] Anschließend war Reinthaller unter anderem als Vertragsbeamter der oberösterreichischen Landesregierung in der Wildbach- und Lawinenverbauung tätig und zudem Besitzer zweier Bauernhöfe in Oberösterreich.

Politisch war Reinthaller bereits früh im deutschnationalen beziehungsweise nationalsozialistischen Milieu der Zwischenkriegszeit verankert. Sein NSDAP-Beitritt erfolgte am 23. April 1928, was ihm die niedrige Mitgliedsnummer 83.421

[35] Vgl. Reiter, Inklusion, S. 147-149. Schätzungen gehen von einem Anteil von 60 Prozent ehemaligen Nationalsozialisten im VdU aus; vgl. Riedlsperger, Lingering Shadow, S. 45.

[36] Exemplarisch dafür steht der „Fall Gottlob“. Der von der NS-Propaganda gefeierte Jagdflieger wurde 1950 wegen seiner Teilnahme an völkischen Veranstaltungen vorübergehend ausgeschlossen wurde; dazu das Konvolut „Der Fall Gordon Gollob“ in: Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), NL Karl Hartleb, Karton 1, Mappe Persönliches, und Karton 16, Mappe VdU, 1946–1951.

[37] Ausführlicher dazu vgl. Piringer, VdU, S. 81-106, und Höbelt, Vierte Partei, S. 139-178.

[38] Die Hochschule für Bodenkultur war in der Zwischenkriegszeit eine Hochburg der deutschnationalen Studenten- und Professorenschaft, die einen ungezügelten verbalen Antisemitismus, aggressiven Antimarxismus und eine Verherrlichung des Ersten Weltkriegs propagierten; vgl. dazu Paulus Ebner, Politik und Hochschule. Die Hochschule für Bodenkultur 1914–1955, Wien 2002.

[39] Vgl. Höbelt, Reinthaller, in: Welan/Poschacher (Hrsg.), Figl bis Fischler, S. 165.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

einbrachte.[40] 1924 hatte er Therese Ritzberger-Oehn, Tochter eines großdeutschen Politikers und Großbauern am Attersee, geheiratet, die ebenfalls eine frühe Nationalsozialistin (Nr. 86.299) war. Reinthaller leitete die von ihm gegründete NSDAP-Ortsgruppe Attersee, übernahm die Gauleitung für Oberösterreich und war zudem Mitglied in der NSDAP-Landesleitung Österreich sowie als Kreispropagandaleiter, Gauredner und Führer der illegalen NS-Bauernschaft in Österreich tätig.[41] Reinthaller wird allgemein als „gemäßigter" Nationalsozialist eingestuft, was auf seine Positionierung in der Zeit vor 1938 zurückzuführen ist. Er gehörte jenem Flügel in der illegalen NSDAP an, der einen „evolutionären" Kurs befürwortete und auf legalem Wege an die Macht kommen wollte. Demnach sollte das Dollfuß/Schuschnigg-Regime nicht durch Terror und einen Staatsstreich gestürzt, sondern der Staatsapparat von „betont Nationalen" unterwandert und das Regime von innen heraus unterminiert werden. Reinthaller geriet deshalb in Konflikt mit dem weitaus radikaleren NSDAP-Führer Theo Habicht, der für eine gewaltsame Machtübernahme in Österreich eintrat.[42] Diese innerparteilichen Konflikte und Konkurrenzen sollten jedoch nicht überbewertet werden, denn die zwei Parteiflügel verfolgten zwar unterschiedliche Strategien und Methoden, doch das Ziel war letztendlich das gleiche: die nationalsozialistische Machtergreifung und der „Anschluss" Österreichs an Deutschland.

Die austrofaschistische Regierung verfolgte gegenüber den Nationalsozialisten eine ambivalente Strategie zwischen „Befriedung und Konfrontation".[43] Auf deren zunehmende Radikalisierung und unzählige Terroraktionen reagierte sie einerseits mit Repressionen, die von Einschränkungen in der Organisations- und Bewegungsfreiheit über Verhaftungen und Landesverweisen von bekannten Nationalsozialisten (wie beispielsweise Habicht, der nach Bayern abgeschoben wurde) bis hin zum Parteiverbot am 19. Juni 1933 reichten.[44] Andererseits versuchte sie, mit „gemäßigten" Nationalsozialisten ins Gespräch zu kommen, mit dem Ziel, den zunehmenden NS-Terror einzudämmen und die illegale NSDAP nach dem Prinzip divide et impera zu spalten.

Nach dem Verbot der NSDAP bot sich Reinthaller als einer der wenigen nicht nach Deutschland geflohenen (oder ausgewiesenen) führenden Nationalsozia-

[40] Über einige Details seiner Aktivitäten und Mitgliedschaften kursieren abweichende Angaben. Fallweise wird sein NSDAP-Beitritt mit 1923 oder 1930 angegeben und auch eine Mitgliedschaft im Landbund und in der SA erwähnt; vgl. Reinthaller Dipl.-Ing. Anton, in: Harry Slapnicka, Oberösterreich – Die politische Führungsschicht. 1918 bis 1938, Linz 1976, S. 217-219, hier S. 218; vgl. auch Angaben zu Reinthaller in der Biografischen Datenbank des Oberösterreichischen Landesarchivs; hierzu die allgemeine Suchmaske: www.landesarchiv-ooe.at/was_bgd_DEU_HTML.htm [16.7.2018].

[41] Wiener Stadt- und Landesarchiv, A1-Gauakten, Personalakten des Gaus Wien, Anton Reinthaller, und Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Inneres, Gauakt Anton Reinthaller (77.246).

[42] Zu den Machtkämpfen in der (illegalen) NSDAP vor 1938 vgl. Bruce Pauley, Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988.

[43] Vgl. Emmerich Tálos, Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933–1938, Wien 2013, S. 52-57.

[44] Vgl. Pauley, Weg in den Nationalsozialismus, S. 105-122.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

listen als idealer Vermittler an. Er bewegte sich in einem Kreis von nationalen Honoratioren, die zu einer Verständigung mit dem austrofaschistischen Regime bereit waren, nicht zuletzt, weil es ideologische Übereinstimmungen gab und dies zugleich Zugänge für ihre Strategie der systematischen Unterhöhlung des Regimes eröffnete. Zugleich hofften sie, damit ihre Position innerhalb des nationalen Lagers zu stärken und im Falle ihres Gelingens die Führung in der österreichischen NSDAP zu übernehmen.[45] Als Bauernfunktionär hatte Reinthaller immer gute Kontakte zur Christlichsozialen Partei gepflegt und war federführend an mehreren sogenannten Befriedungsaktionen zwischen den österreichischen Nationalsozialisten und dem austrofaschistischen Regime beteiligt gewesen.[46] Bereits im November 1933 hatte Reinthaller erstmals Kontakt mit dem damaligen Unterrichtsminister Kurt Schuschnigg, doch dieser Versuchsballon war nach einer großangelegten Verhaftungsaktion der Regierung geplatzt.[47] Viele illegale Nationalsozialisten wurden damals zur Abschreckung in Anhaltelagern interniert, darunter auch Reinthaller, der vom 17. Januar bis 21. April 1934 im Lager Kaisersteinbruch einsaß. Reinthallers parteiintern nicht unumstrittene Aktivitäten führten dazu, dass ihn sein Konkurrent Habicht (der mittlerweile von München aus die Fäden zog) aus der Partei ausschloss. Die Begründung lautete, dass er „hinter dem Rücken der Landesleitung und in offener Ablehnung gegen deren Politik" Verhandlungen mit der Dollfuß-Regierung geführt und innerhalb der österreichischen NSDAP eine „separatistische Bewegung" organisiert habe.[48]

Davon unbeeindruckt setzte Reinthaller nach seiner Freilassung seine Verhandlungen mit der Regierung fort und startete im Sommer 1934 die nach ihm benannte „Aktion Reinthaller". An den Gesprächen waren neben ihm die ehemaligen großdeutschen Politiker Franz Langoth und Hermann Foppa sowie Franz Hueber, der Schwager von Hermann Göring und spätere Justizminister im Kabinett Seyß-Inquart, beteiligt. Auch Ernst Kaltenbrunner, den Reinthaller im Anhaltelager Kaisersteinbruch kennengelernt hatte und der 1934 als sein „Sekretär" fungierte, vertrat den evolutionären Kurs und war in die Verhandlungen involviert.[49] Auf der Regierungsseite standen ihnen Kanzler Engelbert Dollfuß, Schuschnigg und Handelsminister Friedrich Stockinger gegenüber. Als zentrale

[45] Vgl. Thomas Dostal, Das „braune Netzwerk" in Linz, in: Fritz Mayrhofer/Walter Schuster (Hrsg.), Nationalsozialismus in Linz, Bd. 1, Linz 2001, S. 21-136, hier S. 79 f.

[46] Vgl. Höbelt, Aktion Reinthaller, in: Oberösterreich 1918–1938; Dostal, Braunes Netzwerk, in: Mayrhofer/Schuster (Hrsg.), Nationalsozialismus, Bd. 1, S. 79-83, und Pauley, Weg in den Nationalsozialismus, S. 146-148.

[47] Vgl. Höbelt, Aktion Reinthaller, in: Oberösterreich 1918–1938, S. 50 f.

[48] OÖLA, Bestand Sammlungen und Nachlässe 2, Materialien zu NS-Biographien, Schachtel 11, Reinthaller, Schreiben von Theo Habicht an Flüchtlingshilfswerk der NSDAP, Mitgliedschaftsamt, 25.3.1937. Reinthaller hat nach 1945 bei seinem Prozess diesen Parteiausschluss zu seinen Gunsten angeführt und teilweise sogar von bis zu fünf Parteiausschlüssen gesprochen, die sich allerdings quellenmäßig nicht belegen lassen; vgl. Hellmut Butterweck, Nationalsozialisten vor dem Volksgericht Wien. Österreichs Ringen um Gerechtigkeit 1945–1955 in der zeitgenössischen Wahrnehmung, Innsbruck 2016, S. 667.

[49] Vgl. Peter Black, Ernst Kaltenbrunner. Vasall Himmlers – Eine SS-Karriere, Paderborn 1991, S. 89-93.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Vermittler fungierten der oberösterreichische Landeshauptmann Heinrich Gleißner und der oberösterreichische Heimwehrführer und Sicherheitsdirektor Peter Revertera-Salandra, die Reinthaller beide persönlich kannte.

Am Juliputsch, dem nationalsozialistischen Umsturzversuch am 25. Juli 1934,[50] war Reinthaller nicht beteiligt, sondern seiner Darstellung nach davon vollkommen überrascht worden: Er war gerade in einer Vermittlungsaktion im Zug nach Deutschland unterwegs, als er vom Putschversuch und der Ermordung von Dollfuß erfuhr. Er habe daraufhin sofort seine Mission abgebrochen, doch Schuschnigg habe ihn veranlasst, weiter „im Sinne einer inneren Befriedung" tätig zu werden.[51] Der gescheiterte Juliputsch bedeutete das endgültige Umschwenken von Hitlers Österreich-Politik auf einen evolutionären Kurs, der vom neu eingesetzten deutschen Gesandten in Österreich Franz von Papen unterstützt wurde.[52] Mit dieser Rückendeckung aus Deutschland wurden in der ersten Augusthälfte 1934 die unterbrochenen Gespräche Reinthallers mit dem Dollfuß-Nachfolger Schuschnigg fortgesetzt.

Die „Aktion Reinthaller" sah die Überführung des gesamten nationalen Lagers in die als Einheitspartei konzipierte Vaterländische Front (VF) vor. Zu diesem Zweck entwickelte Reinthaller einen Stufenplan, der unter anderem die Einstellung der Verfolgung von Nationalsozialisten, die sofortige Freilassung aller Inhaftierten, die Integration von „Nationalen" auf allen Ebenen sowie deren geschlossenen Eintritt in die VF und den Aufbau eines eigenen Wehrverbands vorsah.[53] Als Gegenleistung stellte man die Beendigung des nationalsozialistischen Terrors und einen Ausgleich mit Deutschland, vor allem die Aufhebung der Tausend-Mark-Sperre,[54] in Aussicht. Voraussetzung für die angestrebte Eingliederung in die VF war ein grundsätzliches Bekenntnis zum Staat Österreich, wozu zumindest Reinthaller und seine Vertrauensleute bereit waren.[55] Für Kanzler Schuschnigg waren die überzogenen Forderungen der Nationalsozialisten nicht annehmbar,

[50] Vgl. Kurt Bauer, Hitlers zweiter Putsch. Dollfuß, die Nazis und der 25. Juli 1934, St. Pölten/Salzburg/Wien 2014, und Hans Schafranek, Sommerfest mit Preisschießen. Die unbekannte Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934, Wien 2006.

[51] Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig: IfZ-Archiv), ZS 1348, Reinthaller, Interrogation Nr. 682, 5.2.1947, S. 4 f.

[52] Vgl. Dostal, Braunes Netzwerk, in: Mayrhofer/Schuster (Hrsg.), Nationalsozialismus, Bd. 1, S. 73.

[53] Unüberbrückbare Differenzen ergaben sich in der Frage über das genaue Procedere: Während Reinthaller einen korporierten Beitritt der Nationalsozialisten in die Vaterländische Front vorsah, beharrte die Regierung auf Einzelbeitritten, was von der NSDAP-Landesleitung Österreich abgelehnt wurde; vgl. Dostal, Braunes Netzwerk, in: Mayrhofer/Schuster (Hrsg.), Nationalsozialismus, Bd. 1, S. 80 f., und Höbelt, Aktion Reinthaller, in: Oberösterreich 1918–1938, S. 56 f.

[54] Darunter ist eine Wirtschaftssanktion zu verstehen, die das Deutsche Reich im Mai 1933 gegen Österreich verhängte, um die stark vom Tourismus abhängige österreichische Wirtschaft zu schwächen. Seit dem 1. Juli 1933 mussten deutsche Staatsbürger eine Gebühr von 1.000 Reichsmark entrichten, wenn sie die Grenze zu Österreich überschritten.

[55] Vgl. Höbelt, Aktion Reinthaller, in: Oberösterreich 1918–1938, S. 58.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

da sie einer Kapitulation gleichgekommen wären. Daher unterband er im Oktober 1934 per Erlass alle entsprechenden Verhandlungen.[56]

Obwohl die „Aktion Reinthaller" damit gescheitert war, unternahm ihr Urheber schon bald neue Initiativen zur „Befriedung", wobei sich der Schwerpunkt nun auf die Länderebene verlagerte.[57] Da die Regierung ebenfalls nicht an einem endgültigen Bruch interessiert war, kam es 1935 auf unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlichen Beteiligten zu weiteren Gesprächen. Die grundsätzliche Verständigungsbereitschaft wurde Anfang März 1936 durch eine neuerliche Verhaftungswelle zunichtegemacht, die auch Reinthaller und Langoth erfasste, welche mangels Beweisen jedoch gleich wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Am Juliabkommen der österreichischen Regierung mit Hitler vom 11. Juli 1936[58] war Reinthaller nicht beteiligt, aber er begrüßte dieses, weil dessen Eckpfeiler – die Aufhebung der Tausend-Mark-Sperre und die Freilassung der politischen Häftlinge – seinen Forderungen von 1934 entsprachen.[59] Mittlerweile waren neue Akteure in den Vordergrund gerückt, wie zum Beispiel Arthur Seyß-Inquart,[60] ein Vertrauensmann von Schuschnigg, der Reinthaller im Juli 1937 offiziell zur Mitarbeit heranzog und ihn mit der Aufgabe der Einbindung der „nationalen Bauernschaft in die berufsständische Organisation" betraute.[61]

Auch wenn Reinthallers Verständigungsversuche letztendlich nicht erfolgreich waren, so erwiesen sie sich für ihn auf lange Sicht gesehen als vorteilhaft. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen, die Reinthaller nach 1945 oft übertrieb, um sich in ein besseres Licht zu stellen, haben ihm nicht geschadet. Im Gegenteil, er stand 1938 auf der „richtigen" Seite und wurde mit einem Ministeramt und einer stattlichen NS-Karriere belohnt. Zudem hatte er bei seinen Aktivitäten zahlreiche Kontakte geknüpft, die sich später für ihn sehr vorteilhaft auswirkten: Seyß-Inquart und Richard Walther Darré, die er beide persönlich gut kannte, waren ihm bei seiner NS-Karriere behilflich, und seine früheren Verhandlungspartner auf der Regierungsseite (allen voran Gleißner und Revertera-Salandra) traten nach 1945 als Entlastungszeugen für ihn auf.

Der „Anschluss" Österreichs 1938 brachte einen ersten großen Karriereschritt für den verdienten Nationalsozialisten Anton Reinthaller. Er wurde am 9. März 1938 nach Wien beordert und am 11. März 1938 vom neu eingesetzten Bundeskanzler Seyß-Inquart zum Landwirtschaftsminister im sogenannten Anschlusskabinett ernannt.[62] Entgegen seiner späteren Darstellung, wonach er nur zwei Tage

[56] Vgl. ebenda, S. 61.
[57] Vgl. Dostal, Braunes Netzwerk, in: Mayrhofer/Schuster (Hrsg.), Nationalsozialismus, Bd. 1, S. 83-90.
[58] Vgl. Pauley, Weg in den Nationalsozialismus, S. 161-165.
[59] Vgl. Höbelt, Aktion Reinthaller, in: Oberösterreich 1918–1938, S. 78.
[60] Zur Rolle von Arthur Seyß-Inquart bei den diversen „Befriedungsaktionen" vgl. Johannes Koll, Arthur Seyß-Inquart und die deutsche Besatzungspolitik in den Niederlanden (1940–1945), Wien/Köln/Weimar 2015, S. 37-53.
[61] Bundesarchiv Koblenz, N 1180/2. Für diesen Hinweis bedanke ich mich bei Johannes Koll.
[62] Zum „Anschluss" vgl. Gerhard Botz, Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung, Kriegsvorbereitung 1938/39, ergänzte Neuaufl., Wien 2018.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Minister gewesen sei,[63] „überlebte" er die Kabinettsumbildung vom Folgetag, bei der die „gemäßigten" Kräfte entfernt werden sollten, und er wurde am 22. März 1938 auf Hitler vereidigt. Am 13. März 1938 wurde Reinthaller bei einem Empfang bei Heinrich Himmler im Hotel Regina in Wien in die SS aufgenommen (Nr. 292.775), wenige Monate später zum SS-Oberführer und im Januar 1941 zum SS-Brigadeführer befördert.[64] Ende 1938 sollte Reinthaller auch noch ehrenamtlicher Reiterinspekteur des SS-Oberabschnitts Donau werden, was man mit seinem großen Interesse für die SS-Reiterei und seinem „großen Einfluss auf die Gewinnung der Bauern für die Schutzstaffel" begründete.[65]

Reinthaller warb nach dem „Anschluss" aktiv für die Volksabstimmung am 10. April 1938, unter anderem als Redner bei einer Kundgebung in Tirol, wovon eine Tonbandaufnahme erhalten ist.[66] Daraus geht hervor, dass Reinthaller kein großer Rhetoriker war, sondern eine hölzerne Sprechweise hatte und sich in seiner Rede vor allem auf den Bereich der Landwirtschaft konzentrierte. Er rechnete mit dem „alten System" ab und wies auf den zu erwartenden wirtschaftlichen Aufschwung und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nach dem „Anschluss" hin. In sein Loblied auf die Bedeutung der österreichischen Bauern als „Blutquellen" des Volks mischten sich beinahe beiläufig zwei antisemitische Bemerkungen, die von den Zuhörern mit Zustimmung aufgenommen wurden. So meinte er in seinem Rückblick auf die von ihm konstatierte bisherige Misswirtschaft in der Landwirtschaft: „Und es war dann kein Wunder, wenn irgendein ein sehr geschickter Jude, der schon den Braten gerochen hat, vielleicht im entscheidenden Moment, wo irgendein Produkt besonders hohe Preise erzielt hat, mit seinen großen Pratzen herausgekommen ist, um sich über Nacht zu bereichern."[67] An anderer Stelle pries Reinthaller die Erfolge im „Altreich" und die Zufriedenheit des deutschen arbeitenden Volks und fügte in süffisant-bedrohlichem Ton und unter Beifall des Publikums hinzu: „Ob der alte Finanzjude zufrieden ist, darüber glaube ich, brauchen wir uns gar nicht zu unterhalten!"[68]

Bis zur Auflösung der österreichischen Verwaltungsbehörden im April 1939 fungierte Reinthaller formal als Landwirtschaftsminister des reichsdeutschen „Landes Österreich", und Ende 1939 wurde er zum Unterstaatssekretär für Land-

[63] IfZ-Archiv, ZS 1348, Anton Reinthaller, Interrogation Nr. 682, 5.2.1947, S. 7.

[64] OÖLA, Bestand Sammlungen und Nachlässe 2, Materialien zu NS-Biographien, Schachtel 11, Reinthaller, SS-Personalhauptamt, Reinthaller, Anton (14.4.1895).

[65] OÖLA, Bestand Sammlungen und Nachlässe 2, Materialien zu NS-Biographien, Schachtel 11, Reinthaller, Chef des SS-Hauptamts, Inspekteur der SS-Reiterei an SS-Personalkanzlei, 17.12.1938.

[66] Vgl. den Ausschnitt einer Rede von Reinthaller am 1.4.1938 in Stumm/Tirol bei einer Kundgebung zur Volksabstimmung vom 10.4.1938: Österreichische Mediathek; www.mediathek.at/atom/132D86A3-0F2-001ED-00000478-132D043B/. Die gesamte Rede ist abrufbar unter: www.mediathek.at/atom/017831DF-33B-018E6-00000BEC-01772EE2. Beide Links wurden zuletzt am 19.3.2018 abgerufen.

[67] Ebenda.

[68] Ebenda.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wirtschaftsfragen in Berlin ernannt.[69] Die Bestellung ging möglicherweise auf Seyß-Inquart zurück, denn dieser hatte Darré empfohlen, innerhalb seines Ministeriums eine eigene Abteilung für Bergbauern, „der wichtigsten Blutquelle auch innerhalb des Bauernstandes", einzurichten, als deren Leiter er Reinthaller vorschlug, denn dieser würde „die nötige Autorität besitzen [...], allenfalls in den einzelnen Gauen auseinanderstrebende Interessen wieder gleichzurichten".[70] Mit 1. Februar 1940 wurde im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Unterabteilung „Bergland" gegründet, in der alle Agenden für die Bergbauern zusammengefasst waren und als deren Leiter Reinthaller fungierte.[71] Abgesehen davon war Reinthaller Sonderbeauftragter für die Errichtung des Reichsnährstands in der „Ostmark"; 1942 wurde er zum Landesbauernführer Niederdonau ernannt und übte diese Funktion bis zum Kriegsende aus.

Wie schon in der Zeit vor 1938 galt Anton Reinthaller auch im Nationalsozialismus als Landwirtschaftsexperte, der sich sowohl publizistisch[72] als auch im Rahmen seiner politischen Funktionen für die Belange der Bergbauern einsetzte.[73] Zu seinen zentralen Aufgaben gehörten die „Entschuldungs- und Aufbauaktion" und der „Gemeinschaftsaufbau im Bergland", womit er die Landflucht bekämpfen und das „Altbauerntum" im Deutschen Reich stärken wollte. Zur Erreichung seiner Ziele führte er neben wirtschaftlichen auch ideologische Argumente an: „Kein Nationalsozialist, der von Blut und Boden spricht, kann einem Prozeß untätig zusehen, der allmählich, wenn nicht Hilfe einsetzt, dazu führen muß, daß weite Gebirgsgegenden entsiedelt werden und damit die Rolle als Heimat eines starken Geschlechts zu spielen aufhören."[74] Aus dieser Position heraus war er ein Gegner der „Ostsiedlung", die er als Entwurzelung und Verpflanzung der Menschen aus dem Bergland und somit als Gefahr für ein gesundes und leistungsfähiges „Altbauerntum" ansah.[75] Trotz vereinzelter kritischer Äußerungen[76] trug Reinthaller die NS-Agrarpolitik und die damit einhergehende ideologische Überhöhung des

[69] Vgl. Gerhard Siegl, Bergbauern im Nationalsozialismus. Die Berglandwirtschaft zwischen Agrarideologie und Kriegswirtschaft, Innsbruck/Wien/Bozen 2013, S. 85.

[70] Bundesarchiv Berlin (künftig: BArch), R 43 II/1356, Arthur Seyß-Inquart an Richard Walther Darré, 3.5.1939. Für den Hinweis bedanke ich mich bei Johannes Koll.

[71] Die Abteilung „Bergland" war in ihrer personellen Zusammensetzung und von ihrem regionalen Arbeitsgebiet her eine fast rein österreichische Behörde, die ihren Sitz in Berlin hatte und im August 1943 wegen der alliierten Luftangriffe nach Wien übersiedelte; vgl. Siegl, Bergbauern, S. 83-87.

[72] Vgl. Anton Reinthaller, Bauern auf kargen Böden, in: Deutsche Agrarpolitik 2 (1944), S. 217-219; ders., Die österreichische Landwirtschaft, in: Der Vierjahresplan 2 (1938), S. 204 f., und Nationalsozialistische Landpost vom 23.2.1940: „‚Ein kostbarer Schatz der Nation'. Der nationalsozialistische Staat hilft dem deutschen Bergbauerntum" (Anton Reinthaller).

[73] Vgl. Siegl, Bergbauern, S. 87-91.

[74] Zit. nach ebenda, S. 217.

[75] Ebenda, S. 55, S. 266 und S. 291. Vgl. dazu auch Ernst Langthaler, Schlachtfelder. Alltägliches Wirtschaften in der nationalsozialistischen Agrargesellschaft 1938–1945, Wien/Köln/Weimar 2016, S. 181-184.

[76] Er beklagte z. B., dass die erhoffte Aufwärtsentwicklung des Agrarsektors nach dem „Anschluss" ausgeblieben sei, weshalb sich die „geschichtlich einmalige Hochstimmung in der Ostmark vom März 1938 verflüchtigt" habe; zit. nach Siegl, Bergbauern, S. 54 f., hier S. 55.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bauerntums immer mit. In seinem Einsatz für die Bergbauern als „beste Blutspender" des deutschen Volks bediente er sich argumentativ der Blut und Boden-Rhetorik und schreckte zur Durchsetzung bestimmter Maßnahmen, die nicht immer auf ungeteilte Zustimmung bei den betroffenen Bauern stießen, auch nicht vor Druck und Repression zurück.[77] Der Wirtschafts- und Sozialhistoriker Ernst Langthaler bezeichnet Reinthaller als überaus aktiven „Kopf der Bergbauern-Lobby seit 1938", dessen Engagement für die Bergbauern aber immer auch im Interesse seiner eigenen Karriere stand.[78]

Reinthaller war nach heutigem Wissensstand nicht unmittelbar in NS-Verbrechen verwickelt, hat aber durch seine Führungspositionen im NS-Regime zumindest davon gewusst beziehungsweise sie auch mit zu verantworten. Bekannt ist beispielsweise, dass er als Landesbauernführer am 19. Juni 1942 gemeinsam mit 20 Kreisbauernführern das KZ Mauthausen besucht hat. Im Tätigkeitsbericht ist vermerkt, dass an diesem Tag „zwei jüdische Häftlinge ‚auf der Flucht' erschossen" wurden und zudem „der Tod eines weiteren jüdischen Häftlings [...] mit ‚Freitod durch Elektrozaun'" zu verzeichnen war.[79] Als Sonderbeauftragter für das Reichsnährамt in der „Ostmark" war Reinthaller mitverantwortlich für die unmittelbar nach dem „Anschluss" einsetzende „Entjudung" der österreichischen Landwirtschaft, wobei es sich konkret um „Arisierungen" von land- und forstwirtschaftlichen Gütern und Grundbesitz handelte.[80] In seinen Zuständigkeitsbereich als Landesbauernführer von Niederdonau fiel zudem der Arbeitseinsatz von Zehntausenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in der niederösterreichischen Landwirtschaft, für deren unmenschliche Behandlung er funktionsbedingt ebenfalls mitverantwortlich war.[81] Obwohl zur NS-Agrarpolitik und dem Zwangsarbeitereinsatz in der (nieder-)österreichischen Landwirtschaft einige Untersuchungen vorliegen, sind die konkreten Tätigkeiten von Reinthaller bisher nur schwer greifbar und bedürften noch weiterführender Forschungen.

[77] Vgl. ebenda, S. 230 f.

[78] Langthaler, Schlachtfelder, S. 444 f.

[79] Erklärung beim Eintrag vom 19.6.42: „Dr. Ing. Reinthal[l]er Landesbauernführer besucht mit 20 Kreisbauernführer[n] das Lager Mauthausen", in: Bertrand Perz, Verwaltete Gewalt. Der Tätigkeitsbericht des Verwaltungsführers im Konzentrationslager Mauthausen 1941 bis 1944, Wien 2013, S. 98 f., hier S. 99. Für den Hinweis bedanke ich mich bei Bertrand Perz.

[80] Nach dem „Anschluss" wurde die nationalsozialistische Bodenpolitik, die im „Altreich" über die Jahre gewachsen war, in Österreich innerhalb weniger Monate umgesetzt und vorangetrieben. Die anfangs „wilden Arisierungen" von landwirtschaftlichem Besitz wurden zunehmend durch „kommissarische Verwalter" und gesetzliche Maßnahmen in bürokratische Bahnen umgeleitet. Der letzte Radikalisierungsschritt der land- und forstwirtschaftlichen „Entjudung" bildete eine Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom November 1941, wonach das gesamte Vermögen jüdischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die ins Ausland geflohen oder in Ghettos oder Konzentrationslager deportiert worden waren, dem Deutschen Reich zufiel; vgl. Langthaler, Schlachtfelder, S. 156-172.

[81] Vgl. Ela Hornung/Ernst Langthaler/Sabine Schweizer, Zwangsarbeit in der Landwirtschaft in Niederösterreich und dem nördlichen Burgenland, Wien 2007, und Ela Hornung/Ernst Langthaler/Sabine Schweizer, Zwangsarbeit in der Landwirtschaft, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, hrsg. von Jörg Echternkamp, Bd. 9: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945, 2. Halbbd., Potsdam 2005, S. 577-666.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Zusätzlich zu den genannten Funktionen war Reinthaller Abgeordneter im Deutschen Reichstag[82] und erwies sich auch sonst als wahrer NS-Postensammler: Er war unter anderem Landesjägermeister und Landesforstmeister,[83] Gauamtsleiter für Agrarpolitik, Präsident der Versicherungsanstalt „Ostmark", Präsident der Niederösterreichischen Brandschadenversicherung sowie Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt. Im Laufe seiner Karriere wurden ihm verschiedene NS-Auszeichnungen verliehen, so erhielt er im Mai 1941 den Totenkopfring der SS, wofür er sich mit den Worten bedankte, dass dieser Ring ihm „stets ein Sinnbild der unerschütterlichen Zusammengehörigkeit und Kameradschaft innerhalb der SS" sein werde.[84] Außerdem war er Träger des Ehrenwinkels der SS und des Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP, um dessen Verleihung er sich hartnäckig bemüht hatte.[85] Die Verleihung des von Reinthaller Ende 1936 beantragten Ehrenzeichens war zunächst an seinem vorübergehenden Parteiausschluss von 1934 durch seinen alten Konkurrenten Habicht gescheitert. Erst nach einem sich mehrere Jahre hinziehenden Briefwechsel mit den zuständigen Behörden, worin der zunehmend ungeduldige Reinthaller beklagte, dass „eine Reihe von Parteigenossen in der Ostmark" bereits das Ehrenzeichen erhalten hätten, die „alten Parteigenossen mit den Mitgliedsnummern unter 100 000" hingegen noch nicht,[86] wurde ihm schließlich das NS-Ehrenzeichen verliehen.

IV. Reinthaller vor Gericht: Rechtfertigung und Selbstpräsentation

Bei Kriegsende 1945 setzte sich Reinthaller in die amerikanische Besatzungszone, konkret in seine Herkunftsregion Oberösterreich, ab. Dort wurde er am 28. August 1945 von den Amerikanern verhaftet und nach kurzen Aufenthalten in kleinen Zwischenlagern am 5. Oktober 1945 in das amerikanische Internierungslager Marcus W. Orr in Salzburg (Lager „Glasenbach") eingeliefert. Als ehemaliger NS-Minister und SS-Brigadeführer erschien Reinthaller neben 85 anderen NS-Tätern in der am 4. Dezember 1945 veröffentlichten ersten Kriegsverbrecherliste für Österreich.[87] Nach einem Jahr Internierung wurde er am 8. Oktober 1946 in das Gefängnis des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg überstellt und

[82] Unter den insgesamt 813 Reichstagsabgeordneten waren 74 Österreicher.

[83] Dass er selbst in diesen Funktionen aktiv war, zeigt z. B. sein Einsatz als Landesforstmeister 1938 für die Rückkehr des in Deutschland tätigen Professors für Pflanzensoziologie, Erwin Aichinger (einem frühen Nationalsozialisten), an die Hochschule für Bodenkultur in Wien; vgl. Ebner, Politik und Hochschule, S. 204.

[84] OÖLA, Bestand Sammlungen und Nachlässe 2, Materialien zu NS-Biographien, Schuber 11, Reinthaller, Anton Reinhaller an den Reichsführer SS, 21.5.1941.

[85] Unterlagen zum Ansuchen um das Ehrenzeichen der alten Parteimitglieder der NSDAP in: OÖLA, Bestand Sammlungen und Nachlässe, Schuber 11, Materialen zu NS-Biographien, Reinthaller.

[86] BArch, Parteikorrespondenz, Anton Reinthaller (14.4.1895), Reinthaller an den Reichsschatzmeister der NSDAP, München, 31.5.1939. Diese Hartnäckigkeit steht im krassen Widerspruch zu seinen Bemühungen nach 1945, seinen Parteiausschluss (aus denen gleich mehrere wurden) zu seinem Vorteil ins Treffen zu führen.

[87] Vgl. Neues Österreich vom 4.12.1945: „Erste Kriegsverbrecherliste Österreichs".

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dort mehrmals als Zeuge vernommen.[88] Im Juli 1947 erfolgte seine Überstellung in das amerikanische Internierungslager Dachau,[89] in dem er fast ein Jahr inhaftiert war, bis er Anfang März 1948 noch einmal für einige Monate nach Nürnberg zurückgebracht wurde. Im August 1948 kam Reinthaller in das unter bayrischer Verwaltung stehende Internierungslager Nürnberg-Langwasser, wo er bis zu seiner Entlassung am 8. November 1948 einsaß. Danach lebte er ein halbes Jahr in Traunstein, mit der Auflage der bayrischen Entnazifizierungsbehörde, dort das Ergebnis seines Spruchkammerverfahrens abzuwarten. Dazu kam es allerdings nicht mehr, denn Reinthaller wurde am 1. Juli 1949 auf Verlangen der Staatspolizei Wien vom zuständigen *Counter Intelligence Corps* wieder verhaftet und drei Wochen später an Österreich ausgeliefert. Nach seiner Einlieferung in das Wiener Landesgericht für Strafsachen am 29. Juli 1949 wartete er dort seinen Prozess vor dem Volksgericht Wien ab, der im Oktober 1950 eröffnet wurde.

Reinthaller war in der Untersuchungshaft nicht untätig. In umfangreichen Korrespondenzen und Abhandlungen, die zwischen Selbstmitleid, Aggression und Selbstgerechtigkeit changierten, arbeitete er seine Verteidigungslinie aus.[90] Aus dieser Zeit stammen auch handschriftliche Aufzeichnungen, die er unter das Motto: „Gedanken, die ich seit 1945 gezwungen bin zu wälzen" stellte.[91] Sie beschäftigen sich mit der Entwicklung des Nationalsozialismus und dem Phänomen des Antisemitismus und geben einen guten Einblick in seine nachträgliche, weitgehend verharmlosende Sicht auf den Nationalsozialismus und seine Gesinnung. Es geht auch klar daraus hervor, dass er die nationalsozialistische Rassenideologie und die daraus resultierende Ausgrenzung und Verfolgung der Jüdinnen und Juden auch nach 1945 noch gutgeheißen hat.[92] Von der Judenvernichtung, die er als verhängnisvolle politische Fehlentwicklung und als „Wahn" Hitlers darstellte, grenzte sich Reinthaller jedoch strikt ab. Der Großteil der Bevölkerung habe diese „exzessiven Maßnahmen" abgelehnt beziehungsweise nichts davon gewusst, denn:

> „Das in den letzten Kriegsjahren einsetzende Vernichtungswerk wurde von einem ganz kleinen Kreis um Hitler geplant u. von ausgesuchten Gruppen entmenschter Individuen in Szene gesetzt. Nur die unmittelbar Beteiligten wussten um

[88] IfZ-Archiv, ZS 1348, Anton Reinthaller, Interrogation Nr. 682, 5.2.1945; Interrogation Nr. 682a, 21.2.1947, und Vernehmung des Zeugen Anton Reinthaller durch Prof. Dr. R.M.W. Kempner, 8.5.1947.

[89] Vgl. Gabriele Hammermann Das Internierungs- und Kriegsgefangenenlager Dachau 1945–1948, in: Wolfgang Benz/Angelika Königseder (Hrsg.), Das Konzentrationslager Dachau. Geschichte und Wirkung nationalsozialistischer Repression, Berlin 2008, S. 125-146.

[90] Exemplarisch OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, An alle, die es angeht, 3.7.1950; Reinthaller an Außenminister Karl Gruber, undatiert (1950), und Reinthaller an Hans Haider, März 1950; StLA, NL Hartleb, Karton 12 (Korrespondenzen), Reinthaller an Karl Hartleb, 5.7.1950.

[91] OÖLA, NL Reinthaller, Diverses, Heft 1, S. 1. Insgesamt handelt es sich um fünf kleine, dicht beschriebene Hefte.

[92] Eine ausführlichere Analyse dazu bei Margit Reiter, Antisemitismus in der FPÖ und im „Ehemaligen"-Milieu nach 1945 in Österreich, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 27 (2018, i. E.).

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

> die Dinge. [...] Die Judenvernichtung stand in keinem Zusammenhang mit der deutschen Öffentlichkeit, der NSDAP oder ‚antisemitischer' Ideologie. [...] Erst das Jahr 1945 brachte die Verbrechen und Greuel ans Licht, die keinesfalls dem Volk oder der Partei, sondern nur den individuell Schuldigen angelastet werden können."[93]

Mit diesem Deutungsmuster bewegte sich Reinthaller im Konsens vieler ehemaliger Nationalsozialisten, die die Judenvernichtung einem möglichst kleinen Täterkreis zuordneten, sich auf ihr (angebliches) Unwissen zurückzogen und damit nicht nur sich selbst, sondern auch die breite Masse der Bevölkerung zu entlasten versuchten. Seine völkische und antisemitische Diktion und Argumentation, bar jeder Empathie und jeden Schuldgefühls, relativiert seine Distanzierung allerdings ganz erheblich.

Der größte Teil seiner Aufzeichnungen beschäftigte sich indes mit der Strafgerichtsbarkeit und Entnazifizierung im Allgemeinen und seinem bevorstehenden Prozess im Besonderen.[94] Die Selbststilisierung als „Opfer" der Entnazifizierung und der unrechtmäßigen „Siegerjustiz" zieht sich durch alle Schriften aus dieser Zeit. In einem Schreiben an Bundespräsident Karl Renner, das seinen angespannten Gemütszustand in der Untersuchungshaft sehr gut zum Ausdruck bringt, fragte er einleitend:

> „Wie lange noch Herr Bundespräsident werden Sie Ihre Geduld missbrauchen lassen? Wie lange noch werden Sie die Prostitution des Rechtes durch eine Justiz, welche kraft Gesetz zur Dirne der Politik degradiert wurde und sich z.T. in dieser Rolle gefällt, mit ansehen? [...] Und wie lange noch werden Sie es dulden, dass sogenannte Volksgerichte gegen den Willen des Volkes weiterhin Weltgeschichte zensurieren, wozu einzig und allein die Geschichte berufen ist?"[95]

Anschließend polemisierte Reinthaller gegen die Entnazifizierung, die er als blinde „Rachegesetze" diffamierte und stilisierte sich selbst wörtlich als „ein seit 1945 in Konzentrationslagern und Kerkern mit kriminellen Verbrechern aller Art Inhaftierter".[96] Sein Appell an die „Wiedereinkehr von Einsicht und Vernunft" blieb jedoch wirkungslos, denn das Schreiben wurde vom Volksgericht „wegen seines beleidigenden, zum Teil strafgesetzwidrigen Inhalts" gar nicht erst weitergeleitet.[97]

Der Prozess fand schließlich vom 23. bis 26. Oktober 1950 vor dem Volksgericht in Wien statt und erregte große öffentliche Aufmerksamkeit. Zum einen stand mit Reinthaller ein hochrangiger Nationalsozialist vor Gericht, der in Ös-

[93] OÖLA, NL Reinthaller, Diverses, Heft 2, S. 9 f.
[94] OÖLA, NL Reinthaller, Diverses, Heft 3 bis 5.
[95] OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte 1945ff, Reinthaller an Bundespräsident Karl Renner, 3.7.1950.
[96] Ebenda.
[97] OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte 1945ff, Volksgericht (VG) Wien an Reinthaller, 10.7.1950.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

terreich über einen nicht geringen Bekanntheitsgrad verfügte, und zum anderen erhielt der Prozess wegen der bereits gefällten, harten Urteile gegen zwei andere „Anschlussminister", die kurz zuvor jedoch stark abgemildert worden waren, besondere Brisanz.[98] Die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Wien vom 24. Mai 1950 umfasste den Vorwurf des „Hochverrats am österreichischen Volk": Die Anklage nach dem Verbotsgesetz, Paragraf 10 und 11, bezog sich auf die illegale NSDAP-Mitgliedschaft Reinthallers, die sie durch seinen Parteibeitritt 1928, seine Einstufung als „Alter Kämpfer" und durch seine zahlreichen Parteiauszeichnungen sowie seine SS-Mitgliedschaft als erwiesen ansah. Außerdem wurde Reinthaller seine Tätigkeit als Minister im Kabinett Seyß-Inquart und hier insbesondere seine Mitwirkung am Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938 vorgeworfen. Mit seiner Unterschrift unter dieses Gesetz habe Reinthaller die NS-Machtergreifung gefördert, womit nach Paragraf 8 KVG der Straftatbestand des „Hochverrats am österreichischen Volk" erfüllt sei.[99] Das Volksgericht beschränkte sich auf formale Aspekte, wohingegen andere Verantwortlichkeiten, wie zum Beispiel seine Mittäterschaft beim Zwangsarbeitereinsatz im Gau Niederdonau, nicht Bestandteil der Anklage und auch im gesamten Prozess kein Thema waren.

Reinthallers Verteidiger[100] stellten die der Anklage zugrundeliegenden Gesetze aufgrund ihrer Rückwirkung grundsätzlich in Frage und hatten bereits vor dem Prozess – allerdings erfolglos – die Einstellung des Verfahrens gefordert und die Unzuständigkeit des Volksgerichts beanstandet.[101] Der bereits im Vorfeld gemeinsam mit Reinthaller entworfenen Verteidigungslinie blieben die Anwälte auch im Prozess treu.[102] Sie argumentierten, dass die amerikanischen Militärbehörden in Nürnberg bei einer Voruntersuchung keine belastenden Anhaltspunkte gegen Reinthaller gefunden hätten und legten dafür eine Bestätigung vor.[103] Da die frühe NSDAP-Mitgliedschaft faktisch nicht zu widerlegen war, wurde der Angeklagte vor allem als „gemäßigter Nationalsozialist" und „Befrieder" präsentiert, der in Konflikt mit dem „radikalen" NSDAP-Führer Habicht geraten und deswegen wiederholt mit dem Parteiausschluss bedroht worden sei. Seine SS-Mitgliedschaft

98 Vgl. Butterweck, Nationalsozialisten, S. 665 f.

99 Ausführlich zum Prozess vgl. Schimanko, Fall Reinthaller, hier S. 42-45.

100 Reinthaller konnte auf den Rechtsbeistand von insgesamt vier Anwälten zurückgreifen, die er in Anspielung auf deren unbedingte Loyalität intern als seine „Musketiere" bezeichnete: Der Wiener Anwalt Otto Tiefenbrunner vertrat ihn vor Gericht; der oberösterreichische Anwalt Karl Günther, der sich Reinthaller persönlich verpflichtet fühlte und sich für ihn unermüdlich einsetzte, war als ÖVP-Mitglied v. a. für Interventionen bei der ÖVP zuständig. Neben Hans Haider war auch noch Oskar Welzl in der Causa Reinthaller aktiv, der sich als deklarierter Nationaler aber aus taktischen Gründen zurückhalten sollte; vgl. Schimanko, Fall Reinthaller, S. 45.

101 OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte 1945ff, Antrag um Einstellung des Verfahrens, 9.7.1949, und Eingabe an VG Wien, 6.8.1949.

102 Umfangreiche Unterlagen dazu in OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte 1945ff. Zur Verteidigungslinie vgl. Schimanko, Fall Reinthaller, S. 45-47 und S. 161-163.

103 OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte 1945ff, Office of Chief of Council for War Crimes, Paul H. Gantt an Reinthaller, 14.12.1948.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und die damit einhergehenden Beförderungen wurden lediglich als eine Art „Ehrenamt" und Freundschaftsdienst seines Vorgesetzten Darré[104] hingestellt. Was die Anklage des Hochverrats nach dem KVG betraf, boten die Anwälte eine spitzfindige juristische Argumentation auf, wonach die Unterzeichnung des „Wiedereingliederungsgesetzes" am 13. März 1938 nur unter höchstem politischen Druck und vor allem nach dem Einmarsch der deutschen Truppen erfolgt sei, sodass von keiner „Förderung" der NS-Machtergreifung die Rede sein könne.[105] Einer seiner Verteidiger verstieg sich Zeitungsberichten zufolge in seinem Plädoyer sogar zu der fragwürdigen Aussage: „Reinthaller hat für unser schwergeprüftes Vaterland mehr geleistet als jeder andere hier in diesem Saal."[106]

Auch der Angeklagte trat vor dem Volksgericht sehr selbstbewusst auf und zeigte keinerlei Unrechtsbewusstsein. Das *Neue Österreich* beschrieb Reinthaller als eine „nordisch markige Bauerngestalt, Motto ‚Blut und Boden'", der sich dem Gericht in einer Art „Kaiser-Franz-Josef-Maske" präsentiert habe: „Ein wenig gebückt, mit weißem Backenbart und grauem Ausseeranzug bat er das Gericht im Hinblick auf ein Magenleiden von Zeit zu Zeit um eine kurze Pause, um aus der mitgebrachten Thermosflasche einen Mokka trinken zu dürfen."[107]

Dieses Bild der Harmlosigkeit wurde durch seine durchaus forschen Auslassungen vor Gericht jedoch konterkariert.[108] Reinthaller stellte einmal mehr die Rechtmäßigkeit des Volksgerichts prinzipiell in Frage und erklärte sich „in keinem Punkt der Anklage" für schuldig. Er bestritt sogar, zwischen 1933 und 1938 illegal tätig gewesen zu sein und strich gleichzeitig (im Widerspruch dazu) seine Aktivitäten im Rahmen seiner „Befriedungsaktion" hervor, die er zu einer österreichpatriotischen Tat uminterpretierte und sich damit geschickt in das allgemeine österreichische „Opfernarrativ" einklinkte. Wie schon bei seinen Vernehmungen in Nürnberg stellte sich Reinthaller als jemand dar, der ohne sein Zutun in diverse Funktionen gedrängt worden sei und keinerlei Eigeninteressen verfolgt hätte.[109] Sowohl in seinen Selbstzeugnissen als auch vor dem Volksgericht präsentierte er sich als pflichtbewusster Österreicher, der ausschließlich zum Wohle Österreichs gehandelt habe sowie als „Opfer" der sich überstürzenden Ereignisse im März 1938. So meinte er einmal pathetisch: „Wir wurden alle zusammen durch die wie ein Sturzbach hereinbrechenden Ereignisse an die Wand gedrückt."[110] Diese Argumentation veranlasste die kommunistische *Volksstimme* zur sarkastischen Bemerkung: „Nach seiner Darstellung wäre es für Österreich ein wahrer

[104] Darré stellte für Reinthaller 1952 beim zweiten VG-Prozess einen „Persilschein" aus; vgl. Siegl, Bergbauern, S. 90.

[105] Zur Untermauerung dieser Argumentation wurde unter anderem ein Rechtsgutachten von Hans Merkel, einem ehemaligen SS-Mitglied und Verteidiger von Darré im Wilhelmstraßen-Prozess 1948, herangezogen; vgl. dazu Schimanko, Fall Reinthaller, S. 203-240.

[106] Zit. nach Butterweck, Nationalsozialisten, S. 671.

[107] Zit. nach ebenda, S. 666.

[108] Zum Auftreten Reinthallers vor Gericht vgl. ebenda, S. 666-668, und Schimanko, Fall Reinthaller, S. 244-250.

[109] IfZ-Archiv, ZS 1248, Anton Reinthaller, Interrogation Nr. 682, 5.2.1947, S. 5.

[110] OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Reinthaller an Hans Haider, März 1950.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Segen gewesen, daß er sich in den Dienst der Nazi gestellt hat. Der ‚Widerstandskämpfer Reinthaller' blieb uns gerade noch erspart."[111]

Reinthaller leugnete zwar nie, schon früh ein überzeugter Nationalsozialist gewesen zu sein, stellte sich aber wie viele andere als „Idealist" dar, der an Hitler „geglaubt" habe, aber von ihm politisch „belogen und betrogen" worden sei.[112] Vor Gericht rechtfertigte er sich folgendermaßen:

> „Es wird uns und den ehemaligen Nationalsozialisten noch heute zum Teil der Vorwurf gemacht, wir hätten wissen müssen, wohin die Reise geht. Wir hätten womöglich schon im Jahre 1927/28 wissen müssen, daß Nationalsozialismus nichts anderes bedeutet als Krieg, Konzentrationslager, Verbrechen und Gräuel. Nun ich muß Ihnen offen gestehen, ich habe das damals nicht gewußt."[113]

Angesprochen auf die Vergasungen in den Lagern meinte der Angeklagte, dass er davon erst viel später erfahren habe, und er fügte hinzu: „Ich verhülle davor als Deutscher mein Haupt heute ebenso wie Sie, Herr Staatsanwalt!"[114] Das Selbstbild des „enttäuschten Idealisten", das häufig im Rechtfertigungskontext anzutreffen ist, wurde von Reinthaller mit dem Konstrukt des zunehmend „kritischen" Nationalsozialisten verknüpft, als den er sich nachträglich oft stilisierte.[115] Auch vor Gericht argumentierte er in diesem Sinne, wie *Das kleine Volksblatt* zu berichten wusste: „Bevor Hitler seine Abwege begann, habe ich an ihn geglaubt. Meine Abneigung trat erst ein, als Hitler sich außerhalb des Völkerrechts stellte, das war 1939, und da kam ich nicht mehr mit."[116] Reinthaller sprach damit tatsächliche partielle Enttäuschungserfahrungen von österreichischen Nationalsozialisten an, die sich zum Beispiel nach dem „Anschluss" mehr Eigenständigkeit oder bessere Karrierechancen erhofft hatten und die nach Kriegsende diese Enttäuschung nachträglich zur generellen Abkehr vom Nationalsozialismus uminterpretierten. Insgesamt bestätigte sein Auftreten vor Gericht den Eindruck, den man auch aus seinen Korrespondenzen von ihm gewinnt. Er gab sich zum einen konziliant, anpassungsfähig und argumentierte durchaus geschickt, zum anderen trat er sehr selbstsicher, oft geradezu herrisch auf, war aber keineswegs frei von Larmoyanz und Selbstmitleid, etwa wenn er sich zum „Opfer" der radikalen Nationalsozialisten und der Entnazifizierung stilisierte.

Der Prozess gegen Reinthaller veranschaulichte wie kaum ein anderer die politischen und persönlichen Verflechtungen, aber auch ideologische Nähe zwischen dem christlichsozialen und nationalen Lager vor 1938 sowie die eklatante Fehleinschätzung des Nationalsozialismus durch das austrofaschistische Regime.[117]

---

[111] Zit. nach Butterweck, Nationalsozialisten, S. 669.
[112] IfZ-Archiv, ZS 1248, Anton Reinthaller, Interrogation Nr. 682, 5.2.1947, S. 7, und Vernehmung des Zeugen Reinthaller durch Prof. Dr. R. M. W. Kempner, 8.5.1947, S. 21 f.
[113] Zit. nach Schimanko, Fall Reinthaller, S. 249.
[114] Zit. nach ebenda, S. 96.
[115] OÖLA, NL Reinthaller, Diverses, Heft 4, S. 2 f.
[116] Zit. nach Schimanko, Fall Reinthaller, S. 97.
[117] Vgl. Butterweck, Nationalsozialisten, S. 668.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Als Entlastungszeugen traten neben ehemaligen Nationalsozialisten vor allem Personen aus dem klerikal-konservativen Lager auf, darunter viele Akteure, die Reinthaller bereits aus der Zeit vor 1938 kannte und die sich nun als ÖVP-Politiker für ihn einsetzten.[118] Ein besonders wichtiger Zeuge war Heinrich Gleißner, der Reinthaller unter Beifall des Publikums bescheinigte, immer ein „anständiger Mensch" und entschiedener Gegner von Gewaltmethoden gewesen zu sein. Auch der ehemalige Sicherheitsdirektor Revertera-Salandra stufte Reinthaller als „gemäßigten" Nationalsozialisten ein, der stets nur den Ausgleich gesucht hätte: „Ich buche Reinthaller nicht als Nazi, sagt der Zeuge erregt, er gehört in diese ganze Bande absolut nicht hinein" – so zitierte die ÖVP-nahe *Wiener Tageszeitung* seine Aussage im Prozess.[119] Zudem bestätigten beide, dass sie Reinthaller persönlich zu Dank verpflichtet seien, da er ihnen nach dem „Anschluss" geholfen habe.[120] Die Aussagen vieler konservativer Entlastungszeugen waren nicht nur ein altruistischer Freundschaftsdienst, sondern sie entlasteten sich damit gleichzeitig auch selbst, denn die Charakterisierung Reinthallers als „gemäßigt" diente auch zur Legitimation ihrer kompromissbereiten und letztendlich fatalen Politik gegenüber den illegalen Nationalsozialisten.

Abgesehen von diesen prominenten Fürsprechern hatten die Anwälte Reinthallers bereits vor dem Prozess eine erhebliche Zahl an Eidesstattlichen Erklärungen von ehemaligen Mitarbeitern aus der NS-Zeit, kirchlichen Vertretern und auch politischen Gegnern gesammelt, die ihm in menschlicher Hinsicht ein bestes Zeugnis ausstellten.[121] In manchen der vorgelegten Entlastungschreiben wird die Hilfeleistung des Angeklagten für die Verfasser oder von der Verfolgung bedrohte (jüdische) Angehörige hervorgestrichen, wobei nicht immer klar ist, ob es sich dabei um ehrliche Dankbarkeit oder um reine Gefälligkeitsschreiben („Persilscheine") handelte. So bedankte sich ein Geschwisterpaar aus Attersee bei Reinthaller für seine Unterstützung ihrer Mutter, die „wegen ihrer rassischen Einordnung besonders schwer zu leiden" gehabt hätte; Reinthaller habe ostentativ den Kontakt zur Familie aufrechterhalten und eine drohende Verschleppung der Mutter in ein Konzentrationslager verhindert.[122] Auch ein ehemaliger Schulkamerad, der mit einer „Volljüdin" verheiratet war, bestätigte, dass Reinthallers eine drohende Räumungsverfügung verhindert und durch diese „edle Tat" möglicher-

[118] Vgl. Schimanko, Fall Reinthaller, S. 250-283. Unter anderem traten Altbundespräsident Wilhelm Miklas, der beim „Anschluss" 1938 durch die Ernennung des Kabinett Seyß-Inquart eine maßgebliche Rolle gespielt hatte, sowie Bundeskanzler Leopold Figl für Reinthaller ein.

[119] Zit. nach Butterweck, Nationalsozialisten, S. 670.

[120] Archiv des Instituts für Zeitgeschichte Wien (künftig: IZG-Archiv), NL 48, Felix Hurdes, DO 348, Mappe Reinthaller, Eidesstattliche Erklärung von Heinrich Gleißner, 29.5.1948, und Eidesstattliche Erklärung von Peter Revertera-Salandra, 10.5.1948.

[121] IZG-Archiv, NL 48, Felix Hurdes, DO 348, Mappe Reinthaller, Gemeindeamt Mettmach, Bestätigung 12.5.1948; Pfarramt Mettmach, Bescheinigung 12.15.1948, und KPÖ Ortsgruppe Attersee, Bestätigung 17.5.1948. Die zahlreichen Erklärungen werden näher ausgeführt bei Schimanko, Fall Reinthaller, S. 172-174.

[122] OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Geschwister Hintermeyer an Reinthaller, 15.5.1945, und Eidesstattliche Erklärung von Rosa Hintermayer, 17.5.1948.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

weise seiner Frau „das Leben gerettet“ habe.[123] Die Schlussfolgerung vieler Entlastungsschreiben lautete, dass Reinthaller „jede Terror- und Gewaltmassnahme auch gegen Juden und jüdisch Versippte zu verhindern suchte“[124] und „die gehässige Rassentheorie der NSDAP in keiner Weise geteilt“ habe.[125]

Eine oberösterreichische Bäuerin wiederum führte in ihrer Eidesstattlichen Erklärung aus:

> „Ich kenne Herrn Ing. Reinthaler [sic!] schon seit vielen Jahren. Trotz seiner hohen Stellung in der Partei nach 1938 ist er immer der einfache liebe Mensch geblieben, der er stets war. Wo er helfen konnte, hat er geholfen. Dies war auch bei mir der Fall. Im Krieg hatte ich einen polnischen Landarbeiter zugeteilt. Dieser hat mit meiner Magd ein Liebesverhältnis begonnen, das nicht ohne Folgen blieb. Beiden drohte die Verhaftung. Herr Ing. Reinthaller hat jedoch die Verhaftung verhindert und damit gezeigt, dass er die nationalsozialistischen Terrormethoden ablehnte.“[126]

Bei dieser Aussage handelte es sich zweifelsfrei um eine Gefälligkeit, denn die Verfasserin war die Schwägerin von Reinthaller (auf deren Hof er 1945 auch verhaftet worden war), was in diesem Schreiben allerdings unerwähnt blieb. Auch wenn Reinthaller tatsächlich einige Personen aus seinem persönlichen und beruflichen Umfeld vor Verfolgung geschützt hat, so war seine Behauptung, dass er „vielen Tausenden verfolgten Österreichern während der schweren Jahre 1938 bis 1945“[127] geholfen habe, indes eine massive Übertreibung.

Am 26. Oktober 1950 wurde das Urteil verkündet, das der Verteidigung in vielen Punkten gefolgt war und gemessen am vorgesehenen Strafrahmen recht milde ausfiel. Reinthaller wurde wegen seiner nachgewiesenen illegalen Parteimitgliedschaft und NS-Funktionen zu einer Freiheitsstrafe von „drei Jahren schweren Kerker, verschärft durch ein hartes Lager ¼ jährlich“ und Verfall seines gesamten Vermögens verurteilt. Vom Vorwurf des Hochverrats nach Paragraf 8 KVG wurde er allerdings freigesprochen.[128] Als außerordentliche Milderungsgründe wurden unter anderem seine Hilfeleistungen für prominente NS-Gegner, sein Eintreten für einen „österreichischen Standpunkt gegen die reichsdeutsche Überflutung“ sowie sein Einsatz für die österreichischen Bauern angeführt. Gleichzeitig wurde im Urteil aber seine Behauptung, kein „Illegaler“ gewesen zu sein, in allen Einzelheiten argumentativ zerpflückt und faktisch widerlegt. Wegen der Anrechnung

[123] OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Eidesstattliche Erklärung von Johann Exenschläger, 22.5.1948.
[124] Ebenda.
[125] OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Eidesstattliche Erklärung von Rosa Hintermayer, 17.5.1948.
[126] OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Eidesstattliche Erklärung von Maria Lang, 12.5.1948.
[127] OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Gnadengesuch an Bundespräsident Theodor Körner, 28.4.1952.
[128] OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Urteil VG Wien, 26.10.1950.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

seiner Internierungs- und Untersuchungshaftzeiten kam Reinthaller nach dem Prozess sofort auf freiem Fuß.

Nach einer Überprüfung des Urteils durch den Obersten Gerichtshof und diversen Eingaben der Verteidigung wurde im August 1951 die Anklage gemäß dem KVG endgültig niedergeschlagen.[129] In weiterer Folge wurde das Verfahren wiederaufgenommen und an das Linzer Volksgericht verlegt, was sich wegen persönlicher Kontakte vor Ort und der mittlerweile weiter vorangeschrittenen Abschwächung der Entnazifizierung für Reinthaller als Vorteil erwies. Bei der kurzfristig anberaumten Verhandlung am 7. Mai 1952 in Linz, bei der nur mehr die illegale NSDAP-Mitgliedschaft zur Debatte stand, wurde das Strafausmaß auf zweieinhalb Jahre herabgesetzt, der Vermögensentzug allerdings aufrechterhalten.[130]

Trotz dieser Strafminderung nahmen Reinthaller und seine Anwälte das Urteil als schweren Rückschlag, als „Katastrophe" wahr.[131] Nach einer kurzen Phase der Resignation entfalteten die Anwälte erneut rege Aktivitäten und bemühten sich um eine Wiederaufnahme des Verfahrens. Reinthaller hatte zuvor ein Gnadengesuch an Bundespräsident Theodor Körner gestellt, in dem er noch einmal seine üblichen Argumente vorbrachte und seinen Österreich-Patriotismus hervorhob.[132] Neben erneuten Interventionen bei ÖVP-Politikern[133] setzte man nun aber stärker auf die „rote Karte". Der Kärntner VdU-Abgeordnete Robert Scheuch, ein ehemaliger Mitarbeiter Reinthallers im NS-Ministerium, erwirkte eine Aussprache mit Vizekanzler Adolf Schärf (SPÖ), der sich für eine Intervention des Justizministers zugunsten Reinthallers einsetzen sollte.[134] All diese Aktivitäten hatten schließlich Erfolg: Anfang 1953 wurde das Linzer Urteil aufgehoben und einer Wiederaufnahme des Verfahrens stattgegeben, zu der es allerdings nicht mehr kam. Am 16. Juni 1953 wurde der ehemalige NS-Minister Anton Reinthaller von Bundespräsident Körner begnadigt und hatte damit wieder seine volle politische Handlungsfähigkeit erreicht.[135]

[129] Vgl. Schimanko, Fall Reinthaller, S. 284-292.
[130] Vgl. ebenda, S. 293-300.
[131] OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte 1945ff, Karl Günther an Otto Tiefenbrunner, 11.5.1952, und Karl Günther an René Marcic, 19.5.1952.
[132] OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Gnadengesuch an Bundespräsident Theodor Körner, 28.4.1952.
[133] OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Karl Hartleb an Franz Thoma, 4.7.1952; Karl Günther an Heinrich Gleißner, 7.6.1952.
[134] OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Robert Scheuch an Reinthaller, 27.5.1952; Reinthaller an Adolf Schärf, 3.6.1952, und Reinthaller an Adolf Schärf, 17.12.1952.
[135] OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Bescheid der Republik Österreich über Ausnahme aus Verbotsgesetz, 16.6.1953. Zur Reaktion auf diesen Erfolg: Ebenda, Otto Tiefenbrunner an Reinthaller, 19.6.1953.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

V. Die Gründung der FPÖ: Reinthaller und die Einigung des nationalen Lagers

Zu Beginn der 1950er Jahre hatte sich in Österreich ein politischer Paradigmenwechsel vollzogen: Der antifaschistische Geist der unmittelbaren Nachkriegszeit war längst verflogen, die Entnazifizierung durch Amnestien und Begnadigungen weitgehend abgeschlossen beziehungsweise revidiert. Der VdU hatte damit eines seiner Kernthemen verloren und befand sich in einer ernsthaften politischen Krise. Auch die meisten der „belasteten" Nationalsozialisten waren mittlerweile wieder beruflich und sozial integriert und agierten mit neuem Selbstbewusstsein, was sich auch in ihren wiedererwachten politischen Ambitionen zeigte. Die 1949 noch bestehende Notwendigkeit oder taktische Überlegung, sich als „Belastete" politisch im Hintergrund zu halten, fiel nunmehr weitgehend weg.

Vor diesem veränderten politischen Hintergrund erhielten die deutschnationalen Kräfte inner- und außerhalb des VdU starken Auftrieb, wobei vor allem jene prononciert „Nationalen", die sich vom VdU nicht (mehr) politisch vertreten fühlten, ihre Hoffnungen auf Anton Reinthaller fokussierten. Nach seiner Begnadigung nahmen daher viele seiner alten „Kameraden" mit ihm Kontakt auf und versuchten, den nach wie vor respektvoll als „Herr Minister" titulierten Reinthaller zum Wiedereintritt in die Politik zu bewegen. Dieser selbst stellte sich zwar gerne als politikmüde dar, gleichzeitig war er aber äußerst aktiv, wie seine zahlreichen Kontakte aus dieser Zeit belegen.[136] Er fungierte als Ansprechpartner für verschiedenste Belange im heterogenen nationalen Lager, so tauschte sich etwa sein ehemaliger Mitarbeiter im Reichsnährstand Fritz Butschek mit ihm regelmäßig über die Konflikte im VdU aus.[137] Der Leiter der (ÖVP-nahen) Grazer „Heimkehrer Hilfs- und Betreuungsstelle" Ernst Strachwitz zeigte sich ebenfalls an einer Zusammenarbeit interessiert,[138] und Stefan Schachermayr, ehemaliger NS-Gauinspekteur und enger Mitarbeiter von Gauleiter August Eigruber, hielt ihn über die Situation von inhaftierten NS-Tätern auf dem Laufenden und prophezeite ihm eine baldige neuerliche politische Karriere.[139] Roland Timmel von der rechten Splittergruppe „Gemeinschaft Österreich" ließ Reinthaller wissen, dass Innenminister Oskar Helmer ihm gesagt habe, dass er in einer politischen Tätigkeit Reinthallers „keine Schwierigkeit sehe" und dass Österreich wieder eine „ordentliche nationale Partei mit sauberen Charaktern [sic!] an der Spitze" benötige.[140] VdU-Obmann Max Stendebach kommentierte diese Aktivitäten später mit der sarkastischen Bemerkung, dass alle „gebannt auf einen Dalai Lama schauen" würden und

[136] Dazu die umfangreichen Korrespondenzen in OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ.

[137] OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Fritz Butschek an Reinthaller, 10.4.1952; Fritz Butschek an Reinthaller, 31.5.1952; Fritz Butschek an Reinthaller, 1.4.1953, und Fritz Butschek an Reinthaller, 24.4.1953.

[138] OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Ernst Strachwitz an Reinthaller, 24.10.1953, und Ernst Strachwitz an Reinthaller, 29.10.1953.

[139] OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Stefan Schachermayr an Reinthaller, 25.6.1953.

[140] OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Roland Timmel an Reinthaller, 30.6.1954.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zu Reinthaller „pilgerten", um ihn falsch zu informieren und zu beeinflussen.[141] Nicht wenige „Ehemalige" kündigten an, im Falle eines Eintritts Reinthallers in die Politik ihre bisherige politische Enthaltsamkeit aufzugeben und wieder politisch aktiv zu werden; darunter auch der damals noch unbekannte Friedrich Peter, der sich als ehemaliger Nationalsozialist vorstellte und seine Mitarbeit anbot.[142] Für sie alle war Reinthaller der politische Hoffnungsträger, der als bewährter „Befrieder" das in sich zerstrittene nationale Lager einigen sollte.

Zu diesem Zweck streckte auch der VdU seine politischen Fühler nach ihm aus. So hatte Herbert Kraus bereits 1952 um einen politischen Austausch gebeten, doch Reinthaller hatte damals mit dem Hinweis auf seine noch nicht vollständig wiedererlangte „Handlungsfähigkeit" abgewunken.[143] Auch Stendebach, der Nachfolger von Kraus als VdU-Parteiobmann, stand schon früh in Kontakt mit Reinthaller und war einer politischen Zusammenarbeit nicht abgeneigt.[144] Der VdU-Abgeordnete Helfried Pfeifer vom extrem rechten Parteiflügel preschte bereits im Januar 1954 vor und fragte bei Reinthaller an, ob dieser als Bundesobmann des VdU kandidieren wolle.[145]

Die Wahlniederlagen im Jahr 1953 und innerparteiliche Konflikte[146] heizten die Debatte um eine Erneuerung des VdU weiter an. Im Wesentlichen ging es dabei um die Frage, ob der VdU von innen heraus reformierbar sei oder ob man die Partei unter einer neuen, stärker national orientierten Führung gänzlich neu aufstellen sollte. Das gemeinsame Ziel war die unter dem Stichwort „Dritte Kraft" angestrebte Einigung des zersplitterten nationalen Lagers innerhalb und außerhalb des VdU, über die in den nächsten Monaten intensiv verhandelt und gestritten wurde.[147] In dieser Krisensituation setzte man auch im VdU verstärkt auf die „nationale Karte". Dies zeigte sich beim VdU-Bundesverbandstag im Mai 1954 in Bad Aussee, bei dem ein neues Parteiprogramm beschlossen wurde, in dem deutlicher als bisher ein klares Bekenntnis zur „nationalen Gesinnung" und „nationalen Politik" abgegeben wurde.[148] Dass der VdU-Obmann und ehemalige Wehrmachtsoffizier Stendebach dort auch provokant von einer „unsichtbaren Grenze" zwischen Österreich und Deutschland sprach, war ebenfalls als bewusste deutsch-

[141] OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Bericht Landesverband der Unabhängigen (Egon Plachutta) an Reinthaller, 31.1.1955.

[142] OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Friedrich Peter an Reinthaller, 8.1.1955, und Friedrich Peter an Reinthaller, 17.1.1955. Peter legte eine steile politische Karriere hin – nur drei Jahre später war er Reinthallers Nachfolger als FPÖ-Bundesparteiobmann.

[143] OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Herbert Kraus an Reinthaller, 31.5.1952, und Herbert Kraus an Reinthaller, 16.6.1952.

[144] OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Max Stendebach an Reinthaller, 18.4.1953.

[145] OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Helfried Pfeifer an Reinthaller, 25.1.1954.

[146] So z. B. wurde der Rechtsaußen der Partei, der VdU-Abgeordnete Fritz Stüber, 1953 aus der Partei ausgeschlossen und gründete die nationale Freiheitliche Sammlung Österreichs (FSÖ). Stüber mischte auch bei der Gründung der FPÖ mit, fand aber wegen seines querulatorischen Verhaltens dort letztendlich keinen Platz.

[147] Vgl. Höbelt, Vierte Partei, S. 217-250, und Piringer, VdU, S. 111-113.

[148] Das „Ausseer Programm" ist abgedruckt in: Klaus Berchtold (Hrsg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, Wien 1967, S. 488-491.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nationale Akzentuierung zu verstehen.[149] An diesem Bundesverbandstag wurde einstimmig beschlossen, an Reinthaller heranzutreten und ihm eine führende Rolle im VdU anzubieten.[150] Dieses Angebot war als klares Signal an die unzufriedenen „Ehemaligen" gedacht. Reinthallers „Glasenbacher Kameraden" freuten sich jedenfalls sehr, dass sein Name gefallen sei, und hofften darauf, ihn „baldigst in unseren Reihen zu wissen".[151] Die steirische VdU-Landesgruppe (die sich später als erste Reinthaller anschließen sollte) drängte ebenfalls massiv, „Reinthaller und andere namhafte Persönlichkeiten des nationalen Lagers [...] für die Übernahme von Führungsfunktionen" zu gewinnen.[152]

Reinthaller stand den Annäherungsbemühungen des VdU skeptisch gegenüber, hielt sich vorerst aber noch bedeckt. Obwohl er intern keinen Hehl daraus machte, dass er für den VdU keine Zukunft mehr sah, hielt er ein sofortiges Eingreifen für taktisch unklug: „Diese Menschen sind noch nicht reif für die Reform an Haupt und Gliedern. Sie müssen wohl vom Schicksal noch ärgere Watschen bekommen, als sie ihnen schon erteilt wurden." Er wollte lieber abwarten, „bis dieser Laden [...] so weit zusammenkracht und das verdiente Schicksal erleidet, um auf neuen Fundamenten frisch aufzubauen".[153] Laut FPÖ-Überlieferung soll Reinthaller keine politischen Ambitionen, sondern wegen seiner NS-Belastung sogar Skrupel gehabt haben, wieder in die Politik einzusteigen.[154] In einem Brief an Peter, der ihn im Zusammenhang mit innerparteilichen Querelen um väterlichen Rat gebeten hatte, meinte er: „Ich will gar nicht in Erscheinung treten, da ich selbst spüre, dass ich mit Hypotheken der Vergangenheit belastet bin. Aber ich bin gerne Geburtshelfer, um Euch Jungen in den Sattel zu helfen."[155] Dass er aber keineswegs gänzlich uneigennützig agierte und schon gar nicht politisch instrumentalisiert wurde (wie oft behauptet), belegt eine Notiz, in der er drei Be-

[149] Piringer, VdU, S. 116. Zur Parlamentsdebatte vgl. Stenographisches Protokoll, 39. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 7. Gesetzgebungsperiode, 19.5.1954; www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VII/NRSITZ/NRSITZ_00039/index.shtml#tab-Sten.Protokoll [4.7.2018].

[150] Vgl. Piringer, Geschichte der Freiheitlichen, S. 17. Konkret war an die Position eines Obmann-Stellvertreters gedacht, was Reinthaller jedoch zu wenig war, wie eine entsprechende Notiz von ihm veranschaulicht; vgl. Notiz: Ver[bands] Tagung Aussee, 13.5.1954, in: Höbelt (Hrsg.), Aufstieg und Fall, S. 223.

[151] OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Josef Maria Gutmann an Reinthaller, 20.5.1954.

[152] OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Resolution des Landesverbands der Unabhängigen in der Steiermark, Landesleitung, 31.10.1954.

[153] Anton Reinthaller an Roland Timmel, 25.3.1954 (handschriftliches Konzept), in: Höbelt (Hrsg.), Aufstieg und Fall, S. 218-222, hier S. 220.

[154] Vgl. Piringer, Geschichte der Freiheitlichen, S. 18.

[155] Vgl. Anton Reinthaller an Friedrich Peter, Mettmach, 10.2.1955, in: Höbelt (Hrsg.), Aufstieg und Fall, S. 250 f. In diesem Zusammenhang wird oft ein ähnlicher (quellenmäßig nicht belegter) Ausspruch Reinthallers kolportiert: „Meinen Ruf und meinen Namen gebe ich gerne dazu her, euch in den Sattel zu helfen. Reiten müsst ihr selber"; zit. nach Höbelt, Reinthaller, S. 169.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dingungen für seinen Wiedereintritt in die Politik formulierte: „1. Geld, 2. Macht, 3. Mandat (ca. 10.000,– S[chilling]/Monat)".[156]

Erst nach den Landtagswahlen in mehreren Bundesländern im Oktober 1954, die für den VdU zu einem Debakel („Watsche") mit schweren Stimm- und Mandatsverlusten gerieten, erteilte Reinthaller dem VdU auch offiziell eine klare Absage.[157] Er hielt die Partei für nicht mehr reformierbar, stellte sich dezidiert gegen eine „Eliminierung aller noch vorhandenen ‚Ehemaligen'" (eine Absicht, die er der VdU-Führung unterstellte) und formulierte erstmals als politisches Ziel „eine völkisch-freiheitliche Partei in Österreich", für die er sich zur Verfügung stellen wollte.[158] Damit war die Entscheidung für eine neue Partei, in der alle nationalen Kräfte vereint werden sollten, de facto schon gefallen. Es hatte sich offenbar herumgesprochen, dass Reinthaller zu einem Wiedereintritt in die Politik bereit war, denn er erhielt mehrere Schreiben, in denen Freude darüber bekundet wurde, dass er sich nun auf „Wunsch weitester Kreise, insbesondere auch der Mehrzahl unserer alten Kameraden" für die „Dritte Kraft" einsetzen werde.[159] In Kärnten formierte sich sofort ein „Komitee zur nationalen Einigung", bestehend aus gesinnungstreuen „Ehemaligen", die es als ihre „höchste Pflicht [ansahen], die nationalen Kräfte und Gruppen dieses Landes so rasch als möglich zusammenzuführen".[160] Reinthallers Gesinnungsgenossen drängten ihn zum Handeln und sagten ihm ihre volle Unterstützung zu.[161] Man sah den idealen Zeitpunkt für einen politischen Wiedereinstieg gekommen und wischte mögliche Bedenken, dass „sofort wieder als Schreckgespenst der Neonazismus ins Feld geworfen" werden könnte, kurzerhand vom Tisch: „Neonazismus hat seine Wirkung längst eingebüßt u. schreckt niemanden mehr."[162]

156 Handschriftliche Notiz Reinthallers auf dem Brief von Max Stendebach an Reinthaller, 24.9.1954, in: Höbelt (Hrsg.), Aufstieg und Fall, S. 225.

157 OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, VdU-Anfrage zur Besprechung mit Minister a. D. Ing. R., 14.12.1954. Darin wurde angefragt, ob und zu welchen Bedingungen Reinthaller bereit sei, eine „Führungsstelle" im VdU zu übernehmen. Die Antwort von Reinhaller erfolgte umgehend; OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Konzept von Reinthaller (ohne Titel), Dezember 1954, und Reinthaller an Max Stendebach, 27.1.1955.

158 OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Konzept von Reinthaller (ohne Titel), Dezember 1954. Auf das Attribut „völkisch" wurde bald stillschweigend verzichtet, anstatt dessen griff man auf die weniger punzierte Selbstbezeichnung „national-freiheitlich" bzw. „freiheitlich" zurück.

159 OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Gerhard Riha an Reinthaller, 30.12.1954.

160 OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Komitee zur nationalen Einigung an Reinthaller, 21.12.1954.

161 OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Fritz Butschek an Reinthaller, 14.12.1954; Friedrich Peter an Reinthaller, 17.1.1955 (diesem Schreiben liegt eine Liste von Vereinen und Personen aus Linz bei, die Reinthaller unterstützten), und Klaus Mahnert an Reinthaller, 5.1.1955. Vgl. auch Egon Plachutta an Anton Reinthaller, Graz, 30.12.1954, in: Höbelt (Hrsg.), Aufstieg und Fall, S. 229-232, hier S. 231 f.

162 Emil van Tongel an Anton Reinthaller, Schruns, 9.11.1954, in: Höbelt (Hrsg.), Aufstieg und Fall, S. 227 f., hier S. 227.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Anfang 1955 betrat Reinthaller, der bis dahin strategisch geschickt im Hintergrund agiert hatte, die politische Bühne und gründete die „Freiheitspartei".[163] Zu deren führenden Exponenten zählten außer ihm der ehemalige illegale Nationalsozialist und NS-Propagandist Emil van Tongel, der ehemalige SS-Mann Friedrich Peter und Reinthallers alter Freund aus dem Reichsnährstand Fritz Butschek, die auch künftig treibende Kräfte bei der späteren Gründung der FPÖ waren. Es soll vor allem Bundeskanzler Julius Raab (ÖVP) gewesen sein, der Reinthaller endgültig zum Wiedereintritt in die Politik überredete, wobei er ihm riet, sich mit „demokratischen Auftriebselementen" zu umgeben.[164] Raab sah in Reinthaller, den er persönlich kannte, nicht nur einen zuverlässigen Gesprächspartner, mit dem es ideologische Überschneidungen gab, sondern setzte auch darauf, dass die Konkurrenzpartei SPÖ mit einem ausgewiesenen Nationalsozialisten keine Koalition eingehen würde und die ÖVP somit künftig mehr politischen Spielraum hatte.[165]

In den laufenden Verhandlungen über eine „Dritte Kraft" mischten zuweilen auch Beobachter von außen mit, wie zum Beispiel der Deutsche Gottfried Griesmayr,[166] der sich als Vermittler zwischen dem VdU und dem Reinthaller-Kreis betätigte.[167] Auch er riet Reinthaller, den VdU zu übernehmen, aber nicht ganz auf Kraus zu verzichten, denn – so Griesmayr – dessen „liberal-klerikaler Anstrich, sein Westlertum könnten das eichenhaft Nationale ‚mildern', ergänzen. Ein Gespann Reinthaller-Kraus wäre für den Anfang ein echter Kompromiss."[168] Der VdU-Mittelsmann Jörg Kandutsch lehnte einen derartigen Vorschlag als unakzeptabel ab: „Wenn Leute glauben, dass man Männer zwar im Jahre 1949 als Feigenblatt über der nationalen Blösse [sic!] verwenden musste, weil die ‚Elite der nationalen Bewegung' nicht hervortreten konnte oder wagte, dass diese heute jedoch zu verschwinden hätten, dann ist dies in meinen Augen unanständig und politisch dumm. Dafür gebe ich mich nicht her."[169] Der als Kraus-Anhänger geltende Kandutsch machte später einen Gesinnungswandel durch und war von Beginn an führend in der FPÖ tätig.

Die nach der Gründung der „Freiheitspartei" sich über Monate hinziehenden Verhandlungen über eine Einigung des nationalen Lagers drohten mangels ge-

[163] Vgl. Piringer, Geschichte der Freiheitlichen, S. 28 f.
[164] Ebenda, S. 26.
[165] Zur Rolle der ÖVP bei der Neuformierung der Dritten Kraft vgl. Schäfer, ÖVP, S. 70-76.
[166] Der ehemalige Funktionär der Hitler Jugend Gottfried Griesmayr war nach 1945 in diversen rechtsextremen Zirkeln aktiv, u. a. war er führendes Mitglied der radikalen Deutschen Union und indirekt auch in die „Naumann-Affäre" involviert; vgl. die Dissertation, vorgelegt an der Freien Universität Berlin, von Beate Baldow, Episode oder Gefahr? Die Naumann-Affäre, Berlin 2012, und auch Richard Stöss, Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1980, S. 72.
[167] OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Gottfried Griesmayr an Jörg Kandutsch, 5.1.1955, und Jörg Kandutsch an Gottfried Griesmayr, 26.12.1954.
[168] OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Gottfried Griesmayr an Reinthaller, 6.1.1955.
[169] Zit. nach OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Gottfried Griesmayr an Reinthaller, 25.1.1955.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

genseitigen Vertrauens wiederholt zu scheitern.[170] Im Laufe des Jahrs 1955 spalteten sich einige Landesverbände (allen voran die Landesgruppen in der Steiermark und in Kärnten) vom VdU ab und liefen zu Reinthaller über. Am 17. Oktober 1955 konnten man sich schließlich auf die Bildung einer neuen „freiheitlichen Einheitspartei" einigen, in welcher Reinthallers Freiheitspartei, Teile des von „Liberalen" gereinigten VdU und bisher parteipolitisch noch nicht gebundene Personen aus diversen rechten Gruppierungen aufgehen sollten. In der Parteipresse wurde die Einigung hymnisch gefeiert:

> „Für hunderttausende Frauen und Männer Oesterreichs, die der Diktatur der Koalitionsparteien mit ihren üblen Erscheinungen überdrüssig sind und die deshalb eine starke freiheitlich gesinnte Opposition fordern, ist in diesen Tagen ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung gegangen. Endlich gelang es, die vielen Kräfte, welche zwischen und gegen Schwarz und Rot stehen und in ihrer politischen Zielsetzung gleichgerichtet sind, in eine einzige Organisation zusammenzuführen."[171]

Man einigte sich auf den Namen Freiheitliche Partei Österreichs und veröffentlichte im November ein Kurzprogramm, in dem man sich unter anderem zu einer „sozialen Volksgemeinschaft" und zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft" bekannte.[172] Bei einem ersten öffentlichen Auftritt der FPÖ in Wien im Dezember 1955 sollen die Protagonisten der Einigung stürmisch gefeiert worden sein.[173] Aber die große Zustimmung konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es innerhalb des scheinbar geeinten nationalen Lagers weiter Querelen gab: In der Steiermark rebellierten extrem Rechte unter dem radikalen ehemaligen SS-Mann Herbert Schweiger,[174] in Oberösterreich fühlten sich einige frühere prominente NS-Funktionäre von Reinthaller als „alte Kampfgefährten" zu wenig gewürdigt.[175] Auch setzte ein Kampf um Mandate ein, sodass Reinthaller Anfang 1956 entnervt

[170] Vgl. Riedlsperger, Lingering Shadow, S. 150-160; Piringer, Geschichte der Freiheitlichen, S. 17-40, und Die Neue Front vom 16.4.1955: „Freiheitspartei will nicht mit dem VdU".

[171] Die Neue Front vom 22.10.1955: „Einigung der Freiheitlichen".

[172] Berchtold, Parteiprogramme, S. 492 f. Vgl. auch Kurt Richard Luther, Die Freiheitliche Partei Österreichs, in: Herbert Dachs u. a. (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien 1992, S. 247-262, hier S. 255 f. Nach der Einschätzung von Luther wurde das nur 15 Punkte umfassende Kurzprogramm vor allem als „Mittel der Anwerbung ehemaliger Nationalsozialisten entworfen". Das in allen Parteiprogrammen enthaltene „Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft" wurde erst 1985 durch die Formulierung einer „Zugehörigkeit zum deutschen Volks- und Kulturraum" ersetzt bzw. abgeschwächt.

[173] OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ II, Unabhängiger Pressedienst der FPÖ, 2.12.1955. Vgl. auch Die Neue Front vom 10.12.1955: „Machtvoller Auftakt der FPÖ in Wien".

[174] OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ II, Emil van Tongel an Reinthaller, 20.11.1955; Egon Plachutta an Reinthaller, 25.12.1955; Karl Heinz Marauschek an Reinthaller, 27.12.1955, und Herbert Schweiger an Reinthaller, 28.12.1955.

[175] OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ II, Friedrich Peter an Reinthaller, 21.12.1955; Reinthaller an Friedrich Peter, 29.12.1955; Friedrich Peter an Reinthaller, 29.12.1955, und VdU/FPÖ IV, Reinthaller an Friedrich Peter, 3.1.1956.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mit Rücktritt drohte, der jedoch durch das beschwörende Einwirken van Tongels abgewendet werden konnte.[176]

Die offizielle Gründung der FPÖ erfolgte am 7. April 1956 unter dem Motto „Glaube, Treue, Opferbereitschaft. Dann gehört uns die Zukunft". Bei diesem ersten FPÖ-Parteitag, der in relativ bescheidenem Rahmen in einem engen, glanzlosen Raum im Hotel „Weißer Hahn" in Wien stattfand, wurde Reinthaller mit großer Mehrheit zum Parteiobmann gewählt. In seiner Antrittsrede appellierte er an die Einigkeit des „national-freiheitlichen" Lagers und bekannte sich zum „nationalen Gedanken, [der] in seinem Wesen nichts anderes als das Bekenntnis der Zugehörigkeit zum deutschen Volk" bedeuten würde.[177] Im Gegensatz dazu hatte sich der neue Obmann zuvor bei öffentlichen Auftritten zu Österreich bekannt und von der NS-Führung distanziert, was in den eigenen Reihen jedoch auf heftige Kritik stieß.[178] Auch auf dem (semiöffentlichen) Parteitag lehnte er „jeden Extremismus – ob nach rechts oder links gerichtet" ab und postulierte eine „Politik der Mitte".[179] Diese Doppelstrategie – dezidiertes deutschnationales Bekenntnis (als Botschaft nach innen) einerseits und gemäßigte Töne und die Absage an einen nicht näher definierten „Extremismus" (zur Beruhigung nach außen) andererseits – behielten Reinthaller und die FPÖ auch künftig bei.[180] Die Positionierung als Partei der Mitte (gemäß der FPÖ-Parole: „weder schwarz noch rot")[181] zeigte sich auch symbolisch in der Sitzordnung des neu konstituierten Nationalrats: Die FPÖ beanspruchte für ihre Fraktion den Platz in der Mitte des Parlaments, der ihr – anders als 1949, als der VdU mit diesem Ansinnen gescheitert war –1956 auch zugestanden wurde. Bei den vorgezogenen Nationalratswahlen im Mai 1956, für die kaum Zeit zur Mobilisierung blieb, erhielt die FPÖ zu ihrer großen Enttäuschung nur 6,5 Prozent der Wählerstimmen und sechs Mandate.

Sofort nach der Gründung der FPÖ wurde der VdU vereinbarungsgemäß aufgelöst. Der entmachtete Kraus zog sich verbittert aus der Politik zurück und sprach wörtlich von einer „lange vorbereiteten ‚Machtübernahme' durch einen kleinen Kreis von Rechtsextremisten und NS-Führern", die er als VdU-Gründer nicht mittragen könne, weshalb er aus der Partei austrete. Die Selbstdarstellung als „Partei der Mitte" sah Kraus lediglich als „notwendig gewordene Tarnung" an, um zu verschleiern, dass es sich bei der FPÖ um eine „auf die Vergangenheit ausgerichtete Partei" handle, die „einzelnen gestürzten Größen des NS-Regimes eine

176 OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ IV, Emil van Tongel an Reinthaller, 3.1.1956, und Emil van Tongel an Reinthaller, 9.1.1956.

177 Zit. nach Piringer, Geschichte der Freiheitlichen, S. 39.

178 Vgl. Oberösterreichische Nachrichten vom 15.7.1955: „Reinthaller gegen Extremismus", und Reiter, Inklusion, S. 151 f.

179 Die Neue Front vom 14.4.1956: „Machtvoller Auftakt der FPÖ. Dipl.-Ing. Anton Reinthaller zum FPÖ-Obmann gewählt".

180 Vgl. exemplarisch Die Neue Front vom 12.5.1956: „Rundfunkansprache von Reinthaller am 9.5.1956".

181 Vgl. Matthias Falter, Reclaiming the Political Center after National Socialism. The Discursive Re-Positioning of Former National Socialists in Austrian (Party) Politics, 1949–60, in: Parliaments, Estates and Representation 38 (2018), S. 88-103.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

neue politische Plattform" schaffen solle.[182] Diese Kritik von Kraus, die eindeutig auf die Person Reinthaller abzielte, wurde von der FPÖ umgehend als Ausdruck persönlicher Kränkung zurückgewiesen und mit Gegenattacken beantwortet.[183] Einige zeitgenössische Medien wie das *Linzer Volksblatt* schrieben ebenfalls von einer „NS-Machtübernahme in der FPÖ",[184] und die *Süddeutsche Zeitung* kommentierte die Gründung der neuen Partei mit der Feststellung: „‚Der Gauleiterklub' rührt sich wieder".[185] Die kommunistische *Volksstimme* bezeichnete die FPÖ kurzerhand als „neue Nazipartei" mit Reinthaller als „eine[m] der schlimmsten Totengräber der österreichischen Unabhängigkeit" an ihrer Spitze.[186]

Diese negativen Einschätzungen waren trotz aller Überspitzung nicht gänzlich von der Hand zu weisen. An der Parteispitze stand nun ein hochrangiger und ideologisch überzeugter Nationalsozialist, der die Partei bis zu seinem Tod im März 1958 prägte.[187] Sein Nachfolger wurde sein politischer Schützling Friedrich Peter, der als ehemaliges Mitglied einer berüchtigten SS-Einheit, die an Massenmorden beteiligt war, ebenfalls als „belastet" zu gelten hat.[188] Auch auf vielen anderen Ebenen der Partei, im Bundesparteivorstand und in den Landesorganisationen, waren etliche gesinnungstreue Nationalsozialisten installiert worden, die bisher noch nicht in der ersten Reihe standen und selbst von parteinahen Historikern als „Rechtsextremisten"[189] eingestuft werden. Außerdem tummelten sich in der FPÖ und in ihrem näheren Umfeld viele „Belastete" und deutschnationale Burschenschafter, die durch den Führungswechsel politischen Auftrieb erhielten.[190] Kaum personelle Änderungen gab es hingegen im freiheitlichen Parlamentsklub, da von den sechs Abgeordneten fünf bereits im VdU aktiv gewesen

182 OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ IV, Erklärung von Herbert Kraus, 12.4.1956. Vgl. auch Kraus, Objektivität, S. 285 f.

183 OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ IV, FPÖ-Bundesparteileitung, Stellungnahme der FPÖ-Pressestelle: Die wahren Gründe für das Ausscheiden des Dr. Herbert Kraus aus der FPÖ, 12.4.1956. Vgl. auch die Kommentare und Leserbriefe in: Die Neue Front vom 21.4.1956.

184 Vgl. Linzer Volksblatt vom 13.4.1956: „NS-Machtübernahme in der FPÖ".

185 Süddeutsche Zeitung vom 12./13.5.1956: „Der ‚Gauleiter-Klub' rührt sich wieder". Der Begriff „Gauleiterklub" spielte offenbar auf die „Naumann-Affäre" in der FDP an, bei der – im Unterschied zur FPÖ – tatsächlich einige ehemalige Gauleiter beteiligt waren. Vgl. Kristian Buchna, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhauve und die nordrhein-westfälische FDP 1945–1953, München 2010.

186 Volksstimme vom 19.10.1955: „Eine neue Nazipartei".

187 Vgl. Die Neue Front vom 15.3.1958: „Nachruf: Bundesparteiobmann Dipl.Ing. Reinthaller. Anton Reinthallers letzter Weg".

188 Seine SS-Vergangenheit holte Peter erst 1975 im Rahmen der sogenannten Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre ein. Peter, der anfangs als rechter „Hardliner" agierte, hat in den 20 Jahren seiner Obmannschaft einen gewissen „Läuterungsprozess" durchlaufen. Er versuchte die FPÖ (vergeblich) zu „liberalisieren" und ist 1992 aus Protest gegen Haiders europafeindliche und NS-affine Haltung aus der FPÖ ausgetreten; vgl. Der Standard vom 26.9.2005: „Der ungelöste Fall Friedrich Peter" (Hans Rauscher); www.derstandard.at/2187479/Der-ungeloeste-Fall-Friedrich-Peter [2.8.2017].

189 Höbelt, Vierte Partei, S. 244.

190 Bernhard Weidinger, „Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen". Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945, Wien/Köln/Weimar 2015, S. 532.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

waren und mit dem ehemaligen NSDAP-Gauamtsleiter und Reichsredner Heinz Zechmann vorerst nur ein Reinthaller-Mann neu einzog. Alles in allem war der Bruch 1956 weniger einschneidend als oft behauptet. Die gängige Vorstellung einer Entwicklung vom angeblich „liberalen" VdU zu einer „nationalen" FPÖ ist nicht aufrechtzuerhalten, denn schon im VdU waren viele ehemalige Nationalsozialisten vertreten, und die ideologischen Übereinstimmungen zwischen den beiden Parteien sind offensichtlich.[191] Gleichwohl bedeutete die Gründung der FPÖ eine Machtverschiebung zugunsten der prononciert „Nationalen", die nun die Partei dominierten und somit auch inhaltlich einen klaren Rechtsruck. Die FPÖ war in den folgenden Jahrzehnten eine zwar kleine,[192] aber ideologisch gefestigte Weltanschauungspartei mit einer klaren deutschnationalen Ausrichtung.[193] Aufgrund der personellen und ideologischen NS-Kontinuitäten sowie der damit einhergehenden mangelnden Distanz zum Nationalsozialismus bewegte sich die FPÖ in ihrer gesamten Geschichte an der Grenze zum Rechtsextremismus.[194]

VI. Fazit: Zwischen Kontinuität und Anpassung

Die politische Reorganisation der „Ehemaligen" ist in den (vergangenheits-)politischen Kontext Nachkriegsösterreichs einzuordnen. Nach einer kurzen antifaschistischen Phase, in der die ehemaligen Nationalsozialisten wegen der Entnazifizierung politisch nicht handlungsfähig waren, begannen diese, sich schon bald wieder neu zu organisieren. Am erfolgreichsten dabei war der von Herbert Kraus gegründete Verband der Unabhängigen, der ein Auffangbecken für all jene Nationalsozialisten war, die sich nicht in die Großparteien integrieren wollten, und der seit 1949 im Parlament vertreten war. Zu dessen politischer Hauptagenda zählte der Kampf gegen die Entnazifizierung, der angesichts der veränderten politischen Rahmenbedingungen (sukzessive Abschwächung beziehungsweise Rücknahme der Entnazifizierung) allerdings bald obsolet wurde. Die damit einhergehende Krise des VdU führte Anfang der 1950er Jahre zu Flügelkämpfen zwischen Teilen der als zu „liberal" erachteten VdU-Führung und zunehmend selbstbewussten und politisch ambitionierten „Nationalen", die letztendlich als Sieger aus dem jahrelangen internen Machtkampf hervorgingen. Mittlerweile hatte sich auch die außenpolitische Situation zu ihren Gunsten entwickelt. Durch den Ab-

[191] Ausführlich dazu vgl. Reiter, Inklusion.

[192] Die FPÖ gewann durchgehend fünf bis sieben Prozent der Stimmen. Funktionärsebene und ein Großteil ihrer Wählerschaft speisten sich aus dem Kernmilieu der „Ehemaligen". Erst mit dem Aufstieg der FPÖ unter Haider Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre hat sich das Parteiprofil erheblich verbreitert.

[193] Vgl. Luther, Freiheitliche Partei Österreichs, in: Dachs u. a. (Hrsg.), Handbuch; Berchtold (Hrsg.), Parteiprogramme, S. 484-512, und Susanne Frölich-Steffen, Die Identitätspolitik der FPÖ. Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 33 (2004), S. 281-295.

[194] Die personelle und ideologische Nähe zum Rechtsextremismus brachte der FPÖ einen fixen Platz in dem vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands herausgegebenen und mehrmals aktualisierten Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus ein; vgl. Bailer/Neugebauer, FPÖ, in: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zug der Alliierten nach dem Staatsvertrag vom Mai 1955 fiel die Kontrolle von außen weg, und einer vollständigen Rehabilitierung von „Ehemaligen" stand nichts mehr im Wege. Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, dass deren parteipolitische Formierung und die Gründung der FPÖ mit ihrer (deutsch-)nationalen Ausrichtung genau in diese Zeit fiel. In der FPÖ und den ihr nahestehenden einschlägigen Vereinen und Veteranenverbänden (zum Beispiel Soziales Friedenswerk, Kameradschaft IV, Wohlfahrtsvereinigung der Glasenbacher, Österreichischer Turnverein, deutschnationale Burschenschaften) war eine große Zahl von ehemaligen Nationalsozialisten aktiv, die sich oft nur vordergründig und zögerlich an die demokratische Grundordnung angepasst hatten, im Grunde aber ihren Überzeugungen weitgehend treu bleiben. Die FPÖ fungierte als parteipolitische Repräsentantin des „Ehemaligen"-Milieus, das trotz aller Heterogenität über Jahrzehnte und Generationen hinweg eine Erfahrungs-, Gesinnungs- und Erinnerungsgemeinschaft darstellte.

Anton Reinthaller war nicht nur Teil, sondern auch zentraler politischer Akteur dieses Milieus. Seine politische Karriere in drei verschiedenen politischen Systemen (Erste Republik/Austrofaschismus – Nationalsozialismus – Zweite Republik) weist über alle Brüche hinweg biografische und ideologische Kontinuitäten auf und steht in mancher Hinsicht auch exemplarisch für andere österreichische Nationalsozialisten. Als hochrangiger NS-Funktionär hat er die nationalsozialistische Ideologie geteilt, den „Anschluss" an Deutschland aktiv gefördert und das NS-Regime und seine Verbrechen bis zum Kriegsende mitgetragen. Mit seiner bilderbuchartigen Karriere im Nationalsozialismus kann er als typischer Vertreter der österreichischen NS-Funktionselite eingestuft werden, der aus heutiger Kenntnis zwar nicht direkt und nachweisbar in NS-Verbrechen verwickelt war, diese aber durch seine politischen und administrativen Führungspositionen im NS-Regime zumindest mitzuverantworten hat. Nach 1945 war Reinthaller einer der wenigen prominenten NS-Funktionsträger in Österreich, der – nach dem üblichen Entnazifizierungsprocedere – wieder eine politische Spitzenfunktion einnahm.

Mit seinen nachträglichen Deutungen des Nationalsozialismus und seiner eigenen Rolle darin bewegte sich Reinthaller im Konsens des „Ehemaligen"-Diskurses. Er präsentierte sich als passiver Altruist, der Zeit seines Lebens nur auf Wunsch von außen aktiv geworden sei und selbst keine politischen Ambitionen verfolgt habe. Gleichzeitig griff er auf die weit verbreitete rhetorische Figur des „enttäuschten Idealisten" zurück, die er geschickt mit dem (Selbst-)Bild des nach 1938 zunehmend „kritischen Nazi" kombinierte. Dabei hat Reinthaller die völkische und antisemitische Ideologie des Nationalsozialismus durchaus geteilt, auch wenn er sich nachträglich – mithilfe der Dämonisierung von Hitler und dem Rückzug auf sein (vermeintliches) Unwissen – von der Judenvernichtung distanzierte. In Kenntnis seiner politischen Aktivitäten, seiner hohen Funktionen und systemüberdauernden Überzeugungen können seine Selbstpräsentationen unschwer als nachträgliche Entlastungs- und Rechtfertigungsversuche dekonstruiert werden. Seine Selbststilisierung als „Opfer der Siegerjustiz" und der perfide Vergleich seiner Internierung und Untersuchungshaft mit einer Gefangenschaft in

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

einem nationalsozialistischen Konzentrationslager entspricht ebenfalls einer im „Ehemaligen"-Milieu beliebten Viktimisierungs- und Aufrechnungsstrategie. Zur Übernahme einer persönlichen Mitverantwortung oder gar einem Schuldeingeständnis war Reinthaller hingegen nie bereit.

Warum gerade er nach 1945 zum politischen Hoffnungsträger und zur nationalen Galionsfigur im „Ehemaligen"-Milieu wurde, hat verschiedene Gründe. Vor allem war er einer der wenigen hochrangigen österreichischen Nationalsozialisten, der nach 1945 wieder zur Verfügung stand und aufgrund seiner langjährigen politischen Karriere einen relativ hohen Bekanntheitsgrad hatte. Als „Alter Kämpfer" galt er als ideologisch verlässlicher Nationalsozialist und genoss gerade deshalb im Kreis von gesinnungstreuen „Ehemaligen" hohes Ansehen. Seine politische Erfahrung als ehemaliger NS-Minister sowie seine gute Vernetzung sowohl in nationalen Kreisen als auch über die eigenen Parteigrenzen hinaus sprachen ebenfalls für ihn. Nicht zuletzt wurde dem „Befrieder" Reinthaller, der als ausgleichende Persönlichkeit, aber auch als durchsetzungsfähiger Machtpolitiker galt, die Einigung des in sich zerstrittenen nationalen Lagers am ehesten zugetraut.

Die Rolle des „Vermittlers" war eine der biografischen Konstanten von Reinthaller über drei politische Systeme hinweg. Seine verharmlosend als „Befriedungsaktion" titulierten Verhandlungen mit dem austrofaschistischen Regime vor 1938 setzte er nach Kriegsende geschickt als ultimatives Entlastungsargument ein, das seinen Ruf als „gemäßigter" Nationalsozialist nachhaltig untermauerte. Zwar kann Reinthaller im Vergleich zum weit radikaleren und gewaltbereiten NSDAP-Parteiflügel der 1930er Jahre als „gemäßigt" eingestuft werden, gleichzeitig war aber gerade seine zentrale Rolle bei den Verhandlungen ein Beweis seiner Wichtigkeit innerhalb der illegalen NSDAP. Aufgrund seiner Vermittlertätigkeiten pflegte Reinthaller gute Kontakte zum konservativ-bürgerlichen Lager, die er nach 1945 unter veränderten politischen Umständen zu seinem Vorteil zu nutzen verstand. Seine Anschlussfähigkeit und Nähe zur ÖVP erklärt sich aber nicht nur aus den persönlichen Kontakten vor 1938, sondern wurden auch durch seine bäuerlich-katholische Herkunft (Reinthaller war nie aus der Kirche ausgetreten), seine berufliche Tätigkeit in der Landwirtschaft und partielle ideologische Übereinstimmungen zwischen dem nationalen und klerikal-konservativen Lager begünstigt.

Trotz seiner ideologischen Überzeugungen und seiner festen Verankerung im „Ehemaligen"-Milieu zeigte sich Reinthaller nach 1945 als durchaus anpassungsfähig. Er hielt sich wegen seiner exponierten Stellung als „Belasteter" mit extremen Äußerungen bewusst zurück, distanzierte sich von allzu „unbelehrbaren" Mitstreitern und vertrat auch in Hinblick auf den Staat Österreich eine nach außen hin moderate Position. Das Bekenntnis zur staatlichen Eigenständigkeit Österreich galt in der Nachkriegszeit als eine Art Lackmustest für die Abkehr vom Nationalsozialismus und für Demokratiefähigkeit. Reinthaller war – zumindest in der Öffentlichkeit und im Unterschied zu vielen seiner deutschnationalen Gesinnungsgenossen – zu diesem Zugeständnis bereit, was ihm einerseits Kritik aus den eigenen Reihen, aber auch Akzeptanz auf Seiten seiner politischen Gegner einbrachte. Sein Bekenntnis zum Staat Österreich und seine halbherzigen Distanzie-

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rungen vom Nationalsozialismus boten ihm (und vielen anderen ehemaligen Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten) die Möglichkeit, sich mit relativ geringen Abstrichen in das österreichpatriotische Wir-Kollektiv einzureihen, auch wenn dies im Widerspruch zur deutschnationalen Ausrichtung der von ihm gegründeten FPÖ stand.

Abschließend kann festgehalten werden, dass sich die Bedeutung Anton Reinthallers nicht nur aus seiner herausragenden Karriere im Nationalsozialismus, sondern auch aus seiner zentralen Rolle bei der politischen Formierung der „Ehemaligen" nach 1945 ergibt. Als Parteigründer und erster Obmann der FPÖ war er ein wichtiger politischer Akteur der Zweiten Republik, dessen politische Nachkriegskarriere sich im Spannungsfeld zwischen biografischen und ideologischen Kontinuitäten einerseits und Anpassungsbereitschaft beziehungsweise -fähigkeit andererseits bewegte. Obwohl er seiner Gesinnung nach 1945 weitgehend treu geblieben ist, hat er sich – zumindest partiell – an die ohnehin nicht sehr strengen normativen Vorgaben offizieller Vergangenheitspolitik in Österreich angepasst und sich somit als „kompatibel" für die österreichische Nachkriegsdemokratie erwiesen.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Italien war das erste Land, das nach dem Ersten Weltkrieg der faschistischen Herausforderung erlag. Italien wurde seit 1935 zum wichtigsten europäischen Verbündeten des Deutschen Reichs. Und Italien gab sich 1938 eine antijüdische Rassengesetzgebung, die den Nürnberger Gesetzen kaum nachstand. Dennoch flohen seit 1933 viele Menschen in das faschistische Königreich, die in Deutschland als Juden verfolgt wurden, und fanden dort eine prekäre Zuflucht. Susanna Schrafstetter spürt den Erfahrungen nach, die Münchner Juden in Italien machten. Sie zeigt an diesem Beispiel auf, wie facettenreich und unterschiedlich sich das Leben im italienischen Exil gestalten konnte, und sie wirft einen neuen Blick auf die Lebensumstände in Lagern wie Ferramonti di Tarsia – Umstände, die nicht wenige Internierte für ihr restliches Leben zeichneten.

Susanna Schrafstetter

Zwischen Skylla und Charybdis?

Münchner Juden in Italien 1933 bis 1945

I. Erfahrungsgeschichte der Verfolgung

Zwischen 1933 und 1941 flohen über 8.000 Jüdinnen und Juden aus Deutschland nach Italien.[1] Den meisten diente das Land nur als Zwischenstation, aber viele blieben. Genaue Zahlen lassen sich nur schwer erheben, da viele deutsche Juden Italien auf Umwegen erreichten, zum Beispiel 1943 über Frankreich. Damit war Italien ein wichtiges Zufluchtsland, auch wenn das faschistische Königreich deutlich hinter den USA oder Palästina rangierte.[2]

In diesem Aufsatz geht es um die Emigration beziehungsweise Flucht von Juden aus München nach Italien, deren Fluchtwege und Lebenssituationen es von der Machtübernahme Hitlers bis Kriegsende multiperspektivisch zu erforschen gilt. So lassen sich sowohl Flucht und Emigration nach Italien beschreiben als auch zentrale Aspekte der Exilerfahrung, die bisher noch nicht hinreichend un-

[1] Vgl. Klaus Voigt, Zuflucht auf Widerruf. Exil in Italien 1933–1945, 2 Bde., Stuttgart 1989 und 1993, hier Bd. 1, S. 145. Die hier genannte Zahl von insgesamt 8.277 nach Italien geflüchteten Juden stammt von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (vgl. ebenda). Vgl. auch www.statistik-des-holocaust.de/stat_ger_emi.html [18.7.2018]. Diese Zahl beinhaltet nicht die Transitemigration über Italien; vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 148. Ich danke dem Zentrum für Holocaust-Studien am IfZ sowie dem Leibniz-Institut für Europäische Geschichte in Mainz für Stipendien, die es mir ermöglichten, erste Forschungsarbeiten zu den Erfahrungen deutscher Juden in Italien zwischen 1933 und 1945 durchzuführen. Ich danke Laura Brazzo, Walter Landmann, Brigitte Schmidt, Alan Steinweis, Maximilian Strnad und Paolo Tagini für ihre Anregungen, Informationen sowie für Hinweise auf Quellen und Literatur. Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird im Folgenden durchgängig das generische Maskulinum verwendet, außer es handelt sich explizit um Frauen.

[2] Zum Vergleich: etwa 53.000 deutsche Juden emigrierten nach Palästina; vgl. www.statistik-des-holocaust.de/stat_ger_emi.html [18.7.2018].

VfZ 66 (2018) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2018 DOI 10.1515/vfzg-2018-0034

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tersucht worden sind. Der Aufsatz folgt einem erfahrungsgeschichtlichen Ansatz und zeichnet Einzel- und Gruppenschicksale über einen längeren Zeitraum nach, um die Vielfalt der Erfahrungen analysieren zu können. Den besonderen Wert des erfahrungsgeschichtlichen Ansatzes, der hier mit Leitfragen der sozialhistorischen Migrationsforschung in Beziehung gesetzt wird,[3] hat die Deutsch-Italienische Historikerkommission für die künftige deutsch-italienische Geschichtsschreibung bereits vor einigen Jahren hervorgehoben.[4]

Warum flüchteten Juden aus Deutschland ins faschistische Italien? Aus welchen sozialen Schichten stammten sie, und zu welchem Zeitpunkt verließen sie ihre Heimat? Am Beispiel München lassen sich klare Emigrationsmuster nachweisen. Die Flüchtenden gehörten unterschiedlichen sozialen Schichten an, viele stammten ursprünglich aus Osteuropa. Zwischen der Flucht nach Italien 1939/40 und den Ausweisungsbescheiden für Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit im Frühjahr 1939 lässt sich ein eindeutiger Zusammenhang nachweisen. Mailand war bevorzugter Anlaufpunkt jüdischer Emigranten aus ganz Europa, daher geht es auch darum, die stark divergierenden Exilerfahrungen Münchner Juden in Mailand aufzufächern. Wie beeinflussten Faktoren wie Herkunft, Alter, Geschlecht und Emigrationszeitpunkt die Exilerfahrung?

Der Fokus auf München erklärt sich aus der besonderen Quellenlage: Mit der Datenbank zum biographischen Gedenkbuch der Münchner Juden 1933–1945 des Stadtarchivs München gibt es ein einzigartiges Instrument zur Erforschung der jüdischen Emigration aus der bayerischen Landeshauptstadt, da sich mit Hilfe dieser Datenbank nahezu alle in München gemeldeten Juden ermitteln ließen, die zwischen 1933 und 1941 nach Italien ausgewandert sind.[5] Davon ausgehend waren weitere Recherchen möglich, um Erkenntnisse über die Exilerfahrungen der annähernd 400 Juden zu gewinnen, die aus München nach Italien flüchteten. Dieser Personenkreis umfasst auch Menschen, die sich selbst nicht als jüdisch verstanden, aber als Juden verfolgt wurden, und solche, die nach nationalsozialistischen Kriterien nicht als jüdisch galten. Darunter sind Personen, die die jüdische Religion nicht praktizierten oder konvertiert waren, ebenso wie nicht-jüdische Ehepartner in sogenannten Mischehen sowie Kinder aus diesen Beziehungen.[6] Diese heterogene Gruppe hatte jedoch eines gemeinsam: die Ver-

[3] Vgl. Klaus J. Bade/Jochem Oltmer (Hrsg.), Sozialhistorische Migrationsforschung, Göttingen 2004, S. 20 f.

[4] Vgl. den Bericht der von den Außenministern der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik am 28.3.2009 eingesetzten Deutsch-Italienischen Historikerkommission, Juli 2012, S. 19 f.; www.villavigoni.it/contents/files/Abschlussbericht.pdf [18.7.2018].

[5] Stadtarchiv München, Datenbank zum biographischen Gedenkbuch der Münchner Juden 1933–1945 (künftig: StAM, Datenbank Gedenkbuch). Die Datenbank basiert auf einer bemerkenswerten Forschungsleistung des Stadtarchivs. Eingeschränkte Onlineversion: www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Direktorium/Stadtarchiv/Juedisches-Muenchen/Gedenkbuch.html [18.7.2018] sowie Stadtarchiv München (Hrsg.), Biographisches Gedenkbuch der Münchner Juden 1933–1945, 2 Bde., München 2003.

[6] In den relevanten Statistiken und Datenbanken sind die nicht-jüdischen Ehepartner oft nicht als solche (nicht-jüdisch) erkennbar. Vgl. zum Beispiel die Einträge zu Katerine Sattler und Barbara Eckl bei www.annapizzuti.it/database/ricerca.php [18.7.2018].

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

folgung durch den NS-Staat. Der Aufsatz behält die Emigranten bis 1945 im Blick. Statt um Momentaufnahmen individueller Verfolgung geht es hier um Langzeituntersuchungen von Einzel- oder Gruppenerfahrungen, deren „Vernetzung“[7] eine zusätzliche Perspektive auf die Geschehnisse in Italien ermöglicht.

Das Bild der Emigration aus München nach Italien ist nicht repräsentativ für das Deutsche Reich, aber darum geht es auch nicht unbedingt. Der Schwerpunkt liegt vor allem auf der Bedeutung regionaler Spezifika der Verfolgung und der Verfolgungserfahrung – in Deutschland wie in Italien. Die Rahmenbedingungen und Dynamiken, die Juden veranlassten, aus München nach Italien zu flüchten, waren nicht deckungsgleich mit den Verhältnissen in anderen Städten. Über diese regionalen Unterschiede ist noch zu wenig bekannt. Trotzdem lassen sich interessante Einblicke in Fluchtmotivation und Exilerfahrung gewinnen, die das Gesamtverständnis der jüdischen Emigration und Flucht nach Italien bereichern.

Die Literatur zur deutsch-jüdischen Emigration hat sich – mit einer wesentlichen Ausnahme – bisher kaum mit Italien als Ziel- oder Transitland beschäftigt.[8] Das zweibändige Werk „Zuflucht auf Widerruf“ von Klaus Voigt, das die jüdischen und nicht-jüdischen Exilanten aus ganz Europa behandelt, ist und bleibt das unverzichtbare Standardwerk zur Emigration nach Italien. Nach dem Erscheinen dieser bahnbrechenden Studie sind kaum noch Arbeiten zu diesem Thema veröffentlicht worden,[9] da es als hinlänglich bearbeitet galt. Inzwischen liegen jedoch zahlreiche neue Untersuchungen zur Schoah in Italien vor, die neue Fragen aufwerfen oder heiße Eisen angefasst hatten. Das gilt für die Judenpolitik des faschistischen Regimes vor 1943 ebenso wie für den Anteil der *Repubblica Sociale Italiana (RSI)* an der Verfolgung und Deportation der Juden in Italien sowie für Qualität und Quantität des autochthonen Antisemitismus auf der Apennin-Halbinsel.[10]

---

7 Bericht der Deutsch-Italienischen Historikerkommission 2012, S. 22.

8 Vgl. David Jünger, Jahre der Ungewissheit. Emigrationspläne deutscher Juden 1933–1938, Göttingen 2016, und Susanne Heim/Beate Meyer/Francis R. Nicosia (Hrsg.), „Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben“. Deutsche Juden 1938–1941, Göttingen 2010.

9 Zu den wenigen Ausnahmen zählen zumeist Arbeiten, die ebenfalls von Klaus Voigt stammen: Vergebliche Flucht. Ein Danziger Kaufmann in Italien, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Das Exil der kleinen Leute. Alltagserfahrungen deutscher Juden in der Emigration, München 1991, S. 160-170; Rifugio precario. Artisti e intellettuali tedeschi in Italia, 1933–1945, Mailand 1995, und Vier Emigrantinnen aus Deutschland im italienischen Widerstand, in: Hiltrud Häntzschel/Inge Hansen-Schaberg (Hrsg.), Politik, Parteiarbeit, Pazifismus in der Emigration. Frauen handeln, München 2010, S. 115-141.

10 Vgl. Amedeo Osti Guerrazzi, Caino a Roma. I complici romani della Shoah, Rom 2005; ders., Kain in Rom. Judenverfolgung und Kollaboration unter deutscher Besatzung 1943/44, in: VfZ 54 (2006), S. 231-268; Frauke Wildvang, Der Feind von Nebenan. Judenverfolgung im faschistischen Italien 1936–1944, Köln 2008; Enzo Collotti, Il fascismo e gli ebrei. Le leggi razziali in Italia, Rom 2003; Mimmo Franzinelli, Delatori. Spie e confidenti anonimi – l'arma segreta del regime fascista, Mailand 2001; Thomas Schlemmer/Hans Woller, Der italienische Faschismus und die Juden 1922 bis 1945, in: VfZ 53 (2005), S. 165-201; René Moehrle, Judenverfolgung in Triest während Faschismus und Nationalsozialismus, 1922–1945, Berlin 2014; Paolo Tagini, Le poche cose. Gli internati ebrei nella provincia di Vicenza (1943–1945), Verona 2006; Cinzia Villani, Zwischen Rassengesetzen und Deportation. Juden in Südtirol, im Trentino und in der Provinz Belluno, 1933–1945, Innsbruck 2003; Silva Bon, Gli ebrei a

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Klaus Voigt hat Monumentales geleistet. Was lässt sich also in einem Aufsatz Neues sagen? Erstens: Im Zentrum der Exilforschung zu Italien stand bisher vor allem das deutsch-jüdische (Bildungs-)Bürgertum. Die jüdische Emigration aus Deutschland war gerade, während des Kriegs jedoch heterogener; dahinter verbergen sich zahlreiche ursprünglich aus Osteuropa stammende Flüchtlinge. Zweitens: Mittels Datenbanken und erst seit kurzem zugänglichen Quellen lassen sich individuelle und kollektive Verfolgungsschicksale nachvollziehen, wobei verstärkt Verfolgte auch sozialer Schichten in den Blick geraten, die nur selten autobiografische Zeugnisse hinterlassen. Die Entschädigungsakten enthalten oft ausführliche, zeitnahe Berichte über das Erlebte, zum Teil auch Dokumente aus den Jahren vor 1945.[11] Zu den Quellen, die für diesen Aufsatz ausgewertet werden konnten, zählt auch der jüngst in der Reihe „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945" veröffentlichte Dokumentenband „Besetztes Südosteuropa und Italien".[12] Drittens: Bestimmte Verfolgungsgruppen sollen besonders in den Blick genommen werden, über die man bislang kaum etwas weiß; dazu gehören vor allem die deutschen „Mischehe"-Familien und ihre Erfahrungen nach der Invasion Italiens durch die Streitkräfte des Dritten Reichs. Viertens: Im Licht der aktuellen Forschung stellen sich neue Fragen nach Verrat und Kollaboration, genderspezifischen Erfahrungen, regionalen Verfolgungsspezifika oder nach der Interaktion

Trieste. Identità, persecuzione, risposte, Gorizia 2000; Enzo Collotti (Hrsg.), Ebrei in Toscana tra occupazione tedesca e RSI. Persecuzione, depredazione, deportazione (1943–1945), 2 Bde., Rom 2007; Joachim Innerhofer/Sabine Mayr, Mörderische Heimat. Verdrängte Lebensgeschichten jüdischer Familien in Bozen und Meran, Bozen 2015, und Marco Minardi, Invisibili. Internati civili nella provincia di Parma 1940–1945, Bologna 2010.

[11] Hier ist nicht nur die Datenbank des StaM zu nennen, sondern auch die Datenbank von Anna Pizzuti zu den ausländischen jüdischen Internierten in Italien (www.annapizzuti.it/database/ricerca.php) sowie die Datenbank des Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea in Mailand zur Schoah in Italien (digital-library.cdec.it/cdec-web/persone). Beide Links wurden zuletzt am 18.7.2018 aufgerufen. Die Entschädigungsakten der Münchner Verfolgten wurden für diesen Aufsatz umfassend ausgewertet. Sie befinden sich im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (künftig: BayHStA) und zum Teil auch noch im Bayerischen Landesentschädigungsamt (künftig: BayLEA). Auch die zeitgenössische Korrespondenz der jüdischen Internierten mit den italienischen Behörden wurde intensiv genutzt. Jedes Verlassen des Lagers, jeder Gang zum Zahnarzt, jeder Besuch bei Verwandten musste von den Internierten formell beantragt und als Petition beim Innenministerium eingereicht werden. Eine systematische Auswertung dieser Korrespondenz könnte noch genauere Erkenntnisse über die Erfahrung der Internierung vermitteln; Archivio Centrale dello Stato (künftig: ACS), Rom, Ministero dell'Interno (künftig: MI), Direzione generale pubblica sicurezza (künftig: DGPS), Divisione affari generali e riservati (künftig: DAGR), A4bis. Vgl. auch Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 92. Zudem sind gerade in den letzten 20 Jahren zahlreiche Memoiren veröffentlicht worden; vgl. Thea Aschkenase, Remembering. A Holocaust Survivor Shares Her Life, Amherst 2015; Hans Jakubowitz, Vergebliches Exil. Bericht über eine jüdische Familie 1936–1948, Berlin 2006, und Anna Laura Geschmay Mevorach, Von der Schwäbischen Alb zur Venezianischen Lagune. Ein Füllhorn voller Erinnerungen, Göppingen 2011.

[12] Vgl. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, hrsg. von Susanne Heim u. a., Bd. 14: Besetztes Südosteuropa und Italien, bearb. von Sara Berger u. a., Berlin 2017 (künftig: VEJ).

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Flüchtlingen sowie nach den Kontakten zwischen den Emigranten und den Italienern. Viele dieser Fragen können hier nur angeschnitten werden, verweisen aber auf bestehende Forschungsdesiderate. Alles in allem ist die Geschichte der Juden in München zwischen 1933 und 1945 vergleichsweise gut erforscht.[13] Allerdings gibt es, abgesehen von einer Quellenedition über jüdische Münchner im Exil, bis heute nur eine Arbeit zur jüdischen Emigration aus München – eine zeitgenössische Abhandlung des Münchner Soziologen Werner J. Cahnman.[14] Der vorliegende Aufsatz soll dazu beitragen, diese Forschungslücke zu schließen.[15]

II. Aus der „Hauptstadt der Bewegung" ins faschistische Italien. Die Jahre zwischen der „Machtergreifung" und dem Kriegseintritt Italiens

1933 lebten 10.737 Juden in München. Im Oktober 1941, als die nationalsozialistischen Machthaber jüdische Emigration aus Deutschland verboten und die Grenzen schlossen, war diese Zahl auf 3.240 gesunken.[16] In dieser Zeit verließen nachweislich 6.388 Juden die bayerische Landeshauptstadt und emigrierten[17] vorwiegend in die USA, nach Großbritannien und Palästina.[18] Aber auch Italien spielte für die Münchner Juden eine wichtige Rolle; konkret ließen sich annähernd 400 Personen identifizieren, die zwischen Januar 1933 und Mai 1940 in Italien Zuflucht suchten.[19] Dabei muss man bei allen Zahlen bedenken, dass es sich um Annäherungswerte handelt: Menschen änderten ihre Reiserouten kurz-

[13] Vgl. Angelika Baumann/Andreas Heusler (Hrsg.), München arisiert. Entrechtung und Enteignung der Juden in der NS-Zeit, München 2004; Stephanie Hajak/Jürgen Zarusky (Hrsg.), München und der Nationalsozialismus. Menschen, Orte, Strukturen, Berlin 2008; Andreas Heusler/Tobias Weger, „Kristallnacht". Gewalt gegen die Münchner Juden im November 1938, München 1998; Ilse Macek (Hrsg.), Ausgegrenzt, entrechtet, deportiert. Schwabing und Schwabinger Schicksale 1933 bis 1945, München 2008; Maximilian Strnad, Zwischenstation „Judensiedlung". Verfolgung und Deportation der jüdischen Münchner, 1941–1945, München 2011, und Susanna Schrafstetter, Flucht und Versteck. Untergetauchte Juden in München – Verfolgungserfahrung und Nachkriegsalltag, Göttingen 2015.

[14] Vgl. Andreas Heusler/Andrea Sinn (Hrsg.), Die Erfahrung des Exils. Vertreibung, Emigration und Neuanfang – Ein Münchner Lesebuch, Berlin 2015, und Werner J. Cahnman, The Decline of the Munich Jewish Community, 1933–38, in: Jewish Social Studies 3 (1941), S. 285-300.

[15] Katharina Seehuber arbeitet an der Ludwig-Maximilians-Universität München an einer Dissertation zum Thema „Die Emigration der Münchner Juden 1933–1945".

[16] Beide Zahlenangaben nach Strnad, Zwischenstation, S. 178. Die Zahlenangaben für 1933 variieren. Die Zahl von 9.005 jüdischen Münchnern nennen Baruch Ophir/Falk Wiesemann, Die jüdischen Gemeinden in Bayern, 1918–1945. Geschichte und Zerstörung, München 1979, S. 33.

[17] Vgl. Andreas Heusler/Andrea Sinn, Die Erfahrung des Exils, in: Heusler/Sinn (Hrsg.), Erfahrung des Exils, S. 1-18, hier S. 13.

[18] 1.729 Personen gingen in die USA, 1.124 nach Großbritannien und 767 nach Palästina; vgl. ebenda.

[19] Nicht alle diese Personen sind in der Datenbank des Stadtarchivs erfasst bzw. dort als nach Italien emigriert verzeichnet. Für einige sind andere Zielorte verzeichnet. Darunter sind auch Personen, für die Italien das zweite Emigrationsziel war, d.h. sie erreichten das Land

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

fristig, verschwanden einfach aus der Stadt oder waren melderechtlich nicht erfasst. Ein weiteres Problem besteht darin, dass es vergleichbare Zahlen für andere Städte nicht gibt. Dagegen kann man einiges darüber sagen, wie sich die Emigration nach Italien im Vergleich zur Emigration in andere Länder verhielt. Für München liegt die Zahl für Italien etwas höher als die für Frankreich.[20] Damit rangiert Italien als Einwanderungsland hinter den USA, Großbritannien, Palästina und der Schweiz auf dem fünften Platz.[21] In den reichsweiten Emigrationsstatistiken erscheint Frankreich hingegen vor Italien,[22] sodass man feststellen kann: Für Südbayern war Italien als Fluchtpunkt wichtiger als für das Reichsgebiet insgesamt.

Bei der jüdischen Auswanderung aus Deutschland werden üblicherweise zwei Phasen unterschieden: von 1933 bis zum Novemberpogrom und von Ende 1938 bis zum Emigrationsverbot im Oktober 1941. Konnte man bis 1938 noch von jüdischer Emigration sprechen, handelte es sich nach dem Novemberpogrom um Flucht.[23] Nach ersten großen Auswanderungswellen 1933 sank die Zahl der jüdischen Emigranten, um dann 1938 wieder sprunghaft anzusteigen. Wie die Statistik zeigt, war 1939 das Jahr, indem die meisten Juden Deutschland verließen.[24] München bildete dabei keine Ausnahme: Knapp 2.300 Personen meldeten sich 1939 ins Ausland ab.[25] In den Jahren 1933 bis 1937 waren es überall zunächst Ziele im europäischen Ausland, die von deutschen Juden angesteuert wurden, aber auch Palästina stand bereits im Fokus.[26] Nach 1938 wurden Großbritannien und die USA sowie überseeische Ziele wie Shanghai immer wichtiger,[27] wobei es immer weniger Optionen gab. Italien gehörte zu den europäischen Ländern, die auch zwischen 1938 und 1940 noch eine Anlaufstelle bildeten, obwohl dort im

über eine Zwischenstation, z. B. über Österreich oder Jugoslawien. In einigen Fällen konnten die Umstände der Emigration bzw. der Weiterwanderung nicht eindeutig geklärt werden.

[20] Nach dem Stand vom Juni 2018 lassen sich in der Datenbank 346 Personen ermitteln, bei denen das Emigrationsziel Italien verzeichnet ist, und 288, die Deutschland Richtung Frankreich verließen (StaM, Datenbank Gedenkbuch). Diese Zahlen berücksichtigen nur die Personen, die in der Datenbank als nach Italien bzw. Frankreich emigriert erfasst sind und deren erstes Emigrationsziel Italien bzw. Frankreich war. Die Zahlen, die Andreas Heusler und Andrea Sinn ermittelten, lagen mit 322 Emigranten für Italien und 269 für Frankreich darunter, bestätigen aber die Relation; vgl. Heusler/Sinn, Erfahrung des Exils, in: Heusler/Sinn (Hrsg.), Erfahrung des Exils, S. 13.

[21] Vgl. ebenda.

[22] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 22, und vgl. basierend auf den Zahlen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die Angaben zur jüdischen Auswanderung aus Deutschland; www.statistik-des-holocaust.de/stat_ger_emi.html [18.7.2018].

[23] Vgl. Jünger, Jahre der Ungewissheit, S. 20 und S. 25.

[24] Vgl. www.statistik-des-holocaust.de/stat_ger_emi.html [18.7.2018].

[25] Vgl. Heusler/Sinn, Erfahrung des Exils, in: Heusler/Sinn (Hrsg.), Erfahrung des Exils, S. 7.

[26] Vgl. Herbert A. Strauss, Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (I), in: Leo Baeck Institute Yearbook 25 (1980), S. 313-361, hier S. 351, und www.statistik-des-holocaust.de/stat_ger_emi.html [18.7.2018].

[27] Vgl. Herbert A. Strauss, Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (II), in: Leo Baeck Institute Yearbook 26 (1981), S. 343-409, hier S. 358 und S. 383, und www.statistik-des-holocaust.de/stat_ger_emi.html [18.7.2018]. Zu Shanghai vgl. Bernd Martin, Shanghai als Zufluchtsort für Juden 1938 bis 1947. Konturen einer Zwischenstation, in: VfZ 64 (2016), S. 567-596.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Herbst 1938 eine ganze Reihe antijüdischer Maßnahmen und Gesetze in Kraft traten.

Italien war für jeden, der Deutschland verlassen wollte, nicht zuletzt deshalb attraktiv, weil bis 1938 zur Einreise nur der Pass nötig war; Aufenthaltspapiere erhielt man dann am Wohnort.[28] Die Aufenthaltserlaubnis wurde unter der Bedingung erteilt, sich jeder antifaschistischen Betätigung zu enthalten.[29] Es gab allerdings einige Beschränkungen bei den Berufen, die Ausländer ausüben konnten.[30] Bis 1938 war es auch möglich, Geld aus Deutschland nach Italien zu transferieren.[31] Italienische Städte wie Rom, Mailand, Turin und Triest besaßen florierende jüdische Gemeinden, wobei nicht wenige Gemeindemitglieder in den 1920er Jahren aus Osteuropa, Österreich, Jugoslawien und Deutschland nach Italien gekommen waren,[32] sodass auch verwandtschaftliche Verbindungen bestanden. Deutsche Juden hofften wohl auch, von Italien aus die Auswanderung nach Übersee oder Palästina schneller und unter besseren Bedingungen organisieren zu können als in Deutschland.

Mit dem Abessinienkrieg 1935 begann in Italien der „rassistische Kurswechsel".[33] Seither verstärkte sich die antisemitische Agitation, zudem wurden die Einwanderer engmaschiger überwacht.[34] Im September 1938 erließ die italienische Regierung ein Ausweisungsdekret. Demnach sollten alle Juden, die nach 1919 ins Land gekommen waren, Italien binnen sechs Monaten verlassen, es sei denn, sie waren älter als 65 Jahre alt oder mit Italienerinnen oder Italienern verheiratet.[35] Kurz darauf traten die italienischen Rassengesetzen in Kraft.[36] Trotzdem blieben die Grenzen durchlässig: Deutsche Juden konnten weiterhin mit einem Reisepass nach Italien einreisen, denn es gab immer noch Touristenvisa. Diese wurden vor Ort ausgestellt und galten maximal sechs Monate. Ab August 1939 benötigte man jedoch einen Nachweis, dass Italien nur als Transitland dienen sollte.[37] Mit dem Touristenvisum nahmen die faschistischen Führer Rücksicht auf die Interessen

[28] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 49 f.
[29] Vgl. ebenda, S. 35 f.
[30] Vgl. ebenda, S. 54-57.
[31] Die genauen Bestimmungen änderten sich immer wieder, dazu umfassend vgl. ebenda, S. 43-48.
[32] Vgl. Maura Hametz, „Leben im Blut" in der schönen Stadt. Juden und Nationalsozialisten in Triest 1943–1945, in: Andrea Löw/Doris L. Bergen/Anna Hájková (Hrsg.), Alltag im Holocaust. Jüdisches Leben im Großdeutschen Reich 1941–1945, München 2013, S. 217-236, hier S. 221.
[33] Schlemmer/Woller, Italienischer Faschismus, S. 174. Zusammenfassend zu den Gründen für den Kurswechsel vgl. ebenda, S. 174-179.
[34] Vgl. Michele Sarfatti, Die Juden im faschistischen Italien. Geschichte, Identität, Verfolgung, Berlin 2014, S. 116 f. Detailliert zum Übergang zu einer offen antisemitischen Politik vgl. Collotti, Fascismo. Zur beginnenden Überwachung der Einwanderer seit 1936 vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 61-64.
[35] Vgl. ebenda, S. 281 f.
[36] Zu den italienischen Rassengesetzen vgl. Michele Sarfatti, 1938. Le leggi contro gli ebrei, Rom 1988, und Collotti, Fascismo, S. 58-79.
[37] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 294-296.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Schifffahrts- und Tourismusindustrie, die auch weiterhin von jüdischen Reisenden profitieren sollte.[38]

Zwischen Januar 1933 bis Oktober 1938 emigrierten etwa 260 jüdische Münchner nach Italien, allerdings blieben wohl nur 43 von ihnen langfristig dort; in mehreren Fällen ist der Emigrationszeitpunkt oder das weitere Schicksal unklar.[39] Häufig emigrierten Ehepaare und Familien gemeinsam. Zumeist erfolgte nach einem mehrjährigen Aufenthalt in Italien 1938/39 die Weiterreise in die USA, nach Großbritannien, Palästina oder nach Südamerika. Viele Münchner Emigranten wussten bei ihrer Einreise nach Italien, dass das Land nur eine Zwischenstation sein sollte,[40] andere sahen sich erst unter dem Eindruck der antijüdischen Gesetzgebung 1938 zur erneuten Emigration gezwungen.[41] Nicht wenige hatten vor, dauerhaft in Italien zu bleiben und sich dort eine Existenz aufzubauen. Dr. Max Pereles zog beispielsweise 1936 mit seiner Frau von München nach Laurana (heute Lovran, Kroatien) bei Abbazia (heute Opatija), einem beliebten Kurort, wo sie gemeinsam eine Pension betreiben wollten. Das Haus war renoviert und eingerichtet, als Pereles 1938 infolge der antijüdischen Gesetzgebung die Konzession zur Führung eines Hotels verweigert wurde. Danach musste er „vom Verkauf von Inventar und Zuwendungen von Verwandten" leben.[42] Viele Juden, die zwischen 1933 und 1938 nach Italien kamen und dort blieben, taten dies jedoch unfreiwillig. Ihnen gelang die Weiterreise nicht mehr.

Die meisten der vor November 1938 aus München nach Italien emigrierten Juden besaßen deutsche Pässe. Meist handelte es sich um Mitglieder des städtischen Bürgertums, darunter viele Ärzte, Juristen und Kaufleute, aber auch einige Studierende.[43] Auffällig ist, dass Italien in dieser Zeit zum Ziel nicht weniger Münchner wurde, die ihre Heimatstadt überstürzt verlassen mussten, zum Beispiel, weil ihnen Ärger mit der Gestapo, eine Verhaftung oder eine Anklage wegen „Rassenschande" drohte.[44] „Innerhalb von zwei Stunden", nachdem er von seiner bevorstehenden Verhaftung gehört hatte, packte einer der Betroffenen seine Sachen und machte sich auf den Weg nach Bozen.[45] Da kein Visum notwendig war, wurde Italien zur Zuflucht für Juden, die sich in einer derartigen Situation

[38] Vgl. ebenda, S. 294 f. Wie Voigt bemerkt hat, ging man tatsächlich davon aus, dass jüdische Touristen nach dem Erlass der Rassengesetze auch weiterhin Italien besuchen würden.

[39] StaM, Datenbank Gedenkbuch. Die Datenbank bildet den Ausgangspunkt für diese Zahlenangabe. Nach Abgleich mit anderen Datenbanken und Archiven ergeben sich jedoch neue Zahlen.

[40] BayHStA, LEA 42116, Erklärung von Stefanie Baer, 3.3.1960.

[41] BayHStA, LEA 46592, Eduard Frydmann an Rechtsanwalt (RA) Maximilian Tachner, 13.9.1957.

[42] BayHStA, LEA 27996, Anlage 3 zum Antrag von Dr. Max Pereles, o. D. Ähnlich erging es Alfred Schoenfeld, der sich 1937 mit dem Erwerb eines Verlags in Italien eine neue Lebensgrundlage hatte schaffen wollen; BayHStA, LEA 33365, Walter Grohmann, Eidesstattliche Erklärung, 23.11.1955.

[43] Zu den ausländischen jüdischen Studierenden vgl. Gian Paolo Brizzi, Silence and Remembering. The Racial Laws and the Foreign Students at the University of Bologna, Bologna 2002.

[44] BayHStA, LEA 30842, RA Hans Wolf an BayLEA, 9.12.1960.

[45] BayHStA, LEA 36061, Eidesstattliche Erklärung, 27.7.1957.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

befanden, und die keine Möglichkeit hatten, ihr Leben im Exil vorzubereiten. Hier zeigt einmal mehr, dass in vielen Fällen auch schon vor November 1938 von Flucht, und nicht von Emigration, gesprochen werden muss. Zu den häufigsten Anlaufstellen gehörten Mailand und die Provinz Bozen.[46] Es dürfte kaum überraschen, dass viele Münchner nach Südtirol gingen, wo überall Deutsch gesprochen wurde. Die geografische Nähe zu München war ein weiterer Vorteil. In Meran und Bozen gab es auch kleine jüdische Gemeinden. Gerade ältere Juden aus München – aber auch anderen Teilen Deutschlands – zog es ins Kurbad Meran.[47]

Betrachtet man die Emigration aus München zwischen November 1938 und Oktober 1941, ergibt sich ein ganz anderes Bild als für die Jahre davor. Die Auswanderung nach Süden kam bereits im Mai 1940 zum Erliegen, da zu diesem Zeitpunkt die Grenze für Juden aus Deutschland geschlossen wurde.[48] Bis dahin war die Zuwanderung aus München aber noch vergleichsweise hoch. Etwa 130 der ermittelten Münchner, die nach Italien emigrierten, trafen zwischen November 1938 und Mai 1940 ein, wobei sie vor allem nach Mailand und Triest gingen. Die große Mehrheit dieser Personen hatte keinen deutschen Pass, sondern einen polnischen.[49]

Im Oktober 1938 erhielten reichsweit bis zu 17.000 polnische Juden einen Ausweisungsbescheid, sie wurden verhaftet und anschließend an die polnische Grenze verbracht. Diese Maßnahme richtete sich gegen die von der polnischen Regierung zuvor de facto beschlossene Ausbürgerung von Polen, die länger als fünf Jahre im Ausland lebten. Damit sollte die Rückkehr von polnischen Juden erschwert werden, die vor NS-Verfolgung aus dem Deutschen Reich flüchteten. In Berlin reagierte man darauf mit der Anordnung, reichsweit polnische Juden auszuweisen und an die Grenze abzuschieben.[50] Von München aus wurden insgesamt 700 Personen – nicht nur erwachsene Männer, sondern auch Frauen und Kinder – am 28. Oktober an die Grenze nach Guben gebracht.[51] Da die polnische Regie-

[46] StaM, Datenbank Gedenkbuch. Auch in der Statistik für die Emigranten aus ganz Deutschland rangiert Mailand – gefolgt von Rom und Bozen – auf dem ersten Platz; vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 147.

[47] StaM, Datenbank Gedenkbuch. Die Altersstruktur der Emigranten in Südtirol lag deutlich höher als im Durchschnitt; vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 149. Zur Situation der jüdischen Emigranten in Südtirol vgl. Villani, Rassengesetze.

[48] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 325.

[49] StaM, Datenbank Gedenkbuch. Die Datenbank bildet den Ausgangspunkt für diese Zahlenangabe. Nach Abgleich mit anderen Datenbanken und Archiven ergeben sich jedoch neue Zahlen. In einigen Fällen ist der Emigrationszeitpunkt unklar. Zum Teil waren auch staatenlose Personen bzw. Personen aus anderen osteuropäischen Ländern darunter.

[50] Zur Kollektivausweisung vgl. Yfaat Weiss, Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust. Jüdische Identität zwischen Staatsbürgerschaft und Ethnizität 1933–1940, München 2000, S. 195-204, und Trude Maurer, Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht“, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt a. M. 1988, S. 52-73, Zahlenangabe nach S. 53.

[51] Zahlenangabe nach Bonnie M. Harris, The „Polenaktion“ of October 28, 1938. Prelude to „Kristallnacht“ and Pattern for Deportation, in: Nancy E. Rupprecht / Wendy Koenig (Hrsg.), Holocaust Persecution. Responses and Consequences, Newcastle 2010, S. 56-76, hier S. 71.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rung ihren Beschluss inzwischen zurückgenommen hatte, mussten sie schließlich auf eigene Kosten zurückfahren. Die meisten Münchner, die 1939 München Richtung Italien verließen, waren davon betroffen gewesen.[52] Zum Teil hatten die Behörden aber ausländische Juden in München bereits vor Ende Oktober 1938 zum Verlassen Deutschlands aufgefordert.[53]

1939 wuchs der Druck, aus Deutschland fortzugehen: Zahlreiche Münchner Juden polnischer Staatsangehörigkeit erhielten Anfang Juni 1939 Ausweisungsbescheide; sie hatten Deutschland binnen eines Monats zu verlassen.[54] Formal basierten die individuellen Bescheide auf Bestimmungen der Ausländerpolizeiverordnung vom August 1938.[55] Infolge der deutsch-polnischen Übereinkunft vom 24. Januar 1939 konnten die im Rahmen der „Polenaktion" ausgewiesenen polnischen Staatsbürger zwar zunächst nach Deutschland zurückkehren, sollten aber bis Ende Juli das Land verlassen haben.[56] Nachdem alle in München lebenden polnischen Juden im Oktober 1938 zurückgekehrt waren, versuchte die Stadt München nun offenbar, sie mit diesen Ausweisungen noch vor dem Stichtag Ende Juli aus der Stadt zu vertreiben.

Natürlich wuchs auch mit dem Novemberpogrom 1938 der Druck auf alle Juden in Deutschland, das Land zu verlassen. Italien war auch für nicht-polnischstämmige Juden eine der wenigen verbliebenen Optionen. Allerdings zeigt sich für München ein ganz deutliches Fluchtmuster: Infolge des Ausweisungsbescheids 1939 musste eine schnelle Ausreisemöglichkeit gefunden werden. Für eine Emigration nach Italien fielen zudem keine größeren Kosten für die Reise oder für Visa an. „Trotzdem unsere Auswanderung nach Amerika geplant war, wanderte ich kurz vor Ausbruch des Krieges fluchtartig nach Italien aus mit meiner Frau und den zwei kleinen Kindern [...]", kommentierte Josef Rauch die Abreise aus München.[57] Zahlreiche weitere Münchner Familien saßen wenige Wochen, nachdem sie den Ausweisungsbescheid erhalten hatten, im Zug nach

[52] StaM, Datenbank Gedenkbuch.

[53] BayHStA, LEA 26893, Protokoll aufgenommen in öffentlicher Sitzung der 6. Entschädigungskammer des Landgerichts München I, 6.8.1963.

[54] BayHStA, LEA 34665, 910, 5391, 1098: Verfügungen der Ausweisung, 12.6.1939. Bereits 1923 hatte Bayern im Alleingang die Ausweisung von Juden aus Osteuropa angeordnet; vgl. Reiner Pommerin, Die Ausweisung von „Ostjuden" aus Bayern 1923. Ein Beitrag zum Krisenjahr der Weimarer Republik, in: VfZ 34 (1986), S. 311-340.

[55] Viele Bescheide beriefen sich auf § 5, Absatz 1 der Ausländerpolizeiverordnung vom 22.8.1938, der besagte, dass ein Ausländer, „dessen Verhalten geeignet ist wichtige Belange des Reiches oder der Volksgemeinschaft zu gefährden", ausgewiesen werden konnte; Staats- und Verwaltungsrecht Deutsches Reich. Ausländerpolizeiverordnung vom 22.8.1938, S. 794; www.zaoerv.de/08_1938/8_1938_1_b_793_799_1.pdf [18.7.2018].

[56] Vgl. Weiss, Juden, S. 197.

[57] BayHStA, LEA 29429, Eidesstattliche Erklärung von Josef Rauch, o. D.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Mailand.[58] Die Dunkelziffer dürfte dabei hoch sein, denn einige Personen gaben nur das Ziel an, das sie von Italien aus zu erreichen hofften.[59]

Wie aussagekräftig sind diese Ergebnisse für Deutschland insgesamt? Auch wenn aus einigen Städten wie Dresden bis zu 90 Prozent der polnischen Juden im Oktober 1938 in das Land ihrer Herkunft abgeschoben wurden, so variieren die Zahlen doch von Stadt zu Stadt: In Leipzig war es etwa die Hälfte der Betroffenen, die der Ausweisung entkommen konnte, in Chemnitz ein knappes Drittel.[60] Die Juden aus Schleswig-Holstein konnten wie die Münchner Juden nach Hause zurückkehren; sie sind aber wohl dann mehrheitlich nach Belgien ausgewandert.[61] Hier zeigen sich also wichtige regionale Unterschiede. Da sich 1939 der Druck auf alle noch in Deutschland verbliebenen polnisch-stämmigen Juden stark erhöhte, ist davon auszugehen, dass viele von ihnen nicht nur aus München, sondern auch aus anderen Gegenden Deutschlands nach Italien flüchteten. Einen Hinweis darauf gibt die Datenbank der ausländischen jüdischen Internierten in Italien, in der sich viele Personen finden lassen, die in Deutschland geboren wurden, aber polnische Staatsbürger waren.[62] Dafür spricht auch, dass die italienischen Behörden im Sommer 1939 vor allem über die gestiegene Zuwanderung von staatenlosen, ehemals polnischen, und von polnischen Juden alarmiert waren.[63] Ein Teil der Emigration aus Deutschland nach Italien hat auch über Polen stattgefunden.[64]

Von den Personen, die zwischen 1933 und Oktober 1938 von München nach Italien gingen, war wohl für 43 hier Endstation. Es dürfte nicht überraschen, dass von den erst zwischen Ende 1938 und Mai 1940 nach Italien kommenden prozentual mehr Personen in Italien blieben oder bleiben mussten. Von den Personen, die 1939/40 nach Italien kamen, blieben wohl 60 im Land. Bei beiden Gruppen ist in einigen Fällen das weitere Schicksal unklar. Insgesamt stammte nahezu ein Drittel aller ermittelten aus München nach Italien geflüchteten Juden aus Osteuropa.[65] Von denen, die sich langfristig in Italien aufhielten, besaßen fast zwei Drit-

[58] BayHStA, LEA 1098, 2681, 8989, 9882, 9900, 9652, 9653, 19073, 25399, 27214, 29420, 29429 und 34665, sowie weitere Namen bei StaM, Datenbank Gedenkbuch.

[59] Nachgewiesen werden kann dies z. B. im Falle der Familie Friedrich; vgl. StaM, Datenbank Gedenkbuch, und www.annapizzuti.it/database/ricerca.php [18.7.2018].

[60] Vgl. Maurer, Abschiebung, in: Pehle (Hrsg.), Judenpogrom 1938, S. 62 f., und Harris, Polenaktion, in: Rupprecht/Koenig (Hrsg.), Holocaust Persecution, S. 63.

[61] Vgl. Bettina Goldberg, Abseits der Metropolen. Die jüdische Minderheit in Schleswig-Holstein, Neumünster 2011, S. 462.

[62] Diese Datenbank umfasst Angaben zu über 9.000 Personen. Leider ist jedoch der letzte Wohnort vor der Ankunft in Italien nicht erfasst. Insofern können in Deutschland geborene polnische Staatsbürger identifiziert werden, aber nicht diejenigen, die in Polen geboren wurden, aber in Deutschland lebten; www.annapizzuti.it/database/ricerca.php [18.7.2018].

[63] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 296.

[64] Ein Beispiel: Die Familie Dominitz wollte 1939 von München über Polen nach Palästina auswandern. 1940 lebte sie in Mailand, infolge der offenbar gescheiterten Weiterwanderung wurde sie schließlich interniert. Aus diesem Grund gibt es in der Datenbank des StAM keinen Hinweis darauf, dass die Familie nach Italien ging; StaM, Datenbank Gedenkbuch, Eintrag Dominitz, Jacob, und www.annapizzuti.it/database/ricerca.php [18.7.2018].

[65] StaM, Datenbank Gedenkbuch. Die Datenbank bildet den Ausgangspunkt für diese Zahlenangabe. Nach Abgleich mit anderen Datenbanken und Archiven ergeben sich jedoch neue

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tel die polnische, tschechische, ungarische oder sowjetische Staatsangehörigkeit. Italien wurde damit zum Zufluchtsort vieler Münchner Juden, die aus Osteuropa stammten, darunter Kaufleute, Händler, Vertreter und Schneider.[66]

III. Münchner in Mailand: Leben in der Emigration 1933 bis 1940

Der Münchner Rechtsanwalt Dr. Max Hirschberg kam 1934 nach Mailand. Als Mitglied der unabhängigen Sozialdemokratie und prominenter Verteidiger sozialdemokratischer und kommunistischer Politiker sowie kritischer Journalisten hatte er sich einen Namen und zahlreiche Nationalsozialisten zum Feind gemacht.[67] 1933 verbrachte er mehrere Monate im Münchner Corneliusgefängnis.[68] Nach seiner Entlassung begann er, mit Hilfe von Freunden und Kollegen seine Emigration zu organisieren. Ein Freund brachte eine größere Summe Bargeld in die Schweiz und eröffnete dort ein Konto für ihn. Über eine Bekannte erhielt Hirschberg das Angebot eines antifaschistisch eingestellten Rechtsanwalts in Mailand, in seiner Kanzlei mitzuarbeiten.[69] Hirschberg war aber noch unentschlossen. Kollegen mussten ihm klar machen, dass er in Gefahr schwebte.[70] Im April 1934 entschied er sich schließlich zur Abreise. Zusammen mit seiner Frau und seinem Sohn gelangte er nach einem kurzen Aufenthalt in Zürich nach Italien.[71] Douglas Morris schrieb über den Entscheidungsprozess: „Hirschbergs Trauma, sein Festhalten an seinem Beruf, seine Verankerung in seiner kulturellen Herkunft und seine Ordnungsliebe – alle diese Faktoren verlangsamten seine Abreise aus Deutschland."[72]

Hirschberg fasste in der Mailänder Kanzlei schnell Fuß, seine Frau führte den Haushalt und arbeitete als Sekretärin für ihren Mann. Die Familie fühlte sich wohl in der Stadt, machte Ausflüge und verbrachte ihren Urlaub in Ligurien am Meer. Max Hirschbergs 12-jähriger Sohn Erich besuchte in Mailand das Gymnasium.[73] Die Hirschbergs erhielten Besuch von Bekannten, Münchner Freunde

Zahlen. Voigt nannte die Zahl von 400 bis 500 polnisch-stämmigen, aus Deutschland kommenden Emigranten, die bis September 1938 Italien erreichten. Für die Zeit danach ging er von einer Gesamtzahl von etwa 1.500 bis 2.000 Personen aus, die aus Deutschland mit dem Touristenvisum nach Italien einreisten. Allerdings ist nicht klar, wie viele dieser Personen die polnische Staatsangehörigkeit besaßen; vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 144 f. und S. 295.

66 StAM, Datenbank Gedenkbuch. Voigt behandelte zwar auch die Zuwanderung der Jahre 1939/40, aber im Vergleich zu den frühen Jahren ist dieser Phase vergleichsweise wenig Raum gewidmet; vgl. ebenda, S. 292-312. Der Fokus liegt – wie so oft in der Exilforschung – auf dem (Bildungs-)Bürgertum; vgl. ebenda, S. 386-465.

67 Zu Leben und Wirken von Hirschberg vgl. Douglas Morris, Justice Imperiled. The Anti-Nazi Lawyer Max Hirschberg in Weimar Germany, Ann Arbor 2005.

68 Vgl. Max Hirschberg, Jude und Demokrat. Erinnerungen eines Münchener Rechtsanwalts 1883 bis 1939, bearb. von Reinhard Weber, 1998, S. 278-285, und Morris, Justice Imperiled, S. 300-311.

69 Vgl. Hirschberg, Jude, S. 286 und S. 288 f.

70 Vgl. ebenda, S. 287 f.

71 Vgl. ebenda, S. 292 f.

72 Morris, Justice Imperiled, S. 315.

73 Zum Leben der Familie in Mailand vgl. Hirschberg, Jude, S. 297-302.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

folgten ihnen ins Mailänder Exil.[74] Hirschberg befasste sich in dieser Zeit, wie er gestand, wenig mit aktueller deutscher oder italienischer Politik.[75] Er wollte Abstand gewinnen, wahrscheinlich wollte er auch Schwierigkeiten vermeiden.[76]

Max Hirschberg wurde als Rechtsanwalt wichtiger Teil der jüdischen Flüchtlingshilfe und Auswanderungsberatung in Mailand[77] – eine Hilfe, auf die viele Emigranten angewiesen waren. Bereits im April 1933 hatte sich auf Initiative des Präsidenten der jüdischen Gemeinde, Federico Jarach, das *Comitato di assistenza per gli ebrei profughi dalla Germania* gegründet, das sich sowohl auf Spenden wohlhabender Mailänder Juden als auch auf Zuwendungen internationaler jüdischer Hilfsorganisationen stützen konnte.[78] So war es möglich, Sprachkurse und Berufsvermittlung anzubieten und in Notfällen Reisekosten, Übernachtungen und Verpflegung für Bedürftige zu übernehmen.[79] Die verschiedenen Formen von Unterstützung mussten auch viele Münchner in Anspruch nehmen.[80]

Die Situation verschärfte sich 1938 mit dem Erlass der antijüdischen Maßnahmen. Das *Comitato di assistenza per gli ebrei profughi dalla Germania* nannte sich jetzt nur noch *Comitato di assistenza per gli ebrei in Italia (Comasebit)*, denn nun benötigten auch viele italienische Juden Hilfe, da alle seit 1919 in Italien lebenden Juden von dem Ausweisungsdekret betroffen waren.[81] Gleichzeitig erreichten weitere Flüchtlinge die Stadt. Zudem galt mit dem Erlöschen der Aufenthaltserlaubnis im März 1939 für ausländische Juden auch ein Arbeitsverbot.[82]

Die polizeiliche Überwachung nahm zu. Spitzel berichteten über Lokale und Pensionen, in denen ausländische Juden verkehrten, sowie über verdächtige Personen. Auch auf Max Hirschberg beziehungsweise die Kanzlei, in der er arbeitete, waren Spitzel angesetzt.[83] Der *Circolo letterario Germanico* in Mailand beschäftigte die Informanten besonders häufig. Man konnte dort lesen und diskutieren, es gab eine Bibliothek und eine Bar. Regelmäßig fanden Konzerte und Tanzveranstaltungen statt. Die Mehrheit der Mitglieder waren jüdische Studenten aus Deutschland, aber auch italienische und osteuropäische Juden und nicht-jüdische Italiener waren darunter.[84] Ein Spitzel berichtete, dort würden ausländische Visa und Pässe gehandelt, es verkehrten dort zwielichtige Personen, auch

[74] Vgl. ebenda, S. 297 und S. 307.
[75] Vgl. ebenda, S. 301.
[76] Vgl. Morris, Justice Imperiled, S. 318.
[77] Vgl. Hirschberg, Jude, S. 299 f.
[78] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 240 f. und S. 251. Zur Geschichte der jüdischen Hilfsorganisationen in Italien vgl. Sandro Antonini, DelAsEm. Storia della più grande organizzazione ebraica italiana di soccorso durante la seconda guerra mondiale, Genua 2000; Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 234-252 und S. 349-369, sowie Bd. 2, S. 275-288 und S. 401-417.
[79] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 241 und S. 249 f.
[80] BayHStA, LEA 9652, Eidesstattliche Versicherung, 30.10.1957.
[81] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 351.
[82] Vgl. ebenda, S. 283.
[83] Vgl. Hirschberg, Jude, S. 302.
[84] ACS, MI, DGPS, DAGR, A16, busta 1, fasc. A2, Bericht: Il circolo musicale letterario, o. D., sowie Ispettore Generale di Pubblica Sicurezza an MI, 13.4.1938. Zum Circolo vgl. auch Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 186 f.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

werde schlecht über den *Duce* gesprochen. Der Inhaber des *Circolo*, der Berliner Hans Baer und seine nicht-jüdische Ehefrau Anni Geisler, ließen angeblich immer wieder Emigranten in ihrer Wohnung übernachten.[85]

Im Zuge des Ausweisungsdekrets von 1938 erfolgte auch ein Zensus aller Juden, die seit 1919 nach Italien gekommen waren. Daher ließ die Mailänder Präfektur – wie alle Präfekturen des Lands – Listen aller 1938 in Mailand ansässigen Juden erstellen. Auf den Listen für Mailand sind keineswegs alle Münchner aufgeführt, die damals in der Stadt lebten.[86] Mehrere Namen fehlen, darunter auch die Familie Hirschberg. Das Beispiel lässt vermuten, dass die tatsächlichen Zahlen in den großen Städten über denen der offiziellen Erhebungen lagen.[87] Dieser Eindruck wird auch durch den Bericht eines Informanten vom Januar 1938 bestätigt. Dort ist zu lesen, dass viele ausländische Juden in der Stadt seien, die keine Aufenthaltserlaubnis beantragt hätten und keine gültigen Papiere besäßen. Sie schliefen mal hier mal dort bei Freunden und Verwandten.[88]

Die Entwicklungen des Jahrs 1938 veranlassten Hirschberg, sich für die Emigration in die USA registrieren zu lassen. Er tat dies etwas widerstrebend, da er sich in Mailand gut eingelebt hatte.[89] Max Hirschberg gelang eine geordnete Ausreise im Kreise von guten Freunden: Im Februar 1939 schiffte er sich mit Frau und Sohn sowie seinem Freund Hans Fröhlich und dessen Frau in Genua für die Überfahrt nach New York ein.[90]

Wie viele andere Münchner Juden trafen Thea Obarzanek (später Thea Aschkenase) und ihre Eltern erst in Mailand ein, als die Familie Hirschberg die Stadt bereits verlassen hatte. Samuel Obarzanek war polnischer Staatsbürger. Er und seine Frau Adele besaßen ein Schneideratelier in München. Während der „Polenaktion“ von 1938 hatte die Familie Glück, da sie sich bei Verwandten verstecken konnte und so den Verhaftungen entging, aber 1939 erhielt Samuel Obarzanek einen Ausweisungsbescheid.[91] Das Ehepaar hatte sich für die Auswanderung in die USA registrieren lassen, aber ihre Quotennummer war noch nicht aufgerufen worden. In dieser schwierigen Situation bemühten sie sich vergeblich um eine

[85] ACS, MI, DGPS, DAGR, A16, busta 12, fasc. 48/5, Bericht: Il circolo musicale letterario, 20.8.1938.

[86] Liste für Mailand: Archivio del Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea (künftig: ACDEC), Fondo censimenti, busta 4, fasc. 17, Milano 1938–1942.

[87] Im italienischen Innenministerium ging man von einer Fehlerquote von zehn Prozent aus; auch damals wurden schon Ungenauigkeiten bemängelt, so Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 142. Vergleicht man die Daten für die Emigranten aus München, dürfte die Fehlerquote höher gelegen haben.

[88] ACS, MI, DGPS, DAGR, A16, busta 1, fasc. A 1, Bericht: Ebrei stranieri a Milano e nell'Italia Settentrionale, 17.1.1938, und Bericht: Per la visita di Hitler a Roma, 17.1.1938.

[89] Vgl. Hirschberg, Jude, S. 305.

[90] Vgl. ebenda, S. 307.

[91] Vgl. Aschkenase, Remembering, S. 23 und S. 26. Ein kurzer Verweis auf die Familie Obarzanek bei Andreas Heusler, Verfolgung und Vernichtung (1933–1945), in: Richard Bauer/Michael Brenner (Hrsg.), Jüdisches München. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München 2006, S. 161-184, hier S. 179 f.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Emigration nach Australien oder Shanghai. Italien war nur vierte Wahl.[92] Ende Juni 1939 setzten sich Samuel und Adele Obarzanek mit ihren beiden Kindern Emanuel und Thea in einen überfüllten Zug. Sie hatten 40 Reichsmark und vier Koffer dabei.[93] Auch unter den Emigranten, die schon früher angekommen waren, hatte es erhebliche soziale Unterschiede gegeben;[94] grundsätzlich galt jedoch, dass die diejenigen, die Deutschland erst 1939 verließen, kaum noch Geld oder Wertsachen mit sich führen konnten.

Nach ihrer Ankunft in Mailand erhielt die Familie über das *Comasebit* zunächst Verpflegung und Unterkunft für die ersten Tage. Sie lebten dann zu viert in einem einzigen Zimmer mit Kochgelegenheit, was für deutsche Emigranten in der Stadt nicht ungewöhnlich war.[95] Adele und Samuel Obarzanek fanden beide als Schneider schnell Arbeit, obwohl zu dieser Zeit ausländische Juden eigentlich nicht mehr arbeiten durften. Die 15-jährige Thea Obarzanek konnte nicht zur Schule gehen, sondern arbeitete als Haushaltshilfe. Das Geld reichte gerade so zum Leben. Thea fühlte sich schuldig, weil ihre Eltern ihr einmal ihr gesamtes Geld – zwei Lire – gaben, damit sie eine Tanzveranstaltung besuchen konnte.[96] Der 12-jährige Emanuel erhielt Hilfe durch die *Mensa dei bambini*.[97] Diese 1939 von Israel Kalk ins Leben gerufene Einrichtung versorgte jüdische Flüchtlingskinder mit einem warmen Mittagessen pro Tag, wobei Kalk vor allem auch darauf achtete, dass die Kinder zur Schule gingen.[98] Der aus Litauen stammende Israel Kalk, der sich in den 1920er Jahren in Mailand niedergelassen hatte, weitete mit Hilfe jüdischer und nicht-jüdischer Geldgeber seine Unterstützung sukzessive aus; er organisierte unter anderem Kleiderspenden, medizinische Versorgung sowie Hilfe für ältere Personen und werdende Mütter.[99]

Die Memoiren von Max Hirschberg und Thea Obarzanek bieten ganz unterschiedliche Blicke auf das Leben im Mailänder Exil und umreißen gleichsam das Spektrum der Lebenswirklichkeiten, auch wenn sicher nicht wenige unter noch prekäreren Bedingungen lebten als die Familie Obarzanek. So verschieden ihre Berichte auch sind, in zwei Punkten stimmen sie überein: Beide Autoren wiesen ausdrücklich darauf hin, trotz aller Probleme in Mailand glücklich gewesen zu sein,[100] und sie betonten nachdrücklich, in Italien „keinerlei Antisemitismus gespürt zu haben".[101] Wie viel Unterstützung die ausländischen Neuankömmlinge in Mailand von Nicht-Juden erfuhren, ist schwer zu sagen. In beiden Fällen schei-

[92] Vgl. Aschkenase, Remembering, S. 27.
[93] Vgl. ebenda, S. 28-30.
[94] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 184-186.
[95] Vgl. Aschkenase, Remembering, S. 32, und Jakubowski, Exil, S. 29.
[96] Vgl. Aschkenase, Remembering, S. 32.
[97] Vgl. ebenda, S. 34.
[98] Vgl. Lucia Realini, La Mensa dei bambini a Milano 1939–1943, in: Italia Contemporanea 232 (2003), S. 357-400, hier S. 372, sowie Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 367. Der Nachlass von Israel Kalk befindet sich im ACDEC.
[99] Vgl. Realini, Mensa dei bambini, S. 377, und Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 368.
[100] Vgl. Hirschberg, Jude, S. 298, und Aschkenase, Remembering, S. 32.
[101] Ebenda, S. 32.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nen persönliche Erfahrungen mit (Mailänder) Nicht-Juden negative Erfahrungen getilgt zu haben. Hirschberg war in seiner Sichtweise noch kategorischer als Thea Obarzanek: „Vor allem war das Volk völlig immun gegen Chauvinismus, Militarismus und Antisemitismus."[102] Er differenzierte zwischen „humanen italienischen Massen" und „italienischen Behörden", welche „weniger bestialisch als die Hitlerbehörden" waren.[103] Traumatisiert durch seinen Gefängnisaufenthalt, den Verlust seiner bürgerlichen Existenz und die Ereignisse in München 1933/34,[104] blendete er aus, dass es sich bei den Spitzeln, die ihn observierten, bei den Polizisten, die Flüchtlinge zurück über Grenzen jagten, eben auch um Italiener handelte. In der Rückschau und in Kenntnis der deutschen Massenverbrechen überwogen die vergleichsweise guten Erfahrungen in Italien, das zeigt sich nicht nur bei Obarzanek und Hirschberg.[105] Diese Perspektive ist verständlich, muss aber kontextualisiert werden, denn kategorische Aussagen über die angebliche Immunität der Italiener gegenüber dem Antisemitismus nährten den Mythos, sie seien an der Judenverfolgung in toto nicht beteiligt gewesen und hätten sie abgelehnt.[106]

Im Februar 1940 meldete die Mailänder Präfektur über 900 Juden, die ihre Auswanderung organisierten, aber auch über 400, die ohne gültige Papiere einfach in der Stadt blieben.[107] Für diejenigen, die eine Aufenthaltserlaubnis hatten, galt der 31. März als Stichtag für die Ausreise. Zwar wurde Mitte März 1939 das Ausweisungsdekret kurzfristig suspendiert, und man konnte eine Verlängerung beantragen, aber wer keine gültigen Papiere hatte, lief Gefahr, ausgewiesen zu werden.[108] Die Münchner Ärztin Irma Ortenau wurde nach Ablauf ihrer Aufenthaltserlaubnis in Triest zur Fahndung ausgeschrieben und tauchte daher bereits 1940 in Italien unter, um ihrer Verhaftung zu entgehen.[109] Wie viele Flüchtlinge aus Angst vor einer drohenden Abschiebung oder Rückführung nach Deutschland schon so früh ein Leben in der Illegalität in Italien begannen, müsste noch genauer untersucht werden, denn sie war wohl kein Einzelfall. Die Abschiebungen bargen immer die Gefahr einer zwangsweisen Rückführung in das nationalsozialistische Deutschland.[110] Im August 1939 sollte die Münchnerin Rosa Rubin ausge-

[102] Hirschberg, Jude, S. 303.
[103] Ebenda, S. 300 und S. 303.
[104] Vgl. Morris, Justice Imperiled, S. 317.
[105] Vgl. Wildvang, Feind, S. 29. Zu Unterschieden zwischen der Darstellung der Rolle der Italiener in zeitgenössischen Quellen und in späteren Erinnerungen vgl. Barbara Cardeti, L'internamento civile fascista. Il caso di „Villa Oliveto" (1940–1944), Florenz 2010, S. 496-498.
[106] Vgl. Wildvang, Feind, S. 20-22. Zur Entstehungsgeschichte des Bilds vom „guten Italiener" vgl. ebenda, S. 13-16, und Davide Bidussa, Il mito del bravo italiano, Mailand 1994; Filippo Focardi, „Bravo italiano" e „cattivo tedesco". Riflessioni sulla genesi di due immagini incrociate, in: Storia e Memoria 5 (1996), S. 55-83, und ders., Falsche Freunde? Italiens Geschichtspolitik und die Frage der Mitschuld am Zweiten Weltkrieg, Paderborn 2015, insbesondere S. 154-163.
[107] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 319.
[108] Vgl. ebenda, S. 297.
[109] Vgl. Schrafstetter, Flucht und Versteck, S. 192-195.
[110] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 311. Im Zusammenhang mit dem seit 1936 bestehenden deutsch-italienischen Polizeiabkommen, ist offenbar niemand aus München nach Deutschland überstellt worden. Zum Polizeiabkommen vgl. Patrick Bernhard, Konzertierte Gegner-

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wiesen und an den Brenner verbracht werden, da sie ohne festen Wohnsitz in Mailand lebte. Sie entzog sich dieser Maßnahme und tauchte unter. Erst ein knappes Jahr später wurde sie in Mailand ausfindig gemacht und schließlich interniert.[111] Die große Mehrheit der Abschiebungen verlief über die französische Grenze. Meist wurden die ausländischen Juden dabei zum illegalen Grenzübertritt genötigt, also von italienischen Sicherheitskräften über die Grenze getrieben.[112] Zahlreiche Personen versuchten von sich aus, illegal über die Grenze nach Frankreich zu gelangen. In der Gegend um die Grenzstädte Ventimiglia und Menton hatten sich Schleusernetzwerke etabliert.[113] Flucht oder Abschiebung endeten für viele Münchner tödlich: Von den 18 Münchner Juden, die Italien zwischen 1938 und 1940 Richtung Frankreich verließen, haben nur fünf die Verfolgung überlebt.[114]

IV. Von Italien nach Nirgendwo: Gescheiterte Emigration 1939/40

Triest war eine der Hauptanlaufstationen jüdischer Flüchtlinge aus ganz Zentraleuropa; der Hafen galt gemeinhin als das „Tor nach Zion".[115] Zwischen 1935 und dem Kriegseintritt Italiens im Juni 1940 wanderten mehr als 80.000 Menschen über Triest aus.[116] Die meisten von ihnen waren Transitreisende, die sich in Triest einschifften und nur wenige Tage in Italien verbrachten. Nach 1938 verließen auch viele einheimische Juden die Stadt,[117] die als „faschistische Hochburg"[118] galt. In Triest kümmerte sich ein örtliches Hilfskomitee in Zusammenarbeit mit der *Delegazione per l'assistenza agli emigranti ebrei (Delasem)* um die Auswanderer,[119] das der Genueser Advokat Lelio Vittorio Valobra im Dezember 1939 gegründet hatte. Die *Delasem* entwickelte sich rasch zur zentralen Hilfsorganisation für Juden in Italien, nachdem Mussolini die Auflösung des *Comasebit* angeordnet hatte; er zweifelte an dessen politischer Zuverlässigkeit.[120] *Delasem* arbeitete mit finanzieller

bekämpfung im Achsenbündnis. Die Polizei im Dritten Reich und im faschistischen Italien 1933 bis 1943, in: VfZ 59 (2011), S. 229-262, und Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 111-121.

111 ACS, MI, DGPS, DAGR, A4bis, busta 309, Rubin, Reisel, Prefettura di Milano an MI, 28.8.1939, 25.9.1939 und 26.7.1940.

112 Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 298-300.

113 Zu den Abschiebungen, illegalen Grenzübertritten und den Aktivitäten von Schleusern vgl. umfassend Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 297-312.

114 StaM, Datenbank Gedenkbuch.

115 Hametz, Leben im Blut, in: Löw/Bergen/Hájková (Hrsg.), Alltag im Holocaust, S. 220.

116 Für die Jahre 1935 bis 1937 ging Moehrle, Judenverfolgung, S. 229, von 57.000 Emigranten aus. Maura Hametz nannte die Zahl von 25.000 Menschen, die in den Jahren 1938 bis 1940 über Triest auswanderten; vgl. dies., Zionism, Emigration, and Antisemitism in Trieste. Central Europe's „Gateway to Zion", 1896–1943 in: Jewish Social Studies 13 (2007), S. 103-134, hier S. 125.

117 Vgl. Hametz, Leben im Blut, in: Löw/Bergen/Hájková (Hrsg.), Alltag im Holocaust, S. 221.

118 Moehrle, Judenverfolgung, S. 67.

119 Vgl. Hametz, Leben im Blut, S. 222. Für eine genaue Beschreibung der Betreuung der Emigranten vgl. Bon, Ebrei, S. 180-186.

120 Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 354 f.; zur Gründung ausführlich vgl. Antonini, DelAsEm, S. 147-155.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Unterstützung des *American Jewish Joint Distribution Committee* und anderer internationaler jüdischer Hilfsorganisationen daran, in ganz Italien so vielen ausreisepflichtigen Juden wie möglich die Weiterreise zu ermöglichen.[121] Emigranten warteten verzweifelt darauf, dass ihre Quotennummern aufgerufen wurden. Zertifikate, Visa und Schiffspassagen wurden schwarz gehandelt.[122] Nicht wenigen ausländischen Juden gelang die Einschiffung nicht mehr, sie strandeten in den großen Hafenstädten wie Triest oder Genua.[123]

Da ein Großteil der illegalen Einwanderung aus Italien nach Palästina von Zionisten in Wien oder Palästina organisiert wurde und die Emigranten erst wenige Tage vor ihrer Einschiffung gen Süden fuhren, konnten die Juden, die sich bereits länger dort befanden, diese Reisemöglichkeiten nur selten nutzen.[124] In ihrer Verzweiflung hatte schließlich eine Gruppe deutscher Juden in Mailand die Idee, selbst eine illegale Reise nach Palästina zu organisieren. Ein Planungskomitee formierte sich, in dem der Journalist Benno Marcus und der Leipziger Kaufmann Fischl Zimet eine führende Rolle spielten.[125] Das Komitee organisierte mit Hilfe von Kontakten zur örtlichen jüdischen Gemeinde, zu *Delasem* sowie einem italienischen Reisebüro die illegale Emigration für 300 Personen nach Palästina.[126] Diese *Alija bet* ist einer der wenigen von jüdischen Flüchtlingen in Italien organisierten illegalen Transporte nach Palästina.[127] Diese Fahrt, die im libyschen Bengasi endete, ist zwar bereits beschrieben worden, aber es lohnt sich, einen genaueren Blick auf die Herkunft, Pläne und Erfahrungen einzelner Teilnehmer sowie der Gruppe insgesamt zu werfen.[128]

Am 22. März 1940 unterrichtete Guglielmo Conti, Inhaber eines Reisebüros, das Innenministerium über die Pläne, 302 ausländische Juden auf der Schiffsroute Syrakus – Bengasi ins libysche Bengasi zu bringen.[129] Libyen war eine italienische Kolonie. Italien hatte 1911 mit der Eroberung Libyens begonnen und

[121] Vgl. ebenda, S. 156 f.

[122] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 321.

[123] So auch die Münchner Familie Engelhard; vgl. Erinnerungen von Baruch Engelhard, in: Douglas Bokovoy/Stefan Meining (Hrsg.), Versagte Heimat. Jüdisches Leben in Münchens Isarvorstadt 1914–1945, München 1994, S. 333-340, hier S. 336-338.

[124] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 328-333.

[125] Regina Zimet Levy erwähnt in ihren Aufzeichnungen nur ihren Vater Fischel Zimet; vgl. dies., Jenseits der Brücke. Die Geschichte und die Autobiographie eines jüdischen Mädchens während des Zweiten Weltkrieges, Hildesheim 1996, S. 23. Benno Marcus wird in den Erinnerungen von Leo Rosenberg als Leiter der Unternehmung genannt; ACDEC, Fondo Kalk, VII. Testimonianze e Documentazione, busta 6, fasc. 79, Ricordi di Leo Rosenberg.

[126] Vgl. Zimet Levy, Brücke, S. 24.

[127] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 333-342.

[128] Eine kurze Darstellung findet sich ebenda, Bd. 1, S. 341, und Bd. 2, S. 38, sowie bei Carlo Spartaco Capogreco, Ferramonti. La vita e gli uomini del più grande campo d'internamento fascista (1940–1945), Florenz 1987, S. 56-59; Francesco Folino, Ferramonti. Il campo, gli ebrei e gli antifascisti, Roggiano Gravina 2009, S. 53-64, sowie bei Eric Salerno, Uccideteli tutti. Libia 1943. Gli ebrei nel campo di concentramento fascista di Giado, Mailand 2008, S. 121-126.

[129] ACS, MI, DGPS, DAGR, A16, busta 6, fasc. D2/47, Guglielmo Conti an MI, 22.3.1940.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

führte dort bis 1932 einen brutalen Pazifizierungskrieg.[130] Typischerweise starteten die gecharterten Schiffe nach Palästina von Triest oder Fiume (heute Rijeka). Conti wollte wohl die großen italienischen Häfen umgehen: dort war die Hafenaufsicht streng; Schiffe, die Mindeststandards nicht erfüllten, durften nicht auslaufen.[131] Häufig sandten betrügerische Reeder seeuntüchtige oder ungeeignete Schiffe für die Flüchtlingstransporte nach Triest.[132] Bengasi war nicht überlastet, die Hafenaufsicht sah möglicherweise nicht so genau hin. In Bengasi, so Conti, würden die Passagiere, ausgestattet mit Einreisevisa für Thailand (Siam), auf ein gechartertes Schiff umsteigen. Das Innenministerium hatte nichts gegen illegale Auswanderungen, im Außenministerium war man vorsichtiger. Dort wuchsen die Widerstände gegen die illegalen Transporte. In jedem Fall sollten alle Passagiere in der Lage sein, (scheinbar) gültige Papiere vorzuweisen.[133] Da diese Gruppe Visa für die Einreise in ein Drittland hatte, stand einer Genehmigung nichts im Wege. Auch unter ungewöhnlichen Emigrationszielen europäischer Juden war Thailand eigentlich nicht vertreten. Die Visa für Thailand beschaffte Dr. Lamm, der angeblich über sehr gute Beziehungen nach Rom verfügte.[134] Wahrscheinlich ist, dass das thailändische Konsulat mit hohen Summen bestochen wurde, wie in Aufzeichnungen zu lesen ist, die wohl von Israel Kalk, dem Leiter der *Mensa dei bambini,* stammten.[135] Gesichert ist jedoch weder die Herkunft der Aufzeichnung noch die Behauptung, dass die Visa durch Bestechung erkauft wurden.

An der Zusammenstellung der Gruppe zeigt sich, wie weit verzweigt die Verbindungen zwischen den Flüchtenden waren. Viele von ihnen lebten in Mailand, die Münchner Familie Mendler war wie zahlreiche andere Mitglieder der Gruppe in Genua, als sie von der Reisemöglichkeit erfuhr.[136] Nach Leo Rosenberg, einem Wiener Juden in der Reisegruppe, gab es „Agenten" in Mailand, Genua und Triest, die Interessenten sammelten.[137] Simon Landmann hatte bereits in München von diesem Unternehmen gehört; er meldete sich 1940 in München ordnungsgemäß nach Siam ab.[138]

Am Schicksal der Familie Landmann lässt sich nicht nur der Verlauf der Reise nachzeichnen, sondern auch zeigen, wie kompliziert die Emigration über Italien oft verlief. Die Geschwister Simon Leo, Moses, Mendel und Fanny Landmann waren die Kinder der insgesamt elfköpfigen Familie von Jakob und Bina Landmann,

[130] Vgl. Aram Mattioli, Die vergessenen Kolonialverbrechen des faschistischen Italien in Libyen 1923–1933, in: Irmtrud Wojak/Susanne Meinl (Hrsg.), Völkermord und Kriegsverbrechen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M./New York 2004, S. 203-226.

[131] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 330.

[132] Vgl. ebenda, S. 330 f.

[133] Vgl. ebenda, S. 329.

[134] Vgl. Zimet Levy, Brücke, S. 24. Dabei handelte es sich um Hirsch Naftali Lamm, der aus Österreich nach Mailand kam. Er selbst gehörte nicht zur Reisegruppe, obwohl offenbar auch er nach Palästina wollte; vgl. Salerno, Uccideteli tutti, S. 122.

[135] ACDEC, Fondo Kalk, VII Testimonianze e Documentazione, busta 6, fasc. 79, appunti, o. D.

[136] BayLEA, BEG 37423, Beilage zum Entschädigungsantrag von Wilhelm Mendler, 3.5.1956.

[137] ACDEC, Fondo Kalk, VII. Testimonianze e Documentazione, busta 6, fasc. 79, Ricordi di Leo Rosenberg.

[138] StaM, Datenbank Gedenkbuch.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die Anfang des 20. Jahrhunderts aus Polen nach München gekommen waren. Bina Landmann war 1933 in München gestorben. Fanny Landmann gelang es mit ihrem Mann und ihrem Vater, nach Australien zu emigrieren. Zwei weitere Brüder konnten nachkommen.[139] Moses Landmann war 1939 kurzzeitig verhaftet worden.[140] Als polnische Staatsbürger mussten er und sein Bruder Simon München nun schnellstmöglich verlassen. Mendel Landmann war 1933 nach Ärger mit der Gestapo aus München nach Frankreich geflüchtet. Dort wurde er 1934 ausgewiesen. Er ging nach Italien und fand als Schiffskoch für koscheres Essen auf den Emigrantenschiffen Anstellung.[141] Im April 1940 diente Mendel Landmann seinen Brüdern Simon und Moses als Anlaufstation in Triest.[142]

Simon und Moses Landmann gelang mit ihren Familien im April 1940 die Einreise nach Italien.[143] Nach einem kurzen Aufenthalt in Triest ging es mit dem Zug weiter nach Sizilien. Von dort fuhren die Reisenden auf verschiedenen Schiffen Anfang Mai 1940 nach Bengasi.[144] Moses Landmann und seine Familie wollten jedoch gar nicht nach Palästina. Sie hofften, von Bengasi aus nach Port Said zu kommen und von dort weiter zu ihren Verwandten nach Australien.[145] Wie viele Passagiere diesen Transport nur dazu nutzen wollten, um die italienische Halbinsel zu verlassen, kann nicht mehr festgestellt werden, aber es ist denkbar, dass auf dieser für eine *Alija bet* unüblichen Route mehrere Personen ein anderes Reiseziel als Palästina hatten.

In Bengasi angekommen, quartierten sich die meisten Juden der Reisegruppe in Hotels ein. Aber sie hatten 1.500 bis 2.000 Lire für die Reise bezahlt und führten aufgrund der Einreisebestimmungen nur wenig Geld mit sich. Zudem waren sie davon ausgegangen, die Verpflegung unterwegs sei im Preis enthalten.[146] Die ortsansässigen Juden erwiesen sich als überaus gastfreundlich: Sie luden die Flüchtlinge zum Essen ein und beherbergten auch einige von ihnen. Der Wiener Leo Rosenberg reflektierte darüber später:

> „Ich dachte nach ueber den womoeglichen Grund dieser ruehrend guten Behandlung, die man uns zuteilwerden liess, und kam zu dem Ergebnis, dass man uns wohl trotz aller Beherrschung, die Verzweiflung angesehen hat und so wollten

[139] Vgl. Walter Landmann, Le famiglie Landmann ed Eckl durante l'epoca nazista, in: Le Porte della Memoria 2014, hrsg. von der Associazione Amici della Resistenza di Thiene, Thiene 2014, S. 3-5.

[140] Vgl. ebenda, S. 8.

[141] BayHStA, LEA 22289, Eidesstattliche Versicherung von Mendel (Max) Landmann, 11.9.1958.

[142] Vgl. Landmann, Famiglie Landmann ed Eckl, in: Porte della Memoria, S. 10.

[143] Simon Landmann hatte offenbar ein Transitvisum für Thailand, Moses Landmann war in den Besitz eines Passes für staatenlose Personen gelangt, der ihn als nicht-jüdisch auswies; vgl. ebenda, S. 9.

[144] ACDEC, Fondo Kalk, VII. Testimonianze e Documentazione, busta 6, fasc. 79, Ricordi di Leo Rosenberg.

[145] Vgl. Landmann, Famiglie Landmann ed Eckl, in: Porte della Memoria, S. 10.

[146] ACDEC, Fondo Kalk, VII. Testimonianze e Documentazione, busta 6, fasc. 79, Ricordi di Leo Rosenberg.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

> sie uns wohl mit ihren Freundlichkeiten unsere Situation vergessen lassen. Diese ueberaus freundliche Behandlung war umso ruehrender, weil es sich zum groessten Teil um ganz einfache, ungebildete Menschen handelte, die außer ihren Bibelkenntnissen wirklich nur Herzensbildung haben."[147]

Die Berichte der Begegnungen spiegeln eine herzliche Aufnahme in Bengasi, aber auch die kulturellen Unterschiede, die Spannungen und Missverständnisse zwischen den überwiegend aus Deutschland, Österreich und Polen stammenden Juden und den nordafrikanischen Sephardim in Bengasi wider: sie trafen auf Juden, die arabisch sprachen und ihnen fremd waren. Die Flüchtlinge reagierten zum Teil verlegen und abwehrend auf die überbordende Gastfreundschaft der Einheimischen. Einige hatten Probleme mit den für ihren Geschmack sehr scharfen Speisen.[148] Für die libyschen Juden wurden die Kosten der Beherbergung zunehmend zu einer Belastung,[149] was sie wiederum ihre Gäste nicht spüren lassen wollten.

Unter den Juden von Bengasi galt noch eine traditionelle Trennung der Geschlechter, was dazu führte, dass Annäherungsversuche männlicher Flüchtlinge gegenüber einheimischen Frauen als schwere Beleidigung wahrgenommen wurden. Darüber kam es auch zu Handgreiflichkeiten.[150] Gleichzeitig versuchten die einheimischen Familien durchaus, familiäre Bande zu knüpfen: Die Gastfamilie der Landmanns hatte eine 12-jährige Tochter, die sie gerne mit dem 13-jährigen Walter Landmann verlobt gesehen hätten. Auch die Eltern von Regina Zimet erhielten ein ähnliches Angebot für ihre Tochter. Diese Offerten lösten bei den Flüchtlingen bestenfalls Heiterkeit aus.[151]

Ein weiteres Problem bestand wohl darin, dass die jüdische Gemeinde in Bengasi das Ausmaß der Verfolgung der Juden unter nationalsozialistischer Herrschaft noch nicht begriffen hatte und sich auch trotz der italienischen Rassengesetze über ihre eigene Zukunft noch keine größeren Sorgen zu machen schien. Daran konnten offenbar auch die angsterfüllten Geschichten der europäischen Flüchtlinge nichts ändern.[152] Erschwerend kam hinzu, dass Letztere weiterhin vorgeben mussten, nach Siam zu wollen, was sie in unangenehme Situationen brachte, denn die Juden Bengasis stellten viele Fragen über die Reisepläne. In Bengasi gab es ein britisches Generalkonsulat, das auf keinen Fall von dem Vorhaben hören durfte.[153]

---

147 Ebenda.
148 Vgl. Zimet Levy, Brücke, S. 28.
149 Vgl. Salerno, Uccideteli tutti, S. 122, und Zimet Levy, Brücke, S. 28 f.
150 Vgl. ebenda, S. 29.
151 Vgl. Landmann, Famiglie Landmann ed Eckl, in: Porte della Memoria, S. 10, und Zimet Levy, Brücke, S. 29.
152 Vgl. Salerno, Uccidetili tutti, S. 123 f.
153 ACDEC, Fondo Kalk, VII. Testimonianze e Documentazione, busta 6, fasc. 79, Ricordi di Leo Rosenberg. Zu den Juden in Libyen vgl. Maurice Roumani, The Jews of Libya. Coexistence, persecution, rehabilitation, Brighton 2008.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Unterdessen wurde klar, dass das Schiff, das die Gruppe nach Palästina bringen sollte, nicht kommen würde. Wahrscheinlich ist, dass es nach Kriegsausbruch Bengasi nicht mehr erreichen konnte;[154] auch Betrug ist nicht ausgeschlossen.[155] Vielleicht hatte das Reisebüro Fehler gemacht, denn es ergeben sich einige Ungereimtheiten. Am 22. April sandte das italienische Generalkonsulat den Antrag Simon Landmanns auf ein Transitvisum nach Rom. Dort war vermerkt, dass er in Besitz eines gültigen Visums und einer Schiffspassage von Genua (nicht Bengasi) nach Bangkok sei. Genau einen Monat zuvor, am 22. März, hatte jedoch Conti die Reise über Bengasi beantragt.[156] An anderer Stelle hieß es, die Reise hätte ursprünglich in Neapel beginnen sollen, auch der Zwischenstopp in Bengasi sei erst in letzter Minute arrangiert worden.[157]

Inzwischen war Italien in den Krieg eingetreten, und die italienischen Behörden internierten die ausländischen Juden zunächst außerhalb der Stadt in einer Kaserne, später in einem Barackenlager.[158] Mit dem Näherrücken der Front wurde die Gruppe per Schiff nach Neapel gebracht. Das Schiff wurde von Kreuzern begleitet und wäre auch beinahe angegriffen worden.[159] Einige Reisende hofften, von den Briten aufgebracht zu werden und vielleicht auf diese Weise doch noch nach Palästina zu kommen.[160] Doch die Reise nach Palästina endete für die gesamte Gruppe in Neapel, im Gefängnis Poggioreale. Die italienischen Behörden versuchten, die Kosten für die Internierung und Rückführung der Gruppe dem Reisebüro Conti aufzubürden, aber dieses Reisebüro existierte inzwischen nicht mehr.[161]

Die nächste Station für die Unglücklichen war die gemeinsame Internierung im Lager Ferramonti di Tarsia in der Provinz Cosenza. Die Reiseerfahrung hatte sie zusammengeschweißt,[162] so dass die Neuankömmlinge in Ferramonti als eigenständige Gruppe wahrgenommen wurden, deren Mitglieder man als „Bengasioti“ (die aus Bengasi stammenden) kannte.[163] So fanden in Ferramonti zum Beispiel Fußballspiele zwischen „Deutschland“ oder „Polen“ und der „Bengasi Gruppe“ statt.[164] Die Juden Bengasis, die nicht die italienische Staatsangehörig-

[154] So die gängige Annahme der Reisenden: ACDEC, Fondo Kalk, VII. Testimonianze e Documentazione, busta 6, fasc. 79, Ricordi di Leo Rosenberg. Vgl. auch Salerno, Uccideteli tutti, S. 123.

[155] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 1, S. 330.

[156] ACS, MI, DGPS, DAGR, A4bis, busta 206, fasc. Landmann, Simone.

[157] ACS, MI, DGPS, DAGR, A16, busta 6, fasc. D2/47, Ministro dell'Africa Italiana an Organizzazioni Turistiche Conti, 5.12.1940.

[158] Vgl. Landmann, Famiglie Landmann ed Eckl, in: Porte della Memoria, S. 10.

[159] Vgl. ebenda.

[160] Vgl. Capogreco, Ferramonti, S. 58.

[161] ACS, MI, DGPS, DAGR, A16, busta 6, fasc. D2/47, Ministero dell'Africa Italiana an MI, 4.7.1941.

[162] Vgl. Zimet Levy, Brücke, S. 39.

[163] ACDEC, Fondo Kalk, II. Ferramonti-Tarsia, busta 2, fasc. 13, Israel Kalk, Numero degli internati, cittadinanza d'origine, provenienza, o. D. Vgl. auch Folino, Ferramonti, S. 56, und Capogreco, Ferramonti, S. 56.

[164] Vgl. ebenda, S. 86. Zunächst wohnte die Gruppe auch zusammen; vgl. Zimet Levy, Brücke, S. 39.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

keit besaßen, folgten der „Bengasi Gruppe“ in die Internierung, allerdings nicht nach Ferramonti, sondern in andere Lager. Der Kontakt riss aber wohl nicht ganz ab. Moses Landmann erreichte einmal die Bitte um finanzielle Hilfe seiner alten Gastfamilie.[165] Dieses Zusammenleben der nordafrikanischen und europäischen Juden in den Internierungslagern in Italien wäre noch zu untersuchen.

V. Nur Hunger, Schmutz und Langeweile?[166] Die Internierung 1940 bis 1943

Mit dem Kriegseintritt Italiens am 10. Juni 1940 wurde die Internierung aller Angehörigen der Feindstaaten angeordnet, die sich in Italien aufhielten. Italienische Staatsbürger, die als „gefährlich oder verdächtig“[167] eingestuft wurden, waren ebenfalls von der Internierungsanordnung betroffen. In vielen Fällen hatte man diese bereits zuvor als politische Gegner mit Verbannung belegt.[168] Die Internierung italienischer Staatsbürger zielte vor allem auch auf die italienischen Juden, die zu gefährlichen internen Feinden stilisiert wurden.[169] Aber auch die Sinti und Roma waren von der Internierung betroffen.[170] Die weitaus größte Gruppe der zu internierenden Personen waren jedoch Juden, die aus „Staaten mit Rassenpolitik“ kamen.[171]

Zunächst war geplant, erwachsene männliche Juden in Internierungslager in Mittel- und Süditalien zu überführen, Frauen und Kinder sollten nach und nach in „freier Internierung“ in abgelegenen Kommunen untergebracht werden.[172] Die „freie Internierung“ entsprach der politischen Verbannung: Die Betroffenen durften den Wohnort nicht verlassen und mussten sich regelmäßig bei der Präfektur melden. Später konnten auch Männer die Überführung in „freie Internierung“ beziehungsweise die Zusammenführung ihrer Familien beantragen. Mit Überfüllung der Internierungslager in Mittel- und Süditalien, kam es in vielen Fällen zu einer Überstellung in die „freie Internierung“ im Norden des Lands.[173] Gleichzeitig blieben aber auch ganze Familien bis zu ihrer Befreiung in Ferramonti. Nicht

165 Auskunft von Walter Landmann.

166 „Hunger, Schmutz und Langweile“ – mit diesen Worten fassten Amedeo Osti Guerrazzi und Costantino Di Sante die Erfahrung in den italienischen Internierungslagern zusammen; dies., Die Geschichte der Konzentrationslager im faschistischen Italien, in: Sven Reichardt / Armin Nolzen (Hrsg.), Faschismus in Italien und Deutschland. Studien zu Transfer und Vergleich, Göttingen 2005, S. 176-200, hier S. 190.

167 Carlo Spartaco Capogreco, I campi del duce. L'internamento civile nell'Italia fascista (1940–1943), Turin 2004, S. 42.

168 Zur Entwicklung der faschistischen Verbannungs- und Internierungspolitik vgl. ebenda, S. 56-64.

169 Vgl. Collotti, Fascismo, S. 104 f.

170 Vgl. Capogreco, Campi, S. 95 f., und auch Amedeo Osti Guerrazzi, Der italienische Faschismus und die „Zigeuner“, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 1 (2009), S. 139-160.

171 Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 22. Andere ausländische Juden sollten abgeschoben werden; vgl. ebenda, S. 21; vgl. auch Capogreco, Campi, S. 91-95.

172 Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 21.

173 Vgl. ebenda, S. 85 f.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

selten kam es auch vor, dass Frauen überhaupt nicht interniert wurden, gerade wenn sie den Behörden nie aufgefallen waren.[174]

Insgesamt gab es über 50 Internierungslager.[175] Das mit Abstand größte davon war Ferramonti bei Cosenza. Im September 1940 befanden sich dort 700 Personen, im August 1943 waren es dann über 2.000.[176] Im Lager Campagna betrug die Höchstbelegstärke 369, in Civitella del Tronto 232 Personen.[177] Die Gesamtzahl der ausländischen jüdischen Internierten („freie Internierung" und Lager) lag bei mindestens 9.414 Personen.[178] Auch viele, wenn auch nicht alle, aus München stammenden Juden wurden interniert.[179]

Das Lager Ferramonti bestand aus einer Holzbarackensiedlung im Tal des Flusses Crati, einer unwirtlichen Gegend, in der es im Sommer drückend heiß und im Winter und nachts eisig kalt war; in der kalten Jahreszeit versank das Lager im Schlamm.[180] Die Mailänder *Mensa dei bambini* sowie die *Delasem* sandten Hilfslieferungen nach Ferramonti.[181] Bewacht wurde das Lager, in dem Juden und auch Nicht-Juden vieler verschiedener Nationalitäten zusammenlebten, von der Polizei sowie von faschistischer Miliz.[182] In Ferramonti herrschte weitgehende Selbstverwaltung: Jeder Baracke stand ein *capo* vor, es gab eine eigene Gerichtsbarkeit, eine Schule sowie religiöses und kulturelles Leben.[183]

Die italienischen Behörden bezeichneten Lager wie Ferramonti als *campi di concentramento*, aber es war den Überlebenden wichtig zu betonen, dass diese *campi*

[174] Vgl. ebenda, S. 79.

[175] Vgl. Osti Guerrazzi/Di Sante, Geschichte der Konzentrationslager, in: Reichardt/Nolzen (Hrsg.), Faschismus in Italien, S. 185.

[176] Zahlen nach Capogreco, Campi, S. 244.

[177] Vgl. ebenda, S. 211 und S. 229.

[178] Die Datenbank der ausländischen jüdischen Internierten umfasst derzeit 9.414 Einträge; vgl. www.annapizzuti.it/database/ricerca.php [18.7.2018]. Die Zahlen bei Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 87 f., liegen mit knapp 6.400 Personen (Mai 1943) deutlich darunter. Zusammen mit den von der Internierung ausgenommenen ausländischen Juden ging Voigt von einer Gesamtzahl von etwa 9.000 ausländischen Juden in Italien aus. Wie viele jüdische Internierte durchliefen insgesamt das Lager Ferramonti? In der Datenbank der ausländischen jüdischen Internierten finden sich etwa 3.200 Einträge. Zeitgenössische Quellen gehen von 7.000 bis 8.000 Personen aus, die irgendwann im Zeitraum von 1940 bis 1945 in Ferramonti gelebt haben; ACDEC, Fondo Kalk, II. Ferramonti-Tarsia, busta 2, fasc. 13, Israel Kalk, Numero degli internati, cittadinanza d'origine, provenienza, o. D. Selbst wenn man die nichtjüdischen Internierten von den insgesamt 7.000 Personen abzieht, bleibt eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Angaben.

[179] Zwei Beispiele: Salomea Deutsch lebte weiterhin in Mailand; BayHStA, LEA 8989, Deutsch an das BayLEA, 14.12.1961. Irma Ortenau – vgl. oben – war bereits 1940 untergetaucht. Beide sind in den bestehenden Datenbanken und Statistiken nicht erfasst. Dies gilt sicher auch für viele weitere ausländische Juden, die sich in Italien aufhielten.

[180] Eine detaillierte Beschreibung der Lebensbedingungen bei Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 162-199; Capogreco, Ferramonti; Folino, Ferramonti, und ders., Ebrei destinazione Calabria (1940–1943), Palermo 1988.

[181] Vgl. Capogreco, Ferramonti, S. 61 und S. 73-76, sowie Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 287 f.

[182] Vgl. ebenda, S. 165.

[183] Vgl. ebenda, S. 162-199, und Folino, Ebrei destinazione Calabria, S. 99-122.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mit den deutschen Konzentrationslagern nicht zu vergleichen waren.[184] Besonders deutlich zeigt sich dies in den Berichten von Überlebenden, die sowohl italienische als auch deutsche Lager erlebt und erlitten hatten.[185] Schon Voigt kommentierte die insgesamt auffällig positiven Berichte über das Lager Ferramonti und sah den Hauptgrund in der „positive[n] Erfahrung der Lagerselbstverwaltung".[186] Tatsächlich stammten nicht wenige Berichte von Personen, die in der Lagerselbstverwaltung eine wichtige Rolle spielten. So verständlich es ist, dass sich viele Internierte lieber daran erinnerten, was sie in Ferramonti trotz aller Widrigkeiten erreicht hatten, so blass bleiben manche Schwierigkeiten und Probleme.[187]

Amedeo Osti Guerrazzi und Costantino Di Sante haben die Situation der Internierten mit den treffenden Worten „Hunger, Schmutz und Langeweile" zusammengefasst.[188] Auch wenn in Ferramonti vermutlich weniger Langeweile herrschte als anderswo, obsiegte wohl auch dort die „immer gleiche Monotonie".[189] Die Trias „Hunger, Schmutz und Langeweile" muss jedoch unbedingt um einen Begriff erweitert werden: Krankheit. Dieses zentrale Problem vieler Internierter ist bisher zu sehr im Hintergrund geblieben.[190] Dabei geht es nicht unbedingt um lebensbedrohliche Krankheiten, sondern auch um eine Vielzahl körperlicher Beschwerden, die aus unzureichenden hygienischen Verhältnissen, Mangelernäh-

[184] ACDEC, Fondo Kalk, VII. Testimonianze e Documentazione, busta 5, fasc. 64, Ricordi di Gianni Mann. Vgl. auch Landmann, Famiglie Landmann ed Eckl, in: Porte della Memoria, S. 11.

[185] Vgl. Aschkenase, Remembering, S. 38-40. Deutlich zeigt sich dies auch bei den Berichten der anglo-libyschen jüdischen Internierten, die von den Deutschen nach Bergen-Belsen verschleppt wurden; The National Archives, Kew, Bestand FO 950, zum Beispiel FO 950/4194. „Nivellierende Vergleiche" zwischen den italienischen Internierungslagern und den deutschen Konzentrationslagern sind, wie Hans Woller und Thomas Schlemmer bemerkt haben, völlig unangemessen; dies., Italienischer Faschismus, S. 185.

[186] Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 198.

[187] Auch in der Forschung nimmt das selbstverwaltete Lagerleben breiten Raum ein. Capogrecos chronologische Darstellung konzentrierte sich auf die Überwindung der schwierigen Anfänge und den erfolgreichen Aufbau einer „dynamischen, selbstverwalteten Gemeinschaft" (Ferramonti, S. 29). Voigt behandelte das Lager ausführlich, mit Schwerpunkt auf der „Selbstorganisation der Internierten" (Zuflucht, Bd. 2, S. 175-199).

[188] Osti Guerrazzi/Di Sante, Geschichte der Konzentrationslager, in: Reichardt/Nolzen (Hrsg.), Faschismus in Italien, S. 190. Auch zu anderen Lagern gibt es inzwischen Studien; vgl. Costantino Di Sante (Hrsg.), Campi di concentramento in Italia. Dall'internamento alla deportazione, 1940–1945, Mailand 2001; Italia Iacoponi, Il fascismo, la resistenza, i campi di concentramento in provincia di Teramo. Cenni storici, Teramo 2000, und Cardeti, Internamento civile fascista.

[189] Vgl. Capogreco, Ferramonti, S. 86.

[190] Voigt skizzierte die Probleme in der Gesundheitsversorgung, die unhaltbaren hygienischen Verhältnisse und die weit verbreiteten Krankheiten; in der Beschreibung der Lebensverhältnisse in den Lagern und v. a. in der Darstellung von Ferramonti nimmt dieses Thema keinen zentralen Platz ein; vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 127-131. Probleme mit dem Lagerarzt in der Frühphase beschrieb Capogreco, Ferramonti, danach dominiert die Darstellung der Organisation der Selbstverwaltung. Folino widmete dem Thema ärztliche Betreuung und Krankheit immerhin ein eigenes kurzes Kapitel (Ebrei destinazione Calabria, S. 79-85).

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rung und widrigen klimatischen Bedingungen resultierten. Dazu kommen psychosomatische Krankheiten, die auf die emotionale Anspannung oder die Sorge um Familienangehörige zurückzuführen waren. Ein internierter Mediziner betonte später, der Lagerarzt sei zwar völlig unfähig gewesen, da aber viele Internierte selbst Medizin studiert hätten, sei die Versorgung gut und „der Krankenstand sehr niedrig" gewesen.[191] Dieser Eindruck wurde von Thea Obarzanek bestätigt, sie selbst sei nur einmal kurz an Malaria erkrankt – wenn es sich tatsächlich um Malaria handelte.[192] Bei näherer Betrachtung zeigt sich: Viele Krankheiten konnten nicht ausreichend behandelt oder nicht ausgeheilt werden. Schmerzen mussten oft lange ausgehalten werden, da jede Behandlung außerhalb des Lagers beantragt werden musste. Langfristig bedeutete dies, dass viele Internierte stark geschwächt waren.

Das Lager Ferramonti lag in einem Malariagebiet, darauf ist oft verwiesen worden. Nach einiger Zeit wurden Chinintabletten an die Internierten verteilt, aber gerade zu Beginn der Internierung waren die Hygieneverhältnisse besonders schlecht.[193] Lagerarzt Mario Rossi, der wahrscheinlich gar kein Arzt war, verteilte zunächst kein Chinin, weil dies einem Eingeständnis gleichgekommen wäre, dass Malariagefahr bestand.[194] Sicher ist, dass zahlreiche Internierte an Malaria erkrankten.[195] Möglicherweise hat Rossi einige Sterbefälle durch Malaria verschleiert.[196] Überdies brach zweimal Typhus im Lager aus.[197] Zu den weiteren Widrigkeiten gehörten die zahlreichen Schlangen, die man durch Rodung von Buschwerk, zu vertreiben suchte, aber es kam mehrfach zu Schlangenbissen.[198] Menschen wurden durch die Hitze ohnmächtig, mindestens eine Person starb.[199] Zwar besserte sich die medizinische Versorgung nicht zuletzt durch Hilfslieferungen der *Delasem* und der *Mensa dei bambini*, aber der Schmutz und die Hitze förderten Krankheiten. Tagsüber mussten sich die Menschen der vielen Fliegen erwehren, im Schlaf wurden sie von Bettwanzen gequält.[200] In anderen Lagern gab es ähnliche Probleme. Civitella del Tronto lag in den Bergen. Im Winter war es dort bitter kalt, die Internierten hatten nur dünne Decken und keine Heizung.[201]

191 Enrico (Chaim) Payes, zit. nach Capogreco, Ferramonti, S. 92.
192 Vgl. Aschkenase, Remembering, S. 39.
193 Vgl. Capogreco, Ferramonti, S. 47-49.
194 Vgl. Folino, Ebrei destinazione Calabria, S. 79 f.
195 Vgl. ebenda, S. 81, und Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 128. Johannes Eller starb 1943 im Alter von 47 Jahren in Ferramonti an Malaria; vgl. Folino, Ferramonti, S. 58. Insgesamt starben in Ferramonti 37 Personen; vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 128.
196 Vgl. Folino, Ebrei destinazione Calabria, S. 79 f.
197 Vgl. ebenda, S. 81, und Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 128. Zu den langfristigen Folgen für die Betroffenen: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (künftig: HHStAW), 518/80229/1, Antrag auf Schaden an Gesundheit, o. D.
198 Vgl. Zimet Levy, Brücke, S. 40.
199 Vgl. ebenda.
200 Vgl. Capogreco, Ferramonti, S. 86.
201 HHStAW, 518/81074, Eidesstattliche Erklärung, 9.10.1957.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Viele litten an chronischer Bronchitis und akuten Nierenbeschwerden, die auch zu langfristigen Gesundheitsproblemen führten.[202]

Die Geschichte der Münchner Internierten in Ferramonti und anderen Lagern zeigt, wie sehr das Leben dort von Schmerzen und Krankheit bestimmt war. Mehrere von ihnen hatten Malariasymptome.[203] Einer der Münchner Internierten hatte Herzprobleme, die zu einer chronischen Herzerkrankung führten,[204] ein weiterer machte sich große Sorgen um ein Herzleiden seiner Frau.[205] Augen- und Ohrenkrankheiten, starke Schmerzen und körperliche Auszehrung gehörten ebenfalls zu den Problemen, die die Internierten quälten.[206] Nathan Weitzmann wurde in eine Klinik eingeliefert und dann in die „freie Internierung" verlegt. Er starb 1942 im Alter von 60 Jahren.[207] In einigen Fällen kam es zu Nervenleiden und sogar zu Nervenzusammenbrüchen, die einen langen Klinikaufenthalt erforderlich machten.[208] Die Liste der Beispiele ließe sich fortsetzen. Die Petitionen der Internierten an das Innenministerium sowie die ärztlichen Gutachten aus der unmittelbaren Nachkriegszeit zeigen das Ausmaß der gesundheitlichen Probleme. Auch wenn manches Leiden in den Petitionen etwas übertrieben dargestellt worden sein dürfte, um zum Beispiel eine Familienzusammenführung zu erlangen, so lagen doch in den meisten Fällen Beschwerden vor, die durch ärztliche Atteste bestätigt wurden und häufig bis in die Nachkriegszeit fortbestanden. Nach Angaben von Israel Kalk kam es in Ferramonti von Juli 1940 bis August 1941 zu 1.700 schriftlichen Anträgen auf Überstellung in die „freie Internierung" aufgrund von Gesundheitsbeschwerden.[209]

---

202 Ebenda. Vgl. auch Costantino Di Sante, I campi di concentramento in Abruzzo, in: Ders. (Hrsg.), Campi di concentramento in Italia, S. 177-206, hier S. 196. Ähnliche Zustände in anderen Lagern vgl. bei Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 128.

203 BayHStA, LEA 8749, Ärztliches Gutachten, 23.5.1952; BayLEA, BEG 1301090333, Lebenslauf, 24.5.1964, und BEG 70459, Ärztliches Gutachten, 10.7.1961.

204 BayHStA, LEA 8749, Ärztliches Gutachten, 23.5.1952.

205 ACS, MI, DGPS, DAGR, A4bis, busta 263, fasc. Obarzanek, Samuele, Obarzanek an Innenminister, 26.9.1940.

206 ACS, MI, DGPS, DAGR, A4bis, busta 206, fasc. Landmann, Barbara, Landmann an Innenminister, 29.11.1940; busta 275, fasc. Penzias, Samuele, Penzias an Innenminister, 5.1.1942 und 25.5.1943, sowie busta 349, fasc. Teitel, Jacob Teitel an Innenminister, 26.8.1942.

207 ACS, MI, DGPS, DAGR, A4bis, busta 262, fasc. Weitzmann, Debora, Weitzmann an Innenminister, 7.10.1940, und Almansi an Penetta, 2.7.1941.

208 BayLEA, BEG 1301090333, Lebenslauf, 24.5.1964, und BayHStA, LEA 25399, Eidesstattliche Versicherung, 25.9.1962.

209 ACDEC, Fondo Kalk, II. Ferramonti-Tarsia, busta 2, fasc. 21, handschriftliche Aufzeichnungen. Diese Zahl ist extrem hoch. Auch wenn einige Internierte sicher mehrere Anträge stellten, würde dies bedeuten, dass 1940/41 eine große Zahl der Internierten das Lager aufgrund gesundheitlicher Probleme verlassen wollte. Kalk bezieht sich in seinen Notizen wahrscheinlich auf eine Zahl von 1.700 Anträgen aus dem folgenden Dokument: ACDEC, Fondo Kalk, II. Ferramonti-Tarsia, busta 2, fasc. 17, Ferramonti-Tarsia: Das Leben der Zivilinternierten in Zahlen, bearb. von L. Fürst und A. Rosenbach, Ferramonti, 1941. Hier ist allerdings nicht klar, um welche Anträge es sich genau handelte – außer, dass es um die Behandlung von gesundheitlichen Problemen geht. In den Statistiken von Leo Fürst und Alexander Rosenbach sind 3.500 ambulante Krankheitsfälle für den Zeitraum von Juni 1940 bis zum 1.8.1941 im Lager vermerkt.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Viele Internierte kamen bereits geschwächt und krank in den Lagern an. Dies traf vor allem auf einige Mitglieder der „Bengasi Gruppe“ zu, die auch als die ärmsten Lagerbewohner galten.[210] „Bengasioti“ stand in Ferramonti für Bedürftigkeit.[211] Nach der Ankunft der „Bengasi Gruppe“ kam es sogar zur Gründung eines „Lagerhilfswerks“ für die Ärmsten unter den Internierten.[212] Tendenziell waren die Internierten, die erst sehr spät und ohne finanzielle Mittel nach Italien kamen, unter den ärmeren Bewohnern.[213] Die „Lageraristokratie“ bestand aus den „Romani“, Juden aus Deutschland und Österreich, die sehr früh aus Rom nach Ferramonti gekommen waren und über Geld und Kontakte in die Hauptstadt verfügten.[214] Ob „Bengasioti“ oder „Romani“ – die Erfahrungen in Ferramonti waren entsprechend unterschiedlich, auch wenn die Quellen wenig Auskunft über die sozialen Unterschiede geben. Natürlich stellt sich auch die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Armut und Krankheit. Die medizinische Behandlung war kostenlos,[215] aber die wohlhabenderen unter den Internierten hatten Zugang zu besserer Ernährung, Kleidung und Versorgung mit Hygieneartikeln.[216] Gleichwohl lassen die Statistiken und individuelle Berichte darauf schließen, dass nahezu alle Internierten von Krankheiten geplagt waren.

Unterschiedlicher als das Leben in den Lagern waren die Verhältnisse in der „freien Internierung“, auch wenn es bisher noch wenige regionale Untersuchungen darüber gibt.[217] In abgelegenen Dörfern Mittel- und Süditaliens war es neben Armut und Krankheit sicherlich auch die „immer gleiche Monotonie“, die den Menschen zu schaffen machte. Zahlreiche Internierte gaben Sprachunterricht, um etwas Geld zu verdienen, aber die Nachfrage nach Deutschstunden war nicht überall vorhanden.[218] Die Schriftstellerin Natalia Ginzburg, die in Pizzoli am Gran Sasso interniert war, schrieb, die Internierten seien so gelangweilt gewesen, dass sie 100 Mal am Tag die Dorfstraße auf und ab liefen, da es ihnen verboten war, das Dorf zu verlassen.[219] Viele Kilometer weiter nördlich sah die Lange-

[210] Leib Hammer schrieb 1942 an seine Kinder, dass er weder Geld noch die nötigste Kleidung habe, den bevorstehenden Winter fürchte und an starken Schmerzen leide; vgl. Folino, Ferramonti, S. 60 f., sowie weitere Schreiben von Internierten aus der „Bengasi Gruppe“ (ebenda, S. 59-63).

[211] ACDEC, Fondo Kalk, II. Ferramonti-Tarsia, busta 2, fasc. 13, Israel Kalk, Numero degli internati, cittadinanza d’origine, provenienza, o. D.

[212] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 179.

[213] Vgl. ebenda, S. 178.

[214] So die Beschreibung von Israel Kalk: ACDEC, Fondo Kalk, II. Ferramonti-Tarsia, busta 2, fasc. 13, Israel Kalk, Numero degli internati, cittadinanza d’origine, provenienza, o. D.

[215] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 129.

[216] In der „Lagerapotheke“ konnte man Produkte wie „Wanzentod“, Sonnencreme, Zahnpasta oder Waschpulver kaufen (sehr viel mehr gab es dort allerdings nicht); ACDEC, Fondo Kalk, II. Ferramonti-Tarsia, busta 2, fasc. 21, Bericht über Apotheke des jüdischen Hilfsdiensts Ferramonti, Juni 1941.

[217] Vgl. beispielsweise die Arbeiten von Paolo Tagini über die Provinz Vicenza (Poche cose) und von Marco Minardi zur Provinz Parma (Invisibili).

[218] Dokumente im Privatbesitz von Walter Landmann. Vgl. auch Zimet Levy, Brücke, S. 51, und Aschkenase, Remembering, S. 33.

[219] Vgl. Natalia Ginzburg, Lessico famigliare, Mailand 1963, S. 156.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

weile anders aus: In Landriano bei Pavia vertrieben sich Max und Sigmund Bick als Kunsthandwerker die Zeit damit, die Dorfkirche zu verschönern.[220] Die Münchner Brüder lebten in einem Gasthof in einem kleinen Zimmer unter dem Dach, malten viel und waren, wie die meisten Einheimischen, häufig in der *Bar Centrale* anzutreffen. In Villanova d'Asti war Thea Obarzanek in die Dorfjugend integriert, sie erhielt gelegentlich sogar eine Genehmigung, den Ort zu verlassen, um mit Mädchen aus dem Ort in den Nachbarort ins Kino gehen zu können. Der Dorfpriester lieh ihr sein Fahrrad.[221]

Die Familie von Moses Landmann wurde 1942 von Ferramonti in die „freie Internierung" nach Arsiero in der Provinz Vicenza verlegt. Sie bekam dort eine eigene Wohnung, die Einheimischen halfen bei der Lebensmittelversorgung. Die Landmanns hatten besonders engen Kontakt mit der Familie Fontana. Der Ehemann stand mit den *Alpini* an der Ostfront.[222] Aus seinen Briefen erfuhr die Familie Landmann auch einiges über die Kriegsverbrechen der Deutschen in der besetzten Sowjetunion.

Mit Blick auf die „freie Internierung" zeigt sich auch, dass gerade in den Dörfern das Leben für (junge) Frauen schwieriger war als für die Männer. In Camisano Vicentino wurden die Berliner Schwestern Edith und Cilly Holzer sowie ihre Freundinnen denunziert und verhaftet, weil sie sich unerlaubterweise aus dem Ort entfernt und im Nachbarort mit einigen jungen Männern gefeiert und Wein getrunken hatten.[223] Ihnen wurde „undiszipliniertes Verhalten" vorgeworfen,[224] das Problem war dabei weniger, dass sie unerlaubt den Ort verlassen hatten, sondern dass sie mit Männern unterwegs waren. Als sie von Villanova d'Asti in das Dorf Zimone kam, klagte Thea Aschkenase, dass Männer sich dort viel freier bewegen konnten als Frauen. Sie musste ständig ihren Bruder bitten, als Begleiter zu fungieren.[225]

Für Frauen waren die Lebensumstände schwierig, wenn die Ehemänner alleine interniert waren: Lina Pereles durfte unter Auflagen in ihrem Haus in Laurana bleiben. Ihr Mann Max Pereles verfasste im Lager Ferramonti mehrere Gesuche, seine kranke Frau besuchen zu dürfen. Darin schilderte er die familiäre Situation ausführlich. Lina Pereles litt an einer schweren Bronchitis. Die Krankheit und auch der Allgemeinzustand seiner Frau hatten sich durch die persönlichen Umstände verschlimmert: Das Ehepaar Pereles war mit dem betagten Vater von Max Pereles ausgewandert. Lina Pereles hatte ihren Schwiegervater in Laurana bis zu seinem Lebensende gepflegt. Gleichzeitig war ihr eigener Vater in Deutschland

[220] ACDEC, Fondo Vicissitudini dei singoli, busta 3, Bick Max e Sigismondo.
[221] Vgl. Aschkenase, Remembering, S. 41.
[222] Vgl. Landmann, Famiglie Landmann ed Eckl, in: Porte della Memoria, S. 13. Auch die Familie Zimet erhielt Hilfe von einem Soldaten, der in der Sowjetunion gekämpft hatte und die Deutschen hasste; vgl. Zimet Levy, Brücke, S. 99 f. Zu den italienischen Truppen in der Sowjetunion vgl. Thomas Schlemmer (Hrsg.), Die Italiener an der Ostfront 1942/43. Dokumente zu Mussolinis Krieg gegen die Sowjetunion, München 2005.
[223] Vgl. Tagini, Poche cose, S. 103 f.
[224] Ebenda, S. 101-103.
[225] Vgl. Aschkenase, Remembering, S. 46.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

verstorben, ohne dass sie ihn noch einmal hatte sehen können. Ihre Mutter und ihr Bruder lebten in Kanada. Lina Pereles war in Trauer und Sorge, alleine und krank.[226] Durch die Internierung wurden Familien (zeitweise) auseinandergerissen: Nicht wenige Frauen mit Kindern waren an abgelegenen Orten mit patriarchalischen Strukturen unter prekären Verhältnissen auf sich alleine gestellt. Es gibt auch Hinweise darauf, dass es in den wenigen ausschließlich für Frauen bestimmten Internierungslagern strenger zuging als in den übrigen Lagern.[227] In Ferramonti, wie in anderen Lagern, wurden Kinder geboren, vereinzelt gab es auch Abtreibungen.[228] Zu den genderspezifischen Aspekten der Internierung wären weitere Forschungen wünschenswert.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Lebensbedingungen im Norden deutlich besser als in den Lagern oder in der „freien Internierung" im Süden waren.[229] Viele Internierte baten daher um eine Verlegung in den Norden. Langfristig sollte sich jedoch der Verbleib im Süden als lebensrettend für viele Internierte erweisen.

VI. Unter deutscher Besatzung: Flucht, Versteck und Deportation

Die „immer gleiche Monotonie" nahm mit der Proklamation des Waffenstillstands am 8. September 1943 ein jähes Ende. Die jüdischen Internierten in Kalabrien, Kampanien, der Basilikata und in Apulien waren frei.[230]Alliierte Truppen waren wenige Tage nach dem Waffenstillstand in Ferramonti eingetroffen.[231] Wo sich die Wehrmacht halten konnte, kamen etwa 8.000 ausländische und 35.000 italienische Juden unter deutsche Herrschaft.[232] In Nord- und Mittelitalien entstand die RSI mit Salò am Gardasee als Regierungssitz. Abgetrennt davon wurden die beiden Operationszonen Adriatisches Küstenland und Alpenvorland, wo die Deutschen sowohl die zivile als auch die militärische Verantwortung übernahmen.[233] In der RSI war eine Delegation des Reichssicherheitshauptamts unter Wilhelm Harster mit Sitz in Verona für „Judenfragen" zuständig.[234]

[226] ACS, MI, DGPS, DAGR, A4bis, busta 275, fasc. Pereles, Massimiliano, Pereles an Innenminister, 30.9.1940 und 30.5.1942.
[227] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 110 f.
[228] Vgl. Folino, Ebrei destinazione Calabria, S. 40, und Annalisa Cegna, „Di dubbia condotta morale e politica". L'internamento femminile in Italia nella Seconda guerra mondiale, in: Deportate, esuli, profughe 21 (2013), S. 28-54, hier S. 44.
[229] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 80.
[230] Vgl. Sarfatti, Juden, S. 267.
[231] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 326-328.
[232] Zahlen nach Sarfatti, Juden, S. 268 f. Die Gesamtzahl der Juden auf dem Gebiet der Repubblica Sociale Italiana im September 1943 mit knapp 39.000 gab Liliana Picciotto, Il libro della memoria. Gli ebrei deportati dall'Italia (1943–1945), Mailand 2002, S. 855, an.
[233] Zu den beiden Operationszonen vgl. Michael Wedekind, Nationalsozialistische Besatzungs- und Annexionspolitik in Norditalien 1943 bis 1945. Die Operationszonen „Alpenvorland" und „Adriatisches Küstenland", München 2003.
[234] Zur Verwaltungsstruktur der deutschen Besatzung vgl. Lutz Klinkhammer, Zwischen Bündnis und Besatzung. Das nationalsozialistische Deutschland und die Republik von Salò, Tübingen 1993, S. 69-82 und S. 117-127, sowie Picciotto, Libro della memoria, S. 858-866.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Verfolgung der Juden durch deutsche Stellen begann mit der Verhaftung der Juden in der Operationszone Alpenvorland sowie mit Razzien in der Provinz Cuneo, die sich gegen Juden richteten, die nach dem Waffenstillstand aus Frankreich nach Italien geflüchtet waren.[235] Im Herbst 1943 führten hauptsächlich deutsche Einheiten unter der Leitung von Theodor Dannecker „Judenaktionen" in den großen Städten durch. Mit der Polizeiverordnung Nr. 5 vom 30. November verfügte der faschistische Innenminister Guido Buffarini Guidi die Internierung aller Juden, davon ausgenommen waren Personen über 70 Jahre und Schwerstkranke.[236] Italienische Polizeieinheiten verhafteten die Juden und brachten sie in Provinzkonzentrationslager. Zwischen Dezember 1943 und Januar 1944 müssen „die Regierungen des Dritten Reichs und der RSI zu einer Vereinbarung über die Auslieferung der von den Italienern verhafteten Juden an die Deutschen"[237] gekommen sein, so Michele Sarfatti, denn schon am 30. Januar 1944 ging der erste Transport nach Auschwitz, mit dem auch Internierte aus den italienischen Lagern verschleppt wurden.[238]

Beginnen wir mit einem Blick auf Rom, wo am 16. Oktober die große Razzia gegen Juden mit der Verhaftung und Deportation von über 1.000 Personen endete. Unter den Opfern der Razzia waren nahezu ausschließlich italienische Juden, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass die Deutschen jüdische Wohnviertel durchsuchten und auch über Listen mit Namen und Adressen verfügten.[239] Die jüngere Forschung zur Razzia und zum Schicksal der Juden in Rom hat unter anderem folgende Punkte betont: Viele Juden in der ewigen Stadt unterschätzten die Gefahr, in der sie sich Ende September 1943 befanden – sie rechneten nicht mit Verhaftungen.[240] Nach der Razzia wurden zahllose Juden Opfer von Denunziationen. Häufig ging es um finanzielle Bereicherung, die Plünderung oder Übernahme einer Wohnung, zudem war auf die Juden ein Kopfgeld ausgesetzt.[241] Jeden Tag trafen im deutschen Hauptquartier in Rom mindestens 15 Denunziationsschreiben „gegen Juden, Partisanen und Antifaschisten" ein.[242] Mehrere faschistische Banden halfen bei der Verhaftung von Juden und beraubten sie dabei.[243] Die Erfahrungen der sechs Münchner, die die Razzia in Rom erlebten, sind nicht repräsentativ, aber anhand ihres Verhaltens und ihrer Aussagen lassen sich diese Befunde kommentieren.

[235] Vgl. Sarfatti, Juden, S. 273 f.
[236] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 347 f., und Picciotto, Libro della memoria, S. 891 f.
[237] Sarfatti, Juden, S. 304.
[238] Vgl. ebenda, S. 305.
[239] Vgl. Wildvang, Feind, S. 267. Von einem Dutzend ausländischer Deportierter ging Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 345, aus. Die Zahl von 62 verhafteten ausländischen Juden nannte Wildvang, Feind, S. 267. Nicht alle verhafteten ausländischen Juden wurden deportiert; vgl. ebenda, S. 265.
[240] Vgl. ebenda, S. 237-245, und Andrea Riccardi, Der längste Winter. Die vergessene Geschichte der Juden im besetzten Rom 1943/44, Darmstadt 2017, S. 29. Voigt ging davon aus, dass ausländische Juden generell „das stärkere Bewußtsein der Gefahr" hatten; Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 379.
[241] Vgl. Osti Guerrazzi, Caino a Roma, S. 115-121, und Wildvang, Feind, S. 339-356.
[242] Franzinelli, Delatori, S. 164.
[243] Vgl. Osti Guerrazzi, Caino a Roma, S. 77-92, und Wildvang, Feind, S. 312-339.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„Die Mehrheit der römischen Juden wog sich [...] in Sicherheit", schrieb Frauke Wildvang über die Situation in Rom unmittelbar vor der Razzia.[244] Die deutsche Militärverwaltung verlangte die Bezahlung eines Lösegelds, mit dem sich die Gemeinde von der Deportation freikaufen sollte. Sie vertraute darauf, dass sich die Deutschen an ihre Zusagen halten würden, und sammelte die geforderten 50 Kilogramm Gold. Kurz darauf erfolgten die Verhaftungen.[245] Die Münchnerin Lilly Peisach „und ihre Angehörigen, unterstützt durch eine Reihe anderer deutscher Emigranten, wiesen auf die Sinnlosigkeit einer solchen Verzweiflungstat hin und gingen sofort in den Untergrund".[246] Auch Oscar und Ida Neumann, die nach dem Waffenstillstand aus der Internierung nach Rom geflohen waren, suchten sich sofort nach ihrer Ankunft ein Versteck.[247] Die Emigranten aus Deutschland machten sich keine Illusionen über die Absichten der Deutschen. Zwar dürfte im September 1943 auch die jüdische Gemeinde in Rom von deutschen Vernichtungslagern und Einsatzgruppenmassakern gehört haben,[248] aber aus ihrer Sicht war Rom eben nicht Warschau. Deutsche Flüchtlinge in Rom erzählten, was mit Juden geschah, aber man glaubte ihnen nicht.[249]

In Rom richteten sich die Denunziationen überwiegend gegen italienische Juden. Die Verräter waren zumeist Nachbarn, Bekannte, Kollegen; sie kannten also ihre Opfer.[250] Auch die jüdische Kollaborateurin Celeste di Porto verriet hauptsächlich Personen, die sie kannte.[251] Die Opfer der faschistischen Banden waren häufig römische Juden, die noch über Besitz verfügten. Diesen Banden ging es nahezu ausschließlich um finanzielle Bereicherung.[252] Damit war die Gefahr der Denunziation für italienische Juden wohl höher als für die ausländischen Juden in der Stadt, deren Identität und Aufenthaltsorte selten bekannt waren. Das heißt aber nicht, dass von Denunzianten keine Gefahr für ausländische Juden ausging,[253] gerade wenn es um Kopfgeld oder ideologische Überzeugung ging. Auch im Fall der Familie Peisach wurde der Helfer schließlich von Nachbarn gewarnt, dass es „Nachforschungen" gegeben habe und das Versteck möglicherweise verraten worden sei. Carlo Musanti suchte daraufhin für die Peisachs eine andere Bleibe und fand sie im Kloster Santa Elisabetta in der Via Olmata, wo die Oberin, Schwester Maria Climaca, die Familie in den Klausurräumen verbarg. Die deutsche Ordensschwester – mit bürgerlichem Namen Margarethe Urbanke

[244] Ebenda, S. 237.
[245] Vgl. ebenda, S. 238-245, und Riccardi, Winter, S. 29-31.
[246] BayHStA, LEA 27936, RA Hans Hertkorn an BayLEA, 9.8.1957.
[247] BayHStA, LEA 26893, Antrag Schaden auf Freiheit, Erklärung von Ida Neumann, 17.8.1959.
[248] Vgl. Osti Guerrazzi, Caino a Roma, S. 35 f., und Wildvang, Feind, S. 237.
[249] Vgl. ebenda, S. 237.
[250] Vgl. ebenda, S. 343, und übereinstimmend Osti Guerrazzi, Caino a Roma, S. 119.
[251] Vgl. Wildvang, Feind, S. 329 f., und Osti Guerrazzi, Caino a Roma, S. 106-108.
[252] Vgl. ebenda, S. 79, und Wildvang, Feind, S. 334.
[253] Vgl. Franzinelli, Delatori, S. 190 f.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

– verbot den deutschen Truppen während einer Hausdurchsuchung energisch, die Klausurräume zu betreten.[254]

Einmal mehr zeigt sich in dieser Geschichte sowohl die Bereitschaft zur Hilfe als auch die Gefahr der Denunziation selbst wenn das Risiko, denunziert zu werden, für alle Juden in Rom hoch war. Römische Juden, deren Wohnort bekannt war und die noch über Vermögen verfügten, waren doch besonders gefährdet. Dies wirft die Frage auf, ob auch an anderen Orten das Risiko für italienische Juden höher war, da in vielen Fällen die Denunzianten ihre Opfer kannten.[255] Was die Hilfe angeht, spielten zweifellos Geistliche eine wichtige Rolle.[256] Allerdings bleibt das Ausmaß der kirchlichen Hilfe in Rom stark umstritten: Schätzungen reichen von 155 bis 400 Klöstern, die Juden Zuflucht gewährten,[257] wobei, zu beachten ist, dass in Rom alleine über tausend Frauenkonvente bestanden.[258]

Das deutsche Einsatzkommando unter Leitung von Theodor Dannecker zog von Rom weiter nach Norden, um Razzien in Florenz, Mailand und anderen Städten durchzuführen.[259] Vor allem in Florenz waren es überwiegend ausländische Juden, die verhaftet wurden.[260] Dies war wohl darauf zurückzuführen, dass in der Stadt gerade viele aus Frankreich geflüchtete Juden eingetroffen waren.[261] Sie waren erst seit kurzer Zeit im Land, die Notunterkünfte waren überfüllt. Die Razzien fanden im November 1943 überwiegend in Synagogen, Waisenhäusern, Klöstern und Notunterkünften statt.[262]

Spätestens als die italienischen Quästuren zur Verhaftung aller Juden aufgefordert wurden, flüchteten zahlreiche Internierte; nicht wenige hatten sich bereits im September davongemacht. Die Familie Obarzanek wurde von ihrer Vermiete-

---

254 BayHStA, LEA 27936, RA Dr. Hans Hertkorn an das BayLEA, 9.8.1957, und Erklärung der Schwester Maria Climaca, o. D.

255 Überwiegend Beispiele der Denunziation von italienischen Juden finden sich bei Franzinellis Studie zur Denunziation, die sich nicht nur auf Rom beschränkt (vgl. S. 143-196). Er betonte, dass sich Täter und Opfer oft kannten (S. 192 f.). Gleichzeitig verwies er jedoch auch ausdrücklich auf Fälle von Denunziation ausländischer Juden (S. 190 f.). Zur Bekanntschaft zwischen Tätern und Opfern vgl. Simon Levis Sullam, L'avvio della persecuzione degli ebrei e il ruolo degli italiani. Ideologi, carnefici, delatori, in: Monica Fioravanzo/Carlo Fumian (Hrsg.), 1943. Strategie militari, collaborazionismi, Resistenze, Rom 2015, S. 261-284, hier S. 282-284.

256 Zur christlichen Hilfe außerhalb Roms vgl. Juliane Wetzel, Retter in der Not? Das faschistische Italien und die Hilfe für jüdische Verfolgte, in: Wolfgang Benz/Juliane Wetzel (Hrsg.), Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit. Regionalstudien 4 – Slowakei, Bulgarien, Serbien, Kroatien mit Bosnien und Herzegowina, Belgien, Italien, Berlin 2004, S. 281-366, hier S. 317-331.

257 Vgl. Wildvang, Feind, S. 279.

258 Vgl. Susan Zuccotti, Under His Very Windows. The Vatican and the Holocaust in Italy, New Haven 2002, S. 200 f.; Wildvang, Feind, S. 279, und Wetzel, Retter, in: Benz/Wetzel (Hrsg.), Solidarität, S. 313 und 331.

259 Zu Florenz vgl. Marta Baiardi, Persecuzioni antiebraiche a Firenze. Razzie, arresti, delazioni, in: Collotti (Hrsg.), Ebrei in Toscana, Bd. 1, S. 44-140, und Liliana Picciotto, Le retate del novembre 1943 a Firenze, in: La Rassegna Mensile di Israel 67 (2001), S. 243-264.

260 Vgl. Baiardi, Persecuzioni antiebraiche, S. 55.

261 Vgl. Picciotto, Retate, S. 248.

262 Vgl. Baiardi, Persecuzioni antiebraiche, S. 54 f., und Picciotto, Retate, S. 248 und S. 256 f.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rin in ein abgelegenes Bergdorf gebracht.[263] Dort konnte sie auf ein ganzes Netzwerk von Helfern zurückgreifen, das der Dorfpfarrer organisiert hatte. Sie wurde jedoch durch die Unachtsamkeit einer Person, mit der sie ihr Versteck teilten, verraten, von italienischen Polizisten verhaftet und schließlich deportiert.[264] *Carabinieri* verhafteten die Brüder Max und Siegmund Bick im Dezember 1943 in Landriano. Ihre Fluchtpläne waren verraten worden;[265] am 30. Januar 1944 wurden sie nach Auschwitz deportiert. Viele Juden, die in diesen Tagen der Ungewissheit den Ort der Internierung nicht verließen, wurden von italienischen Sicherheitskräften verhaftet und in Konzentrationslager eingewiesen.[266]

Die Familie Landmann ereilte im Dezember in Arsiero dasselbe Schicksal. Anfang 1944 erschien die SS im Lager Tonezza und verbrachte die Insassen nach Vicenza. Sie waren für den Transport vom 30. Januar 1944 bestimmt, der von Mailand über Verona nach Auschwitz fuhr. In dieser Situation erklärte Barbara Landmann den Deutschen, dass sie „Arierin" sei und die Familie daher nicht deportiert werden dürfe. Frau Landmann verwies darauf, dass ihr Cousin, Franz Ziereis, der Kommandant des Lagers Mauthausen-Gusen sei (was der Wahrheit entsprach) und bestätigen könne, dass sie nicht-jüdischer Abstammung sei.[267] Nach einer Nacht im Gefängnis in Vicenza wurden die Landmanns zurück nach Arsiero geschickt. Von dort flüchteten sie umgehend in die Schweiz.[268]

400 Kilometer südlich von Arsiero, in Arcidosso in der Provinz Grosseto, lebte Moses Landmanns Bruder Simon mit Frau Katharina und Tochter Rita. In der Provinz Grosseto hatte der örtliche Präfekt, Alceo Ercolani, bereits vor der Verordnung Nr. 5 ein Lager mit Bewachung und Stacheldraht einrichten und Juden verhaften lassen.[269] Die Familie von Simon Landmann wurde dort eingewiesen. Auch Simon und Katharina Landmann waren eine „Mischehe" eingegangen. Die Familie Landmann kam trotzdem in das Lager Roccatederighi. Während Juden, die aus der Provinz Grosseto stammten, wieder frei kamen, wurden die ausländischen Juden und die italienischen Juden, die nicht aus der Gegend stammten, im April 1944 nach Fossoli verbracht.[270] Die Familie Landmann wurde am 2. August 1944 deportiert – Simon Landmann nach Auschwitz, Katharina nach Bergen-Belsen

[263] Vgl. Aschkenase, Remembering, S. 45.
[264] Vgl. ebenda, S. 46 f.
[265] ACS, MI, DGPS, DAGR, A4bis, busta 42, fasc. Bick, Sigismondo, Prefettura di Pavia an MI, 3.12.1943.
[266] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 348-360. Über diese Konzentrationslager der RSI wissen wir noch wenig; vgl. Klinkhammer, Bündnis und Besatzung, S. 549.
[267] Vgl. Landmann, Famiglie Landmann ed Eckl, in: Porte della Memoria, S. 15, und Tagini, Poche cose, S. 227 f.
[268] Vgl. Landmann, Famiglie Landmann ed Eckl, in: Porte della Memoria, S. 16, und Tagini, Poche cose, S. 227.
[269] Vgl. Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 352 f., und Luciana Rocchi, Ebrei nella Toscana meridionale. La persecuzione a Siena e Grosseto, in: Collotti (Hrsg.), Ebrei in Toscana, Bd. 1, S. 254-325, hier S. 293 f.
[270] Vgl. Luciana Rocchi, La persecuzione degli ebrei nella provincia die Grosseto nel 1943–44, Grosseto 2002, S. 11, und dies., Ebrei nella Toscana meridionale, in: Collotti (Hrsg.), Ebrei in Toscana, Bd. 1, S. 296 f.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und Rita nach Ravensbrück.[271] Simon Landmann starb in Auschwitz. Katharina Landmann und Tochter Rita überlebten.

Die Geschichten der Familien von Moses und Simon Landmann zeigen die unsichere Situation von „Mischehen" ebenso wie regionale verfolgungsspezifische Unterschiede. Zur Situation der „Mischehe"-Familien unter der deutschen Besatzung gibt es noch kaum Untersuchungen.[272] Im Deutschen Reich waren Juden in bestehenden „Mischehen" zu dieser Zeit von der Deportation zurückgestellt. Dies galt auch für die Kinder, sofern es sich um „Mischlinge" handelte.[273] Nach der italienischen Verordnung Nr. 5 vom 30. November sollten auch „Mischehepartner" und Kinder aus „Mischehen", die als Juden galten, verhaftet werden.[274] Am 10. Dezember erging dann ein Erlass des Polizeipräsidenten Tamburini nachdem „Mischehe"-Familien italienischer Juden von den Verhaftungen ausgenommen bleiben sollten.[275] Erst im März 1944 wurde diese Bestimmung auf ausländische Juden erweitert.[276] Kaum überraschend, herrschte bei lokalen Behörden Unsicherheit darüber, wer nun zu verhaften sei.[277]

In diesem Gewirr von Bestimmungen wurden die Bedingungen und Entscheidungen der italienischen und deutschen Verfolger vor Ort maßgeblich. In Grosseto kamen die einheimischen Juden frei, „Mischehe"-Familien jedoch nicht. In Turin verwendete sich der Präfekt für die Freilassung von jüdischen „Mischehepartnern".[278] In Venedig wurden sie bei der Razzia im Dezember 1943

[271] Vgl. Picciotto, Libro della memoria, S. 385 und S. 559.

[272] Vgl. Giuliana Cardosi/Marisa Cardosi/Gabriella Cardosi, Sul confine. La questione dei „matrimoni misti" durante la persecuzione antiebraica in Italia e in Europa (1935–1945), Turin 1998; Giuliana Cardosi/Marisa Cardosi/Gabriella Cardosi, La questione dei „matrimoni misti" durante la persecuzione razziale in Italia 1938–45, Mailand 1981; Alessandra Minerbi, Le discriminazioni ed il problema dei „misti", in: Marcello Flores (Hrsg.), Storia della Shoah in Italia. Vicende, memorie, rappresentazioni, Bd. 1, Turin 2010, S. 402-429, und Liliana Picciotto, Salvarsi. Gli ebrei d'Italia sfuggiti alla Shoah 1943–1945, Turin 2017, S. 62-68.

[273] Vgl. Beate Meyer, „Jüdische Mischlinge". Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung, 1933–1945, Hamburg 1999, S. 12 und S. 31. Zur unterschiedlichen Behandlung von „Mischlingen" und „Geltungsjuden" vgl. Maria von der Heydt, „Wer fährt denn gerne mit dem Judenstern in der Straßenbahn?" Die Ambivalenz des „geltungsjüdischen" Alltags zwischen 1941 und 1945, in: Löw/Bergen/Hájková (Hrsg.), Alltag im Holocaust, S. 65-79; zu den „Mischehen" vgl. Maximilian Strnad, The Fortune of Survival. Intermarried German Jews in the Dying Breath of the „Thousand- Year Reich", in: Dapim 29 (2015), S. 173-196, und ders., Privileg Mischehe? Handlungsspielräume sogenannter „jüdisch-versippter" Familien, 1933–1949, Diss., München 2017.

[274] Nach den italienischen Rassengesetzen gab es keine „Mischlinge" oder „Geltungsjuden". Die Kinder aus Mischehen galten entweder als jüdisch oder nicht-jüdisch; vgl. Sarfatti, Juden, S. 173.

[275] Zu den Verordnungen vgl. Sarfatti, Juden, S. 296 f., und Picciotto, Libro della memoria, S. 895-898.

[276] Vgl. Sarfatti, Juden, S. 296 f.

[277] Vgl. Minerbi, Discriminazioni, in: Flores (Hrsg.), Storia della Shoah in Italia, Bd. 1, S. 416 f.

[278] Vgl. Der Präfekt von Turin, Valerio Paolo Zerbino, setzte sich am 26.3.1944 für einige von den Deutschen verhaftete jüdische Partner aus „Mischehen" ein, in: VEJ, Bd. 14, Dok. 66, S. 286 f.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nicht verhaftet.[279] Auf deutscher Seite ist eine Radikalisierung zu konstatieren, gleichwohl gab es aber auch regionale Unterschiede. Nach der Razzia in Rom im Oktober 1943 wurden Juden, die mit Nicht-Juden verheiratet waren oder einen nicht-jüdischen Elternteil hatten, freigelassen, ebenso nach den Razzien in Südtirol im September 1943.[280] In Mailand wurden schon sehr früh auffallend viele „Mischehepartner" verhaftet, was offenbar auf die Anweisung von Otto Koch geschah, der beim Außenkommando der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdiensts Mailand als „Judenreferent" fungierte.[281] Nichtsdestotrotz wurden die Verhaftungen von italienischer Polizei durchgeführt.[282] In Bologna gab der Leiter des Außenkommandos Julius Wilbertz im April 1944 Weisung an die Quästuren, die in Deutschland geltenden Bestimmungen zu „Mischehe"-Familien einzuhalten. Gegen die Verhaftung von „Mischlingen ersten und zweiten Grades", die nach italienischen Bestimmungen als Juden galten, hatte er aber keine Einwände. Über die Verhaftung von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die unter diese Kategorie fielen, wollte er aber ausdrücklich persönlich unterrichtet werden.[283] Allerdings wurden aus Fossoli keine „Mischehepartner" mehr entlassen, nachdem das Lager im Februar 1944 in italienische Hände übergegangen war.[284] Alessandra Minerbi hat zu Recht auf die Notwendigkeit weiterer Lokalstudien hingewiesen, um die Behandlung der „Mischehe"-Familien zu untersuchen und um zu sehen, wie Willkür, italienisches Autonomiebestreben oder Kooperation mit den Deutschen den Umgang mit den „Mischehen" beeinflussten.[285]

Jüdische Partner aus „Mischehen" und Personen mit einem jüdischen Elternteil, die in Fossoli inhaftiert waren, wurden kurz vor der Auflösung des Lagers Anfang August 1944 deportiert.[286] Sie waren Zeugen der vorangegangenen Deportationen geworden.[287] Mit den Transporten Anfang August wurden „Halbjuden" nach Buchenwald, „Halbjüdinnen" nach Ravensbrück und „Mischehepartner" nach Bergen-Belsen verbracht.[288] Aber „Mischehepartner" wie Simon Landmann wurden wohl auch nach Auschwitz deportiert.[289] Ob die Deportation der nichtjüdischen Katharina Landmann nach Bergen-Belsen eine Ausnahme darstellte,

[279] Vgl. Sarfatti, Juden, S. 296.
[280] Vgl. ebenda, S. 280, und Villani, Rassengesetze, S. 158.
[281] Vgl. Minerbi, Discriminazioni, in: Flores (Hrsg.), Storia della Shoah in Italia, Bd. 1, S. 417 f., und auch Cardosi/Cardosi/Cardosi, Questione, S. 24.
[282] Vgl. ebenda, S. 22.
[283] Vgl. Der Leiter der Sicherheitspolizei und des SD in Bologna, Julius Wilbertz, gab am 4.4.1944 neue Richtlinien zur Festnahme der Juden in Italien aus, in: VEJ, Bd. 14, Dok. 67, S. 287-289.
[284] Vgl. Picciotto, Salvarsi, S. 66, und dies., Libro della memoria, S. 898.
[285] Vgl. Minerbi, Discriminazioni, in: Flores (Hrsg.), Storia della Shoah in Italia, Bd. 1, S. 417 f.
[286] Picciotto, Libro della memoria, S. 898.
[287] Vgl. Cardosi/Cardosi/Cardosi, Confine, S. 85.
[288] Picciotto, Libro della memoria, S. 53.
[289] Vgl. Italo Tibaldi, Compagni di viaggio. Dall'Italia ai Lager nazisti. I „trasporti" dei deportati 1943–1945, Mailand 1995, S. 90. Ebenso Edvige Balcone (geb. Hedwig Epstein) und Renato Fano, die aus Fossoli nach Auschwitz deportiert wurden; vgl. Cardosi/Cardosi/Cardosi, Confine, S. 81 und S. 86.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lässt sich nicht feststellen, da aus keinem Dokument hervorgeht, dass sie nicht-jüdisch war. Möglich ist, dass sie freiwillig mit ihrer Familie nach Fossoli ging. Genauso gut möglich ist aber, dass sie ihren Status nicht wirklich beweisen konnte. Inhaftierte italienische Juden versuchten verzweifelt mit Hilfe ihrer nicht-jüdischen Verwandten, Dokumente über ihre Abstammung vorzulegen.[290] Wie viele „Mischehepaare" aus Deutschland nach Italien flüchteten, ist noch nicht untersucht worden. Aus München stammten sechs Paare, die langfristig in Italien blieben.[291] Der Zensus von 1938 ermittelte insgesamt 5.011 „Mischehen".[292]

Regionale Unterschiede manifestieren sich jedoch nicht nur zwischen den Provinzen Grosseto und Vicenza. Und nicht nur im Fall der „Mischehen" war vieles vom Eifer oder von den Prioritäten der lokalen Verfolgungsinstanzen abhängig wie in Grosseto oder in Venedig, wo der Präfekt eine „Razzia nach dem Vorbild deutscher Besatzer" organisierte.[293] Wie Alberto Giordano und Anna Holian gezeigt haben, gab es Gegenden, in denen besonders viele Verhaftungen stattfanden und andere, in denen es kaum zu Verhaftungen kam.[294] Aber auch auf der Mikroebene zeigen sich große Unterschiede; die Provinz Vicenza bietet hierfür ein gutes Beispiel: In Roana verschwanden alle Internierten in der Nacht des 9. September, in Camisano Vicentino gelang es ebenfalls allen Internierten Mitte September zu fliehen, während aus Albettone die große Mehrheit deportiert wurde.[295] In Enego, traf die Münchner Familie Mendler mit anderen Mitgliedern der „Bengasi Gruppe", die auch dort lebten, eine ungewöhnliche Entscheidung: Sie machte sich im September 1943 auf den Weg Richtung Süden. Sie schafften es aber nicht, die alliierten Grenzen zu erreichen und verbargen sich in einem einsamen Dorf.[296]

Über 4.200 Juden gelang die Flucht aus Italien in die Schweiz, dazu kommen noch mehr als 1.800 nicht-jüdische Partner in „Mischehen" und deren Kinder.[297] Illegale Grenzgänger mussten hohe Summen für die Fluchthilfe auftreiben.[298] Es gab Schmuggler, die Schützlinge ausraubten und sich aus dem Staub machten, und solche, die alte Menschen, die nicht mehr weiter konnten, auf den Schultern

---

290 Vgl. Minerbi, Discriminazioni, in: Flores (Hrsg.), Storia della Shoah in Italia, Bd. 1, S. 419 f.

291 StaM, Datenbank Gedenkbuch.

292 Vgl. Sarfatti, Juden, S. 35.

293 Vgl. Wildvang, Feind, S. 283.

294 Vgl. Alberto Giordano/Anna Holian, Retracing the „Hunt for the Jews". A Spatio-Temporal Analysis of Arrests during the Holocaust in Italy, in: Anne Kelly Knowles/Tim Cole/Alberto Giordano (Hrsg.), Geographies of the Holocaust, Bloomington 2014, S. 52-87, hier S. 67.

295 Vgl. Tagini, Poche cose, S. 157 und S. 160, und Antonio Spinelli, Il campo di concentramento provinciale di Tonezza del Cimone, als Beitrag bei Tagini, Poche cose, S. 192-226, hier S. 208.

296 BayLEA, BEG 37423, Beilage zum Entschädigungsantrag von Wilhelm Mendler, 3.5.1956.

297 Die Zahl von 4.265 Juden und 1.864 nicht-jüdischen Ehepartnern und Kindern aus „Mischehen" nannte Picciotto, Salvarsi, S. 125 f. Von 4.600 jüdischen Personen ging Silvano Longhi, Exil und Identität. Die italienischen Juden in der Schweiz (1943–1945), Berlin 2017, S. 43, aus. Picciotto, Libro della memoria, S. 857, nannte 6.000 Personen. Darin sind vermutlich die nicht-jüdischen Ehepartner und Kinder aus „Mischehen" enthalten.

298 Vgl. Renata Broggini, La frontiera della speranza. Gli ebrei dall'Italia verso la Svizzera, 1943–1945, Mailand 1998, S. 44 f.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

trugen.[299] Nicht zu vergessen ist die italienische Grenzpolizei, in deren Reihen sich Personen befanden, die stolz darauf waren Juden verhaftet zu haben.[300] Andere Grenzbeamte ließen sich für ihr Wegsehen bezahlen,[301] und natürlich gab es auch solche die den Flüchtenden halfen, die Grenze zu passieren.[302]

Zahlreiche Personen wurden an der Grenze zurückgewiesen, darunter auch die Münchnerinnen Olga Batschis und ihre Mutter Helene. In diesem Fall war dies besonders unverständlich, denn Helene Batschis war bereits 81 Jahre alt.[303] Auch wenn die Zurückweisungen durch die Grenzpolizei der Schweiz „ab dem Frühling 1944 [...] deutlich zurückgingen"[304] stellt sich die Frage, ob nicht-italienische Juden eher Opfer von Zurückweisung wurden als Italiener. Bei italienischen Juden ging man davon aus, dass sie nach Kriegsende in ihre Heimat zurückkehren würden.[305] Bei staatenlosen, deutschen oder polnischen Juden war damit jedoch nicht zu rechnen. Insgesamt befanden sich unter den jüdischen Flüchtlingen etwa 1.000 Nicht-Italiener.[306]

Nach bisherigem Kenntnisstand fielen 2.444 ausländische und 4.148 italienische Juden den Deportationen zum Opfer, bei über 200 weiteren Personen ist die Nationalität nicht bekannt. 322 Personen starben verfolgungsbedingt in Italien. 837 ausländische und italienische Juden kehrten aus den Vernichtungslagern zurück.[307] Wie viele der aus Deutschland stammenden Juden die Verfolgung in Italien überlebten beziehungsweise verhaftet und deportiert wurden, ist unklar. Zum Teil sind Schicksale noch nicht bekannt oder ihr Ausgang ist ungewiss.

VII. Schlussbetrachtungen

„Jüdische Flüchtlinge waren der tödlichen Bedrohung noch stärker ausgesetzt, als die italienischen Juden", schrieb Klaus Voigt, „jeder 8. Italiener und jeder 4. Ausländer wurde Opfer der Deportation".[308] Diese Aussage erweist sich auch für die Münchner Juden als richtig: 26 der 103 Münchner Flüchtlinge, die längerfristig in Italien geblieben waren, wurden deportiert oder in Italien ermordet, wobei

[299] Vgl. ebenda, S. 42 f. und S. 45.
[300] Vgl. Sarfatti, Juden, S. 294.
[301] Vgl. Broggini, Frontiera, S. 62 f.
[302] Vg. ebenda, S. 61 f.
[303] Vgl. ebenda, S. 515.
[304] Longhi, Exil und Identität, S. 44.
[305] Vgl. ebenda, S. 50.
[306] Vgl. ebenda, S. 43; Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 392, ging ebenfalls von 1.000 nicht-italienischen jüdischen Flüchtlingen in die Schweiz aus, unter denen sich eine große Zahl von Jugoslawen befanden, die in Grenznähe untergebracht waren. Die Zahl der Abweisung ist schwer zu bestimmen, da „viele Abweisungen nicht gemeldet wurden"; Longhi, Exil und Identität, S. 43. Die Zahl der Abweisungen schätzte Longhi (ebenda, S. 44) auf mindestens 500. Von 300 bis 400 Abweisungen geht Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 392, aus.
[307] Alle Zahlen bei Picciotto, Libro della memoria, S. 28-32. Bei Picciotto, Salvarsi, S. 274 f., wird die Gesamtzahl von 7.172 Opfern angegeben.
[308] Voigt, Zuflucht, Bd. 2, S. 378. Nach Picciotto, Salvarsi, S. 275, war der Anteil der Opfer unter den ausländischen Juden nicht höher als unter italienischen.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

in einem Fall die genauen Deportationsumstände unklar sind.[309] Von den Deportierten haben sieben Personen überlebt. Trotzdem könnte man noch genauer differenzieren: Unter den ausländischen Juden war beispielsweise bei den 1.400 im September aus Frankreich kommenden Juden und bei den libyschen Juden mit britischer Staatsangehörigkeit die Zahl der Deportierten besonders hoch.[310] Lassen sich weitere Gruppen identifizieren, die besonders gefährdet waren? Für München fällt auf, dass von den 26 deportierten oder ermordeten Personen, 19 erst sehr spät nach Italien gekommen waren. Die große Mehrheit der Münchner Juden, die aus Italien deportiert oder in Italien ermordet wurden, hatte keinen deutschen Pass.[311]

Zusammenfassend zeigt sich also bei der exemplarischen Untersuchung der Münchner Juden, die zwischen 1933 und 1940 nach Italien flüchteten, dass ein hoher Anteil derjenigen, die erst 1939/40 in Italien eintrafen, polnisch-stämmige Juden waren, die infolge der „Polenaktion" 1938 Deutschland verlassen mussten. Auch unter den Münchner Juden, die zwischen 1940 und 1945 Internierung und Verfolgung in Italien erlebten, waren sehr viele Personen mit osteuropäischer Nationalität oder staatenlos. Dies gilt auch für die Deportierten und Ermordeten. Inwieweit diese Ergebnisse für alle aus Deutschland kommenden Juden zutreffen, wäre noch genauer zu untersuchen.

Sehen wir uns abschließend die Schicksale der überlebenden Münchner Juden in Italien an, so zeigt sich, dass viele aus finanziellen, gesundheitlichen oder familiären Gründen in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Italien blieben. Eine Familie lebte in bitterer Armut in Rom.[312] Irma Ortenau war durch das Leben in einem feuchten Kellerversteck in Rom so krank, dass sie viele Monate im Krankenhaus zubrachte.[313] Thea Obarzanek und ihre Mutter kehrten aus Liebau, einem Außenlager des Konzentrationslagers Groß-Rosen direkt nach Italien zurück. Sie hofften vergeblich, dass auch ihr Bruder und Vater überlebt hatten und an den letzten Wohnort der Familie in Italien zurückkehren würden.[314] Diese weiteren Lebenswege stellen ein Desiderat der Forschung dar, darüber wissen wir nur wenig. Waren sie in die jüdischen Gemeinden integriert? Kehrten sie irgendwann nach Deutschland zurück oder wanderten aus Italien aus?

Die Mehrheit der Überlebenden organisierte ihre Emigration in die USA, nach Großbritannien oder Palästina. Thea und Adele Obarzanek gingen zunächst

[309] Bei drei weiteren Personen kann eine Ermordung in Italien nicht ausgeschlossen werden; StaM, Datenbank Gedenkbuch, und Picciotto, Libro della memoria. Dem „Libro della memoria" liegt eine beachtliche Forschungsleistung zugrunde. Ein Abgleich der Einträge mit den Münchner Juden in Italien ergibt aber einige offenen Fragen und Unstimmigkeiten. Dort ist zum Beispiel die Familie von Moses Landmann fälschlich als deportiert verzeichnet; vgl. ebenda, S. 384 f.

[310] Vgl. ebenda, S. 47 und S. 51. In Triest waren es überwiegend aus Korfu stammende Juden, die den Deportationen zum Opfer fielen; vgl. Wetzel, Retter, in: Benz/Wetzel (Hrsg.), Solidarität, S. 308.

[311] StaM, Datenbank Gedenkbuch. Vgl. auch Picciotto, Libro della memoria.

[312] BayHStA, LEA 9882, Schreiben an BayLEA, 2.8.1954.

[313] BayLEA, BEG 42220, Anlage zum Antrag auf Schaden an Freiheit, 10.10.1956.

[314] Vgl. Aschkenase, Remembering, S. 77-83.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gemeinsam nach Israel und von dort in die USA.[315] Die Familie von Moses Landmann befand sich wie so viele der Überlebenden in einem Flüchtlingsheim in der Schweiz,[316] gelangte aber von dort aus schließlich doch noch nach Australien. Ein Neuanfang gestaltete sich oft schwierig: Max Pereles' Wahlheimat Laurana (Lovran), wurde jugoslawisch, Pereles enteignet und verhaftet. Er emigrierte schließlich in die USA.[317]

Finanzielle Hilfe aus der Wiedergutmachungsgesetzgebung erhielten zunächst die wenigsten. Die Internierung in Italien wurde lange nicht als entschädigungswürdiger Freiheitsentzug anerkannt.[318] Erst Anfang der 1960er Jahre wurden über gerichtliche Vergleiche geringe Summen ausbezahlt.[319] Auch langfristige Gesundheitsschäden wurden nicht oder erst spät anerkannt.[320] Für viele war kein Neuanfang mehr möglich: „In Folge der Aufregungen und der Tötung ihres Ehemannes wurde sie geisteskrank und ist am 2.9.1954 in Teramo gestorben", schrieb ein Rechtsanwalt später lapidar über das Schicksal einer Münchner Jüdin.[321] So wie sie verstarben auch weitere Überlebende bald nach Kriegsende – an den Entbehrungen des Lebens im Versteck, an Krankheit und Schwermut.

[315] Vgl. ebenda, S. 87-105.

[316] Vgl. Landmann, Famiglie Landmann ed Eckl, in: Porte della Memoria, S. 18.

[317] BayHStA, LEA 27996, Anlage 3 zum Antrag Dr. Max Pereles, o. D.

[318] Die Ablehnungen stützten sich auf § 43 des Bundesentschädigungsgesetzes von 1956. Danach bestand ein Entschädigungsanspruch für Schaden an Freiheit „wenn ein ausländischer Staat unter Mißachtung rechtsstaatlicher Grundsätze die Freiheit entzogen hat", aber nur dann „wenn die Freiheitsentziehung dadurch ermöglicht worden ist, daß der Verfolgte die deutsche Staatsangehörigkeit oder den Schutz des Deutschen Reiches verloren hat oder die Regierung des ausländischen Staates von der nationalsozialistischen deutschen Regierung zu der Freiheitsentziehung veranlasst worden ist". Georg Blessin/Hans Wilden, Bundesentschädigungsgesetze. Kommentar, München ^{2}1957, S. 19. Auch in: BayHStA, LEA 9882, Endurteil, 5.7.1957, und LEA 22280, Bescheid, 22.9.1960.

[319] BayHStA, LEA 22280, Haftentschädigungs-Vergleich, 30.1.1963.

[320] BayHStA, LEA 8749, Endurteil, 22.4.1954.

[321] BayHStA, LEA 30844, RA Hans Wolf an BayLEA, 20.11.1961.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Mit seiner Artikelserie über die „deutsche Bildungskatastrophe", die 1964 in der Wochenzeitung *Christ und Welt* erschien, traf der Altphilologe und Religionsphilosoph Georg Picht den Nerv der Zeit. Bis heute ist dieses Schlagwort im Gedächtnis geblieben, und bis heute gilt Picht als einer der bekanntesten Intellektuellen der „Bonner Republik". Dennoch liegen Teile seiner Biografie noch immer im Dunkeln, wie Nicolai Hannig zeigen kann, der auf der Basis bisher kaum ausgewerteter Korrespondenz Pichts Umgang mit den Massenmedien und seine Netzwerke nachzeichnet. Es ergibt sich das überraschend zwiespältige Bild eines politischen Gelehrten, der virtuos auf der medialen Klaviatur zu spielen verstand, Reformen in Staat und Gesellschaft das Wort redete, aber von einem zutiefst elitären Kommunikationsverständnis durchdrungen war.

Nicolai Hannig

Georg Picht

Strategien eines Medienintellektuellen in der westdeutschen Öffentlichkeit

I. Eine bekannte Biografie – oder?

Georg Picht war Philosoph und Theologe, Altphilologe und Schulgründer, Bildungspolitiker und Pädagoge. Er war „Kassandra, der Mann, der die Geister rief", er war der „Sokrates unter den Journalisten" und der „radikale Konservative",[1] er war „Bildungs-Esoteriker [und] politische[r] Alarmist".[2] Alle diese Beschreibungen begegnen uns in Nachrufen und Studien zu Pichts Leben. Sie deuten seine Vielseitigkeit an, aber auch eine gewisse Anstrengung, die Picht manchem Zeitgenossen abverlangte.

Picht forderte heraus und bewegte sich als Grenzgänger auf vielen verschiedenen Gebieten. Er mahnte und reformierte, versuchte zu überzeugen und zu lenken. Ein Fluchtpunkt tauchte dabei immer wieder auf, und zwar der Bezug zur Politik. So erreichte er Mitte der 1960er Jahre auch seine wohl größte Bekanntheit, als er 1964 die „deutsche Bildungskatastrophe" ausrief. Mit seiner berühmten Artikelserie für *Christ und Welt* landete er zweifelsohne einen Scoop, der die Bildungspolitik mit einem „Paukenschlag" auf die bundesdeutsche Reformagenda setzte.[3] Seitdem zählt es für einige Kommentatoren allerdings fast schon

[1] Die Zeit vom 15.10.1982: „Georg Picht vom Birklehof. Philosoph, Bildungsreformer und pädagogischer Praktiker". Der Zeitungsartikel enthält weitere Verweise auf andere Nachrufe. Für wichtige Hinweise danke ich Wilfried Rudloff und Achim Eberspächer.

[2] Joachim Radkau, Geschichte der Zukunft. Prognosen, Visionen, Irrungen in Deutschland von 1945 bis heute, München 2017, S. 215.

[3] Wilfried Rudloff, Georg Picht. Die Verantwortung der Wissenschaften und die „aufgeklärte Utopie", in: Theresia Bauer u. a. (Hrsg.), Gesichter der Zeitgeschichte. Deutsche Lebensläufe im 20. Jahrhundert, München 2009, S. 279-296, hier S. 279.

VfZ 66 (2018) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2018 DOI 10.1515/vfzg-2018-0035

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zum guten akademischen Ton, Pichts Argumente und vermeintlich apokalyptische Diagnosen als realitätsfern abzutun.[4] Gleichwohl zählen ihn andere zu den Initiatoren deutscher Reformpolitik und seine Werke zum Kanon der alten Republik.[5]

Picht war in den intellektuellen Debatten Westdeutschlands stets präsent. Er beschäftigte sich mit Bildungs- und Friedenspolitik, Umweltschutz, Entwicklungshilfe, Bevölkerungsentwicklung und Welternährungskrise.[6] Stets sah er sich dabei als Wissenschaftler, Philosoph und Pädagoge politisch verantwortlich. In einer von der „Wissenschaft beherrschten Welt" sei es seine Aufgabe, der Politik beizustehen. Der Politiker komme „ohne die Wissenschaft nicht mehr aus, er bedarf der Hilfe der wissenschaftlich geschulten Vernunft".[7] Dieser selbst auferlegten Pflicht kam Picht zum Teil auf ganz praktische Weise nach, was ihn nicht unbedingt als klassischen Intellektuellen, sondern als Experten erscheinen lässt.[8] So war er von 1953 bis 1963 Mitglied im ersten schulpolitischen Beratungsgremium von Bund und Ländern, dem Deutschen Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen. Zusammen mit Ralf Dahrendorf engagierte er sich in Baden-Württemberg im Beirat für Bildungsplanung. Anfang der 1970er Jahre stand er einer Gutachtergruppe vor, die für die Bundesregierung ein Konzept erstellen sollte, wie die deutsche Umweltpolitik in Zukunft wissenschaftlich zu beraten sei. Zudem war er Mitglied in der auf Initiative Gustav Heinemanns 1970 gegründeten Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung.[9]

Picht, so scheint es, war kein rein „öffentlicher Intellektueller" im Sinne von Dahrendorf. Er gab sich nicht damit zufrieden, zwischenzurufen und engagiert zu beobachten, sondern schaltete sich in die Arbeit der Behörden und in die Po-

[4] Vgl. Radkau, Geschichte, S. 210-241. Kritisch auch: Heinz-Elmar Tenorth, Pichts „Bildungskatastrophe". Falsche Diagnose oder Anstoß zur notwendigen Modernisierung?, in: Die Politische Meinung 62 (2017), S. 77-84.

[5] Vgl. Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 765-767; Eckart Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 244-246; Rudloff, Georg Picht, in: Bauer u. a. (Hrsg.), Gesichter der Zeitgeschichte, S. 282-285, und Wolfgang Lambrecht, Deutsch-deutsche Reformdebatten vor „Bologna". Die „Bildungskatastrophe" der 1960er Jahre, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 4 (2007), S. 472-477.

[6] Vgl. die Themenliste nach Rudloff, Georg Picht, in: Bauer u. a. (Hrsg.), Gesichter der Zeitgeschichte, S. 291, und Constanze Eisenbart, Picht, Georg Max Friedrich Valentin, in: Neue Deutsche Biographie, hrsg. für die Historische Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, von Hans Günther Hockerts, Bd. 20, Berlin 2001, S. 417 f.

[7] Die Zeit vom 18.10.1963: „Politik im Atomzeitalter. Ein Plädoyer für die Vernunft" (Georg Picht). Auf dieses Zitat verwies bereits Rudloff, Georg Picht, in: Bauer u. a. (Hrsg.), Gesichter der Zeitgeschichte, S. 281.

[8] Vgl. Gangolf Hübinger, Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit. Eine Intellektuellengeschichte, Göttingen 2006, S. 227-247, und Ingrid Gilcher-Holtey, Konkurrenz um den „wahren" Intellektuellen. Intellektuelle Rollenverständnisse aus zeithistorischer Sicht, in: Thomas Kroll/Tilman Reitz (Hrsg.), Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland. Verschiebungen im politischen Feld der 1960er und 1970er Jahre, Göttingen 2013, S. 41-52.

[9] Vgl. Rudloff, Georg Picht, in: Bauer u. a. (Hrsg.), Gesichter der Zeitgeschichte, S. 287 und S. 293.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

litikberatung ein.[10] Aktuelle Forschungen schätzen Pichts Einfluss in den vielen Gremien und Ausschüssen recht hoch ein, wie überhaupt die gesamte Arbeit (bildungs-)politischer Sachverständigenräte. „In diesen Kreisen wurde, ganz wie im Salon des frühen 19. Jahrhunderts", heißt es etwa bei Frank-Michael Kuhlemann und Michael Schäfer, „vorentschieden, was dann politisch umgesetzt wurde".[11]

Doch der Kern von Pichts politischem Engagement, so eine erste These, war sein publizistisches Wirken. Picht war in der Medienöffentlichkeit präsent wie nur wenige andere Intellektuelle der alten Republik.[12] Dazu genügt ein Blick in seinen Nachlass, den das Bundesarchiv in Koblenz verwahrt. Das Findbuch listet knapp 600 Einträge in 80 verschiedenen Ordnern auf. Davon verweisen rund 70 auf Korrespondenzen mit Medienschaffenden, darunter Radio- und Fernsehredakteure, Rundfunkintendanten, Pressejournalisten und Zeitschriftenherausgeber. In fast jedem Ordner finden sich oft mehrere umfassende Briefwechsel mit einem Medienhaus. Picht stand im Grunde täglich in Kontakt mit Zeitungen und Rundfunksendern. Mal versuchten sie, ihn für Beiträge zu gewinnen, mal bot er Manuskripte an.

Picht wurde medialisiert und medialisierte sich selbst.[13] Er verstand es, die Öffentlichkeit, die er selbst generiert hatte, virtuos zu nutzen, um sich einerseits als Ideengeber und andererseits als kompetenter Gestalter zu empfehlen.[14] Seine Medienpräsenz war allerdings nicht nur Strategie und Kalkül. Vielmehr bedeutete sie auch Anpassung und formte, so eine weitere These dieses Beitrags, den Charakter eines sich neu entwickelnden Typus des Medienintellektuellen. Es greift also zu kurz, in Picht allein den Weichensteller sehen zu wollen, der die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft auf Reformkurs brachte. Wir können anhand seiner Biografie und seines publizistischen Wirkens ebenso nachvollziehen, wie Intellektuelle zu Konformisten wurden und sich von den „Produktionslogiken" der Massenmedien vereinnahmen ließen.[15]

---

[10] Ralf Dahrendorf, Versuchungen der Unfreiheit. Die Intellektuellen in Zeiten der Prüfung, München ²2006, S. 21-25 und S. 67-71.

[11] Frank-Michael Kuhlemann/Michael Schäfer, Kreise – Bünde – Intellektuellen-Netzwerke. Forschungskontexte, Fragestellungen, Perspektiven, in: Dies. (Hrsg.), Kreise – Bünde – Intellektuellen-Netzwerke. Formen bürgerlicher Vergesellschaftung und politischer Kommunikation 1890–1960, Bielefeld 2017, S. 7-30, hier S. 28. Vgl. auch Silvio Reichelt, Dem Gemeinwesen „Bundesrepublik" eine intellektuell begründete Richtung geben. Zum 100. Geburtstag des protestantischen Intellektuellen Georg Picht, in: Jahrbuch für badische Kirchen- und Religionsgeschichte 7 (2013), S. 281-296.

[12] Dazu zählt sicherlich Pichts Freund und Mitstreiter in vielen Projekten Carl Friedrich von Weizsäcker; vgl. Elke Seefried, Die politische Verantwortung des Wissenschaftlers. Carl Friedrich von Weizsäcker, Politik und Öffentlichkeit im Kalten Krieg, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 65 (2014), S. 177-195.

[13] Dies reflektierte Picht selbst in: Georg Picht, Die Massenmedien und die Zukunft der Gesellschaft, in: Merkur 24 (1970), S. 199-208.

[14] Vgl. Gilcher-Holtey, Konkurrenz, in: Kroll/Reitz (Hrsg.), Intellektuelle, S. 44 f.

[15] Andreas Ziemann, Medienkultur und Gesellschaftsstruktur. Soziologische Analysen, Wiesbaden 2011, S. 282.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

II. Intellektuelle im medialen Wandel

1913 geboren, wuchs Georg Picht in einer Familie mit langer Gelehrtentradition auf. Mütterlicherseits entstammte er der Familie Curtius. Der Urgroßvater, Ernst Curtius, zählte zu den berühmtesten Archäologen des 19. Jahrhunderts und verantwortete 1875 unter anderem die große Ausgrabung von Olympia. Der Bruder der Mutter war der Romanist Ernst Robert Curtius, der noch heute als einer der einflussreichsten Geisteswissenschaftler der Weimarer Republik gilt. Gelehrte wie Albert Schweitzer, Charles Du Bos, Eugen Rosenstock-Huessy und Hermann Kantorowicz waren gute Freunde der Familie. Pichts Hauslehrer war der Altphilologe und Numismatiker Josef Liegle, der zum George-Kreis zählte und einen Großteil des Werks Vergils ins Deutsche übertrug.[16] Liegle unterwies seinen jungen Schüler fast ausschließlich in Latein, was Picht nach dem Abitur am Freiburger Bertold-Gymnasium schließlich zum Studium der klassischen Philologie und Philosophie führte, unter anderem in Freiburg, wo er bei Martin Heidegger hörte. Seit 1940 arbeitete er als Lehrer am Internat und Gymnasium Birklehof. Zwei Jahre später verließ er die Schule wieder und übernahm eine Assistentur am altertumswissenschaftlichen Institut der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, wo er mit einer Arbeit über die „Ethik des Panaitios" promoviert wurde. 1936 hatte er Edith Axenfeld geheiratet, die schon damals eine bedeutende Pianistin war und nach dem Krieg als Professorin an die Hochschule für Musik in Freiburg berufen wurde.[17]

Die Zeit des Nationalsozialismus bleibt in den biografischen Studien zu Picht gemeinhin etwas unterbelichtet. Neben den Eckpunkten, dass er aufgrund seines Asthmas nicht dauerhaft zur Wehrmacht eingezogen wurde und seine Frau wegen ihres jüdischen Großvaters ein zeitweises Auftrittsverbot erhielt, stützt sich die Forschung vornehmlich auf Pichts eigene Schilderungen.[18] Er habe „mit einem ganz kleinen Kreis von Freunden in einem Zustand völliger Vereinsamung" gelebt, schrieb Picht Anfang der 1960er Jahre. „[D]enn die moralische Schwäche der Gegenposition war 1933 so furchtbar aufgedeckt, daß ich mich bei der Suche nach einer Basis des Widerstandes mit nichts identifizieren konnte, was ich vorfand."[19] Die vielen jüdischen Freunde, der christliche Glaube und die vitale Bildungswelt der Familie hätten ihn resistent werden lassen gegenüber der natio-

[16] Pichts Vorname lautete nicht zufällig Georg. In tiefer Verehrung für Stefan George betonten seine Eltern den Namen sogar stets auf der zweiten Silbe; vgl. Teresa Löwe, Georg Picht. Vom Birklehof zur Bildungsoffensive, in: Neue Sammlung 44 (2004), S. 517-528, hier S. 519, und Ulrich Raulff, Kreis ohne Meister. Stefan Georges Nachleben, München 2009, S. 463-470, hier S. 465.

[17] Vgl. Reichelt, Gemeinwesen, S. 283 f.; Rudloff, Georg Picht, in: Bauer u. a. (Hrsg.), Gesichter der Zeitgeschichte; Löwe, Georg Picht, und Raulff, Kreis, S. 463-470.

[18] Pichts Anstellung an der Universität in Freiburg war 1943 für fünf Monate unterbrochen, weil er in dieser Zeit als Soldat in einem Ausbildungsbataillon in Horb am Neckar diente. Am detailliertesten zu Pichts Biografie während der NS-Zeit vgl. Löwe, Georg Picht, S. 520 f.; vgl. auch – sich Löwe anschließend – Raulff, Kreis, S. 480 f.

[19] Bundesarchiv Koblenz (künftig: BArch), N 1225/33, Georg Picht an Hans Peter Treuenfels, 11.7.1963.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nalsozialistischen Ideologie, schilderte er in seinen „Erinnerungen an Martin Heidegger“.[20]

Aufgrund dieser Darstellungen beschreibt ihn die Forschung meist als „inneren Emigranten“.[21] Pichts Angaben in seinem Entnazifizierungsfragebogen vom 15. Dezember 1945 scheinen dies zu bestätigen. Darin erklärte er sich zum „Mitwisser der Attentatspläne, die zum 20. Juli 1944 führten“, und zwar über seine enge Verbindung zu seinem Jugendfreund Hellmut Becker und dessen Vertrauten Adolf Reichwein.[22] Ferner habe er in den Jahren 1937/38 zu einem Berliner „Zirkel“ um Konrat Ziegler, Kurt Riezler und Hans Rothfels gehört, der bis zur Verhaftung Zieglers im Januar 1939 Kontakte zu „politischen Emigranten“, unter anderem zu Thomas Mann hielt. Zum 1. August 1933 folgte Picht dem Ruf zum Reichsarbeitsdienst (RAD), zum 1. November trat er in die SA ein. Beides geschah, wie er selbst erläuterte, auf Druck der Studentenschaft und weil er sein Studium ungehindert fortsetzen wollte. Nach zehn Wochen verließ er den RAD wieder, nach einem Jahr die SA. Militärdienst leistete er 1935, bis man ihn für untauglich erklärte. Im Februar 1943 wurde er erneut eingezogen, im Juli 1943 allerdings unabkömmlich gestellt. Für einen Assistenten an einem altertumswissenschaftlichen Institut war dies zumindest ungewöhnlich, aber wohl auf seinen Mentor, den klassischen Archäologen Walter-Herwig Schuchhardt, zurückzuführen, damals Dekan der Freiburger Fakultät und der Familie Curtius verbunden.[23]

Nach dem Krieg kehrte Picht der Universität zunächst den Rücken und wurde 1946 Schulleiter am Hinterzartener Birklehof, einer privaten Schwesterschule Schloss Salems.[24] Hier arbeitete Picht rund zehn Jahre, bevor er die Leitung der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg

[20] Vgl. Georg Picht, Erinnerungen an Martin Heidegger, in: Ders., Hier und Jetzt. Philosophieren nach Auschwitz und Hiroshima, Bd. 1, Stuttgart 1980, S. 239-244, hier S. 239. Auch der Großvater seiner Frau, Julius Heinrich Axenfeld war 1834 geboren. Er konvertierte erst später zum Christentum und wurde protestantischer Pfarrer; vgl. Julius Axenfeld und die Evangelische Gemeinde Godesberg (1870–1895). Erinnerungen von Karl Axenfeld/Theodor Axenfeld, hrsg. von Stephan Bitter, Rheinbach-Merzbach 1996.

[21] Beispielsweise Löwe, Georg Picht, S. 520, und Raulff, Kreis, S. 480.

[22] Zu Becker vgl. Kerstin Singer/Ute Frevert, 100 Jahre Hellmut Becker (1913–2013). Dokumentation der Ausstellung zu Leben und Werk im Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, 2014 o.O.; www.mpib-berlin.mpg.de/sites/default/files/media/pdf/379/100jahre-hellmut-becker.pdf [8.5.2018].

[23] Staatsarchiv Freiburg, D180/2, 36234, Spruchkammer Südbaden, Fragebogen Georg Picht, nebst „Anmerkungen zum Fragebogen“, 15.12.1945. Eine Auswertung der umfangreichen Korrespondenz Pichts während der NS-Zeit, die das Deutsche Literaturarchiv in Marbach verwahrt, steht noch aus.

[24] Der Lehrkörper dort versammelte reichlich illustre Personen, darunter Nationalsozialisten genauso wie Angehörige des Widerstands, Studenten und Professoren; vgl. Löwe, Georg Picht, S. 523 f. Zum bildungselitären Habitus, den die Pichts am Birklehof pflegten, vgl. Hartmut von Hentig, Gewöhnung ans Licht – Gewöhnung ans Dunkel. Der Versuch einer pädagogischen Autobiographie, in: Ders., Aufgeräumte Erfahrung. Texte zur eigenen Person, München/Wien 1983, S. 69-210, hier S. 118, und F. Martin Schoeller, „Ich träume als Kind mich zurück...“ Erinnerungen an Birklehofzeiten, in: Die Neue Sammlung 44 (2004), S. 543-554.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

übernahm. 1965 folgte er dem Ruf auf den neu geschaffenen Lehrstuhl für Religionsphilosophie an der dortigen Universität.

Dies sind lediglich die Eckpunkte der vielgestaltigen Biografie Pichts. Und sie lassen nur erahnen, wie breit er sich engagierte. Pichts öffentlich betriebsamste Phase setzte in den ausgehenden 1950er Jahren ein und reichte bis in die 1970er Jahre. Damit fiel seine Schaffenszeit fast exakt mit einem Medienwandel zusammen, der die Öffentlichkeit der Bundesrepublik nachhaltig prägte. Gekennzeichnet war dieser Umbruch vor allem dadurch, dass der politische Journalismus kritischer wurde und sich Skandale häuften.[25] Redakteure lösten sich aus dem Korsett der Staatsnähe, das sie sich im ersten Nachkriegsjahrzehnt noch selbst übergestreift hatten.[26] Ebenso konzentrierten sie sich nicht mehr vornehmlich auf die Außenpolitik als Staatskunst, sondern beschäftigten sich immer häufiger mit innenpolitischen Themen.[27] Mit Investigativrecherchen steckten Journalisten die Grenzen von Regierungs- und Institutionenkritik neu ab.[28] Ihr politisches Selbstbewusstsein stieg, was sich nicht zuletzt daran ablesen lässt, dass sich auch auflagenstarke Boulevardmagazine auf neues Terrain vorwagten. Selbst Blätter wie *Stern, Quick* oder *Revue* setzten nun ebenfalls auf Politjournalismus im Reportagestil.

Dieser mediale Umbruch korrelierte mit einem Wandel des Selbstverständnisses von Intellektuellen. Oder anders formuliert: Gerade weil sich die Einflussmöglichkeiten der Medien vergrößerten und Journalisten selbstbewusster wurden, nahm auch die Bedeutung der Intellektuellen zu.[29] „In den 1960er und 1970er Jahren", schreiben Thomas Kroll und Tilman Reitz, „erlebten die politischen Intellektuellen [...] eine Hochphase ihres Einflusses, konnten ihre Rolle

[25] Vgl. Frank Bösch, Mediengeschichte. Vom asiatischen Buchdruck zum Fernsehen, Frankfurt a. M./New York 2011, S. 208 f.

[26] Vgl. Peter Hoeres, Außenpolitik und Öffentlichkeit. Massenmedien, Meinungsforschung und Arkanpolitik in den deutsch-amerikanischen Beziehungen von Erhard bis Brandt, München 2013, S. 69-81.

[27] Vgl. Christina von Hodenberg, Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973, Göttingen 2006, S. 293-301; vgl. auch Hoeres, Außenpolitik, S. 57-69.

[28] Vgl. Nicolai Hannig, Die Religion der Öffentlichkeit. Kirche, Religion und Medien in der Bundesrepublik 1945–1980, Göttingen 2010, S. 103-162; Ingrid Gilcher-Holtey, Skandalisierung des Skandals. Intellektuelle und Öffentlichkeit, in: Andreas Gelz/Dietmar Hüser/Sabine Ruß-Sattar (Hrsg.), Skandale zwischen Moderne und Postmoderne. Interdisziplinäre Perspektiven auf Formen gesellschaftlicher Transgression, Berlin 2014, S. 217-233, und Frank Bösch, Öffentliche Geheimnisse. Die verzögerte Renaissance des Medienskandals zwischen Staatsgründung und Ära Brandt, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.), Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2003, S. 125-151.

[29] Vgl. Ziemann, Medienkultur, S. 277-324; Frank Bösch, Später Protest. Die Intellektuellen und die Pressefreiheit in der frühen Bundesrepublik, in: Dominik Geppert/Jens Hacke (Hrsg.), Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980, Göttingen 2008, S. 91-112, hier S. 91 f., und Richard A. Posner, Public Intellectuals. A Study of Decline, Cambridge 2001.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

öffentlichkeitswirksam wahrnehmen und gestalten".[30] Bedeutung oder Einfluss sollten wir jedoch nicht mit Akzeptanz verwechseln. Denn spätestens Ende der 1970er Jahre blies Intellektuellen ein starker Gegenwind ins Gesicht. Der Terrorismus der Roten Armee Fraktion hatte seine Spuren auch im Verhältnis zwischen Öffentlichkeit, Politik und Intellektuellen hinterlassen. Schnell hatte das konservative Lager Publizisten und Schriftsteller der Gegenseite als Sympathisanten und Steigbügelhalter der Terroristen ausgemacht.[31]

Diese Spaltungen und die damit verbundenen Debatten waren jedoch ein Zeichen dafür, dass Intellektuelle nach und nach einen festen Platz in der Öffentlichkeit fanden. Neuere zeithistorische Forschungen, die sich wieder verstärkt der Ideengeschichte zuwenden, pflichten Jürgen Habermas bei,[32] der Ende der 1980er Jahre die These aufstellte, dass sich in der jungen Bundesrepublik eine ganze Intellektuellenschicht institutionalisiert habe.[33] Nicht ganz klar ist jedoch, welche Rolle dabei eigentlich Linksliberale und Konservative einnahmen.[34] Axel Schildt hat jüngst in den *VfZ* gezeigt, dass einige NS-affine Publizisten wie Kurt Ziesel allzu gerne ihre Kollegen öffentlich angriffen und deren vermeintlich belastete Vergangenheit anprangerten. Zu ihnen zählten vornehmlich liberale, aber auch konservative Intellektuelle, die sich mit der jungen Bundesrepublik schnell arrangiert hatten, ohne allerdings zu erklären, wie eigentlich ihr Sinneswandel zustande kam. Diese mediale Skandalisierung machte in den 1960er Jahren Schule und fand in den Vertriebenenverbänden sowie unter einigen CSU-Politikern große Anerkennung. Doch den meisten konservativen Publizisten ging es dabei nicht darum, über NS-Belastungen aufzuklären. Vielmehr versuchten sie, den intellektuellen Liberalismus zu bekämpfen, den sie in ungutem Aufwind sahen.[35]

---

[30] Thomas Kroll/Tilman Reitz, Zeithistorische und wissenssoziologische Zugänge zu den Intellektuellen der 1960er und 1970er Jahre, in: Kroll/Reitz (Hrsg.), Intellektuelle, S. 7-18, hier S. 12.

[31] Vgl. Jörg Requate, Gefährliche Intellektuelle? Staat und Gewalt in der Debatte über die RAF, in: Geppert/Hacke (Hrsg.), Streit, S. 251-268. Darauf wiesen auch Kroll und Reitz, Zugänge, in: Kroll/Reitz (Hrsg.), Intellektuelle, S. 7 f., hin.

[32] Vgl. Frank Biess, Thinking after Hitler. The New Intellectual History of the Federal Republic of Germany, in: History and Theory 51 (2012), S. 221-245; Alexander Gallus, „Intellectual History" mit Intellektuellen und ohne sie. Facetten neuerer geistesgeschichtlicher Forschung, in: Historische Zeitschrift 288 (2009), S. 139-150, und Sean A. Forner, German Intellectuals and the Challenge of Democratic Renewal. Culture and Politics after 1945, Cambridge 2014, S. 149-190.

[33] Vgl. Jürgen Habermas, Heinrich Heine und die Rolle des Intellektuellen in Deutschland, in: Ders., Eine Art Schadensabwicklung. Kleine politische Schriften VI, Frankfurt a. M. 1987, S. 25-54, hier S. 47-51.

[34] Vgl. Thomas Kroll, Linksnationale Intellektuelle in der frühen Bundesrepublik Deutschland zwischen Antikommunismus und Stalinismus. Der Kreis um die „Deutsche Woche", in: Alexander Gallus/Axel Schildt (Hrsg.), Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen um 1950 und um 1930, Göttingen 2011, S. 432-455, und Kroll/Reitz, Zugänge, in: Kroll/Reitz (Hrsg.), Intellektuelle, S. 9.

[35] Vgl. Axel Schildt, Im Visier: Die NS-Vergangenheit westdeutscher Intellektueller. Die Enthüllungskampagne von Kurt Ziesel in der Ära Adenauer, in: VfZ 64 (2016), S. 37-68.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Doch wie wurde man eigentlich Intellektueller? In welchem Modus spielte sich das ab, was Habermas als Institutionalisierung der Intellektuellen-Rolle beschrieb? Auf welche Weise gelang es Intellektuellen, zu berühmten Figuren zu werden, denen man bisweilen sogar zuschreibt, sie hätten den Staat geistig begründet?[36]

Eine zeithistorische Suche nach Antworten auf diese Frage sollte bei den soziostrukturellen Bedingungen ansetzen: Seit der Zeit um 1900 entwickelte sich zunächst in Frankreich und später auch in Deutschland ein Intellektuellen-Typus, der unabhängig sein wollte, um glaubwürdig zu sein: Ein Kennzeichen seiner Existenz war die berufliche Autonomie.[37] Intellektueller war man im „Nebenberuf", wie es Habermas noch 2006 formulierte.[38] Ein großer Teil der Intellektuellen Frankreichs und der frühen Bundesrepublik war an Hochschulen angebunden. Die meisten hatten Lehrstühle inne oder bekleideten Gast- und Ehrenprofessuren. Ähnlich groß war der Anteil derer, die von der Schriftstellerei und der Arbeit für den Rundfunk lebten. Allerdings mussten auch die Bereiche erst unabhängig, frei und demokratisch werden, in denen sich Intellektuelle bewegten, die Medien und die Wissenschaft genauso wie die Kunst. Dies war eine wichtige Voraussetzung dafür, dass öffentliche Interventionen überhaupt erst auf breiter Ebene wahrnehmbar werden konnten.[39]

Ein Blick auf Leben und Wirken Georg Pichts legt den Schluss nahe, dass es noch eine weitere Bedingung gab, die wohl erst auf Grundlage dieser doppelten Autonomie entstehen konnte. In den frühen Intellektuellen-Soziologien bei Joseph A. Schumpeter und später bei Rainer Lepsius klang dieser Aspekt bereits an. Schumpeter nannte es noch recht unspezifisch: „Macht des gesprochenen und geschriebenen Wortes".[40] Lepsius differenzierte diesen Punkt wenig später und sprach von einem Machtgefüge bestehend aus dem geschriebenen Wort, dem gesprochenen Wort und dem Bild.[41] In zeithistorischer Perspektive können wir diesen Aspekt als persönliche Medienpolitik typologisieren. Dabei gilt es, private Verhältnisse genauso in Rechnung zu stellen wie den medialen Wandel in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Denn erst wenn man genügend öffentliche Aufmerksamkeit erzielte, ließen sich gesellschaftliche Debatten, Gesetzesänderungen, Amtsenthebungen und institutioneller Wandel anstoßen. „Der ‚neue' Medienintellektuelle betritt die Bühnen der Massenmedien", schreibt der Sozio-

[36] Vgl. Jens Hacke, Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik, Göttingen 2006.

[37] Vgl. Pierre Bourdieu, Für einen Korporatismus des Universellen, in: Ders., Die Regeln der Kunst. Genese und Struktur des literarischen Feldes, Frankfurt a. M. [4]2008, S. 523-535, hier S. 524.

[38] Habermas, Heinrich Heine, in: Ders., Schadensabwicklung, S. 42.

[39] Vgl. Hübinger, Gelehrte, S. 9-28 und S. 227-247.

[40] Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München [2]1950, S. 237.

[41] Vgl. M. Rainer Lepsius, Kritik als Beruf. Zur Soziologie des Intellektuellen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 16 (1964), S. 75-91, hier S. 89.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

loge Andreas Ziemann, „um dort strategisch seine Kritik an resonanzfähige Publikumsmassen zu verbreiten".[42]

Am Beispiel Georg Pichts können wir ferner nachvollziehen, wie sich auch das Medienverständnis der Intellektuellen veränderte: In der frühen Bundesrepublik zählte Medienkritik in Intellektuellenkreisen lange Zeit zum guten Ton. Viele warnten davor, dass sich Presse, Radio und Fernsehen zu einer unheiligen Allianz zusammenschlössen. Noch als Picht die „Bildungskatastrophe" ausrief – das Zweite Deutsche Fernsehen war gerade auf Sendung gegangen – prägten Manipulationsverdacht und Vorwürfe der Volksverdummung medienkritische Debatten. Picht jedoch sah in der verbreiterten Medienlandschaft eine Chance für seine Arbeit.[43] Für ihn wurde dieses Medienensemble zur Existenzbedingung. Welche Facetten wies nun aber eine solche persönliche Medienpolitik auf? Wie musste sie organisiert sein, um als Intellektueller zu reüssieren?

III. Georg Picht und die Medialität der Bildungspolitik

Schon in seiner Zeit als Schulleiter am Birklehof baute sich Picht ein Mediennetzwerk auf. Als er nach Kriegsende die Universität verließ und sich in den Kopf gesetzt hatte, eine Schule zu gründen, wollte er seine ehrgeizigen Pläne zunächst noch zusammen mit der Evangelischen Kirche umsetzen. Ihm schwebte vor, eine Stiftung aufzubauen, in deren Trägerschaft gleich mehrere Schulen in ganz Deutschland entstehen sollten – mit dem Birklehof als Musterschule. Diese Pläne zerschlugen sich jedoch schnell, und die Kooperation mit der Kirche kam nie zustande. Es blieb bei der Einzelschule in Hinterzarten. Davon ließ sich Picht jedoch nicht beirren. Er suchte nun verstärkt den Weg in die Publizistik und betonte wieder und wieder die Vorzüge der Gemeinschaftserziehung in Internaten. „Immer stärker" begann Picht, „die Notwendigkeit der Unterrichtsreform auch in der Öffentlichkeit zu erklären", schrieb der Bildungsforscher und -netzwerker Hellmut Becker 1985 über seinen langjährigen Freund.[44]

1950 erklärte Picht im *Merkur*, Erziehung sei „in den wichtigsten Bereichen eine Kunst des Geschehenlassens, nicht eine Kunst der Formung".[45] Er war überzeugt, dass ein „nachbürgerliches Zeitalter" anbreche, in dem die Familie nicht mehr das Zentrum der Bildungsarbeit sei und Schulen daher viel mehr humanistische Grundlagenarbeit leisten müssten.[46] Bereits ein Jahr später formulierte Picht zusammen mit den beiden Hochschulprofessoren Carl Friedrich von Weizsäcker und Walter Gerlach die sogenannte Tübinger Resolution, die sich für eine

[42] Ziemann, Medienkultur, S. 304. Vgl. auch Andreas Ziemann Vom Schreiben, Sprechen und Zeigen. Intellektuelle Medienpraxis, in: Kroll/Reitz (Hrsg.), Intellektuelle, S. 151-166.

[43] Vgl. Picht, Massenmedien.

[44] Hellmut Becker, Georg Picht als Erzieher, in: Constanze Eisenbart (Hrsg.), Georg Picht. Philosophie der Verantwortung, Stuttgart 1985, S. 15-31, hier S. 21.

[45] Der Beitrag findet sich abgedruckt in: Georg Picht, Die Idee des Landeserziehungsheimes, in: Ders., Die Verantwortung des Geistes. Pädagogische und politische Schriften, Olten/Freiburg im Breisgau 1965, S. 21-39, hier S. 28.

[46] Löwe, Georg Picht, S. 523.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Lehrplanreform einsetzte und in der Öffentlichkeit große Resonanz erzielte.[47] Diese ersten publizistisch-bildungspolitischen Gehversuche waren es schließlich auch, die ihm den Weg in den Deutschen Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen ebneten. Auch während dieser Ausschussarbeit suchte er unverzüglich den Weg in die Öffentlichkeit und warb vehement dafür, obrigkeitsstaatliche Strukturen im deutschen Bildungssystem hinter sich zu lassen.[48]

Auf dieser Basis konnte Picht sowohl auf bildungspolitischer als auch auf medialer Ebene einige wichtige Kontakte knüpfen. Sie erlaubten es ihm, regelmäßig in öffentlichen Debatten präsent zu sein und ausgewählten Blättern und Sendern initiativ Beiträge vorzuschlagen. So konnte er sich wiederholt sowohl öffentlich als auch in der Gremienarbeit für eine grundlegende Bildungsreform einsetzen. Die Curricula müssten, so Picht, verschlankt, die Kompetenzvermittlung müsse umgestaltet werden. Es dürfe nicht zuvorderst darum gehen, das Gedächtnis zu schulen. Das Verständnis der Schüler habe im Vordergrund zu stehen. In diesem Sinne war auch ein grundlegender Rahmenplan konzipiert, den der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen 1959 für die allgemeinbildenden Schulen vorlegte. Picht hatte daran gewichtigen Anteil. Doch schnell machte sich Enttäuschung über die fehlende Resonanz des Plans breit. Bezeichnend ist, worin Picht die Gründe dafür sah: Die Öffentlichkeitsarbeit rund um das Grundsatzpapier war in seinen Augen ein einziges Desaster. Der kümmerliche Wiederhall in den Medien habe die Wirkungslosigkeit der Pläne besiegelt.[49] Nur er selbst habe den Plan entsprechend zu promoten versucht.[50] Picht verabschiedete sich daher 1963 wieder aus dem Gremium und setzte fortan noch viel stärker auf sein eigenes Mediennetzwerk.

In der Netzwerkanalyse und Biografieforschung unterscheidet man zwischen asymmetrischen und symmetrischen Strukturen.[51] Verläuft der Informationsfluss also einseitig oder in mehreren Richtungen? In den 1950er Jahren war Pichts Mediennetzwerk noch eher symmetrisch ausgerichtet. Bis zur Debatte um die deutsche „Bildungskatastrophe“ war es zumeist Picht selbst, der die Initiative ergriff und Textvorschläge ihm bekannten Medienvertretern unterbreitete. Journalisten

[47] Vgl. Martin Wagenschein, Das Tübinger Gespräch, in: Die Pädagogische Provinz 5 (1951), S. 623-628.

[48] Vgl. Georg Picht, Universität und Schule, in: Frankfurter Hefte 1 (1952), S. 16-25.

[49] Vgl. Reichelt, Gemeinwesen, S. 287.

[50] Vgl. Christ und Welt vom 17.6.1959: „Die Schulreform und ihre Gegner“ (Georg Picht).

[51] Vgl. Marten Düring/Ulrich Eumann, Historische Netzwerkforschung. Ein neuer Ansatz in den Geschichtswissenschaften, in: Geschichte und Gesellschaft 39 (2013), S. 369-390; Claire Lemercier, Formale Methoden der Netzwerkanalyse in den Geschichtswissenschaften. Warum und Wie?, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 23 (2012), S. 16-41; Friedrich Lenger, Netzwerkanalyse und Biographieforschung. Einige Überlegungen, in: Michael Krüger (Hrsg.), Der deutsche Sport auf dem Weg in die Moderne. Carl Diem und seine Zeit, Münster 2009, S. 327-333, und Wolfgang Neurath/Lothar Krempel, Geschichtswissenschaft und Netzwerkanalyse. Potenziale und Beispiele, in: Berthold Unfried/Jürgen Mittag/Marcel van der Linden (Hrsg.), Transnationale Netzwerke im 20. Jahrhundert. Historische Erkundungen zu Ideen und Praktiken, Individuen und Organisationen, Wien 2008, S. 59-79.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sah er dabei als Brückenpersonen an, die ihm den Zugang in die Medienöffentlichkeit ebneten. Im Verlauf der 1960er Jahre allerdings wurde sein Netzwerk vielseitiger – dies geht aus Pichts Korrespondenzen deutlich hervor. Immer häufiger kamen seitdem die Redakteure auf ihn zu. Pichts Netzwerk verselbständigte sich, und das kam ihm nur entgegen.

Picht hatte nicht nur ein „Austauschpotential" geschaffen, wie es die Netzwerktheorie formulieren würde, sondern einen Aufmerksamkeitsautomatismus.[52] Die Kanäle seiner Netzwerkstruktur wurden asymmetrischer. Blicken wir auf Frankreich, so lässt sich schnell feststellen, dass solche Mediennetzwerke noch bis in die 1960er Jahre eher selten waren. Viele Intellektuelle kultivierten weiterhin äußerst wortgewaltig einen Radio- und Fernsehboykott.[53] In der Bundesrepublik war man etwas offener. Allerdings setzten sich noch immer viele Intellektuelle dafür ein, zumeist in der Tradition Carl Schmitts, die Massenmedien vollständig zu verstaatlichen.[54] Dahinter verbarg sich ein hierarchisches Medienverständnis, das auch für Georg Picht trotz aller Asymmetrie seines Netzwerks handlungsleitend war. Die Tradition dieses Denkens reicht bis ins 19. Jahrhundert zurück: Wissenschaftliches Wissen besaß eine übergeordnete, populäres Wissen eine nachgeordnete Stellung. Das Wissenschaftssystem assoziierte man zuvorderst mit Produktion, das Mediensystem mit Vermittlung.[55]

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren viele verschiedene populärwissenschaftliche Magazine entstanden. Sie versorgten die bürgerliche Öffentlichkeit mit neuen Befunden der Wissenschaft. Der Vermittlungsmodus, den wir heute als (Wissenschafts-)Popularisierung kennen, ging genau auf diese Zeit zurück.[56] Journalisten und auch einige Wissenschaftler versuchten, vermeintlich hermetisches, wissenschaftliches Wissen für die Zwecke der Massenmedien herunterzubrechen und allgemeinverständlich zu vermitteln. Sie wollten, im Idealfall, vereinfachen, ohne zu verfälschen.[57] Den im ausgehenden 19. Jahrhundert einsetzenden Medienwandel, aus dem vor allem die Massenpresse hervorging, überdauerte dieses Medienverständnis und aktualisierte sich, als in den 1920er Jahren das Radio und in den 1950er Jahren das Fernsehen aufkamen.[58] Weiterhin

[52] Lemercier, Methoden, S. 26.

[53] Vgl. Raymond Aron, Der engagierte Beobachter. Gespräche mit Jean-Louis Missika und Dominque Wolton, Stuttgart 1983, S. 244-248, und Stefanie Middendorf, Massenkultur. Zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Modernität in Frankreich 1880–1980, Göttingen 2009, S. 325-413.

[54] Vgl. Hoeres, Außenpolitik, S. 57-69, und von Hodenberg, Konsens, S. 47 f.

[55] Vgl. Andreas W. Daum, Wissenschaftspopularisierung im 19. Jahrhundert. Bürgerliche Kultur, naturwissenschaftliche Bildung und die deutsche Öffentlichkeit, 1848–1914, München ²2002.

[56] Vgl. Petra Boden/Dorit Müller (Hrsg.), Populäres Wissen im medialen Wandel seit 1850, Berlin 2009.

[57] Vgl. Peter Weingart, Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft, Weilerswist ²2008, S. 233 f.

[58] Vgl. Jörg Requate, Kommerzialisierung der Presse im frühen 20. Jahrhundert. Konsumierendes und fragmentiertes Publikum, in: Clemens Zimmermann (Hrsg.), Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert, Ostfildern 2006, S. 121-137;

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

verstanden viele Intellektuelle und Medientheoretiker das Publikum als weitgehend passiv-rezeptiv, also allein empfangend und aufnehmend.[59] Auf diese Weise schlich sich ein Medienverständnis ein, das oft nur eine Kommunikationsrichtung kannte: von oben nach unten, von der Wissenschaft in die Öffentlichkeit. Die vielen Rückkopplungseffekte beachtete man hingegen nur selten.[60]

Für Georg Picht und viele andere Intellektuelle der Zeit waren solche Auffassungen typisch. Dies zeigte sich schon in der Vorgeschichte zu Pichts Coup mit der „Bildungskatastrophe". Im April 1961 lud der Hessische Rundfunk Picht zu einem Streitgespräch im Radio ein – zusammen mit Helmut Schelsky. Dieser hatte in seinem Buch „Anpassung oder Widerstand?" Pichts bildungspolitische Pläne scharf kritisiert.[61] Doch Picht lehnte ab. Interessant ist nun, wie er seine Absage begründete. Picht glaubte, es sei eine „wissenschaftliche Kontroverse", die es allein im privaten Gespräch zu klären gelte, nicht vor einem Massenpublikum. Die Erträge einer solchen Unterredung würden sich dann schon von selbst in den jeweiligen Arbeiten der Wissenschaftler niederschlagen. „Aber die öffentliche Auseinandersetzung über unsere verschiedenen Standpunkte", so Picht in seinem Antwortschreiben an den Hessischen Rundfunk, „sollte von anderen geführt werden".[62]

Zwei Jahre später veröffentlichte Picht seine berühmte Artikelserie zur „Bildungskatastrophe" in *Christ und Welt*, dem damals auflagenstärksten politischen Wochenblatt. Und auch hier lässt sich sein hierarchisches Medienverständnis deutlich erkennen. Pichts These war simpel und alarmierend zugleich: Das deutsche Bildungssystem produziere nicht genug qualifizierten Nachwuchs, weshalb schon in wenigen Jahren schwerer wirtschaftlicher Schaden drohe, wenn sich nicht die Zahl der Abiturienten und Lehrkräfte mindestens verdopple. Internationale Vergleiche zeigten einen erschreckenden Rückstand der Bundesrepublik. Hinzu kämen Defizite in der sozialen Gerechtigkeit, die sich im Grunde nur durch stärkeres Eingreifen des Bunds beheben ließen.[63]

Inge Marszolek/Adelheid von Saldern, Mediale Durchdringung des deutschen Alltags. Radio in drei politischen Systemen (1930er bis 1960er Jahre), in: Ute Daniel/Axel Schildt, Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts, Köln u. a. 2010, S. 84-120, und Uwe Hasebrink/Hanna Domeyer, Die Konstruktion europäischer Fernsehpublika, in: Ebenda, S. 121-148.

59 Vgl. Hannig, Religion, S. 68-77.

60 Vgl. Irmela Schneider, Konzepte vom Zuschauen und vom Zuschauer, in: Dies./Peter M. Spangenberg (Hrsg.), Medienkultur der 50er Jahre. Diskursgeschichte der Medien nach 1945, Bd. 1, Wiesbaden 2002, S. 245-269, und Irmela Schneider, Passiv und gebildet, aktiv und diszipliniert. Diskurse über den Zuschauer und das Zuschauen, in: Dies./Torsten Hahn/Christina Bartz (Hrsg.), Medienkultur der 60er Jahre. Diskursgeschichte der Medien nach 1945, Bd. 2, Wiesbaden 2003, S. 73-98.

61 BArch, N 1225/13, Gerd Kadelbach an Picht, 17.4.1961. Vgl. auch Helmut Schelsky, Anpassung oder Widerstand? Soziologische Bedenken zur Schulreform, Heidelberg 1961.

62 Auch wenn Picht hier möglicherweise einer Konfrontation mit Schelsky aus dem Weg gehen wollte, zeigt auch seine nur vorgeschobene Erklärung dieses spezifische Medienverständnis an; BArch, N 1225/13, Picht an Gerd Kadelbach, 19.5.1961.

63 Die Serie erschien wenig später auch im Taschenbuchformat: Georg Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe, Olten 1964.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Um diese Botschaft einem möglichst breiten Publikum zu vermitteln, hatte der Chefredakteur des nationalliberal-konservativen Wochenblatts, Giselher Wirsing,[64] sogar eigens eine Werbekampagne mit Anzeigen und Werbezetteln lanciert. Die Redaktion wusste: Der alarmistische Grundton der Serie enthielt reichlich Zündstoff. Hinzu kam, dass die *Bild-Zeitung* die vier *Christ und Welt*-Artikel Pichts auch für ihre Leser in einer Zusammenfassung aufbereitete.[65]

Dass Pichts Zahlen und Analysen nicht neu waren, ist mittlerweile hinlänglich bekannt. Sie basierten größtenteils auf Daten, welche die Kultusministerkonferenz erstellt und 1963 bereits präsentiert hatte.[66] Aber um diese Details soll es hier nicht gehen. Im Hinblick auf die Leitfrage ist vielmehr Pichts Medienpolitik von Interesse. So verrät uns bereits die vorbereitende Korrespondenz zwischen Picht und Wirsing einiges über das damals typisch hierarchische Medienverständnis vieler Intellektueller.[67] Als Picht die fertigen Manuskripte an Wirsing übersandte, kommentierte er seine Texte wie folgt: „Zum Stil ist zu bemerken, dass ich mich absichtlich aus, wenn Sie wollen, demagogischen Gründen einer gewissen Wiederholungstechnik bedient habe. Ich glaube, dass man bestimmte Slogans nur durch Wiederholung in die zerfahrenen Köpfe durchschnittlicher Leser einrammen kann.“[68]

In diesen Worten klingen gleich mehrere Facetten von Pichts persönlicher Medienpolitik an: zum einen journalistische Schreibtechniken – oder zumindest das, was er dafür hielt; zum anderen ein Popularisierungskonzept, das von einer verminderten Auffassungsgabe durchschnittlicher Zeitungsleser ausging und deshalb auf vermeintlich niedere Stilelemente wie Wiederholungen und Slogans zurückgriff.[69] Die Vehemenz, mit der Picht diese Auffassung auch in anderen Kontexten kommunizierte, legt zudem den Schluss nahe, dass dahinter letztlich

[64] Zur Karriere Wirsings vom SS-Sturmbannführer und NS-Vorzeigejournalisten zum Chefredakteur von „Christ und Welt“ vgl. Matthias Weiß, Journalisten. Worte als Taten, in: Norbert Frei (Hrsg.), Hitlers Eliten nach 1945, München ²2004, S. 218-268, hier S. 235-238.

[65] BArch, N 1225/217 Schreiben der Bild-Redaktion an Picht, 31.3.1964.

[66] Vgl. Tenorth, Bildungskatastrophe, S. 81; Rudloff, Georg Picht, in: Bauer u. a. (Hrsg.), Gesichter der Zeitgeschichte, S. 283; Sven Bergmann, Die Diskussion um die Bildungsreform in der Nachkriegszeit (Georg Picht), in: Norbert Friedrich/Traugott Jähnichen (Hrsg.), Gesellschaftliche Neuorientierungen des Protestantismus in der Nachkriegszeit, Münster 2002, S. 101-126, und Teresa Löwe: „...es geht um den Menschen und um die Wahrheit“. Zur Vorgeschichte von Georg Pichts Bildungskatastrophe, in: Vorgänge 42 (2003), S. 67-75.

[67] Beide kannten sich aus ihrem gemeinsamen Engagement im elitären Ettlinger Kreis, dem Unternehmer und namhafte Bildungsexperten angehörten, darunter der Industrielle Hans Freudenberg und der Jurist Hellmut Becker. Giselher Wirsing betrieb damals für den Kreis öffentliche Lobbyarbeit in „Christ und Welt“, Marion Dönhoff in der „Zeit“; vgl. Bergmann, Diskussion, in: Friedrich/Jähnichen (Hrsg.), Gesellschaftliche Neuorientierungen, S. 120-123.

[68] BArch N 1225/25, Picht an Giselher Wirsing, 10.12.1963.

[69] Nach Auskunft seiner damaligen Mitarbeiterin Constanze Eisenbart hatte Picht außerordentlich viel Zeit damit verbracht, die richtigen Formulierungen zu finden. Einzelne Passagen habe er bis zu achtmal überarbeitet; vgl. Radkau, Geschichte, S. 213.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

eine zutiefst elitäre Grundhaltung steckte, in der sich seine sozialen Prägungen und sicher auch die kulturelle Exklusivität des George-Kreises widerspiegelten.[70]

Gewiss, Veröffentlichungen in den Massenmedien verlangten zumeist, den Sprachstil anzupassen. Dieser musste zwar nicht unbedingt besonders reißerisch daherkommen, dafür aber pointiert.[71] Dass sich Picht einen solchen Stil gezielt anzueignen versuchte, um sich damit anschließend in verschieden Medienorganen Gehör zu verschaffen, wird an vielen Stellen seiner Korrespondenz deutlich. So schrieb er kurz vor Erscheinen der „Bildungskatastrophe" an Theodor W. Adorno:

> „Sie werden demnächst von mir eine Artikelserie – ausgerechnet in Christ und Welt – zugesandt bekommen [...]. Der Stil, den ich mir angewöhnen mußte, wird sie entsetzen. Aber man darf sich auch vor den groben Mitteln der Demagogie nicht scheuen, wenn man in unserer Gesellschaft mächtige kollektive Vorurteile zertrümmern und den politischen Bodensatz bewegen will."[72]

Picht versuchte hier ganz offensichtlich, sich kokett und entschuldigend dafür zu erklären, dass er sich in die Niederungen des populären Schreibens herabbegeben habe. Dabei war er es, der genau diesen Stil als einen zeittypischen Intellektuellen-Jargon prägte.

Pichts stilistische Anpassung war streng rezeptionsorientiert. Zum einen sollte sie ihm die Türen zu möglichst vielen verschiedenen Medienorganen öffnen, zum anderen ging es ihm darum, eine möglichst breite Aufmerksamkeit zu erzielen und auch den durchschnittlichen Boulevard-Leser anzusprechen. Bezeichnend ist, dass sich Picht nahezu gebetsmühlenartig in fast jedem Brief, der auf dieses Thema bezogen war, in Salvierungsklauseln erging. Er stellte seinen Stil als Rolle dar, die er nur nach einer Kosten-Nutzen-Abwägung zu spielen bereit war. Typisch dafür waren Äußerungen, die wir ebenfalls im Nachklapp zu seiner „Bildungskatastrophe" finden. So rühmte sich Picht zunächst in einem Schreiben an den Soziologen Ernst August Jüres: „Nachdem die BILD-Zeitung meinen Ball aufgefangen hat, hoffe ich, daß auch die Politiker hellhörig werden, die für Anderes kein Ohr mehr haben." Im Anschluss schob er jedoch nach: „Man muß eben Gefühl haben und sich für die seltsamen Sphären, in die man gerät, nicht zu fein dünken."[73]

[70] Vgl. Raulff, Kreis, S. 458-477.

[71] Vgl. Franz L. Neumann, Intellektuelle und politische Freiheit, in: Theodor W. Adorno/Walter Dirks (Hrsg.), Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 1: Sociologica. Aufsätze, Max Horkheimer zum sechzigsten Geburtstag gewidmet, Frankfurt a. M. 1955, S. 157-170, hier S. 168. Zu Neumann vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Protagonist kritischer Demokratiewissenschaft zwischen Weimar, Washington und West-Berlin. Franz L. Neumann (1900–1954), in: Bastian Hein/Manfred Kittel/Horst Möller (Hrsg.), Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte, München 2012, S. 161-174.

[72] BArch, N 1225/217, Picht an Theodor W. Adorno, 17.1.1964.

[73] BArch, N 1225/218, Picht an Ernst August Jüres, 19.2.1964.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Es war jedoch nicht allein die Presse, die über die öffentliche Agenda bestimmte. Das Radio war ein nicht weniger wichtiges Leitmedium.[74] Daher kam es vor allem darauf an, gleichzeitig in den verschiedenen Formaten des gesamten Medienensembles präsent zu sein. Georg Picht hatte das aufmerksam registriert und kultivierte dahingehend ein zielgerichtetes medienstrategisches Denken. 1962 hatte sich Picht im Frankfurter Opernkaffee mit Gerd Kadelbach, Redakteur des Hessischen Rundfunks, getroffen. Picht bot dem Sender während des Gesprächs eine „kritische Sendung" an, wie er es nannte, und zwar zum „System des Kulturföderalismus". Damit wollte er ein Kernargument für seine spätere Analyse zur „Bildungskatastrophe" vorbringen: Die Kulturhoheit der Länder blockiere die Bildungsplanung. Dieses Thema sei doch, spöttelte Picht, beim Radio ein Tabu, schließlich sei ja der öffentlich-rechtliche Rundfunk die Verkörperung des bundesdeutschen Kulturföderalismus.[75] Kadelbach sagte zu, auch weil er vermeiden wollte, dass er mit Picht ein Zugpferd für sein Programm verlor. Das interessante an dieser Auseinandersetzung ist, dass Picht daraufhin erläuterte, parallel einen Artikel zum gleichen Thema in der *Zeit* veröffentlichen zu wollen. Die Originalität der Hörfunksendung war für den Hessischen Rundfunk dahin. Doch darum ging es Picht letztlich nicht. Vielmehr tarierte er genau aus, wo er seine Themen zu platzieren, wie er jeweils zu formulieren und wie häufig er seine Argumente zu wiederholen hatte, um den größtmöglichen Einfluss zu erzielen.

In diesem Sinne rief er wenig später den Intendanten des Westdeutschen Rundfunks (WDR), Klaus von Bismarck, zu einer Art konzertierten Medienaktion auf. Picht hielt Hörfunk und Fernsehen an, „sich dieser Sache in großem Umfange" anzunehmen. Gemeint war damit die Bildungspolitik an sich. „Ich denke dabei besonders auch an das Fernsehen", schrieb Picht, „weil sich Statistiken im Fernsehen so gut darstellen lassen".[76] Rund um die „Bildungskatastrophe" zielte Pichts Medienstrategie also darauf ab, die verschiedenen Formate zu einem Medienverbund zu verschalten, der seine Argumente auf allen Kanälen brachte. Gelang ihm dies nicht, so zeigte er sich verstimmt. Nachdem einem Artikel im *Merkur* die erwünschte Aufmerksamkeit verwehrt blieb, schrieb er entnervt an die Redaktion:

> „[I]ch muß den politischen Freunden recht geben, die mich schon vor Erscheinen [meines Artikels] gefragt haben, warum ich denn so töricht gewesen sei, eine solche Sache im Merkur, und das bedeutet ‚unter Ausschluß der Öffentlichkeit', zu publizieren. Ich kann nicht umhin, die Feststellung zu tun, daß man Sachen, die politische Wirkung tun sollen, nicht an den Merkur geben darf."[77]

[74] Vgl. Axel Schildt, Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist" in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995, S. 209-261, und ders., Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit, in: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001), S. 175-206.

[75] BArch, N 1225/13, Picht an Gerd Kadelbach, 22.1.1962.

[76] BArch, N 1225/24, Picht an Klaus von Bismarck, 27.3.1963.

[77] Deutsches Literaturarchiv Marbach (künftig: DLA), D: Merkur – Georg Picht an Merkur (1949–1979), Picht an Hans Paeschke vom 25.10.1964.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

In gewissem Maße dürfen wir Pichts Ärger jedoch relativieren, wurde der *Merkur* doch über die Jahre eine Art Hausblatt für ihn.[78] So schrieb er in den Folgejahren so viele Artikel im *Merkur*, dass sich Hans Paeschke, Mitbegründer und Chefredakteur des Blatts, gar um eine „Ver-Pichtung" seiner Zeitschrift sorgte.[79]

Blicken wir an dieser Stelle aber noch einmal zurück auf die Eigenschaften von Pichts Medienpolitik: Wollte man als Intellektueller dauerhaft und sichtbar in der Medienöffentlichkeit präsent sein, so mussten sich die eigenen Arbeitsschwerpunkte in öffentliche Trends einfügen, oder aber so fulminant einschlagen, dass sie selbst neue Akzente setzten.[80] Der „Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens" aus dem Jahr 1959 beispielsweise, an dem Picht maßgeblich mitgearbeitet hatte, erzielte damals nicht die erhoffte breite Resonanz.[81] Doch er sensibilisierte für bildungspolitische Fragen, auch weil zeitgleich der öffentliche Streit um die Konfessionsschule aufkam. Die sich daran anschließenden Debatten vereinten Bildungskritiker, die teils aus Lagern des Religionsjournalismus, teils aus etablierten Intellektuellenkreisen stammten.[82] Für die *Spiegel*-Redakteure Werner Harenberg und Wolfgang Becker reifte die mediale Auseinandersetzung gar zu einem „wahrhaften Kreuzzug".[83] Ein Jahr vor Pichts „Bildungskatastrophe" fragte der *Stern* in einer provokanten Reportage: „Sind Katholiken dümmer?"[84]

Ein genauerer Blick auf Pichts Vorgehen zeigt, dass er seine Expertise dafür nutzte, die Bildungspolitik überhaupt erst zu einem medienkompatiblen Gegenstand zu formen. Damit stand er freilich nicht allein. Vor allem Gremien wie der Deutsche Bildungsrat als Einrichtung wissenschaftlicher Politikberatung verfolgten ganz ähnliche Ziele. Sie organisierten sich im Grenzbereich von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und versuchten, von dort Bildungsforschung sowohl politisch als auch öffentlich in Szene zu setzen.[85] Picht selbst erzeugte diese

[78] Vgl. Friedrich Kießling, Fruchtbare Zerrissenheit. Der Merkur in der frühen Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Ideengeschichte 8 (2014), S. 87-100.

[79] BArch, N 1225/221, Hans Paeschke an Picht, 6.11.1970.

[80] Mediensoziologische Studien haben ergeben, dass in erster Linie sozialwissenschaftlich orientierte Generalisten gute Aussichten hatten, als öffentliche Intellektuelle erfolgreich zu sein. Sozialwissenschaftliches Wissen, so die These, scheint in der Öffentlichkeit näher am Alltagswissen zu liegen als zum Beispiel Erkenntnisse der Naturwissenschaften; vgl. Weingart, Stunde, S. 264 f., und Hartmut Weßler, Die journalistische Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens und ihre Bedeutung für gesellschaftliche Diskurse, in: Publizistik 40 (1995), S. 20-38.

[81] Vgl. Wilfried Rudloff, Bildungsplanung in den Jahren des Bildungsbooms, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003, S. 259-282.

[82] Vgl. Hannig, Religion, S. 212 f.

[83] Spiegel vom 10.5.1965: „Hausmitteilung. Datum: 10. Mai 1965 Betr.: Kreuzzug". Im Anschluss daran veröffentlichte der Spiegel zum Thema „Konfessionsschule" zwei Titelgeschichten: vom 12.5.1965: „Konfessionsschulen. Heiliger Atem", und vom 8.5.1967: „Konfessionsschulen. Auf dem Rückzug".

[84] Vgl. Stern vom 10.11.1963: „Sind Katholiken dümmer?".

[85] Vgl. Wilfried Rudloff, Wieviel Macht den Räten? Politikberatung im bundesdeutschen Bildungswesen von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren, in: Stefan Fisch (Hrsg.), Experten

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Medienkompatibilität von Bildungsthemen, indem er auf sein Mediennetzwerk zurückgriff und in Artikeln und persönlichen Korrespondenzen Bildungsfragen zu genuin medienöffentlichen Fragen erklärte.

In einem Schreiben an Brigitte Beer, die für Bildungspolitik verantwortliche Redakteurin der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ), hielt er zerknirscht fest, dass „unserer politischen Führung die kulturpolitischen Tatsachen weithin unbekannt" seien. „Selbst auf Leute, die sonst hervorragend informiert sind, hat mein Aufsatz [zur ‚Bildungskatastrophe'] wie ein Schock gewirkt." In der Conclusio erklärte er daher die Presse zur Hauptverantwortlichen für das schulpolitische Desaster. 1963 gab die Kultusministerkonferenz die „Bedarfsfeststellung 1961 bis 1970" für das Schulwesen, die Wissenschaft und Lehrerbildung heraus, mit deren Hilfe man den Ausbau der Studienplätze planen wollte.[86] Diese zog Picht als Beispiel heran, um darauf aufmerksam zu machen, was die journalistische Zunft alles versäumt habe:

> „Das führt mich von Neuem zu der Feststellung, daß unsere Presse in Sachen Kulturpolitik erbärmlich versagt hat. Es ist in keinem anderen Kulturstaat denkbar, daß die nackten Tatsachen über einen lebenswichtigen Sektor unseres Staates der Öffentlichkeit systematisch vorenthalten werden. Als Beispiel brauche ich nur die Behandlung der Bedarfsfeststellung durch die FAZ zu nennen. [...] Die Presse trägt deshalb für den katastrophalen Zustand keine geringere Verantwortung als der Kultusminister."[87]

Damit hatte er zum einen fast schon aggressiv betont, wie attraktiv das Thema Bildungspolitik doch eigentlich für die Medien sein müsste. Zum anderen versuchte er, seine Prominenz und Autorität zu nutzen, Redakteure mit in die Verantwortung zu nehmen und auf seine Seite zu bringen. Picht schien überzeugt, dass erfolgreiche Bildungspolitik auch von der Publizistik abhing. Es sei wichtig, appellierte er an den WDR-Intendanten von Bismarck, dass sich auch Rundfunk und Fernsehen der Angelegenheit in großem Umfang annähmen. „Es ist ja doch eine einzigartige Gelegenheit [...]. Ich glaube, daß unsere politische und wirtschaftliche Zukunft weitgehend davon abhängen wird, ob wir die Gelegenheit jetzt beim Schopf ergreifen."[88]

Picht ging es jedoch nicht ausschließlich um Publizität – das ist kein Widerspruch, sondern passte ins System. Sein Vorgehen wurde nämlich erst dadurch zur Strategie, dass er stets gezielt austarierte, wann er die Öffentlichkeit einbezie-

und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004, S. 153-188, hier S. 183 f.

[86] Vgl. Bernhard von Mutius/Wolf Mohr, Bedarfsfeststellung 1961 bis 1970 für Schulwesen, Lehrerbildung, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kulturpflege, Stuttgart 1963.

[87] BArch, N 1225/24, Picht an Brigitte Beer, 28.10.1963. Wenige Jahre zuvor hatte Picht bereits ganz ähnlich argumentiert, die Hauptverantwortlichen sah er hier allerdings noch in der Bundespolitik; vgl. Die Zeit vom 11.5.1962: „Kulturpolitik ist große Politik. So wie bisher darf es nicht weitergehen" (Georg Picht).

[88] BArch, N 1225/24, Picht an Klaus von Bismarck, 27.3.1963.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

hen und wann er sie ausschließen musste. Bei seinen vielen Beiratstätigkeiten etwa schien er sich in seiner Rolle im Verborgenen äußerst wohl zu fühlen. „Das Erfreulichste von allem, was ich tue, ist meine Tätigkeit im kulturpolitischen Beirat des Stuttgarter Ministeriums", schrieb er 1965. „Hier wird in aller Stille und unter sorgfältiger Vermeidung der großen Glocke die komplette Durchführung meiner Vorschläge für das Land Baden-Württemberg vorbereitet. Man muß das sehr leise behandeln", erläuterte er sein Kalkül, „um zu verhindern, daß die politische Gegnerschaft sich formiert". Der Erfolg seiner Arbeit, so glaubte Picht, bestätigte ihn in seiner Vorgehensweise:

> „Für mich ist es [...] eine schöne und manchmal ganz atemberaubende Erfahrung, zu sehen, wie Dinge, die ich mir hier an meinem Schreibtisch ausgedacht habe, nun tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden. Es ist auch schön, die Erfahrung zu machen, daß meine Vorschläge sich in der Diskussion mit teils willigen teils widerwilligen Experten durch reine Kraft der Logik durchsetzen."[89]

Die Zeit nach seinem Coup mit der „Bildungskatastrophe" war für ihn eine Ochsentour durch Kultusministerien, Parlamente und Fraktionen. Kaum ein bildungspolitisches Podium fand statt, ohne dass Picht auftrat. Parteipolitisch hatte er dabei kaum Präferenzen. Ihm ging es darum, die richtigen Kontakte auf allen Seiten zu knüpfen. Auf Seiten der CDU wandte er sich an Paul Mikat und Wilhelm Hahn. In der SPD-Bundestagsfraktion fand er in Ulrich Lohmar und Fritz Erler zwei Mitstreiter. Hildegard Hamm-Brücher kooperierte mit ihm von Seiten der FDP. Allerdings musste er mit der Zeit erkennen, dass sein Engagement, kaum hatte es an Fahrt aufgenommen, bereits wieder in der Ministerialbürokratie versandete. Pichts Arbeit im Beirat für Bildungsplanung Baden-Württemberg hatte mit viel Schwung begonnen. Konzepte, die er zusammen mit Dahrendorf und anderen entwickelt hatte, stießen eine breite schulpolitische Bildungsexpansion an. Doch schon bald liefen die Planungen und Gesetzgebungen, vor allem in der Hochschulpolitik, an den Beratern vorbei. Beide, Picht und Dahrendorf, zerrieben sich in den Mühlen der Bürokratie, was für Picht mit reichlich Enttäuschung und Ernüchterung verbunden war.[90] Er sah die Gefahr, zu einer kulturpolitischen „Dekorationsfigur" zu werden, weshalb er sich Ende der 1960er Jahre immer weiter aus den Bildungsdiskussionen und entsprechenden Gremien zurückzog.[91]

IV. Die politischen Laugen der „protestantischen Mafia"

Wie stark Picht sein medienstrategisches Denken verinnerlicht hatte, zeigte sich an seinem kirchlichen Engagement. Auch hier verfolgte er eine Doppelstrategie aus medienöffentlicher Meinungsarbeit und Beratung im Hintergrund. Als Leiter

[89] BArch, N 1225/166, Picht an Heinrich Westphal, 12.8.1965.
[90] Vgl. Rudloff, Georg Picht, in: Bauer u. a. (Hrsg.), Gesichter der Zeitgeschichte, S. 287 f. Vgl. auch Rudloff, Macht den Räten, in: Fisch (Hrsg.), Experten und Politik.
[91] BArch, N 1225/115, Picht an Heinrich Westphal, 20.12.1968.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der 1957/58 gegründeten FEST saß der Protestant Picht an einer Schnittstelle zwischen Kirche und Wissenschaft, Theorie und Praxis.[92] Er machte die Heidelberger Einrichtung zu einer protestantischen Denkfabrik, die sowohl Kirchen als auch Politik beriet, öffentliche Denkanstöße gab und wissenschaftliche Forschung betrieb.[93] Pichts Engagement und seine Netzwerke schlugen bisweilen so hohe Wellen, dass ihn der Mäzen und Publizist Claus Grossner 1970 gar zum „theoretische[n] Kopf" einer „protestantischen Mafia" erklärte, zu der ansonsten noch Carl Friedrich von Weizsäcker, Klaus von Bismarck, Hellmut Becker und Ludwig Raiser gehörten.[94] Hinzuzählen müssen wir sicher auch noch Wolf Häfele, Hartmut von Hentig, Marion Dönhoff und einige andere.[95] Vielen ging der bildungsprotestantische Beratungseifer offensichtlich schon damals zu weit. Grossner fragte sich, welcher „Instanz" denn am Ende die „wissenschaftlichen Eliten Rede und Antwort" zu stehen hätten.[96]

Es war also nicht Dahrendorf, der den Begriff der „protestantischen Mafia" 1997 prägte. Dies hatten einige Journalisten behauptet, als 2010 der Missbrauchsskandal an der Odenwaldschule durch die Medien ging und das protestantisch-elitäre Bildungsbürgertum um Becker, von Hentig und auch Picht in die Kritik geriet. Schnell hatte man sie als George-Schüler ausgemacht, die angeblich braunen Sümpfen entstammten, Bildung psychologisierten und Homoerotik förderten.[97] Dahrendorf versuchte vielmehr, die mehr als 25 Jahre alte Schmähung positiv umzudeuten, indem er die einzelnen protestantischen Mafiosi zu Hütern einer wie auch immer gearteten öffentlichen Moral verklärte.[98] In den stark moralisierenden Debatten um die Missbrauchsfälle war dies eine gefährliche Fallhöhe.

Gleichwohl ranken sich um diese „protestantische Mafia" einige Legenden. In Forschungsarbeiten wird sie meist nur erwähnt, nicht genauer untersucht. In einem Punkt scheint man sich jedoch einig zu sein, und zwar darin, dass ihr Einfluss groß war. Wirklich nachgewiesen hat dies bislang jedoch niemand. Meistens bleibt es bei thesenartigen bis suggestiven Feststellungen, wie etwa die, dass es in der „Bonner Republik" kaum ein bildungspolitisches Gremium gegeben habe, in

[92] Vgl. Thomas Mittmann, Kirchliche Akademien in der Bundesrepublik. Gesellschaftliche, politische und religiöse Selbstverortungen, Göttingen 2011, S. 20.

[93] Dies erläuterte Claudia Lepp in ihrem Vortrag: „Die FEST als politische Denkfabrik" auf der Heidelberger Tagung „Zeitdiagnose. Tagung zum 100sten Geburtstag von Georg Picht", 5./6.7.2013. Vgl. auch Reichelt, Gemeinwesen, S. 288-290.

[94] Die Zeit vom 27.3.1970: „Philosophie in Deutschland. Herrschaft der Philosophenkönige?" (Claus Grossner).

[95] Vgl. Raulff, Kreis, S. 458-496.

[96] Die Zeit vom 27.3.1970: „Philosophie in Deutschland". Vgl. auch Wilfried Rudloff, Verwissenschaftlichung der Politik? Wissenschaftliche Politikberatung in den sechziger Jahren, in: Peter Collin/Thomas Horstmann (Hrsg.), Das Wissen des Staates. Geschichte, Theorie und Praxis, Baden-Baden 2004, S. 216-257.

[97] Vgl. Die Zeit vom 25.3.2010, „‚Protestantische Mafia'. Im Missbrauchsskandal an der Odenwaldschule schauen das aufgeklärte, liberale Deutschland und seine Elite in den Abgrund", und Der Freitag vom 4.11.2013: „Der ‚Salemer' Geist und das Dritte Reich".

[98] Vgl. Der Spiegel vom 15.1.1997: „Die wahre Revolution. Der Soziologe Lord Ralf Dahrendorf über Erfolge und Aufgaben der deutschen Politik".

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dem Becker und Picht nicht vertreten waren.[99] Auch hier kann nicht der Ort sein, den Einfluss der protestantischen „Strippenzieher" und „Spinnen im Netz" eingehend zu prüfen.[100] Sehr wohl lässt sich allerdings klären, worin eigentlich Pichts vermeintlich mafiöses Treiben bestand und welcher Strategien er sich dabei bediente.

Seine Forschungsstätte beriet die innerhalb der Evangelischen Kirche Deutschland (EKD) reichlich umstrittene Militärseelsorge in der Bundeswehr, betrieb interdisziplinäre und ökumenische Studien zur Friedensforschung, begutachtete Gesetzgebungsverfahren und organisierte Gesprächskreise zwischen Physikern und Theologen;[101] dabei ging es zumeist um Verantwortung in den Naturwissenschaften.[102] Picht hatte in kirchlichen Kreisen den Ruf eines Medienprofis. Daher baten ihn der Rat der Evangelischen Kirche und einzelne Landesbischöfe immer wieder, sie dabei zu unterstützen, öffentliche Stellungnahmen zu formulieren und möglichst wirksam zu verbreiten.

Zugleich entwickelte sich die FEST zu einer „exklusive[n], von außen nicht jedermann zugängliche[n] Kaderschmiede innerhalb des deutschen Protestantismus", wie der Historiker Anselm Doering-Manteuffel feststellte. Immer stärker „verzahnt[e]" sie sich „mit den Gremien der EKD".[103] Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein Briefwechsel Pichts mit Richard von Weizsäcker, damals noch in seiner ersten Amtszeit als Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentags. Picht erörterte hier abstrakt, aber recht unverblümt, mit welchen Medienstrategien sich bestimmte Themen und Ansichten durchsetzen ließen. Im Sommer 1966 schrieb er:

> „Im übrigen ist es evident, daß der Kirchentag allenfalls das Klima für eine spätere politische Willensbildung vorbereiten kann. Er ist nicht der Rahmen für eine direkte politische Aktion, aber er kann die öffentliche Meinung für eine solche Aktion prädisponieren. [...] Man könnte einen Kreis von Leuten versammeln, [...] die dann die Aufgabe hätten, dafür zu sorgen, dass in möglichst breiter Stimmung in der gesamten Presse, in den anderen Massenmedien und bei den sonst für die öffentliche Meinungsbildung wichtigen Stellen unsere Gedanken so verbreitet werden, dass niemand recht weiß, woher sie kommen, sondern alle der

[99] Vgl. Raulff, Kreis, S. 483; und diese Position übernehmend vgl. Reichelt, Gemeinwesen, S. 286.

[100] Vgl. Die Zeit vom 16.5.2013: „Der Strippenzieher", und Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 29.7.2013: „Eine deutsche Bildungskatastrophe".

[101] Dazu finden sich ebenfalls Erläuterungen im Vortrag von Claudia Lepp „Die FEST als politische Denkfabrik". Vgl. auch Hagen Stöckmann, Bürger und Uniform. Die Kommission zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr um Georg Picht, in: Kuhlemann/Schäfer (Hrsg.), Kreise, S. 245-273.

[102] Vgl. Elke Seefried, Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980, Berlin/Boston 2015, S. 89-91.

[103] Anselm Doering-Manteuffel, Verstrickung und Verdrängung. Seitenblicke auf den westdeutschen Protestantismus nach 1945, in: Tobias Sarx/Rajah Scheepers/Michael Stahl (Hrsg.), Protestantismus und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte von Kirche und Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2013, S. 281-291, hier S. 288.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Meinung sind, sie hätten diese Gedanken selbst erfunden. So könnte man dann gleichsam die Lauge herstellen, aus der sich eine Politik kristallisiert."[104]

Vermarktungsstrategen würden diese Vorgehensweise heute wohl als virales Marketing beschreiben. Als Historiker können wir hier einen Blick hinter die Kulissen der „protestantischen Mafia" werfen und sehen, wie einzelne Mitstreiter ihr fest geknüpftes Netzwerk einsetzten, um die Öffentlichkeit zu lenken, zu beeinflussen und eine protestantische Identität zu pflegen. Der Briefwechsel Picht – Weizsäcker verrät allerdings noch viel mehr, und zwar darüber, wie sich kirchliche Einrichtungen in die Mediengesellschaft einpassten. Kirchentage genauso wie kirchliche Akademien entwickelten sich im Verlauf der 1960er Jahre zu Laboratorien und Foren des Protestantismus, in denen sich allmählich dialogische Prinzipien durchzusetzen begannen.[105]

Dazu müssen wir sicherlich auch Vermarktungskalküle zählen, die erfahrene protestantische Medienstrategen wie Picht einbrachten. Was sich in Form einer persönlichen Medienpolitik individuell erfolgreich betreiben ließ, schien institutionell ebenso vielversprechend. Picht ist daher auch als Steuermann eines protestantischen *Think Tanks* zu sehen, der den Kirchen den Wandel der Öffentlichkeit erklärte und ihn zugleich als Chance propagierte.[106] Im Zirkel der protestantischen Intellektuellen war Picht aber sicherlich derjenige, der die Schraube des publizistischen *Campaignings* am weitesten drehte. Schon kurz nach Veröffentlichung seiner Artikelserie zur „Bildungskatastrophe" hatten ihn Kollegen und Freunde wie Hellmut Becker oder Carl Friedrich von Weizsäcker davor gewarnt, es mit seiner apokalyptischen Medienprophetie zu übertreiben.[107]

Bemerkenswert ist, dass sich Pichts Strategien mit einer fast schon schizophrenen kulturpessimistischen Kritik an den Strukturen moderner Öffentlichkeit verbanden. So bediente er sich in einem Artikel über „Massenmedien und die Zukunft der Gesellschaft" einer teils drastischen Kampf-Rhetorik, und zwar immer genau dann, wenn er auf den Einfluss der Medien zu sprechen kam. Er umschrieb die Wirkmacht der Medienöffentlichkeit mit Begriffen wie „Unterwerfung", „suggestive Stereotypen", „Penetranz", „totale Verfügungsgewalt", „gefährliche Instrumente", „psychisches Rauschgift" oder mit dem „Einbruch in den privaten Bereich". Dem Medienkonsumenten wies er eine eindeutig passive Rolle und nahezu infantile Haltung zu:

[104] BArch, N 1225/123, Picht an Richard von Weizsäcker, o.D.

[105] Vgl. Thomas Mittmann, „Christliche Identität" in der Anstaltskirche. Die „Eventisierung" kirchlicher Formate in der Bundesrepublik der sechziger und siebziger Jahre, in: Wilhelm Damberg (Hrsg.), Soziale Strukturen und Semantiken des Religiösen im Wandel. Transformationen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989, Essen 2011, S. 155-169.

[106] Die Idee, die FEST als protestantischen „Think Tank" zu historisieren, geht auf den Vortrag „Die FEST als politische Denkfabrik" von Claudia Lepp zurück.

[107] Vgl. FAZ vom 29.7.2013: „Eine deutsche Bildungskatastrophe".

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

> „Die Konsumenten publizistischer Fertigwaren sind den Organen der Meinungsbildung nahezu wehrlos ausgeliefert; je größer die Abhängigkeit jeder partikulären Gesellschaft von internationalen Entwicklungen wird, desto weniger ist der einzelne Bürger in seinem beschränkten Lebensbereich noch fähig, die ihm vermittelte Urteilsbildung durch eigene Realitätserfahrung zu korrigieren."[108]

Diese Gedanken wirken so widersprüchlich, gerade weil sich Picht selbst immer wieder als Agent und Akteur der Massenmedien gerierte. Oder zugespitzt formuliert: Picht klärte über Techniken der Verblendung, Verführung und Meinungsmache auf, die er sich selbst zu Nutze machte. Dass er mit dieser Attitüde freilich nicht allein dastand, zeigt ein Blick auf die zeitgenössische Medienkritik, wie sie vor allem von Vertretern der Frankfurter Schule kam. „Entpersönlichung, Entfremdung und Vergewaltigung des Menschen" waren auch ihre Topoi, wenn es um den gesellschaftlichen Wandel innerhalb der modernen Mediengesellschaft ging – und dies wohlgemerkt bei gleichzeitiger Presse- und Rundfunkhoheit in der frühen Bundesrepublik.[109]

Solche Debatten über das durchschnittliche Medienpublikum spielten auch innerhalb der Kirchen eine wichtige Rolle. Häufig waren sie von einer pädagogischen, nicht selten therapeutischen Haltung geprägt.[110] Intellektuelle und Kirchenvertreter zielten zumeist darauf ab, den vermeintlich passiven Konsumenten umzuerziehen und zu aktivieren. Das Spektrum war breit: Man forderte, das Medienangebot zu begrenzen, Selektionstechniken zu vermitteln und medienfreie Tage einzurichten.[111] Georg Picht wartete in der Schlusspointe seines Texts über die Massenmedien mit einem ähnlichen Appell auf und ließ damit sein pädagogisches Öffentlichkeitsverständnis deutlich werden:

> „Vernunft wird sich in der gegenwärtigen und in der zukünftigen Gesellschaft nur durchsetzen können, wenn das gesamte System dieser Gesellschaft ‚lernt', auf die Reize, mit denen es von einem Teil der Massenmedien überschwemmt wird, anders zu reagieren als bisher. Es ist aber eine Aufgabe der Massenmedien selbst, diese Innovation des Bewußtseins in Gang zu setzen und nicht nur kritisches Bewußtsein, sondern auch kritisches Reagieren im Bereich der Affekte möglich zu machen."[112]

[108] Picht, Massenmedien, S. 203.

[109] Vgl. Stefan Müller-Doohm, Kritische Medientheorie. Die Perspektive der Frankfurter Schule, in: Klaus Neumann-Braun/Stefan Müller-Doohm (Hrsg.), Medien- und Kommunikationssoziologie. Eine Einführung in zentrale Begriffe und Theorien, Weinheim 2000, S. 69-92; von Hodenberg, Konsens, S. 36, und Ziemann, Medienkultur, S. 305.

[110] Vgl. Peter Kaupp, Die schlimmen Illustrierten. Massenmedien und die Kritik ihrer Kritiker, Hamburg/Düsseldorf 1971.

[111] Vgl. Schneider/Spangenberg (Hrsg.), Medienkultur der 50er Jahre.

[112] Picht, Massenmedien, S. 208.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

V. Herausforderungen eines Medienintellektuellen

Der Erfolg einer Medienpolitik, wie sie Georg Picht verfolgte, basierte darauf, dass sich mediale Prominenz und wissenschaftliche Reputation bedingten. Es ist jedoch schwierig, eine zeitliche Abfolge auszumachen, ob nun wissenschaftliche Reputation vorausgehen musste und die mediale Prominenz erst ermöglichte, oder ob es sich genau umgekehrt verhielt. Vieles spricht sogar dafür, dass beide miteinander konkurrierten, etwa dann, wenn das Ansehen in der Wissenschaft aufgrund allzu großer Medienpopularität sank.[113] Dennoch ist das Verhältnis von Prominenz und Reputation für unseren Fall von besonderem Interesse, haben doch beide nicht zuletzt auch eine zentrale Steuerungsfunktion für die Strukturen der Medien- und Wissenschaftslandschaft.[114] Zudem bewahrt uns dieser Aspekt davor, Picht als allmächtigen Spindoktor zu verklären, der auf der Medienklaviatur spielte, wie es ihm gefiel.

Schon seit der Entstehung der modernen Massenpresse im ausgehenden 19. Jahrhundert rückten immer wieder einzelne Wissenschaftler und Intellektuelle ins Rampenlicht der Medienöffentlichkeit. In einzelnen Fällen erzielten sie eine Prominenz, die ansonsten nur bekannten Politikern oder Unterhaltungsstars zu Teil wurde. Die Kommunikationswissenschaftlerin Rae Goodell beschrieb diese Gruppe bereits in den 1970er Jahren als „Visible Scientists", die gezielt universitäre Schranken überschritten, um über die Massenmedien politisch zu intervenieren.[115]

Dass die Grenzen zwischen Wissenschaft und Medienöffentlichkeit aufweichten, war mit Konflikten zwischen Prominenz und Reputation verbunden. Denn der Erfolg innerhalb der einen Sphäre konnte schnell zum Ansehensverlust innerhalb der anderen führen. Für Wissenschaftler war der Weg in die Medien wiederum äußerst reizvoll, ließen sich hier doch Forschungsergebnisse einem breiteren Publikum vermitteln. Zugleich konnte man Artikel in den Massenmedien wesentlich schneller veröffentlichen, da Zeitungen eine engere Periodizität hatten und die Regeln der Qualitätskontrolle andere waren. Meist redigierte nur ein einzelner Redakteur, der den Text dann, wenn überhaupt, der Chefredaktion vorlegte.[116]

„Nicht die Massenmedien dienen den Intellektuellen", schreibt der Soziologe Ziemann mit Blick auf die Gegenwart, „sondern jene den ersten – und wer oder welcher Beitrag nicht (der Ökonomie der Massenmedien) dienlich ist, der erhält keine Sprechzeit und keinen Sendeplatz".[117] In den 1960er und 1970er Jahren hatten sich diese Prämissen sicherlich noch nicht in ihrer ganzen Radikalität

[113] Vgl. Weingart, Stunde, S. 239 f.
[114] Vgl. Niklas Luhmann, Die Wissenschaft der Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1990, S. 247.
[115] Vgl. Rae Goodell, The Visible Scientists, Boston u. a. 1977.
[116] Vgl. Tillmann Hornschuh/Tim Westphal, Theoretische Grundlagen, in: Peter Weingart/Petra Pansegrau/Matthias Winterhager (Hrsg.), Arbeitsbericht zum Lehrforschungsprojekt: „Die Bedeutung von Medien für die Reputation von Wissenschaftlern", Bielefeld 1998, S. 2-19; pub.uni-bielefeld.de/download/1877526/2319746 [8.6.2018].
[117] Ziemann, Medienkultur, S. 313.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

durchgesetzt. Das belegt die Struktur von Pichts Mediennetzwerk deutlich. Doch wann jemand medial prominent war, entschieden die Medien auch in diesen Jahren meist schon selbst.[118] Genauso legten sie für sich fest, wie hoch die wissenschaftliche Reputation einer Person war, allerdings nicht immer nach den Kriterien, die auch die Wissenschaft verfolgte.[119] Aktualität, Konfliktpotenzial, Überraschung, aber auch thematische Kongruenz spielten zum Beispiel eine viel größere Rolle als in der *Academia*.

Diese Voraussetzungen erfüllte Picht zweifelsohne, auch weil er variabel blieb. Mit seinen noch heute vielgelesenen Schriften „Prognose, Utopie, Planung" (1967) und „Mut zur Utopie" (1969) legte er zwei Werke vor, die ihn auch für internationale Diskussionen salonfähig machten.[120] Zu denken ist hier vor allem an Debatten, die im Umbruch zu den 1970er Jahren rund um die „Grenzen des Wachstums" (1972) entstanden.[121] So saß Picht zum Beispiel bei der Jahrestagung des *Club of Rome* 1974 auf dem Podium und zählte zu den Mitgliedern des *North-South Roundtable* der *Society for International Development*. Ohne supranationale Verantwortung, so sein zentrales Plädoyer, ließen sich die Herausforderungen der Zukunft nicht mehr bewältigen. Wolle die Politik den wissenschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen folgen, so komme sie nicht umhin, nationale Souveränität abzugeben. Die Techniken seiner Vermittlung glichen dabei denen, die er auch schon bei der „Bildungskatastrophe" eingesetzt hatte: Er spitzte zu, malte Katastrophenszenarien an die Wand, gerierte sich als Aufklärer, mimte den Detektiv und zog als Ankläger der Zukunft die Gegenwart vor Gericht.[122]

Auf der einen Seite war Picht also eingebunden in ein selbstreferenzielles Mediensystem. Auf der anderen Seite aber kannte er die medialen Aufmerksamkeitskriterien nur zu gut und verstand es, die entscheidenden Register zu ziehen. In seinem Aufsatz über „Die Massenmedien und die Zukunft der Gesellschaft" diskutierte er sogar das Konzept der Medienprominenz: „Auch die Versuche zu zielbewußter politischer Willensbildung müssen sich mehr und mehr dem Stilzwang dieser neuen Form anonymer Öffentlichkeit unterwerfen", schrieb er 1970. „Der Erfolg eines politischen Auftritts hängt davon ab, ob er dem fiktiven Bewußtsein der Gesellschaft und seinem emotionalen Hintergrund adäquat ist."[123]

Picht sinnierte hier über ein System, mit dem er selbst aufs Engste verflochten war. Das führte dazu, dass ihn Journalisten auch als Fachmann für die zeitgenös-

[118] Dazu immer noch überzeugend: Heinz Bonfadelli/Thomas N. Friemel, Medienwirkungsforschung, Konstanz/München [4]2011, und Winfried Schulz, Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse d. aktuellen Berichterstattung, Freiburg im Breisgau/München 1976.

[119] Vgl. Weingart, Stunde, S. 239.

[120] Vgl. Georg Picht, Prognose, Utopie, Planung. Die Situation des Menschen in der Zukunft der technischen Welt, Stuttgart 1967, und ders., Mut zur Utopie. Die großen Zukunftsaufgaben, München 1969.

[121] Vgl. Radkau, Geschichte, S. 213 f., und Seefried, Zukünfte, S. 255-292.

[122] Vgl. Rudloff, Georg Picht, in: Bauer u. a. (Hrsg.), Gesichter der Zeitgeschichte, S. 292.

[123] Picht, Massenmedien, S. 204.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sische Medienkultur wahrnahmen. Seine persönliche Medienpolitik, die zunächst nur seinem politischen Engagement Ausdruck verleihen sollte, war zur Expertise gereift. So lud ihn im November 1974 das Satire-Magazin *Pardon* zu einem ausführlichen Interview ein, um über den gesellschaftlichen Einfluss der Massenmedien zu diskutieren. Bereits zu Beginn des Gesprächs griff Reimar Lenz, freier Journalist für *Pardon*, Pichts Image auf und stellte ihn als „berufsmäßige Kassandra" vor. Auch schien es kein Geheimnis mehr zu sein, dass Intellektuelle wie Picht spezielle Medienstrategien verfolgten. So fragte Lenz gezielt, was einem eigentlich „die Massenmedien und Groß-Zeitschriften" genau brächten? Picht antwortete ausweichend. Er argumentierte, dass er die Massenmedien in erster Linie als Barometer dafür betrachte, „was die Stimmungen und die Bedürfnisse sehr großer Zahlen von Menschen sind und was sich also eigentlich im Bewusstsein unserer Gesellschaft bewegt. Das muß man immer ernst nehmen, das ist wichtig, selbst wenn es sich manchmal in sehr sonderbaren Formen ausspricht."[124]

Picht stellte sich also eher als passiven Medienkonsumenten dar und zog es vor, über seine doch ausgesprochen aktive Rolle als Medienakteur zu schweigen. Diese zurückhaltenden Selbstbeschreibungen waren allerdings schon für Zeitgenossen alles andere als glaubwürdig. Redakteure hatten ihm bereits Ende der 1950er Jahre einiges an wissenschaftlicher und öffentlicher Reputation zugeschrieben und allzu gerne Texte von ihm eingeworben. Schon die vielen Artikel- und Sendungsanfragen, die sie an ihn richteten, deuten darauf hin. 1962 beschrieb die *Frankfurter Rundschau* Picht als „Markenartikel", zu dem er schon durch das „Tübinger Memorandum" von 1961 geworden sei.[125] In den 1970er Jahren ging Pichts mediale Prominenz sogar soweit, dass selbst der *Playboy* bei ihm anfragte, ob er einen Artikel zur Relevanz der Bundeswehr schreiben könnte.[126] Picht hatte sich spätestens zu diesem Zeitpunkt zu einem Medienintellektuellen entwickelt, dessen wissenschaftliche Reputation nahezu unerheblich für seine Prominenz geworden war. Eine Antwort an das Erotik-Magazin schrieb Picht nicht.

Allerdings sollte genauso wenig der Eindruck entstehen, Picht habe darauf verzichtet, sich auch inhaltlich mit Vertretern der Medienbranche auszutauschen und nur auf ein do ut des gesetzt, das ihm immer mehr öffentliche Präsenz einbringen sollte. Ganz im Gegenteil: Zeitweise suchte er sogar gezielt das Gespräch mit Journalisten, und das interessanterweise unter Ausschluss der Öffentlichkeit. So gründete er 1973 gemeinsam mit Oskar Fehrenbach, damals Chefredakteur der *Stuttgarter Zeitung* und in seiner Redaktion als „roter Oskar" verschrien, einen Journalistenkreis, der jährlich zwei- bis dreimal in der FEST in Heidelberg zusam-

[124] Reimar Lenz, „Eine Wirtschaftskrise ist das Beste, was uns passieren kann!" Interview mit dem Philosophen Georg Picht, in: Pardon 48 (1975), S. 11 und S. 117 (Fortsetzung des Artikels von S. 17).

[125] BArch, N 1225/11, H. H. Gaebel an Picht, 9.5.1962. Zum Memorandum vgl. Martin Greschat, „Mehr Wahrheit in der Politik!" Das Tübinger Memorandum von 1961, in: VfZ 48 (2000), S. 491-513.

[126] BArch, N 1225/129, Michael Redepenning an Picht, 26.11.1974.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

menkam und aktuelle Themen diskutierte; darunter etwa die Ostpolitik, Nachrüstung, Kirchen-, Umwelt- und Wirtschaftsfragen sowie das Verhältnis zur DDR.[127]

Der von Picht und Fehrenbach initiierte Kreis setzte sich aus Journalisten verschiedener Medienhäuser zusammen. So zählten etwa Thomas Löffelholz (zunächst Leiter des Bonner Büros der *Stuttgarter Zeitung*, danach deren Chefredakteur, später *Welt*-Chefredakteur), Werner Holzer (Chef vom Dienst der *Frankfurter Rundschau*, danach Sonderkorrespondent für die *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Rundschau* und den *Tagesanzeiger* aus Zürich), Roderich Reifenrath (Politikchef, später Chefredakteur der *Frankfurter Rundschau*), Rolf Zundel (*Zeit*), Herbert Riehl-Heyse (*Süddeutsche Zeitung*), Manfred Buchwald (Intendant des Saarländischen Rundfunks), Ansgar Fürst (Chefredakteur *Badischen Zeitung*), Robert Leicht (zunächst Ressortleiter für Innenpolitik der *Süddeutschen Zeitung*, in den 1990er Jahren Chefredakteur der *Zeit*) und Wolfgang Huber (von 1968 bis 1980 Mitarbeiter und stellvertretender Leiter der FEST, später Bischof und Ratsvorsitzender der EKD), zu den regelmäßigen Teilnehmern. In seiner Anfangszeit neigte der Kreis politisch eher nach links. Aber es waren immer auch Konservative und Marktliberale vertreten.

Die Treffen waren als Kamingespräche angelegt, nur ohne Kamin, dafür aber in konzentrierter Abgeschiedenheit in den Räumen der Heidelberger FEST. Alle Mitglieder vereinbarten völlige Diskretion und einigten sich darauf, keine konkreten Aussagen aus den Diskussionen zu publizieren und auch keine Protokolle anzufertigen. Der Kreis ergänzte sich weitgehend selbst. Pichts Rolle war die eines Gesprächspartners und einer Kontaktperson, die verschiedene Experten als Mitdiskutanten ins Spiel brachte und durch seine Reputation anzog. Picht selbst fehlte nie, was zeigt, wie wichtig ihm diese Treffen waren. Für ihn hatte der Kreis eine Doppelfunktion: Zum einen konnte er regelmäßigen Kontakt zu führenden Vertretern großer Medienhäuser pflegen und eigene Positionen lancieren, zum anderen gewährleistete er Picht „intensive Diskussion mit qualifizierten Journalisten, die die aktuelle Politik sehr genau kannten".[128] Die beteiligten Journalisten sahen in den Treffen die Möglichkeit, ein wenig Abstand vom Tagesgeschäft zu gewinnen, das bei vielen vornehmlich auf Aktualität ausgerichtet war. Die „Heidelberger Runde", erinnert sich Löffelholz, „war für den Journalisten faszinierend, weil politische und gesellschaftliche Fragen in einer Intensität diskutiert wurden, für die wir selten Zeit hatten oder uns nahmen".[129]

[127] Für Auskünfte über die gemeinsame Initiative danke ich Oskar Fehrenbach.

[128] Die Gespräche dauerten meist von 10 Uhr morgens bis weit in die Abendstunden hinein. Informationen über die Gründungsgeschichte des Kreises verdanke ich Thomas Löffelholz (Briefwechsel vom 18.11.2013).

[129] Das Zitat stammt ebenfalls aus dem Briefwechsel mit Löffelholz. Der Kreis selbst bestand auch noch nach Pichts Tod 1982 weiter. An seine Stelle trat zunächst Carl Friedrich von Weizsäcker, danach dessen jüngerer Bruder Richard. Constanze Eisenbart, langjährige Assistentin Pichts und wissenschaftliche Mitarbeiterin der FEST, hatte die Treffen als eine Art Geschäftsführerin organisiert. Für wertvolle Hinweise zu diesen Journalistenkreisen danke ich Constanze Eisenbart und Oskar Fehrenbach.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VI. Ausblick

Am Beispiel Georg Pichts lässt sich eine spezifische Medienpraxis von Intellektuellen in der westdeutschen Öffentlichkeit erkennen. Dabei können wir von einer doppelten Medialisierung ausgehen: Die Medien wählten nach eigenen Kriterien Personen wie Picht aus einer Vielzahl an Wissenschaftlern und Gelehrten aus und stellten ihnen ein Forum zur Verfügung. Picht sorgte für Gesprächsstoff, steigerte die Auflage und bearbeitete die Themen, die gerade en vogue waren. Auf der anderen Seite suchte Picht selbst ganz gezielt den Weg in die Öffentlichkeit, baute sich eigenständig ein Netzwerk auf und eignete sich gekonnt einen journalistischen Stil an. „Die Strategien des Netzwerkens und des Machterwerbs wurden [...] höchst professionell und wirkungsvoll praktiziert", bemerkte Doering-Manteuffel mit Blick auf protestantisch-elitäre Kreise der alten Republik. Picht war in diesem Geflecht eine Schlüsselfigur. Wie kaum ein anderer verstand er es, seine Initiativen in der breiten Medienöffentlichkeit mit Kommissionsarbeit und Netzwerken im Hintergrund zu verzahnen.

Das Endprodukt war eine Kombination aus „politischem Unternehmer" und *Visible Scholar* oder eben Medienintellektuellem,[130] der beides zugleich war: Resultat, aber vor allem auch Auslöser medienkultureller Evolution.[131] Picht adaptierte die Produktionslogiken der Massenmedien, um Gehör auf möglichst breiter Basis zu finden. Dadurch erfuhren innenpolitische Themen wie das Bildungssystem eine bislang nie dagewesene öffentliche Resonanz. Dass sich dahinter selbst aus Pichts Sicht keine reine Erfolgsgeschichte verbarg, zeigte sich bereits in zeitgenössischen Debatten: Zwar hatte Picht selbst die Geister der großen Öffentlichkeit gerufen. Ertragen konnte er sie am Ende aber kaum noch. Etwa zehn Jahre nach der von ihm diagnostizierten „Bildungskatastrophe" endete er in einem Brief an den *Merkur* nur noch lapidar mit: „Beim Thema Bildung stelle ich mich tot."[132]

In der Außenperspektive erschienen die unerwünschten Nebeneffekte noch deutlicher: Als sich 1980 die Schließung des Max-Planck-Instituts für Sozialwissenschaften in Starnberg abzeichnete, schrieb Picht in der *Zeit* einen Artikel, in dem er zu verstehen gab, wie enttäuscht er über die Vorgänge in Bayern war: „Die Zeiten, in denen sich Wissenschaft zu einem kritischen Wächteramt berufen fühlte", seien vorüber, argwöhnte Picht.[133] Wenige Wochen später brachte die *Zeit* ein Gespräch mit dem Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, Reimar Lüst, der Pichts Kritik kurzerhand wegwischte: „Ja, Herr Picht ist durch Alarmsignale be-

[130] Auch wenn dieser Begriff vor dem Hintergrund des hier Beschriebenen etwas tautologisch wirkt, dürfte der Status des Intellektuellen doch ohne Medienpräsenz kaum denkbar sein. Zum „politischen Unternehmer" vgl. Rudloff, Georg Picht, in: Bauer u. a. (Hrsg.), Gesichter der Zeitgeschichte, S. 289 f., mit Verweis auf Nancy C. Roberts/Paula J. King, Policy Entrepreneurs. Their Activity Structure and Function in the Policy Process, in: Journal of Public Administration Research and Theory 1 (1991), S. 147-175.

[131] Vgl. Ziemann, Schreiben, in: Kroll/Reitz (Hrsg.), Intellektuelle, S. 159.

[132] DLA D: Merkur – Georg Picht an Merkur (1949–1979), Picht an Hans Paeschke, 1.4.1974.

[133] Die Zeit vom 7.3.1980: „Nachdenken nicht gefragt. Ein einzigartiges Forschungsinstitut wird mit dem Leiter pensioniert".

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

kannt geworden, aber ob er jedoch beispielsweise in Sachen Bildungskatastrophe immer recht hatte, möchte ich anhin [sic!] gestellt lassen.“[134] Pichts Weg zu einem Medienintellektuellen war also nicht nur ein Beleg für seine öffentliche und wissenschaftliche Reputation. Er war auch eine Bedrohung für sie.

[134] Die Zeit vom 9.5.1980: „Auf die Qualität kommt es an. Warum das Starnberger Institut nicht weitergeführt wird – Ein Gespräch mit Reimar Lüst“.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Konnte es in Zentralamerika einen Weg der Befreiung von repressiven und ausbeuterischen Regimen geben, der nicht in die Geleise der Blockkonfrontation von Ost und West mündete? In El Salvador hielten SPD und Sozialistische Internationale Anfang der 1980er Jahre eine solche progressive Alternative für möglich. Angesichts einer Bürgerkriegsdynamik, bei der ihre Partnerorganisation *Movimiento Nacional Revolucionario* (MNR) auf Seiten eines Guerillabündnisses stand, das den Aufstand gegen eine Regierung mit christdemokratischer Beteiligung wagte, zogen die Sozialdemokraten indes Kritik seitens der CDU/CSU und der USA auf sich. Bernd Rother analysiert auf einer breiten Quellenbasis das konflikthafte Setting der El Salvador-Politik und die divergierenden Handlungslogiken, die hier aufeinander trafen.

Bernd Rother

Die SPD und El Salvador 1979 bis 1985

Linke Politik im atlantischen Dreieck von Bundesrepublik, Zentralamerika und USA

I. El Salvador als Teil der Konfliktregion Zentralamerika

In den 1970er Jahren spitzten sich die politischen und sozialen Konflikte in El Salvador, Guatemala und Nicaragua zu.[1] Was die drei zentralamerikanischen Länder miteinander verband, war eine extrem ungleiche Besitzverteilung, gerade im Agrarbereich, der ihre Wirtschaften prägte, die autoritäre Herrschaft einer oligarchischen Elite aus Großgrundbesitzern und hohen Militärs, manipulierte Wahlen sowie eine enge Bindung an die USA.[2] In El Salvador kam das Problem der Überbevölkerung hinzu. Es war das flächenmäßig kleinste Land Zentralamerikas, lag aber

[1] Dieser Aufsatz ist im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Politik der Sozialistischen Internationale in und gegenüber Lateinamerika während der von 1976 bis 1992 dauernden Präsidentschaft von Willy Brandt entstanden. Dazu wurden Archive in Europa und in Mittelamerika konsultiert. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die Archive der Sozialistischen Internationale (SI), der SPD und der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), um das Willy-Brandt-Archiv, um die Archive des Parti socialiste Frankreichs, der Labour Party Großbritanniens, des Partito Socialista Italiens, der SPÖ, des Partido Socialista Portugals, des Partido Socialista Obrero Español (PSOE) Spaniens, schließlich um Privatarchive in der Dominikanischen Republik und auf Jamaika sowie Bestände im mexikanischen Nationalarchiv. Auch Unterlagen des Auswärtigen Amts sowie des DDR-Außenministeriums wurden herangezogen. Für wichtige Parteien wie die Costa Ricas, El Salvadors oder Venezuelas war es nicht möglich, Archivbestände ausfindig zu machen. Die Sandinisten in Nicaragua reagierten nicht auf eine Anfrage. Aus den USA konnten die deklassifizierten Unterlagen zur SI der Ronald Reagan Library sowie die digitalisierten Akten der „Central Intelligence Agency" (CIA) und der Jimmy Carter Library genutzt werden.

[2] Zu den Hintergründen und auch zur Frage, warum gerade diese drei Länder ein besonders hohes Konfliktpotenzial besaßen, vgl. Michael Krennerich, Wahlen und Antiregimekriege in Zentralamerika. Eine vergleichende Studie, Opladen 1996.

VfZ 66 (2018) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2018 DOI 10.1515/vfzg-2018-0036

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

1980 hinsichtlich der Bevölkerungszahl mit etwa fünf Millionen Einwohnern an zweiter Stelle. Die daraus resultierende Knappheit an landwirtschaftlicher Fläche und eine Klassenstruktur, die „als eine der rigidesten [...] in ganz Lateinamerika“[3] galt, waren der Nährboden für eine seit Beginn der 1970er Jahre verstärkt auftretende Opposition. Deren wichtigste Kraft war die 1960 gegründete Christdemokratische Partei (*Partido Demócrata Cristiano*, PDC), angeführt von José Napoleón Duarte. Wie im übrigen Lateinamerika präsentierte sie sich als gegen die Herrschaft der Oligarchie gerichtete Reformkraft der linken Mitte. 1972 trat sie im Bündnis mit dem seit 1965 bestehenden sozialdemokratischen *Movimiento Nacional Revolucionario* (MNR) und den Kommunisten zu den Wahlen an. Präsidentschaftskandidat war Duarte, Vizepräsident sollte Guillermo Ungo, Generalsekretär der Sozialdemokraten, werden. Zwar entfiel die Mehrheit der Stimmen auf sie, aber die Regierung fälschte das Ergebnis. Duarte wurde verhaftet und gefoltert, Ungo musste ins Exil gehen.[4] Auch die Wahlen von 1977 verlor die Opposition, vermutlich wieder durch Wahlbetrug.[5] Guerillabewegungen, die seit Beginn des Jahrzehnts ebenfalls gegen die bestehende Ordnung kämpften, waren wenig erfolgreich und untereinander zerstritten.[6]

Über viele Jahre hinweg erregten die innergesellschaftlichen Konflikte in Zentralamerika kein internationales Interesse.[7] Dies änderte sich 1979. Im Juli des Jahrs siegte in Nicaragua die Befreiungsfront über die Familienherrschaft der Somozas.[8] Die Sandinisten fühlten sich als revolutionäre Internationalisten, unterhielten enge Beziehungen zu Kuba und zur Sowjetunion und wollten Befreiungsbewegungen in der Region ebenso Unterstützung leisten, wie sie die selbst von Ländern wie Venezuela, Panama, sogar dem konservativ regierten Costa Rica und natürlich aus Kuba erhalten hatten. Fidel Castro und auch die sowjetische Führung rieten Managua zu Vorsicht; Nicaragua sei keine Insel und dürfe die USA nicht provozieren. Intern bewertete Moskau die Umwälzung in Nicaragua als ein Unterfangen mit unsicheren Zukunftsaussichten und hielt sich daher mit Hilfe zurück, zumal sie, wie die Sowjetunion selber einschätzte, eine Gegenreaktion der USA hervorrufen könnte. Indirekte Hilfsleistungen über Kuba wurden bevorzugt. Erst ab 1981 kam es zu direkten Waffenlieferungen.[9] Das Verhalten der Sowjetunion muss auch vor dem Hintergrund des Niedergangs der Entspannungspolitik gesehen werden. Gerade die Aktivitäten der UdSSR und Kubas in der Dritten

[3] William M. LeoGrande, Our own Backyard. The United States in Central America 1977–1992, Chapel Hill/London 1998, S. 34.

[4] Nach einigen Monaten konnte er zurückkehren; vgl. Roberto Turcios, Guillermo Manuel Ungo. Una vida por la democracia y la paz, San Salvador 2012, S. 46 f.

[5] Vgl. ebenda, S. 44 und S. 105, sowie New York Times vom 29.1.1981: „Salvadoran spreads word abroad. Back the rebels“.

[6] Zur Entstehung vgl. Krennerich, Wahlen, S. 216-218 und S. 228 f.

[7] Der sogenannte Fußballkrieg, in dem El Salvador 1969 das benachbarte Honduras angriff, war die einzige nennenswerte Ausnahme; vgl. Ryszard Kapuściński, Der Fußballkrieg. Berichte aus der Dritten Welt, Frankfurt a. M. 1992, S. 251-288.

[8] Dazu ausführlich vgl. LeoGrande, Backyard, sowie Odd Arne Westad, The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times, Cambridge 2005, S. 339-341.

[9] Vgl. ebenda, S. 341-344.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Welt, beginnend mit der Ausrufung der Volksrepublik und dem Beginn des Bürgerkriegs in Angola 1975, waren von den USA als Abkehr von der Détente angesehen worden, während die Sowjetunion meinte, die Entspannungspolitik bezöge sich im Wesentlichen nur auf Europa.[10] Die Aufstellung der SS-20-Raketen, die Reaktion der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) darauf mit dem sogenannten Doppelbeschluss 1979, die Intervention in Afghanistan Ende desselben Jahrs und schließlich die Ausrufung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 waren weitere Faktoren, die den Ost-West-Konflikt wieder verstärkten. Zentralamerika war für die sowjetische Führung dabei allerdings nicht so wichtig, dass sie auch hier in Konflikt mit den USA treten wollte.[11]

Die US-Regierung unter Präsident Jimmy Carter, die in Nicaragua lange auf eine Machtteilung zwischen den bisher herrschenden Kräften (mit Ausnahme von Diktator Anastasio Somoza Debayle) und den Sandinisten gesetzt hatte, ging nach dem Sieg der Befreiungsbewegung auf die neuen Machthaber zu. Sie wollte eine weitere Radikalisierung verhindern und eine Entwicklung wie auf Kuba 1959/60 vermeiden, als die USA auf eine Isolierung der neuen Regierung gesetzt und damit ungewollt Castro in Moskaus Arme getrieben hatten – so jedenfalls Carters Lehre aus den 20 Jahre zurückliegenden Ereignissen.[12]

Um nicht in El Salvador in eine Lage wie in Nicaragua zu geraten, in der es nur noch die Alternative traditionelle Oligarchie oder weit links stehende Befreiungsbewegung gab, drängten die USA Präsident General Carlos Humberto Romero zu fairen Wahlen. Als er nicht darauf einging, fühlten sich oppositionelle Militärs von Washington zum Handeln ermuntert. Am 15. Oktober 1979 fiel die vom konservativen Flügel des Militärs abhängige Regierung. Die neuen Machthaber, linksgerichtete Offiziere, installierten eine fünfköpfige Junta, in die sie neben anderen den Sozialdemokraten Ungo beriefen.[13] Die Christdemokraten stellten sich ebenso wie die Kommunistische Partei hinter die neue Regierung.[14] Die linksextremen Befreiungsbewegungen reagierten unterschiedlich auf den Umsturz: Einige setzten ihren Kampf unvermindert fort, andere waren von der Ernsthaftigkeit des Reformprogramms überzeugt.[15] Die US-Regierung wie auch die Bundesregierung beurteilten „den Staatsstreich langfristig positiv. [...] Mit diesem Staatsstreich haben gemäßigte Kräfte offenbar den Versuch unternommen, den Übergang zu einer demokratischen Öffnung zu erleichtern und einem revolutionären Prozeß wie in Nicaragua zuvorzukommen."[16]

[10] Vgl. ebenda, S. 207-287.
[11] Vgl. ebenda, S. 336.
[12] Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 26-32.
[13] Vgl. ebenda, S. 36-39.
[14] Archiv der Gegenwart (künftig: AdG), 23128, 31.12.1979, und Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn (künftig: AdsD), FES Hausakten, 11033, Klaus Lindenberg, Vermerk, 23.10.1979.
[15] Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 40.
[16] So die Bewertung des bundesrepublikanischen Botschafters: Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Meyer-Landrut, 19.10.1979, in: Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepu-

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Mit dem Machtwechsel in El Salvador schien in der Region eine neue Ära anzubrechen. In drei der sechs Länder Zentralamerikas[17] regierten nun linke Kräfte, von den teilweise marxistisch-leninistischen Sandinisten bis zu Panama unter Führung des nationalrevolutionären Generals Omar Torrijos. Aber die neue Regierung El Salvadors geriet schnell in Turbulenzen. Die Offiziere aus den mittleren Rängen der Armee waren politisch zu schwach, um sich mit ihren Reformplänen gegen den Widerstand der konservativen Militärs durchzusetzen. Schon im Dezember nahmen daher alle Guerilla-Gruppen den bewaffneten Kampf wieder auf.[18] Am 3. Januar 1980 legten die zivilen Junta-Mitglieder die Ämter nieder.

Die USA unterstützten auch die folgende, weiter rechts stehende Junta. Die Carter-Administration sah in El Salvador weiterhin die Chance, ein Modell für eine nichtkommunistische Umgestaltung der Gesellschaft zu schaffen – auch als Alternative zu Nicaragua, dessen Revolution sich gerade in dieser Zeit radikalisierte. Das Auswärtige Amt hingegen entschied sich dafür, „nicht Partei zu ergreifen und zu einem Abbau der Polarisierung in El Salvador beizutragen. [...] Wir halten uns damit die Möglichkeit offen, später auf eine schrittweise Unterstützung der Junta überzugehen."[19] El Salvadors Christdemokraten spalteten sich: Eine große Mehrheit unter Führung von Duarte entschied, zwei Mitglieder in die neue Junta zu entsenden, woraufhin der linke Flügel im März 1980 die Partei verließ und sich der Opposition anschloss, zu der nun auch die Sozialdemokraten gehörten. Die neue Regierung brachte zwar einige Reformen auf den Weg, gleichzeitig aber steigerte sich die Gewalt rechtsradikaler Paramilitärs, hinter denen die reguläre Armee stand. Sie übertraf bei weitem alles, was unter der im Oktober 1979 gestürzten Regierung geschehen war. San Salvadors sozial engagierter Erzbischof Óscar Romero nannte dies „Reform mit Repression".[20]

Mit Amtsantritt von Ronald Reagan als US-Präsident im Januar 1981 änderte sich die Zentralamerika-Politik des Lands grundlegend. Für Carter lag die wesentliche Ursache der Konflikte in Zentralamerika – Willam M. LeoGrande zufolge – „in Jahrzehnten ökonomischer Ungleichheit, sozialer Ausgrenzung und politischer Diktatur. [...] Die Salvadorianische Rechte war daher ein Gegner der US-Politik." Problemverständnis und Lösungsansätze der Reagan-Administration seien hingegen völlig anders geartet gewesen: „Sie sah die Ursprünge des Aufstands grundsätzlich als äußere an, in einer Anstachelung durch Nicaragua, Kuba und die Sowjetunion. [...] Die Lösung war eine massive Unterstützung, um den

blik Deutschland (künftig: AAPD) 1979, bearb. von Michael Ploetz/Tim Szatkowski, Bd. 2, München 2010, Dok. 298, S. 1487-1489, hier S. 1489.

[17] Das siebte Land, Britisch-Honduras, wurde erst 1981 als Belize unabhängig.

[18] Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 41 f.

[19] Zit. nach Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer, 19.1.1981, in: AAPD 1981, bearb. von Daniela Taschler/Matthias Peter/Judith Michel, Bd. 1, München 2012, Dok. 11, S. 61-66, hier S. 61, Fußnote 4.

[20] Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 42 f. und S. 50, Zitat S. 42.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Krieg zu gewinnen, und keine Bemühungen zur Reformierung der salvadorianischen Gesellschaft."[21]

Der neue Präsident bezeichnete die Region als „Sprungbrett für kommunistische Angriffe auf die USA". Vorrang hatte nun die Bekämpfung der linken Opposition in dem einen Land und die Zermürbung der Regierung in dem anderen. El Salvador stand auf der Prioritätenliste der neuen Regierung noch vor Nicaragua, nicht obwohl, sondern gerade weil in Managua die Macht sich bereits in den Händen von Linken befand. Ein militärisches Rollback in Nicaragua sei zu schwierig, die Gefahr eines zweiten Vietnam zu groß. Zuerst müssten die revolutionären Bewegungen in anderen Teilen Zentralamerikas gestoppt und besiegt werden.[22] Was als ein innergesellschaftlicher Konflikt begonnen hatte (und dies auch weiterhin war), wurde nun von den USA zu einem Teil des Ost-West-Konflikts gemacht. Dabei ist es müßig darüber zu streiten, in welchem Maße Washingtons Falken mit ihrer Einschätzung daneben lagen; auch wenn es eine komplette Fehleinschätzung gewesen sein sollte, so war sie dennoch handlungsleitend.

II. Sozialdemokratische Nebenaußenpolitik auf globaler Ebene? Motive, Ziele und Spielräume

Spätestens seit Ende der 1950er Jahre basierte die internationale Politik der SPD auf der Prämisse guter Beziehungen zu den USA. Der Vietnam-Krieg erschütterte die Solidarität zur nordatlantischen Führungsmacht. Noch viel stärker wurde sie zehn Jahre später durch grundsätzliche Differenzen in zwei wichtigen Politikbereichen in Frage gestellt: die sicherheitspolitische Debatte, ausgelöst von der Kontroverse über die Nachrüstung, und die Reaktion auf die Erfolge linker Bewegungen in El Salvador und Nicaragua. Während die Veröffentlichungen zum ersten Themenkreis kaum noch überschaubar sind,[23] haben sich bisher fast nur Politikwissenschaftler mit dem Dissens in der Zentralamerika-Politik beschäftigt. Die meisten ihrer Publikationen stammen aus den 1980er und 1990er Jahren und sind somit ohne Zugang zu den Archiven entstanden.[24]

[21] William M. LeoGrande, Rezension von John A. Soares, Jr.: „Strategy, Ideology and Human Rights. Jimmy Carter Confronts the Left in Central America, 1979–1981", in: H-Diplo Article Review; sites.fas.harvard.edu/~hpcws/LeoGrande-Soares.pdf [22.11.2017].

[22] Vgl. Westad, S. 338 f., Zitat S. 338.

[23] Vgl. Jan Hansen, Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977–1987), Berlin/Boston 2016.

[24] Vgl. Carlos Morales Abarzúa, La Internacional Socialista en América Latina y el Caribe, Mexiko 1981; Gregorio Selser, Presencia de la Internacional Socialista en América Latina y el Caribe, in: Jaime Labastida u. a., Centroamérica. Crisis y Política Internacional, Mexiko 1982, S. 269-312; Eusebio Mujal-León, El Socialismo Europeo y la Crisis en Centroamérica, in: Foro Internacional 24 (1983), S. 155-198; Wolf Grabendorff/Heinrich-W. Krumwiede/Jürgen Todt (Hrsg.), Political Change in Central America. Internal and External Dimensions, Boulder/London 1984; Wolf Grabendorff/Riordan Roett (Hrsg.), Lateinamerika, Westeuropa, Vereinigte Staaten. Ein atlantisches Dreieck?, Baden-Baden 1985; Eusebio Mujal-León/Hernán Gutiérrez Bermedo, Central America and the new international political order. The Eurosocialist dimension, in: International Journal 43 (1988), S. 446-472; Raquel

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Aktivitäten der deutschen Sozialdemokraten in Zentralamerika waren Teil einer neuartigen internationalen Strategie der Partei, die im Jahr 1975 einsetzte. Nicht mehr durch das Amt des Bundeskanzlers gebunden, engagierte sich Willy Brandt als Vorsitzender der SPD zuerst zugunsten der Demokratisierungsprozesse auf der Iberischen Halbinsel und bald – noch vor seiner Wahl zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale (SI) im November 1976 – auch für gesellschaftliche Reformen in Lateinamerika und der Karibik. Gemeinsam mit Bruno Kreisky und Olof Palme, den Vorsitzenden der Schwesterparteien in Österreich und Schweden, verfolgte Brandt das Projekt einer über Europa hinaus aktiven Sozialdemokratie, die in Kooperation mit Reformkräften aus Ländern der Dritten Welt eine Alternative zum Kommunismus Moskauer Prägung und zum Kapitalismus nach der Art der USA entwickeln sollte.[25] Die treibenden Kräfte auf europäischer Seite suchten innerhalb eines sehr weit definierten Spektrums nach Partnern. Sie bevorzugten Gruppierungen, die in ihrer Heimat eine realistische Option auf die Übernahme der Regierung hatten, und nicht die Parteien, deren Programm am genauesten mit den Grundsätzen der SI übereinstimmte.

Man wollte nicht mit den Werten des Westens brechen, sondern sie ernster denn je nehmen. Die Erfahrungen mit der Politik der USA gegenüber der kubanischen Revolution und in Vietnam, aber auch die Reaktionen Washingtons und Moskaus auf die Vorgänge in Portugal 1974/75 hatten viele europäische Sozialdemokraten davon überzeugt, dass sie nicht den Supermächten das Feld der internationalen Politik überlassen sollten.[26] Auf der Iberischen Halbinsel hatten insbesondere die deutschen Sozialdemokraten erlebt, dass sie im Bündnis mit den dortigen Schwesterparteien in der Lage waren, den Gang der Geschichte zu beeinflussen. In Portugal und in Spanien war ihre Unterstützung entscheidend dafür gewesen, dass der *Partido Socialista* von Mário Soares beziehungsweise Felipe González' *Partido Socialista Obrero Español* (PSOE) den zuvor organisatorisch und finanziell weit überlegenen Kommunisten entgegentreten und sie schließlich überflügeln konnten. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).[27] Wenn es um internationale Parteiaktivitäten ging, verfügte keine Partei außerhalb der Bundesrepublik über eine vergleichbare Einrichtung. Die

Gamus Gallego, Una fugaz convergencia. CAP y la IS en Centroamerica, Caracas 1990; Menno Vellinga (Hrsg.), Social Democracy in Latin America. Prospects for Change, Boulder 1993; Eusebio Mujal-León/Ann-Sofie Nilsson, Die Sozialistische Internationale in den 80er Jahren. Dritte-Welt-Politik zwischen den Blöcken, Paderborn 1995, und Fernando Pedrosa, La otra izquierda. La socialdemocracia en América Latina, Buenos Aires 2012.

[25] Vgl. Bernd Rother, Sozialdemokratischer Internationalismus. Die SI und der Nord-Süd-Konflikt, in: Ders. (Hrsg.), Willy Brandts Außenpolitik, Wiesbaden 2014, S. 259-334, hier S. 284. Auch Helmut Schmidt vertrat damals ähnliche Positionen; vgl. Bernd Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit, Bonn 2011, S. 475.

[26] Vgl. Rother, Internationalismus, in: Ders. (Hrsg.), Außenpolitik, S. 275 f.

[27] Vgl. Bernd Rother Der verhinderte Übergang zum Sozialismus. Die Sozialistische Partei Portugals im Zentrum der Macht (1974–1978), Frankfurt a. M. 1985; Antonio Muñoz Sánchez, El amigo alemán. El SPD y el PSOE de la dictadura a la democracia, Barcelona 2012, und Ana Mónica Fonseca, Die Nelken brauchen jetzt Wasser! The SPD and the Portuguese Transition

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

auf der Iberischen Halbinsel gesammelten Erfahrungen sollten nun auch den nach Demokratie strebenden Kräften Lateinamerikas zur Verfügung gestellt werden.[28]

Besonders enttäuscht waren die Sozialdemokraten von den USA, deren Vorgehen in der Dritten Welt sie als Gefahr für die Legitimität und die Sicherheit der „freien Welt" ansahen. Der langjährige Internationale Sekretär der SPD, Hans-Eberhard Dingels, schrieb 1982:

> „Es muß immer wieder versucht werden, den amerikanischen Kollegen und Freunden verständlich zu machen, daß das europäische, insbesondere das sozialdemokratische Engagement für Mittelamerika nicht einem unreflektierten und verklemmten Antiamerikanismus entspringt, sondern sowohl unserem Beitrag für soziale Transformationen wie auch der Sorge, daß eine fehlgeleitete, nur auf den Ost-West-Konflikt konzentrierte amerikanische Außenpolitik der anderen Supermacht, der Sowjetunion, den Zugang in die Karibik und die mittelamerikanische Region eröffnet."[29]

Die Politik der Vereinigten Staaten verringerte nach Auffassung der SPD auf lange Sicht den weltweiten Einfluss des Westens. Das neue, global angelegte Engagement der Sozialdemokratie sollte sich einfügen in ein Gesamtkonzept, zu dem auch die Ost- und Europa-Politik gehörten. Brandt stellte 1976 die Verbindung zwischen der Entspannungspolitik und der Beschäftigung mit Problemen der Dritten Welt so her:

> „Die Sicherheit Europas wird in zunehmendem Maße davon bestimmt, daß zu einem friedlichen Miteinander zwischen Ost und West ein weltweites Verhältnis fruchtbarer Kooperation zwischen Nord und Süd tritt. [...] Solange in vielen Regionen dieser Erde Not und Elend herrschen, bleibt die aus dem Zweiten Weltkrieg erwachsene Friedensordnung überaus brüchig."[30]

Mit ihrem globalen Engagement wollten die Sozialdemokraten nach eigenem Bekunden den Weltfrieden – nicht nur den zwischen Ost und West – sichern, indem innergesellschaftliche Spannungen abgebaut und der Gegensatz Nord-Süd redu-

---

to Democracy, in: Frank Ettrich/Dietmar Herz (Hrsg.), Willy Brandt. Politisches Handeln und Demokratisierung, Leverkusen 2015, S. 157-179.

[28] Am deutlichsten wurde diese Verbindung auf dem in Estoril (Portugal) vom 30.9. bis 2.10.1978 stattfindenden Kongress „Processos de Democratização na Península Ibérica e na América Latina" (Demokratisierungsprozesse auf der Iberischen Halbinsel und in Lateinamerika), der von den portugiesischen Sozialisten ausgerichtet, aber weitgehend von der FES finanziert wurde; vgl. Rui Mateus, Contos Proibidos. Memórias de um PS desconhecido, Lissabon 1996, S. 164.

[29] AdsD, SPD-Parteivorstand (künftig: SPD-PV), 11093, SPD, Hans-Eberhard Dingels an Partij van de Arbeid, Niederlande (künftig: PvdA), Rob van de Water, 18.3.1982. Bei Zitaten aus deutschsprachigen Quellen wird die damalige Rechtschreibung beibehalten.

[30] Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Berlin, ZA 115376, Willy Brandt, Bemerkungen zur Sicherheitspolitik in Europa, Konferenz PvdA in Amsterdam, 5./6.11.1976.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ziert würden; in der Dritten Welt wollten sie sowohl reaktionären Oligarchien als auch kommunistischen Bewegungen die Stirn bieten.

Es stellt sich die Frage, ob die selbst proklamierten Motive auch die tatsächlichen waren. Eine Analyse der *Central Intelligence Agency* (CIA) von Anfang 1981 verweist auf tiefer liegende ökonomische Beweggründe:

> „Die wachsende Aktivität der Regierung Schmidt in Zentralamerika gründet teilweise auf der Überzeugung, dass Instabilität in der Region dort zu einer Radikalisierung à la Castro führen könnte, die eine Gefahr für westliche ökonomische Interessen in ganz Lateinamerika darstellen würde. Zu dieser westdeutschen Position trägt eine grundlegende Besorgnis bei, dass die USA auf zivile Unruhen in El Salvador und Guatemala überreagieren könnten, was wiederum zur militärischen Intervention führen könnte."

Die SPD glaube, „dem könne am besten durch westeuropäische Anstrengungen zur Unterstützung sozialdemokratischer Kräfte in der Region vorgebeugt werden".[31]

Links von der Sozialdemokratie gab es – entgegen der dort verbreiteten Neigung, ökonomische Interessen hinter politischen Aktivitäten zu vermuten – Zweifel an einer wirtschaftlichen Motivation.[32] Auch eher konservative Autoren folgten nicht der CIA-Einschätzung.[33] Aus guten Gründen: Die Aktivitäten der deutschen Sozialdemokraten konzentrierten sich auf Mittelamerika, also Zentralamerika plus der Karibik. Für die Bundesrepublik war die Region von untergeordneter ökonomischer Bedeutung. Vorrangig exportierte sie Agrarprodukte. Nur Jamaika verfügte mit seinen Bauxit-Vorkommen über Rohstoffe, die für die industrielle Produktion wichtig waren. Es gibt keine ökonomischen Indikatoren, die begründen könnten, warum sich Deutschlands Sozialdemokraten so intensiv der Gegend zuwandten.

Genannt werden auch biografische Motive: „Einige der westeuropäischen Parteiführer, die in den 1930er und 1940er Jahren längere Zeiten von Verfolgung und Exil erlitten hatten, fühlten eine starke moralische Verpflichtung, den zentralamerikanischen Opfern autoritärer Regierungen oder Militärdiktaturen zu helfen."[34] In der Tat war das über diese Generation – zu der Brandt und Kreisky zählten – hinaus bedeutsam. Mário Soares war zuerst verbannt worden und musste dann ins Exil gehen; Felipe González arbeitete bis zum Ende der Diktatur klandestin. Mit

[31] U.S. Declassified Documents, GALE|CK2349665833, CIA, Intelligence assessment of the attitude of West European countries toward the Salvadoran Junta Revolutionary Government, 13.1.1981; tinyurl.galegroup.com/tinyurl/4FvDy3 [24.1.2017].

[32] Vgl. Menno Vellinga, The Internationalization of Politics and Local Response. Social Democracy in Latin America, in: Ders. (Hrsg.), Social Democracy, S. 3-20, hier S. 7, und Tilman Evers, European Social Democracy in Latin America. The Early History with Emphasis on the Role of Germany, in: Ebenda, S. 23-60, hier S. 30.

[33] Vgl. Mujal-León/Gutiérrez Bermedo, Central America, S. 455.

[34] Wolf Grabendorff, West European Perceptions of the Crisis in Central America, in: Ders./Krumwiede/Todt (Hrsg.), Political Change, S. 285-297, hier S. 290.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ihrem Aufstieg in staatliche Spitzenämter ab Mitte der 1970er Jahre konnten sie ihrerseits Verfolgten helfen. Auch für Olof Palme gab es eine lebensgeschichtliche Prägung, die sein Engagement zu verstehen hilft: Er hatte nach einem Studium in den USA in den 1950er Jahren Mexiko und Zentralamerika bereist.

Die allermeisten Untersuchungen zum Thema sehen aber geostrategische Überlegungen, wie sie bei Dingels und bei Brandt anklangen, als ausschlaggebend dafür, dass sich die SPD auf unbekanntes Terrain begab.[35] Einige Autoren ergänzen dies um innenpolitische und innerparteiliche Motive: Die Umschichtung der Mitgliedschaft durch den Eintritt jüngerer Aktivisten, die links vom bisherigen Mainstream der Partei standen, sei zusammengefallen mit einem verstärkten öffentlichen Interesse an Themen der Dritten Welt. Ende der 1970er Jahre kam dieser Argumentation zufolge ein dritter Faktor hinzu: Die sozialdemokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik sei in den veränderten Rahmenbedingungen „nach dem Boom" an bisher nicht existierende Grenzen gestoßen, und es habe sich daher die Frage gestellt, welche Themen geeignet wären, die politischen Identitätsbedürfnisse aktiver Sozialdemokraten zu befriedigen. Die Antwort der Parteiführung, in Übereinstimmung mit der Basis, sei ein „Radikalismus in der Außen- und Sicherheitspolitik" gewesen.[36]

Im Falle der SPD trifft dieses Argument sicherlich für den linken Flügel zu, aber an der Parteibasis gab es auch andere Stimmen. Im Mai 1976 berichtete der *Spiegel* von Kritik aus SPD-Untergliederungen, der Vorsitzende kümmere sich viel zu wenig um die Partei. Ein hessischer Ortsverein klagte „über die mangelnde Bereitschaft der Parteiprominenz, in der Provinz aufzutreten. Dies sei freilich nicht verwunderlich, da sich Brandt ja auch mehr ‚als portugiesischer Außenminister' denn als deutscher SPD-Vorsitzender verstehe."[37] Außerhalb der Partei gereichten die vielfältigen internationalen Aktivitäten Brandt kaum zum Vorteil. Zwischen 1979 und 1983 sanken laut dem Institut für Demoskopie in Allensbach seine Beliebtheitswerte auf nie zuvor oder danach verzeichnete Tiefstwerte.[38] Sicherlich lag dies vorrangig am allgemeinen Ansehensverlust der SPD; mit dem Gang in die Opposition verbesserten sich die Werte wieder. Aber der bei Außenministern regelmäßig zu verzeichnende Effekt, dass die Tätigkeit auf der internationalen Bühne die Reputation im Inland steigert, galt für Brandts Parteiaktivitäten nicht. Darauf musste Rücksicht genommen werden.

Wäre es nur um die Herstellung sozialdemokratischen Wohlbefindens gegangen, dann hätten die traditionellen Formen internationaler Solidarität der Arbeiterbewegung wie Petitionen, Geldsammlungen für verfolgte Genossen und die

[35] Vgl. Mujal-León, Socialismo Europeo; Grabendorff/Krumwiede/Todt (Hrsg.), Political Change; Grabendorff/Roett (Hrsg.), Lateinamerika; Mujal-León/Gutiérrez Bermedo, Central America, und Mujal-León/Nilsson, Sozialistische Internationale.

[36] Steven Philip Kramer, Socialist Identity, Labour and the SPD. Background to the Security Debate, in: SAIS Review 7 (1987), S. 37-49, hier S. 40 und S. 49. Ähnlich argumentieren Mujal-León/Nilsson, Sozialistische Internationale, S. 36.

[37] Spiegel vom 31.5.1976: „Tourist des Jahres".

[38] Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Edgar Piel (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983, Bd. 8, München u. a. 1983, S. 270-272.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Unterstützung Exilierter ausgereicht. Die von Brandt und anderen verfolgte Strategie war mehr. Ihnen schwebte eine Art *intervention by invitation* vor: Sie waren bereit, sich auf Bitten der örtlichen Partner durch Erkundungsmissionen, Wahlbeobachter und Redner, aber auch durch materielle Unterstützung befreundeter Parteien in die Innenpolitik anderer Länder einzumischen, das internationale Netzwerk der sozialdemokratischen Parteien zu deren Gunsten zu mobilisieren, ihnen einen eigenständigen Zugang zu diesen Kontakten zu gewähren sowie – wenn erforderlich – gemeinsam gegenüber Washington oder Moskau aufzutreten.

Sich gegen den Kurs der USA zu stellen, war für die westeuropäischen Sozialdemokraten kein unproblematisches Unterfangen. Die weitaus meisten dieser Parteien waren Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre Regierungsparteien oder hatten reale Aussichten, solche zu werden. Akut oder vorausschauend musste Rücksicht auf die Blocksolidarität genommen werden. Erschwert wurde dies durch die Neigung in Washington, Partei und Regierung in einen Topf zu werfen. Dort sei man „nicht in der Lage und nicht bereit [...] zu unterscheiden zwischen Haltung und Handlungen der Bundesregierung und denen einer Partei oder einer sonstigen mit der Regierung verbundenen Institution".[39] SPD und Ebert-Stiftung mussten also sehr aufpassen, ob sie mit ihren Aktivitäten, die doch eigentlich unabhängig von der Bundesregierung betrieben wurden, nicht dem Bundeskanzler Probleme bereiteten und die USA oder den Koalitionspartner FDP gegen sich aufbrachten. Als im November 1980 die Berliner *taz* ihre Spendenkampagne „Waffen für El Salvador" startete, lehnte die SPD-Führung eine Beteiligung ab, denn damit wäre eine rote Linie überschritten worden. Es war ein Unterschied, ob man Verständnis für die Anwendung von Gewalt durch Dritte in extremen Situationen zeigte oder bei der Waffenbeschaffung mitmachte. Prominente Mitglieder vom linken Parteiflügel wie Peter von Oertzen steuerten dennoch ihr Scherflein bei, „weil es politische Probleme gibt, die sich nicht anders als mit der Waffe lösen lassen".[40]

Auch ohne die Bereitstellung von Geld für den bewaffneten Kampf ging die Sozialdemokratie ein hohes Risiko ein, als sie sich in Zentralamerika an die Seite von Aufständischen stellte. Wie würde sie innenpolitisch und im NATO-Bündnis dastehen, wenn aus Nicaragua oder El Salvador ein zweites Kuba, ein kommunistischer Einparteienstaat werden würde? Die sozialdemokratischen Kräfte vor Ort waren viel zu schwach, dies zu verhindern. Der Internationale Sekretär der schwedischen Sozialdemokraten trug diese Besorgnis in aller Offenheit Castro vor. Sollte es so kommen, so Pierre Schori, wäre es für Europäer nie mehr möglich, den Kampf von Befreiungsbewegungen zu unterstützen.[41]

[39] Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer, 19.1.1981, in: AAPD 1981, Bd. 1, Dok. 11, S. 63.

[40] Spiegel vom 10.5.1982: „Unheimlich breit". Vgl. auch die Zusammenfassung in taz vom 22.9.2014: „Tüten voller Dollarscheine".

[41] Vgl. Pierre Schori, Conversaciones con el enemigo, Montevideo 2015, S. 153.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Im Unterschied zur Nachrüstungsdebatte zerriss die neue Politik gegenüber revolutionären Kräften weder die SI noch die SPD. Nur aus Italien und Portugal gab es ab Anfang der 1980er Jahre Kritik am Nicaragua-Engagement der Internationale, aber sie wurde nicht öffentlich geäußert. Bemerkenswert ist die Konstellation in der SPD. Mit Hans-Jürgen Wischnewski übernahm einer der engsten Gefolgsleute von Helmut Schmidt die operative Umsetzung von Brandts Zentralamerika-Politik. Bei der Abstimmung auf dem SPD-Parteitag 1983 gehörte Wischnewski zu den nur 14 Delegierten, die Brandts Linie zum NATO-Doppelbeschluss nicht folgten; gegenüber der Dritten Welt aber zogen beide nun an einem Strang. Schon seit Jahrzehnten zeigte Wischnewski aktive Solidarität mit Befreiungsbewegungen. Ende der 1950er Jahre hatte Wischnewski gegen die Linie der Parteiführung die Solidarität mit der algerischen *Front de Libération Nationale* organisiert.[42] 1971 war er der einzige führende Sozialdemokrat gewesen, der auf die Bitte der angolanischen *Movimento Popular de Libertação de Angola* um Hilfe im Kampf gegen Portugal einging.[43]

III. Lateinamerika und die USA

Das Vorhaben von Brandt und anderen, ab Mitte der 1970er Jahre die Sozialdemokratie global aufzustellen, traf sich mit dem gleichzeitigen eigenständigen Aufbruch einiger lateinamerikanischer Regierungen nach Europa.[44] Es waren Mexikos Präsident Luis Echeverría Álvarez und Venezuelas Staatsoberhaupt Carlos Andrés Pérez, welche die Initiative ergriffen. Gemeinsam war diesen und anderen lateinamerikanischen Ländern das Streben nach mehr Unabhängigkeit von der Hegemonialmacht des Kontinents, den USA.[45] Den Auftakt für die strategische Allianz aus lateinamerikanischen Reformkräften und europäischen Sozialdemokraten bildete die Konferenz von Caracas in Mai 1976. Sie resultierte aus einer Idee der venezolanischen Regierungspartei *Acción Democrática* (AD) und brachte erstmals die führenden Politiker von 13 europäischen sozialdemokratischen Parteien und 15 lateinamerikanischen Mitte-Links-Parteien zusammen. Aus Europa waren unter anderem Brandt und Kreisky, Bettino Craxi, Felipe González sowie Mário Soares gekommen. Von lateinamerikanischer Seite nahmen neben den Gastgebern große Parteien aus Argentinien (Radikale Partei), Bolivien (*Movimiento Nacionalista Revolucionario*, MNR), Costa Rica (*Partido Liberación Nacional*, PLN), der Dominikanischen Republik (*Partido Revolucionario Democrático*, PRD), Jamaika (*People's National Party*, PNP), Kolumbien (Liberale Partei), Mexiko (*Partido Revolucionario Institucional*, PRI) und Peru (*Alianza Popular Revolucionaria Americana*, APRA) teil.[46]

[42] Vgl. Claus Leggewie, Kofferträger. Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland, Berlin 1984.
[43] Vgl. Spiegel vom 13.11.1978: „Ein Schritt voraus".
[44] Vgl. Felicity Williams, La Internacional Socialista y América Latina. Una visión crítica, Mexiko1984, S. 243, sowie Gamus Gallego, Una fugaz convergencia, S. 147-150, S. 182 f. und S. 189 f.
[45] Vgl. ebenda, S. 139 und S. 182 f., sowie Daniel Sargent, The Cold War and the international political economy in the 1970s, in: Cold War History 13 (2013), S. 393-425, hier S. 403.
[46] Die Unterlagen in: AdsD, Willy-Brandt-Archiv (künftig: WBA), A 19, 20A, und SPD-PV, 11934.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Auch die weiteren Kooperationen zwischen Europäern und Lateinamerikanern hatten ihren Ursprung auf dem Subkontinent: Ob 1978 in der Dominikanischen Republik,[47] in Nicaragua 1978/79 oder in El Salvador 1979, stets war es der Wunsch der Lateinamerikaner, dass die europäischen Sozialdemokraten sich an ihre Seite stellten. Auf lateinamerikanischer Seite war der Wunsch nach „Einmischung" sogar größer als auf Seiten der Europäer, die nicht in den Ruf des Neokolonialismus oder eines Paternalismus kommen wollten. Ein Beispiel unter vielen: Als sich Brandt auf einem Treffen der SI-Spitze in Lissabon im Oktober 1979 sehr zurückhaltend zu einer „Einmischung" der europäischen Parteien in Lateinamerika äußerte, entgegnete ihm Pérez: „Wir wünschen, daß die Parteien des Demokratischen Sozialismus Europas in Lateinamerika ‚intervenieren'." Dem schlossen sich die Parteivorsitzenden José Francisco Peña Gómez (Dominikanische Republik) und Daniel Oduber (Costa Rica) an.[48]

Von lateinamerikanischer Seite wurde den europäischen Sozialdemokraten ein großer Spielraum gewährt. Die USA waren in der Interaktion zwischen beiden der (meist unerbetene) Dritte, dessen Interessen und Strategien Westeuropäer wie Lateinamerikaner bei ihrer Zusammenarbeit mit ins Kalkül ziehen mussten. Weder wirtschaftlich noch geostrategisch konnten sie es sich leisten, ohne Rücksicht auf Washington zu agieren. Konflikte, wenn man sie denn riskierte, mussten wohl bedacht sein und in Grenzen gehalten werden. Sonst drohte Ungemach, auch innenpolitisch. Am stärksten galt dies für Deutschlands Sozialdemokraten, die keinesfalls in den Geruch des Antiamerikanismus geraten wollten, der sie in Wahlen entscheidende Stimmen kosten konnte. Aber auch in Lateinamerika waren Ressentiments gegen die Yankees nicht allgegenwärtig. In Costa Rica beispielsweise, einem der wenigen Länder der Region mit einer starken Sozialdemokratie, war die gesamte Tagespresse USA-freundlich.

Die Reaktion der USA auf die Aktivitäten der SI fiel gemischt aus. In den ersten Jahren des Engagements deutscher Sozialdemokraten in Lateinamerika war die Rücksichtnahme auf die USA noch relativ einfach. Man befand sich in Übereinstimmung mit den Grundzügen der von Carters Menschenrechtsoffensive geprägten Außenpolitik der USA. Mit Reagan gab es keine Gemeinsamkeiten im Grundsätzlichen mehr. Die SPD akzeptierte Allianzen mit Befreiungsbewegungen, die von den USA als Handlanger Kubas und der Sowjetunion angesehen wurden. Der Konflikt führte aber nicht dazu, dass die Gesprächskontakte zwischen den Sozialdemokraten und der US-Regierung unter Reagan weniger wurden. Im Gegenteil: Das *State Department* zeigte, wie noch dargelegt wird, ein gesteigertes Interesse am direkten Meinungsaustausch und konnte der neuen Lage auch etwas Positives abgewinnen. Staatssekretär Lawrence Eagleburger ermunterte die Sozialdemokraten trotz aller Kritik an ihrer Zentralamerika-Politik, mit

[47] Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam (künftig: IISG), Socialist International (künftig: SI), 1126, Partido Revolucionario Democrático, José Francisco Peña Gomez, an Brandt, 2.11.1977.

[48] Zit. nach AdsD, WBA, A 13, 38B, Klaus Lindenberg, Lateinamerika-Gespräch Lissabon, Zusammenfassung, 29.10.1979.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

den Sandinisten im Gespräch zu bleiben und auf sie einzuwirken: „Ihnen hören sie zu."[49]

Eine Gratwanderung zwischen eigenständiger internationaler Politik und Rücksichtnahme auf den wichtigsten Verbündeten des eigenen Lands war die Zentralamerika-Politik der SPD noch aus einem anderen Grunde. Parallel zu diesem Konflikt gab es den in der Frage der Nachrüstung. Dingels, Internationaler Sekretär der SPD, sah seine Partei nach dem Einzug von Reagan in das Weiße Haus in einer Zwickmühle:

> „Durch die TNF-Debatte [*Theater Nuclear Forces*; Cruise Missiles und Pershing II] in der Bundesrepublik und in den benachbarten westeuropäischen Ländern wird der Spielraum für uns sowohl als Bundesregierung aber besonders als SPD im Bereich Mittelamerika gegenüber dem amerikanischen Verbündeten eingegrenzt. [...] Wenn wir zu einer Verständigung mit den USA in den eben erwähnten Bereichen [TNF] kommen wollen, werden wir sicherlich nicht in der Lage sein, eine zu starke Abwehrfront gegenüber amerikanischem Druck im Bereich Mittelamerika aufzubauen. Dies ist jedenfalls meine Befürchtung."[50]

Einen Konflikt mit der Führungsmacht des nordatlantischen Bündnisses gleich in zwei wichtigen Bereichen hielt Dingels nicht für durchhaltbar. Wer in der Nachrüstungs-Frage Bewegung auf Seiten der USA wollte, musste daher im Zentralamerika-Konflikt Entgegenkommen zeigen.

Die Parteiführung stand vor der Frage, ob sie mit ihrer Zentralamerika-Politik nicht die Bemühungen um eine Beilegung der NATO-internen Nachrüstungs-Kontroverse erschwerte, in der die Bundesregierung den Akzent auf den Verhandlungsteil setzte, die neue Administration in Washington aber auf die Rüstungskomponente. Gleich in zwei wichtigen Fragen den Vereinigten Staaten Zugeständnisse abzuringen, war auch für die führende Regierungspartei des wichtigsten US-Verbündeten in Europa viel auf einmal. Und es war illusionär, die Republikaner davon zu überzeugen zu wollen, dass die Konflikte in Zentralamerika nichts mit dem Ost-West-Gegensatz zu tun hatten.

Die SPD entschied sich trotz der Mahnung ihres Internationalen Sekretärs dafür, an ihrer Politik festzuhalten. Intensive Kommunikation war der Weg, mit dem die Sozialdemokraten versuchten, den Konflikt mit der US-Regierung einzudämmen. Über jeden Schritt ihrer Zentralamerika-Politik hielt die Partei die Partner in Washington (oder in der Botschaft in Bonn) auf dem Laufenden, um Missverständnisse möglichst zu vermeiden.

[49] AdsD, WBA, A 13, 45, Lindenberg, Vertrauliche Aufzeichnung, Mittelamerika-Gespräche in Washington 4.–6.5.1982.

[50] AdsD, NL Hans-Jürgen Wischnewski, 618, Dingels, Vermerk für Wischnewski, 4.2.1981.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

IV. El Salvador gerät in den Fokus der europäischen Sozialdemokratie

In und für Nicaragua und El Salvador engagierte sich die europäische Sozialdemokratie in besonderem Maße. Es galt zu zeigen, dass mit ihrer Hilfe oligarchische Strukturen überwunden werden konnten, ohne dass dies – wie in Kuba – in eine kommunistische Herrschaft mündete.[51] Probleme gab es bei der Partnersuche. In Nicaragua fanden die Sozialdemokraten kein Gegenüber aus ihrem eigenen Lager vor: Es gab keine dem Demokratischen Sozialismus verpflichtete Partei. Auch innerhalb der sandinistischen Bewegung existierte keine politische Strömung, die originär sozialdemokratisch war. Hingegen war in El Salvador mit dem MNR eine Organisation vorhanden, die seit 1978 der SI angehörte.[52] Aber die Partei war klein und stützte sich vorrangig auf die in der Hauptstadt lebende akademische Mittelschicht.[53] Die Sozialdemokraten El Salvadors wollten ihre Schwäche dadurch kompensieren, dass sie die nationalen Grenzen überwanden, „weil eine isolierte Haltung in der heutigen Welt unsinnig ist".[54] Man hoffte durch den Anschluss an die Sozialistische Internationale auf größeres Ansehen und mehr Einfluss unter den fortschrittlichen Kräften des Lands sowie auf einen besseren Schutz für Leben und Freiheit der Parteiaktivisten. Die Hoffnung trog nicht. Bei SI-Generalsekretär Bernt Carlsson bedankte sich Parteichef Ungo kurz vor dem Umsturz vom Oktober 1979 für öffentliche Erklärungen der Solidarität. Die Gewalt gegen Oppositionelle sei infolgedessen etwas zurückgegangen; der Regierung sei klar, dass das Land nun unter Beobachtung stehe.[55] Internationale Kontakte zu ermöglichen, um ihre Anliegen vorbringen zu können – das war eine der wichtigsten Funktionen, welche die SI für ihre Mitglieder erfüllte. Auch in anderer Hinsicht zahlten sich die neuen Verbindungen aus: Die FES half bei der Ausstattung des Büros und bei der Bildungsarbeit der Partei.[56]

Als im Oktober 1979 der MNR in die Regierung eintrat, mobilisierte die Partei ihr Netzwerk erneut. Telegramme gingen an andere SI-Mitgliedsparteien, in denen um Beistand für die Junta durch Erklärungen international bekannter Parteiführer wie Brandt, Kreisky, Palme und Soares ersucht wurde. Ausdrücklich ermunterte Ungo seine ausländischen Genossen, sich zu engagieren: „Die Sozialistische Internationale und ihre Mitgliedsparteien haben hier eine Rolle auszufüllen. Die Erwartungen der Menschen in Lateinamerika und der Dritten

[51] Vgl. Artikel des Präsidenten der SI, Brandt, in „Socialist Affairs", November/Dezember 1979, in: Willy Brandt, Berliner Ausgabe (künftig: BA), Bd. 8: Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale, bearb. von Bernd Rother/Wolfgang Schmidt, Bonn 2006, Dok. 37, S. 280-287.

[52] Vgl. Turcios, Guillermo Manuel Ungo, S. 105.

[53] AdsD, FES-Hausakten, 11023, Dr. Heinrich-W. Krumwiede, Gutachten über Förderungsmaßnahmen für Parteien sozialdemokratischer Tendenz in Zentralamerika und der Karibik, Teil I: Zentralamerika: Guatemala, El Salvador, Honduras, Januar 1979.

[54] AdsD, WBA, A 13, 4, Movimiento Nacional Revolucionário El Salvador (künftig: MNR), Hector Oquelí, an SPD, Dingels, 7.7.1977.

[55] IISG, SI, 1155, MNR, Guillermo Ungo, an SI, Bernt Carlsson, 14./15.9.1977.

[56] AdsD, SPD-PV, 12060, MNR, Oquelí, an SPD, Wilhelm Dröscher, 20.7.1977.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Welt erfordern das."[57] Auch der MNR selbst benötigte angesichts der neuen Aufgaben verstärkte Unterstützung. Die Internationale vermittelte kurzfristig Hilfe für den MNR aus dem Solidaritätsfond der dänischen Arbeiterbewegung.[58]

Anfang Januar 1980 verließen die Sozialdemokraten die Junta, die daraufhin neu zusammengesetzt wurde und linke Reformkräfte nicht mehr einschloss. Der MNR und seine Unterstützer hatten mit der Möglichkeit einer derartigen Entwicklung gerechnet. Die FES hielt für Ungo und den Internationalen Sekretär der Partei, Hector Oquelí, Flugtickets nach Costa Rica bereit. Zwei Tage nach dem Rücktritt konnten sie auf diesem Weg das Land verlassen, um sich vor Repressalien zu schützen. Im Zielland wartete ein „Exil-Stipendium" der Ebert-Stiftung auf sie.[59] Bereits kurz danach konnte der MNR mit einer Tagung im FES-Bildungszentrum La Catalina in Costa Rica an die Öffentlichkeit treten. Die Teilnehmer riefen zu internationalen Protesten gegen die politische Verfolgung in El Salvador auf.[60] Ohne die Einbindung des MNR in das sozialdemokratische Netzwerk wäre die Zusammenkunft nicht möglich gewesen. Die Verbindung zur SI wurde von der Partei auch in anderer Hinsicht genutzt: Mitte Februar erbat der noch in San Salvador verbliebene Teil der Parteiführung von der Internationale die Adressen von Nachrichtenagenturen, europäischen Solidaritätskomitees sowie Menschenrechtsorganisationen.[61] Weltweit gestreute Informationen sollten die weitere Arbeit im Land absichern. Die in El Salvador erscheinende Zeitschrift *Estudios Centroamericanos* konstatierte im Juni 1980, dass im Land selbst die demokratischen Kräfte gegenüber den Extremen auf der Rechten und auf der Linken zwar schwach seien, der Beistand aus dem Ausland sie aber stark mache, und dieser erfolge im Wesentlichen über den MNR.[62]

Die Morde an Generalstaatsanwalt Mario Zamora im Februar und an Erzbischof Romero Ende März 1980, jeweils durch rechte Todesschwadronen, führten linke Christdemokraten und die Sozialdemokraten in ein Bündnis, aus dem bald darauf der *Frente Democrático Revolucionario* (FDR) entstand, zu dem auch die Kommunisten stießen. Am 1. Juli 1980 beschloss die MNR-Führung ein programmatisches Dokument, in dem sie für die Einheit aller revolutionären Organisationen eintrat; konkret bedeutete dies die Zusammenarbeit mit der Guerilla. Innerhalb des FDR garantiere der MNR auf nationaler und internationaler Ebene, dass El Salvador kein neues Kuba und auch kein neues Nicaragua werde.[63] Auch wenn

[57] Bruno Kreisky Archiv Wien, IX.27, SI, 17, „Übersetzung eines Telegramms" aus El Salvador, 22.10.1979.

[58] IISG, SI, 1155, SI, Carlsson, an Landesorganisationen Dänemark, Akjaer, 30.11.1979.

[59] AdsD, FES-Hausakten, 12699, Hermann Benzing/Wolfgang Heinrich Fischer an FES Bonn, 3.1.1980, und Centro de Estudios Democráticos de América Latina (künftig: CEDAL), San José, Costa Rica, 1. Halbjahresbericht 1980, 25.8.1980.

[60] IISG, SI, 1156, MNR/CEDAL/FES, Conferencia Internacional sobre „El Proceso de democratización en América Latina. El Caso de El Salvador", 30.1.–2.2.1980. Vgl. auch Turcios, Guillermo Manuel Ungo, S. 190. Die Tagung hatte in El Salvador stattfinden sollen, wurde aber nach dem Rückzug des MNR aus der Regierung verlegt.

[61] IISG, SI, 1156, MNR, an Hector [Oquelí], 17.2.1980.

[62] Vgl. Turcios, Guillermo Manuel Ungo, S. 215 f.

[63] Vgl. ebenda, S. 212 f.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sich El Salvadors Sozialdemokraten als die mäßigende Kraft im neuen Bündnis darstellten, kämpften sie doch ab jetzt an der Seite der marxistisch-leninistischen Befreiungsbewegungen gegen eine Regierung, an der die Christdemokraten beteiligt waren. Dass diese Bündnispolitik Rückwirkungen auf die Innenpolitik der Bundesrepublik haben und die Beziehungen der Partei des Kanzlers zu Washington belasten würde, war abzusehen.

V. Antiamerikanismus?

Bereits im März 1980 waren von der US-Regierung erste Befürchtungen gegenüber der El Salvador-Politik der SI gekommen. Noch waren es eher vage Hinweise, die auszuräumen nicht schwer fiel. Der Internationale Sekretär der SPD berichtete an seinen Parteivorsitzenden:

> „Meine amerikanischen Botschaftskontakte haben mir eine gewisse Beunruhigung des amerikanischen Außenministeriums signalisiert über jüngste Erklärungen der SI zur Lage in El Salvador. Ich habe in einigen Gesprächen darauf hingewiesen, daß die sozialdemokratischen Parteien die Ermordung von Parteifreunden dort nicht hinnehmen können, ohne sich in aller Deutlichkeit zu äußern.“[64]

Die Beschlüsse der SI-Regionalkonferenz für Lateinamerika, die vom 26. bis 28. März 1980 in der Dominikanischen Republik zusammentrat und an der auch Brandt als Präsident der Internationale teilnahm, verschärften die Spannungen mit den USA. Die Teilnehmer bekannten sich zum bewaffneten Kampf gegen repressive Diktaturen in der Region.[65] Beobachter nahmen die Beschlüsse als Linkswende in der Lateinamerika-Politik der SI wahr.[66] Prompt wurden die diplomatischen Vertretungen der USA in mehreren Ländern mit Non-Papers bei führenden Sozialdemokraten vorstellig, so auch bei Brandt.[67] Das größte Problem für Washington war die Unterstützung der SI für die Loslösung Puerto Ricos von den Vereinigten Staaten. Hinsichtlich El Salvadors kritisierten die USA, dass der sozialdemokratische MNR der extremen Linken durch das Bündnis Respektabilität verschaffe. Von SI, SPD und FES – die von den USA als eine Einheit angesehen wurden – erwartete man, für eine Verständigung zwischen der gemäßigten Lin-

[64] AdsD, SPD-PV, Internationale Abteilung, o. Sign., Ordner „Lateinamerika- und Karibikkomitee, Konferenz San Domingo“, Dingels, Vermerk für Brandt, 20.3.1980.

[65] Die Resolutionen sind abgedruckt in der ersten Ausgabe der „América Socialista“ von 1980, dem Organ des SI-Lateinamerikakomitees.

[66] Fondation Jean Jaurès Paris (künftig: FJJ), 60 RI (WB), 181, Pierre Schori, En el ojo de la tormenta. Conversaciones sobre la inminente revolución en América Central, Mai 1980, und IISG, SI, 1156, Arbejderbevegelsens Solidaritetsfond, Kopenhagen, an SI, Carlsson, 22.4.1980.

[67] Vgl. Wolfgang Lutterbach, Costa Ricas Grenzen der Autonomie. Zur Außenpolitik eines Kleinstaates in Mittelamerika, Saarbrücken 1989, S. 198, und Spiegel vom 4.8.1980: „Die Zeit des Gleichschritts ist vorüber“.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ken und der gemäßigten Rechten, sprich zwischen Sozial- und Christdemokraten El Salvadors, einzutreten. Dabei hatte Washington keine Konfrontation mit der SI im Sinn. Vielmehr zielte man auf eine Mäßigung ihrer Stellungnahmen, um künftig gemeinsam auftreten zu können. Die Regierung Carter war sich der schwachen Position der USA in Lateinamerika wohl bewusst: „Die Europäer stoßen gewöhnlich auf weniger Voreingenommenheit und können sich schneller Positionen erarbeiten, in denen ihre Vorschläge und ihr Rat akzeptiert und geschätzt werden. Da das Problem uns alle betrifft, ist es äußerst wichtig, dass wir zusammenarbeiten, um Wege zu seiner Lösung zu finden."[68] Um den Konflikt der SI mit den USA zu entschärfen, empfahl Brandt Ungo bei einem Treffen in Bonn Ende Juni 1980, in Washington auf der höchst möglichen Ebene Gespräche zu führen. Zugleich sicherte er dem MNR verstärkte materielle Unterstützung zu. Ungo erbat die Hilfe der SPD bei der Anbahnung der empfohlenen Kontakte; auch die mexikanische Regierung habe er um Vermittlung von Gesprächspartnern in Washington ersucht.[69] Mexiko und die SPD – für Ungo spielten sie in einer Liga. In der Tat wurde er im Juli 1980 in Washington von Vertretern der Carter-Administration empfangen.[70]

Als Kai-Uwe von Hassel, einer der Protagonisten des rechten CDU-Flügels und Vizepräsident der Christlich Demokratische Weltunion, das Thema El Salvador Mitte Juni 1980 in die bundesdeutsche Debatte einführte und dabei ähnliche Argumente wie die US-Regierung verwandte,[71] wurde ihr Zentralamerika-Engagement für die SPD auch zu einem innenpolitischen Problem, zumal am 5. Oktober 1980 Bundestagswahlen anstanden. Auch wenn die Erfolgsaussichten des Unionskandidaten Franz Josef Strauß nicht überwältigend waren, musste die Regierungspartei doch jeden Anschein von Dissens mit den USA vermeiden. Antiamerikanismus war ein gefährlicher Vorwurf, selbst für einen gestandenen Atlantiker wie Schmidt. Karsten Voigt, aufstrebender Außenpolitiker in der SPD-Bundestagsfraktion, berichtete Ende Juni 1980, im Nationalen Sicherheitsrat der USA halte man die Politik von SI und FES für „schädlich und kontraproduktiv".[72]

Für die SPD war nun vordringlich, Vorwürfen mangelnder Loyalität gegenüber dem Hauptverbündeten der Bundesrepublik entgegenzutreten. Gute Argumente waren erforderlich, um dem deutschen Publikum zu erklären, warum man in El Salvador den Kampf gegen eine christdemokratische Regierung unterstützte, hinter der die USA standen. Im Erich-Ollenhauer-Haus wurde eine Begründung erarbeitet, der zufolge die USA die Lage in Zentralamerika falsch einschätzten und die Strategie von SPD und SI dazu diente, ein zweites Kuba zu verhindern. Von Washington forderte man eine größere Gesprächsbereitschaft gegenüber dem MNR.[73] Brandts Lateinamerika-Fachmann, Klaus Lindenberg, nutzte die Feiern

[68] AdsD, 1/HEAA 000442, The Socialist International, the Ebert Stiftung, and Central America.
[69] Ebenda, Lindenberg an Brandt, 24.6.1980.
[70] Vgl. Turcios, Guillermo Manuel Ungo, S. 215 f.
[71] Bundespresseamt (künftig: BPA), CDU-Pressemitteilung, 13.6.1980.
[72] AdsD, SPD-PV, 10771, Karsten Voigt, Vermerk für Brandt u. a., 25.6.1980.
[73] Ebenda, Dingels, Vermerk zur Sitzung des Sechserkreises, 3.7.1980, und Protokoll der Sitzung, 3.7.1980.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zum Jahrestag der sandinistischen Revolution am 19. Juli 1980, um in Managua mit Castro und anderen über El Salvador zu reden. Der Kubaner sprach sich – wie zu erwarten – dafür aus, den FDR zu unterstützen. Lobend hob er hervor: „Zum ersten Mal würden revolutionäre und sozialdemokratische Kräfte zusammenarbeiten. Er wertete das Engagement insbesondere der schwedischen und der deutschen Sozialdemokraten in El Salvador als ermutigend."[74] Gerade dieses Engagement war für die USA-Politik der SPD problematisch. Entweder Lob von Castro oder Lob aus Washington – nur eines davon war möglich.

Ende Juli 1980 reiste Wischnewski in die Vereinigten Staaten. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende war bis dahin nur als Nordafrika- und Nahost-Experte der SPD aufgetreten. Zu Lateinamerika hatte er keine engeren Beziehungen und sprach auch nicht Spanisch. Aber er war in internationalen Fragen erfahren, genoss das Vertrauen von Schmidt und von Brandt und verfügte über großes Verhandlungsgeschick. „Im wesentlichen" ging es ihm darum, „die unterschiedlichen Sichtweisen der Mittelamerika-Problematik nicht zu einem Wahlkampfthema in der Bundesrepublik werden zu lassen".[75] In Washington war ihm aber nicht viel Erfolg beschieden. Seine amerikanischen Gesprächspartner, unter ihnen Außenminister Edmund Muskie und Verteidigungsminister Harold Brown, forderten den Bruch des MNR mit der Guerilla.[76] Wischnewski betonte mehrfach, bisher beruhe die Beurteilung der Lage durch die SPD auf Erkenntnissen von lateinamerikanischer Seite; man werde sich nun um eigene Einschätzungen bemühen.[77] Tatsächlich verfügte die SPD über die FES-Büros bereits jetzt über authentische Informationen. Im Lichte der weiteren Entwicklung muss man Wischnewskis Ausführungen als Versuch werten, so kurz vor der Bundestagswahl keinen offenen Dissens mit den USA zuzulassen.

Die beschwichtigende Darstellung half nicht. Außenminister Muskie wurde nach der Abreise des Deutschen mit der Aussage zitiert, dass eine gemeinsame Politik der USA und der Bundesrepublik gegenüber Lateinamerika nicht mehr möglich sei.[78] Auch im Auswärtigen Amt gab es Kritik daran, dass sich SI, SPD und FES an die Seite des FDR stellten:

> „Unsere Bemühungen, SPD und FES dafür zu gewinnen, daß sie diese, die Polarisierung unvermeidlich verstärkende einseitige Unterstützung einschränken und ihren Einfluß in Richtung auf Verständigungsbereitschaft geltend machen,

[74] AdsD, WBA, A 13, 37, Lindenberg an Brandt, 23.7.1980.
[75] AdsD, 1/HEAA 000442, Lindenberg, Aufzeichnung, 18.11.1980
[76] Ebenda, Lindenberg, Aufzeichnung, 29.7.1980.
[77] Vgl. Aufzeichnung des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wischnewski, 9.8.1980, in: AAPD 1980, bearb. von Tim Geiger/Amit Das Gupta/Tim Szatkowski, Bd. 2, München 2011, Dok. 229, S. 1209-1215.
[78] IISG, SI, 1132, Latin America Weekly Report, 34, 29.8.1980. Vgl. auch den Bericht im Spiegel vom 4.8.1980: „Die Zeit des Gleichschritts ist vorüber".

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

stießen zwar auf gewisses Verständnis, hatten aber offenbar nur begrenzten Erfolg, insbesondere, was die Haltung der Sozialistischen Internationale angeht."[79]

Die Zusage, sich um zusätzliche Informationen zu bemühen, war kein Lippenbekenntnis. Bald nach seiner Rückkehr bat Wischnewski den ehemaligen Präsidenten Costa Ricas und Vize-Vorsitzenden der SI, Oduber, um eine offene Einschätzung zu El Salvador.[80] Odubers Partei, der PLN, war entschieden antikommunistisch. Von ihm konnte der deutsche Sozialdemokrat erwarten, dass sein Urteil nicht von übermäßiger Sympathie für Kuba-nahe Kräfte beeinflusst war. „Streng vertraulich", antwortete Oduber, dass die Junta sich nicht gegen die „faschistischen Militärs" durchsetzen könne. Auf Seiten der Guerilla dominierten die pro-kubanischen Kräfte. Sein Rat lautete, dass sich die gemäßigten Kräfte im Militär mit den weniger radikalen Teilen der Opposition verständigen müssten. Dabei sei aber die Zustimmung des gesamten FDR, des politischen Bündnisses der Opposition, unerlässlich.[81] Odubers Rat hatte wenig Aussicht auf Realisierung, erinnerte er doch stark an das Modell der gerade erst gescheiterten Reform-Junta. Doch hatte die Einschätzung des führenden Kopfs der gemäßigten lateinamerikanischen SI-Mitglieder das negative Urteil über die christdemokratische Regierung und damit in gewisser Weise auch den seit Anfang 1980 von der SPD eingeschlagenen Kurs bestätigt.

Konzilianter als Muskie zeigten sich im September US-Diplomaten gegenüber dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Horst Ehmke. Die US-Regierung wolle gemeinsam mit der SI eine weitere Polarisierung in Lateinamerika verhindern und stattdessen eine Demokratisierung des Subkontinents erreichen. Der grundlegende Dissens, ob die Junta in El Salvador Teil der Lösung (so die USA) oder Teil des Problems (die Einschätzung der SI) sei, konnte im Gespräch nicht überwunden werden.[82]

Um Orientierung in dieser schwierigen Situation bemüht, hielt die FES Mitte Oktober 1980 – nach dem Wahlsieg der sozial-liberalen Koalition – in Bonn ein hochrangig besetztes, internationales Expertengespräch über Zentralamerika ab, an dem auch Luigi R. Einaudi, Lateinamerika-Spezialist des *State Department* teilnahm.[83] Im Juli war er in Washington einer der Gesprächspartner von Wischnewski gewesen. Am Rande der Konferenz traf er Ehmke, der sich inzwischen intensiver als Wischnewski mit Lateinamerika befasste. Einaudi formulierte als unverändertes Ziel seiner Regierung gegenüber der Sozialdemokratie, „gemeinsame demokratische Positionen zu finden". Die USA und die SI sollten versuchen, die demokratischen Kräfte in El Salvador zu einen. Für Einaudi gehörten dazu

[79] Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer, 19.1.1981, in: AAPD 1981, Bd. 1, Dok. 11, S. 63.

[80] AdsD, 2/PVCY000029, Wischnewski an Daniel Oduber, 11.8.1980.

[81] AdsD, FES-Hausakten, 16367, Oduber an Wischnewski, 21.8.1980.

[82] AdsD, 1/HEAA 000442, Lindenberg, Aufzeichnung, 1.10.1980, und FJJ, 60 RI (WB), 185, Antoine Blanca an Lionel Jospin, o. D.

[83] AdsD, SPD-PV, 12135, Expertengespräch: Perspektiven Zentralamerikas nach dem Volksaufstand in Nicaragua, 16./17.10.1980.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Teile des FDR, allerdings nicht das gesamte Oppositionsbündnis, wie es die SPD sah, und die an der Junta beteiligten Christdemokraten. Der amerikanische Diplomat schlug daher vor, die internationalen Zusammenschlüsse von Christ- und Sozialdemokraten sollten in dieser Frage kooperieren. Ehmke sagte zu, dies zu prüfen, und versprach, die SPD werde beim bevorstehenden SI-Kongress Mitte November in Madrid mäßigend wirken. Einaudis Wunsch, die deutsche Entwicklungshilfe für El Salvador wieder aufzunehmen, hielt Ehmke nicht für zielführend. Sie war im Februar 1980 eingestellt worden, weil die Sicherheitslage immer prekärer geworden war. Wenn die SPD sich dafür einsetze, dies zu widerrufen, dann – so Ehmke – würde sie ihre lateinamerikanischen Partner vor den Kopf stoßen und sich selbst jedes Einflusses berauben, was nicht im Interesse der USA liegen könne.[84]

In El Salvador ging unterdessen die Formierung der gegnerischen Blöcke weiter. Ende Oktober 1980 schlossen sich die Guerilla-Organisationen zum *Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional* (FMLN) zusammen. Der FDR, also auch die dazu gehörenden Sozialdemokraten vom MNR, ging ein Bündnis mit dem FMLN ein und verstand sich nun als dessen politischer Arm. Das Ziel war der Sturz der Regierung. Diese aber wurde immer stärker von der Hauptströmung der Christdemokraten geprägt. Am 22. Dezember 1980 stieg Duarte auf Druck aus Washington, wo noch Carter regierte, zum Präsidenten der Junta auf.[85]

Mitte November 1980 trat in Madrid der zweijährlich tagende SI-Kongress zusammen. Der Vorsitzende des Lateinamerika-Komitees, Peña Gómez aus der Dominikanischen Republik, lobte die deutschen Genossen, die in der El Salvador-Frage trotz der Kritik aus den USA standhaft geblieben seien.[86] Wie üblich auf SI-Treffen waren die Gespräche am Rande mindestens so wichtig wie die Plenarberatungen. Wischnewski traf sich mit den MNR-Führern Ungo und Oquelí, die ihn darüber informierten, dass die Guerilla noch vor Reagans Amtsantritt „eine politisch-militärische Situation" erreichen wolle, die Verhandlungen „unausweichlich" machen würde. Dies war nicht weniger als die Ankündigung eines bewaffneten Aufstands gegen die Regierung. Sollte es dann wirklich zu Verhandlungen kommen, würde Mexiko und der Bundesrepublik zusammen mit den USA „ein möglicherweise entscheidendes politisches Gewicht zufallen".[87] Mit anderen Worten: Die Bundesregierung sollte sich darauf einstellen, in einem international weithin beachteten Konflikt neben der Regionalmacht Mexiko und dem Hegemon der Hemisphäre als dritte Kraft aufzutreten. Dies wäre ein Novum in der Außenpolitik der Bundesrepublik gewesen.

Ungo und Oquelí erklärten zudem, dass der MNR, trotz der geringen Zahl von Mitgliedern und obwohl die Partei keine bewaffneten Kräfte kommandierte, dennoch innerhalb des Oppositionsbündnisses FDR großen Einfluss besitze, weil sie

[84] AdsD, 1/HEAA 000442, Lindenberg, Aufzeichnung, 20.10.1980.
[85] Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 63.
[86] Archiv der Fundação Mário Soares, Lissabon, 00638.003, Rede von Peña Gomez auf dem SI-Kongress Madrid, November 1980.
[87] AdsD, 1/HEAA 000442, Lindenberg, Aufzeichnung, 18.11.1980.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„die einzige politische Kraft sei, die Zugang zu internationalen Verbindungen habe". Wischnewski versicherte den Genossen aus El Salvador die volle Solidarität der SPD: Die „Pressionen der Vereinigten Staaten anläßlich des SI-Kongresses in Madrid" hätten gezeigt, dass eine gemeinsame Haltung mit den Vereinigten Staaten im Falle El Salvadors nicht mehr möglich sei. Das sei die offizielle Position der deutschen Sozialdemokratie.[88] Das war starker Tobak und im Falle öffentlichen Bekanntwerdens geeignet, massiven Washingtoner Protest hervorzurufen. Alle Versuche der zurückliegenden Monate, zu einer Annäherung der Positionen der Regierung Carter und der SPD zu kommen, waren gescheitert. Ab Ende 1980 kämpften somit die von der parteinahen FES und der SI unterstützten Sozialdemokraten in einem militärischen Bündnis gegen Christdemokraten, hinter denen die USA standen. Nicht erst unter Reagan, sondern bereits unter Carter war es also in der El Salvador-Frage zum Bruch zwischen der Sozialdemokratie und dem Weißen Haus gekommen.

VI. Neuer Kurs in Washington und Bürgerkrieg in El Salvador

Ronald Reagans Wahlsieg gab der extremen Rechten in El Salvador Auftrieb. Im November 1980 ermordeten Todesschwadronen die im Lande operierende FDR-Führung. Ungo und der linke Christdemokrat Rubén Zamora übernahmen nun vom Exil aus die Führung der Allianz aus linken Oppositionsparteien.[89] Wieder versuchte der MNR, durch Protestschreiben aus dem Ausland dem Terror Einhalt zu gebieten. SI-Generalsekretär Carlsson und Brandt forderten, die USA und andere Länder, die gegenwärtig die Junta unterstützten, sollten ihre Politik überprüfen.[90]

Zugleich versuchte Brandt weiterhin, die Chancen für einen Kompromiss zwischen den verfeindeten Lagern El Salvadors auszuloten. Lindenberg reiste Mitte Dezember 1980 in seinem Auftrag nach Kuba, um „Elemente für eine Verhandlungslösung zu finden".[91] Sein Chef kümmerte sich derweil um eine Verständigung mit der Christlich Demokratischen Weltunion. An deren Spitze stand der Italiener Mariano Rumor. Dessen Partei orientierte sich in Fragen der Dritten Welt weniger eng an den USA als die CDU, und natürlich entfiel auch der Impetus, aus innenpolitischen Gründen die SPD als anti-amerikanisch darzustellen. Brandt und Rumor trafen sich am 18. Dezember 1980 in Bonn; sie „stimmten darin überein, daß ein Gegeneinanderwirken christdemokratischer und sozialistischer Kräfte in El Salvador die Gefahr einer lange andauernden Rechts-Diktatur wesentlich verschärft".[92]

Die Befreiungsbewegung FMLN ließ sich aber nicht von ihren Plänen abbringen, vor dem Machtwechsel in Washington ihre Position entscheidend zu verbes-

[88] Ebenda.
[89] AdsD, SPD-PV, 10891, Botschaft der Bundesrepublik in Mexiko an Auswärtiges Amt Bonn, 29.5.1981. Vgl. auch LeoGrande, Backyard, S. 59.
[90] AdsD, SPD-PV, 10885, SI, Carlsson, an Brandt, 28.11.1980.
[91] AdsD, 1/HEAA000441, Lindenberg, Aufzeichnung, 17.12.1980.
[92] AdsD, WBA, A 11.13, 146, Andreas Zobel, Vermerk für Thomas Mirow, 19.12.1980.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sern. Am 10. Januar 1981 startete die Guerilla die von ihr sogenannte Schlussoffensive. Die tatsächlichen militärischen Erfolge blieben weit hinter den Erwartungen zurück, weil der erhoffte Volksaufstand ausblieb.[93] Immerhin kontrollierte die Guerilla seither Teile des Staatsgebiets. Endgültig herrschte in El Salvador Bürgerkrieg, mit erkennbaren Fronten und Herrschaftsbereichen. Am 20. Januar berichtete José Francisco Peña Gomez, Vorsitzender des Lateinamerika-Komitees der SI, Brandt, dass er Ungo und anderen FDR-Führern erklärt habe, sie müssten sich jetzt um eine Verhandlungslösung mit den USA bemühen, da ein militärischer Sieg unmöglich sei.[94] Der Sechserkreis, in dem FES und SPD die internationale Politik untereinander abstimmten, übernahm diese Einschätzung. Aber wenn die SPD auch eine Verhandlungslösung bevorzugte, schloss sie die Unterstützung des bewaffneten Kampfs nicht kategorisch aus, sofern kein anderer Weg für gesellschaftliche Veränderungen blieb.[95]

Auch bei der Opposition El Salvadors setzte ein Nachdenken über die weitere Strategie ein. Die SPD gewann den Eindruck, dass sich der MNR vom militärischen Weg als einziger Option absetzte, nur werde dies leider nicht öffentlich gemacht. Als Oquelí, Internationaler Sekretär der Partei, Ende Januar/Anfang Februar 1981 nach Bonn kam, lautete seine Botschaft, dass die Opposition Gespräche mit den USA suche. An die SPD richtete er die Bitte, sich vermittelnd einzuschalten.[96] Er hatte sich überdies zum Ziel gesetzt, bei Westeuropas Sozialdemokraten 30.000 US-Dollar für den MNR zu sammeln. Bisher war die FES die einzige europäische Institution, die nennenswerte Hilfe leistete. Oquelí wurde von der Ebert-Stiftung voll bezahlt, zudem bekamen zehn MNR-Vertreter Stipendien der Bildungsinstitution *Centro de Estudios Democráticos de América Latina* (CEDAL) in Costa Rica. Die Zuwendungen der mexikanischen Staatspartei PRI lagen aber nach Angaben der salvadorianischen Partei weit über denen der FES. Es bestünde die Gefahr einer völligen Abhängigkeit des MNR von den mexikanischen Gast- und Geldgebern.[97] Aus Mitteln des von der SPD getragenen Vereins „Internationale Solidarität" erhielt der MNR daraufhin einmalig 50.000 DM.[98] Der Solidaritätsfond der dänischen Arbeiterbewegung stellte 50.000 Kronen (etwas über 15.000 DM) zur Verfügung.[99]

Nach dem Treffen Wischnewski – Oquelí ersuchte die SPD den designierten Assistant Secretary of State for European Affairs im US-Außenministerium, Eagle-

[93] Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 68, S. 89 und S. 134.
[94] AdsD, SPD-PV, 10888, Peña Gomez an Brandt, 20.1.1981.
[95] AdsD, FES-Hausakten, 16367, Dingels an die Mitglieder des Sechserkreises, 26.1.1981.
[96] AdsD, SPD-PV, 10891, Dingels, Aufzeichnung, 3.2.1981, und Dingels an Rudolf Bindig, MdB, 5.2.1981.
[97] Ebenda, Dingels an FES, 3.2.1981; FES-Hausakten, 12701, Dietmar Kneitschel, Bonn, Vermerk für Siegfried Bangert, 20.1.1981; FES Costa Rica, 1. Halbjahresbericht 1981; FES-Hausakten, 12708, FES Bonn an FES Mexiko, 9.1.1981; FES-Hausakten, 12747, FES, The Friedrich-Ebert-Stiftung and El Salvador, 20.2.1981, und FES-Hausakten, 16329, Ernst Kerbusch an Günter Grunwald u. a., 24.4.1981.
[98] AdsD, SPD-PV, 10891, Dingels an Wischnewski, 12.8.1981, und Vermerk Dingels, 13.8.1981.
[99] IISG, SI, 1157, Carlsson, 25.8.1981, und 1146, Arbejderbevegelsens Solidaritetsfond, Kopenhagen, an Carlsson, 16.9.1981.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

burger, um eine vertrauliche Unterredung mit Ungo.[100] Auch zur Erläuterung der eigenen Position hielt man in der SPD Gespräche mit der neuen Administration für äußerst dringlich. Dingels beschrieb erneut die Herausforderung, vor der die SPD stand: „Oberstes Ziel für uns muß sein, den schmalen Pfad zwischen der Solidarität zur MNR und den nationalen und bündnismäßigen Interessen so zu gehen, daß wir einigermaßen unbeschadet aus der Sache herauskommen, ehe, was ich befürchte, die Entwicklung uns aus den Händen genommen wird."[101] Keine zwei Wochen später konnte der Internationale Sekretär mitteilen, Eagleburger habe versprochen, die wichtigsten europäischen Verbündeten anzuhören.[102]

Aber die kalte Dusche ließ nicht lange auf sich warten. Am 4. März 1981 teilte Eagleburger dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wischnewski mit, dass er die Bemühungen der Sozialdemokraten begrüße, „Ungo und seine nicht-marxistisch-leninistischen Partner von den salvadorianischen Guerilla-Elementen zu trennen", was aber gar nicht die Absicht der SPD war. Deren eigentlichem Anliegen erteilte er zugleich eine Abfuhr: Die USA würden sich mit Ungo erst treffen, wenn er sich erstens öffentlich zu einer Lösung durch Wahlen bekannt und sich zweitens mit Duarte getroffen habe, um diese zu diskutieren. Und auch dann werde die Regierung in Washington ihn nur „in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der sozialdemokratischen MNR" empfangen.[103] Zu Gesprächen mit dem Oppositionsbündnis FDR, dem Ungo ebenfalls vorstand, waren die USA nicht bereit. Für die neue US-Regierung war Zentralamerika der Ort, an dem der globale Vormarsch des Kommunismus gestoppt werden musste. Die Region sollte ein Test für die Loyalität der Verbündeten der USA werden, so Außenminister Alexander Haig in einem vertraulichen Pressegespräch am 12. Februar 1981.[104] Aber die USA unter Reagan verstanden unter einer politischen Lösung für El Salvador etwas ganz anderes als die SPD: Washington hielt Wahlen in der gegebenen Situation für durchführbar, während die Sozialdemokraten auf die Bedrohung von Oppositionspolitikern durch Todesschwadronen verwiesen, die Wahlen unmöglich machten. Und die USA lehnten es ab, sich an den Verhandlungstisch zu setzen, denn sie seien in El Salvador keine Konfliktpartei.

VII. Rückwirkungen auf die Bundesrepublik

Während für die SPD das Ausmaß der Probleme mit der neuen US-Regierung deutlich wurde, begann ihre Zusammenarbeit mit der Opposition und der Gue-

[100] AdsD, SPD-PV, 10891, Dingels, Aufzeichnung, 3.2.1981, und Dingels an Bindig, 5.2.1981.
[101] Ebenda, 11096, Dingels, Vermerk Sitzung des Lateinamerika- und Karibik-Komitees der SI, 24.2.1981.
[102] Ebenda, 10891, Dingels, Vermerk für Peter Glotz, 24.2.1981.
[103] AdsD, NL Wischnewski, 619, Message for Wischnewski from Lawrence Eagleburger, 4.3.1981.
[104] Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 80 f. und S. 86. Ähnlich der Spiegel vom 23.2.1981: „El Salvador. Lackmus-Test für die Allianz". Dort hieß es: „Nicht Salt, nicht Auf-, Ab- oder Nachrüstung, nicht Neutronenwaffe oder Entspannung, ausgerechnet die Mini-Republik El Salvador wird also zum Lackmus-Test – und zur Zerreißprobe – der Allianz."

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rilla El Salvadors in der Bundesrepublik zugleich hohe Wellen zu schlagen. Auslöser war ein Interview des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler am 1. Februar 1981, in dem er erklärte, zur Duarte-Regierung gebe es keine demokratische Alternative.[105] SPD-Sprecher konterten, Duarte habe vielleicht ehrenwerte Absichten, könne sich aber gegen die Militärs und deren Todesschwadronen nicht durchsetzen. Weitere CDU-Mitglieder stellten sich nun an Geißlers Seite.[106] Die publizistische Auseinandersetzung zwischen der Regierungspartei und der Opposition nahm im Februar und März 1981 in der bundesdeutschen Presse großen Raum ein. „Alle reden von El Salvador" schrieb Dirk Cornelsen in der *Frankfurter Rundschau*.[107] Wischnewski traf sich in dieser Situation mit CDU-Generalsekretär Geißler und erklärte: „Die SPD hat zu keinem Zeitpunkt Stellungnahmen zugunsten militärisch operierender Untergrundbewegungen abgegeben, auch wenn sie Verständnis für solche zeigt, die angesichts nahezu aussichtsloser und unhaltbar gewordener Zustände glauben, daß eine Veränderung nur mit Waffengewalt zu bewältigen ist."[108] Geißler und Wischnewski einigten sich darauf, in El Salvador über ihre jeweiligen Kanäle auf eine Verständigung zwischen den Demokraten in beiden Lagern hinzuwirken und das Thema nicht mehr in die bundesdeutsche Innenpolitik zu ziehen.[109] Andere Politiker aus den Reihen der CDU blieben aber beim scharfen Ton gegenüber der SPD. Ottfried Hennig (MdB) warf ihr vor, „am Tod vieler unschuldiger Menschen" mitverantwortlich zu sein, wenn sie ihre El Salvador-Politik nicht ändere.[110] Die sozialdemokratischen Wortmeldungen beschäftigten sich mehr mit der Politik der USA, deren Glaubwürdigkeit – wie die des gesamten Westens – in Lateinamerika in Gefahr sei. In einem Interview mit der *Zeit* betonte Ehmke: „Die Glaubwürdigkeit ist übrigens auch ein wesentliches Instrument politischer Stärke."[111]

VIII. Brandt und Wischnewski suchen einen Weg zum Frieden in El Salvador

Zusätzliche Schwierigkeiten für die SPD brachte ein Beschluss des SI-Lateinamerika-Komitees Anfang März 1981. Das Komitee bot sich in El Salvador als Vermittler an, was schwer zu vereinbaren war mit der Parteinahme für den MNR. Brandt wurde gebeten, beim US-Präsidenten vorstellig zu werden, damit dieser sich an

[105] BPA, Rundfunk-Auswertung, WDR, „Auslandsstudio", Interview mit Heiner Geißler, „z. Z. El Salvador", 1.2.1981.

[106] BPA, Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Nr. 109, 2.2.1981, und Deutschland-Union-Dienst, 35. Jg., Nr. 22, 3.2.1981.

[107] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 6.3.1981: „Beim Frühstück entstand die Idee zur Vermittlung".

[108] AdsD, SPD-PV, 10891, Dingels, Vermerk für Wischnewski, 12.2.1981.

[109] BPA, Rundfunk-Auswertung, SWF, „Heute Mittag", 5.2.1981; „Deutschlandfunk", 6.2.1981; Deutschland-Union-Dienst, 35. Jg., Nr. 22, 3.2.1981, und Frankfurter Rundschau, 6.3.1981.

[110] BPA, Deutschland-Union-Dienst, 35. Jg., Nr. 22, 3.2.1981; Deutschland-Union-Dienst 16.2.1981, und Deutsche Tagespost, 27.3.1981, Leserbrief Christoph Müllerleile (Stellvertretender Sprecher der CDU).

[111] Zeit vom 13.2.1981: „Duarte ist Werkzeug".

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Suche nach einer politischen Lösung beteilige.[112] Die Bitte war mit Brandt nicht abgesprochen. Der Vorstoß nötigte ihn zur Suche nach einem Weg, der weder das SI-Komitee bloßstellte noch ihn auf eine aussichtslose Mission nach Washington führte. Die Lösung bestand darin, zum einen Wischnewski im Auftrag des SI-Präsidenten auf eine Erkundungsreise nach Zentralamerika und Kuba zu schicken. So konnte eine gewisse Form von Vermittlung erreicht werden, ohne sich formell für neutral zu erklären und damit den MNR zu desavouieren. Zum anderen intensivierte Brandt die Kontakte mit der Christlich Demokratischen Weltunion. Auch innenpolitisch versprach dies für Brandt eine Verbesserung seiner Position: Angriffe aus der CDU auf seine El Salvador-Politik konnten mit dem Hinweis auf das gemeinsame Vorgehen auf internationaler Ebene entkräftet werden. Brandt setzte darauf, sich über die Köpfe von Helmut Kohl und Heiner Geißler hinweg mit Mariano Rumor zu verständigen und damit die CDU-Führung in dieser Frage zu neutralisieren, sowohl international wie auch innenpolitisch. Die Chancen dafür standen gut. In der christdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament waren CDU/CSU mit ihrer Haltung zu El Salvador isoliert.[113]

Brandt und Rumor trafen sich am 12. März, nachdem sie bereits im Dezember 1980 und Januar 1981 über Zentralamerika gesprochen hatten.[114] Für den FDR konnte Brandt mitteilen, dass „auf dieser Seite eine weitreichende Bereitschaft für Schritte, die zu einer politischen Lösung führen, vorhanden ist". Die Christlich Demokratische Weltunion übernahm es, die Haltung von Präsident Duarte zu erkunden. Auch für das Verhältnis der SPD und der von ihr getragenen Bundesregierung zu den Vereinigten Staaten versprach die Abstimmung zwischen SI und Christlich Demokratischer Weltunion von Nutzen zu sein. Mitte März übergaben daher Wischnewski und Rumor gleichzeitig den US-Botschaften in ihren Ländern jeweils ein Non-Paper zu den Positionen der Sozialistischen beziehungsweise Christdemokratischen Internationale zu El Salvador.[115] Ziel war ein gemeinsamer Besuch von Vertretern der italienischen *Democrazia Cristiana* und der SPD in Washington im Herbst 1981. Dort wollte man erläutern, „daß die starke Fixierung Washingtons auf die Abhaltung von Wahlen zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher einer politischen Lösung hinderlich als förderlich ist", denn für Oppositionelle würde eine Kandidatur das Todesurteil bedeuten. „Die Amerikaner scheinen sich nicht über die psychisch-politische Tragweite dieser Frage [El Salvador] nicht nur bei uns, sondern auch im übrigen Europa bewußt zu sein."[116] Unterdessen bereitete sich Wischnewski auf seine Erkundungsreise vor. Ende März 1981 traf er in Bonn mit Bischof Arturo Rivera y Damas zusammen, Nachfolger des ein Jahr zuvor ermordeten Erzbischofs Óscar Romero an der Spitze der Erzdiözese San Salvador. Dieser berichtete, „daß die Mehrheit der Bevölkerung weder für

[112] FJJ, 60 RI (WB), 186.
[113] Spiegel vom 2.2.1981: „Die Christdemokraten unterstützen die Militär-Junta El Salvadors".
[114] AdsD, SPD-PV, 11998, „Zur Information", o.V., o.D., und Ronald Reagan Library (künftig: RRL), NSC [Nationaler Sicherheitsrat] # 8100882, National Security Council, Memorandum von Roger Fontaine für Richard V. Allen, 3.3.1981.
[115] AdsD, NL Wischnewski, 618, Lindenberg, Aufzeichnung, 16.3.1981.
[116] AdsD, SPD-PV, 10926, Dingels an Horst Ehmke, 1.7.1981.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rechts noch für links optiert. […] Um es mit einem Wort zu sagen, die Junta wird als das kleinere Übel angesehen."[117] Das war eine ganz andere Einschätzung, als sie der MNR den europäischen Sozialdemokraten geliefert hatte.

Vorbereitende Gespräche führte Wischnewski auch mit der US-Administration und der Regierung von Mexiko. Dort sprach er mit Staatspräsident José López Portillo (und nachts im Hotel mit Gabriel García Márquez), in der Wohnung des dortigen FES-Vertreters auch mit der FDR-Führung im Exil, in El Salvador mit Junta-Chef Duarte, in Costa Rica mit dem früheren Präsidenten Oduber und dessen PLN-Parteigenossen und Kandidaten für das höchste Staatsamt, Luis Alberto Monge. In Panama traf er Omar Torrijos, dessen Regierung ihm zur Bewältigung des Reiseprogramms ein Flugzeug zur Verfügung stellte. Außerhalb von El Salvador war die Reaktion durchweg positiv. Dem entsprach auch Lindenbergs Resümee: „Von deutscher Seite war dies der – erste und erfolgreiche – Versuch, mit allen an dem El Salvador-Konflikt intern und extern Beteiligten" Gespräche zu führen, „die vielleicht zu einer politischen Lösung beitragen könnten". Den Erfolg maß Lindenberg am selbst gesteckten Ziel, mit allen ins Gespräch zu kommen. In dieser Hinsicht wurde der Plan sogar übererfüllt – selbst Castro, der ursprünglich gar nicht auf der Liste gestanden hatte, ließ sich einbeziehen.[118] Positiv wirkte Wischnewskis Mission auch in der Bundesrepublik, jedenfalls für die SPD. Die Reise habe dazu beigetragen, so resümierte Lindenberg, „daß die El Salvador-Frage nicht mehr wie zuvor Gegenstand innenpolitischer Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik ist".[119]

Den Frieden in El Salvador brachte Wischnewskis Mission dennoch nicht näher. Am Ende der Reise hatte er Vorschläge der Opposition an die Regierung übermittelt, die diese zu prüfen versprach. Viel war das nicht. Am 8. Mai 1981 meldete die *Times*, die Armeeführung von El Salvador habe Wischnewskis Versuch, alle Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen, eine Absage erteilt.[120] Auch die US-Botschaft in Bonn informierte er über die Ergebnisse seines Aufenthalts. Man gab ihm indes zu verstehen, dass die Vereinigten Staaten „gegenüber internationalen Vermittlungsbemühungen inzwischen eine noch erheblich deutlicher kritische Haltung einnehmen, als dies zur Zeit meiner Mittelamerika-Reise erkennbar sein konnte".[121] Missfallen in Washington erregte auch Wischnewskis Treffen mit Castro.[122]

[117] AdsD, NL Wischnewski, 618, Dingels, Vermerk für Wischnewski, 30.3.1981.
[118] AdsD, 2/PVCY0000182, Lindenberg, Zusammenfassender Bericht, 23.4.1981.
[119] AdsD, Dep. Lindenberg, 11, Lindenberg an Wischnewski, 16.6.1981.
[120] AdsD, SPD-PV, 10891, „Times" vom 8.5.1981.
[121] Ebenda, 10774, Vermerk Wischnewski an Helmut Schmidt, 18.5.1981; auch RRL, Jacqueline Tillman Files, Socialist International Panama Meeting on El Salvador, 90502, US-Botschaft Bonn, William M. Woessner, an State Department, 27.5.1981.
[122] Spiegel vom 4.5.1981: „US-Kritik an Wischnewski".

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

IX. Wahlen in El Salvador

In den folgenden Monaten gewann die Frage baldiger Wahlen in El Salvador an Bedeutung. Duarte und Reagan wollten den Urnengang so schnell wie möglich. Dahinter stand die Erwartung, dass darüber das Bündnis zwischen Demokraten (MNR) und Revolutionären (FMLN und KP) zerbrechen würde. Die Gegenseite, auch der MNR, blieb dabei, dass freie Wahlen unter den obwaltenden Umständen undurchführbar seien. Verhandlungen müssten überhaupt erst die Bedingungen für einen fairen Urnengang schaffen.[123] Rückendeckung erhielt der MNR durch den Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 16. Dezember 1981, dass in El Salvador nicht die Mindestbedingungen für freie Wahlen existierten.[124] Selbst Duarte sah sich nicht in der Lage, eventuellen FDR-Kandidaten eine Sicherheitsgarantie zu geben.[125] Für die SPD war es dennoch schwer, gegen allgemeine Wahlen zu argumentieren, war dies doch einer ihrer zentralen Programmpunkte, der sie von Kommunisten unterschied und in früheren Epochen auch von Konservativen abgegrenzt hatte, als diese noch ein Klassenwahlrecht verteidigten. Nachdem Anfang Januar der Wahltermin auf Ende März 1982 festgelegt worden war, stand die SPD zusätzlich vor der Entscheidung, ob sie – wie von der Regierung Duarte und den USA gewünscht – Beobachter entsenden sollte. In der SPD hielt man die Wahlen mehrheitlich für eine Farce. Einige Mitglieder der Bundestagsfraktion warnten aber davor, mit der Mittelamerika-Frage ein zusätzliches Konfliktfeld mit Washington zu eröffnen. Sicherlich dachten sie dabei an die Debatten über den Nachrüstungsbeschluss und über die Reaktion auf das im Dezember in Polen verhängte Kriegsrecht. Ehmke als stellvertretender Fraktionsvorsitzender war anderer Meinung und empfahl, bei der harten Haltung zu bleiben und den eingeschlagenen Kurs weiter zu verfolgen. Dabei gehe es nicht zuletzt um das Ansehen der deutschen Sozialdemokratie in Lateinamerika.[126]

Den USA lag sehr daran, dass die SPD Wahlbeobachter entsandte und damit die Legitimität des Urnengangs stärkte. Deshalb suchte Stephen W. Bosworth, Leiter der Abteilung für Interamerikanische Fragen im *State Department*, am 20. Januar 1982 Wischnewski auf. Die SPD blieb jedoch bei ihrer Position: Beobachter zu entsenden, komme nicht in Frage, und sie werde dies auch anderen – der Bundesregierung – nicht empfehlen. Damit setzten sich die Sozialdemokraten auch gegen das FDP-geführte Auswärtige Amt durch, das zur Beobachtung der Wahlen bereit gewesen war.[127]

[123] Vgl. Turcios, Guillermo Manuel Ungo, S. 247 f., und LeoGrande, Backyard, S. 127-130.
[124] Der Beschluss erging mit 70:22 Stimmen; vgl. Bruce Michael Bagley, Mexico in Central America. The Limits of Regional Power, in: Grabendorff/Krumwiede/Todt (Hrsg.), Political Change, S. 261-284, hier S. 269.
[125] Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 158.
[126] AdsD, 2/PVCY0000184, Lindenberg, 8.12.1981.
[127] AdsD, SPD-PV, 10922, Dingels an Wischnewski, 20.1.1982. Vgl. auch SPD-Pressemitteilung 56/82, 7.2.1982; library.fes.de/cgi-bin/digibert.pl?id=015595&dok=29/015595 [13.6.2018], und Spiegel vom 22.3.1982: „Kein Garantieschein“.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ende März mussten sich die Sozialdemokraten eingestehen, dass sie die Lage in El Salvador falsch eingeschätzt hatten, denn trotz beschränkter Auswahlmöglichkeiten, aufgrund des Fehlens linker Kandidaten, hatte die Beteiligung am Urnengang 85 Prozent erreicht. Wie viele der Wähler nur deshalb teilnahmen, weil sie andernfalls als Guerillasympathisanten abgestempelt worden wären, musste naturgemäß offen bleiben. Zweifel der Opposition an der Vertrauenswürdigkeit der Angaben zur Wahlbeteiligung blieben ohne Echo.[128] Die Politik des FMLN – die zwischen Abgabe ungültiger Stimmzettel, Wahlboykott und Behinderung der Wahlen durch Anschläge auf Verkehrsmittel hin und her schwankte – stand „dem weit verbreiteten Wunsch zu wählen offenkundig entgegen", stellte er der Regierung Duarte gegenüber sehr kritische Historiker William LeoGrande fest. Die finanziell und logistisch massiv von den USA unterstützten Christdemokraten wurden mit 40 Prozent der Stimmen und Sitze stärkste Kraft, aber die fünf Parteien rechts von ihnen verfügten über eine rechnerische Mehrheit. Auf Druck der Vereinigten Staaten, die um die innen- und außenpolitischen Gefahren einer Regierung ohne Duartes Partei wussten, kam es zu einer Koalition aller großen Fraktionen im Parlament. Christdemokraten, Konservative und die rechtsradikale *Alianza Republicana Nacionalista* (ARENA) stellten je vier Minister.[129] Die neuen Machtverhältnisse blieben nicht ohne Folgen. Am 18. Mai 1982 stoppte die Verfassunggebende Versammlung die weiteren Schritte der Agrarreform, zum Bedauern des US-Botschafters.[130]

X. Backchannel

Nach den Wahlen lud Lawrence Eagleburger Lindenberg zu einem Treffen ein. Anfang Mai 1982 reiste der Deutsche im Auftrag des SI-Präsidenten nach Washington. Dort sprach er unter anderem mit dem Leiter der Mitteleuropaabteilung, John Kornblum, mit dem persönlichen Berater des Außenministers, Michael Ledeen, und natürlich mit Eagleburger selbst.[131] Dieser begründete Lindenberg zufolge die Initiative mit

> „der wachsenden Sorge insbesondere der Europa-Abteilung des Department of State, daß die Mittelamerika-Frage zu einem ernsthaften Störungsfaktor der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa werden könnte [...]. Nach den Worten Eagleburgers erwartet die US-Regierung nicht, daß sich zwischen ihr und der Sozialistischen Internationale in der Mittelamerika-Frage gemeinsame Haltungen erreichen lassen. Allerdings würde man Wert darauf legen, daß eine bessere Kommunikation zwischen dem Department of State und der SI insbesondere auf der Arbeitsebene zustandekommen könnte. Ein besonderes Interesse bestand an einer Kommunikationslinie zum Präsidenten der SI."

[128] Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 161, und Turcios, Guillermo Manuel Ungo, S. 250 f.
[129] Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 160 f., S. 165, S. 173; Zitat S. 161.
[130] AdG, 25620, 18.5.1982.
[131] AdsD, SPD-PV, 11096, Lindenberg an Carlsson, 17.5.1982.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Das *State Department* schlug einen sogenannten Backchannel vor, wie es ihn bereits ab 1969 vom Weißen Haus zu Bundeskanzler Brandt gegeben hatte. Der „Dienstweg" entfiel dabei, was die Kommunikation beschleunigte und die Zahl der Eingeweihten minimierte. Kurzum: Es ging Eagleburger um einen offenen und direkten Austausch mit Brandt; so wichtig war ihm die Zentralamerika-Politik der Internationale. Aber es gab von vorneherein Tabus: So lehnten es die USA kategorisch ab, den FDR/FMLN zum Verhandlungspartner zu machen. Es könne nur um die „Reintegration" der Opposition in die Politik des Lands gehen – also um die Beteiligung an Wahlen, nicht aber um eine Teilung der Macht.[132]

Bemerkenswert ist, dass auf US-Seite nicht die Lateinamerika-Abteilung, sondern Kornblum den Kontakt halten sollte. Eagleburger hatte Befürchtungen wegen Westeuropa formuliert, nicht wegen Lateinamerika. Aber es gab auch Probleme mit anderen Abteilungen seines Hauses. Kornblum berichtete, „die Europa-Abteilung des *State Department* sehe mit wachsender Sorge, daß andere Kräfte innerhalb der Administration dazu entschlossen sein könnten, den Konflikt vor allem mit den Parteien der SI, die in Europa an der Regierungsverantwortung beteiligt sind, schärfer und deutlicher als bisher auszutragen". Kornblum ließ auch keinen Zweifel daran, dass er der SPD mehr Verständnis für die Lage in Zentralamerika zubilligte als anderen SI-Parteien. Namentlich erwähnte er die aus Frankreich und aus den Niederlanden.[133] In der Tat kam die SPD den US-Wünschen entgegen. Wischnewski empfing am 29. Juni 1982 im Bundeskanzleramt (seit April war er dort wieder Staatsminister) José Napoleón Duarte, der nur noch Parteivorsitzender, nicht mehr Präsident seines Lands war. Zwei Tage später durfte auch Ungo den Minister besuchen.[134] Das Auswärtige Amt verweigerte sich der Gleichbehandlung von Duarte und Ungo. Ersterer wurde von Minister Hans-Dietrich Genscher empfangen, Ungo aber nur vom Direktor der Politischen Abteilung.[135]

XI. Verlust der Regierungsmacht in Bonn

Am 1. Oktober 1982 stürzte Helmut Kohl durch ein Misstrauensvotum Bundeskanzler Helmut Schmidt. Die SPD ging in die Opposition und verlor damit massiv an Einfluss. Dies betraf auch El Salvador. So hatte ein Projekt des FDR/FMLN, in dem es um verbesserte Lebensmittelversorgung für Flüchtlinge auf Guerilla-Gebiet ging, nun keine Aussicht mehr auf Förderung durch die Bundesregierung. Wolfgang Weege, Mitarbeiter im Internationalen Sekretariat der SPD, notierte auf dem Formular: „Durch Regierungswechsel unmöglich geworden für SPD. Abl[age]."[136] Zur Wiederaufnahme der bundesdeutschen Entwicklungszusam-

[132] AdsD, WBA, A 13, 45, Lindenberg, Mittelamerika-Gespräche in Washington 4.–6.5.1982.
[133] Ebenda, [Lindenberg], Gespräch mit John Kornblum, 4.5.1982.
[134] AdsD, SPD-PV, 11093.
[135] Vgl. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos, 11.10.1982, in: AAPD 1982, bearb. von Michael Ploetz/Tim Szatkowski/Judith Michel, Bd. 2, München 2013, Dok. 267, S. 1390-1393, hier S. 1392 f.
[136] AdsD, SPD-PV, 11093.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

menarbeit mit der Regierung von El Salvador kam es aber erst 1984.[137] Der Machtwechsel in Bonn bewegte auch Zentralamerika. Dingels berichtete am 7. Oktober, dieser Vorgang habe bei allen befreundeten Organisationen

> „Bestürzung und Unruhe hervorgerufen. [...] Nicht nur die Nikaraguaner, auch die Freunde aus El Salvador und die Opposition in Guatemala befürchten, daß ein starker Freund ihrer berechtigten Anliegen im Atlantischen Bündnis verloren gegangen ist; ganz besonders wird das Ausbleiben der Einflußnahme auf die USA auf der Regierungsebene schmerzlich vermißt."[138]

Ende des Monats klang Dingels noch besorgter:

> „Der Verlust der Regierungsverantwortung in Bonn hat [...] unser bisheriges Informationsnetz gekappt. Konnten wir uns bislang im großen und ganzen auf laufende Berichterstattung (auch dies klappte nicht immer) aus dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mehr oder minder verlassen, so ist dies in Zukunft nicht mehr möglich [...]."[139]

Die USA ließen die Sozialdemokraten spüren, dass sie nun nicht mehr so wichtig waren.[140] Im Frühjahr kam Entwarnung: Entgegen den Befürchtungen der SPD war Washington weiterhin an einer Kooperation in allen El Salvador betreffenden Fragen interessiert; so jedenfalls stand es in einem inoffiziellen Papier, das Dingels von Carl Gershman erhielt, der früher Internationaler Sekretär der Social Democrats USA gewesen war und nun – unter Reagan – das *State Department* in SI-Fragen beriet.[141]

Der Bürgerkrieg in El Salvador ging unvermindert weiter. Die jährliche Herbst-Offensive der Guerilla fiel 1982 umfang- und erfolgreicher als im Vorjahr aus.[142] Anfang Dezember 1982 entsandte die SI erneut eine Erkundungsmission in die Region.[143] Für die SPD ging es auch dieses Mal darum, innenpolitische Herausforderungen zu meistern. El Salvador barg weiterhin das Risiko massiver Differenzen mit den USA und scharfer Angriffe aus der CDU/CSU – mitten im Wahlkampf für den Bundestag, der am 6. März 1983 neu bestimmt werden sollte. Dieses Motiv war besonders deutlich in der Vorbereitung des Gesprächs mit dem christdemokratischen Außenminister von Venezuela zu erkennen. Dingels schrieb Wischnewski, der für die SPD mitreiste, die dortige Regierung, „die gegenüber der amerika-

[137] Vgl. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Peckert, 30.7.1984, in: AAPD 1984, bearb. von Daniela Taschler/Tim Szatkowski, Bd. 2, München 2015, Dok. 210, S. 961-964, hier S. 961.
[138] AdsD, SPD-PV, 10775, Dingels an Wischnewski, 7.10.1982.
[139] AdsD, SPD-PV, 10775, Dingels an Wischnewski, 25.10.1982.
[140] AdsD, SPD-PV, 11093, Dingels an Richard C. Barkley, 26.10.1982.
[141] AdsD, SPD-PV, 10911, Dingels an Brandt u. a., 23.3.1983.
[142] Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 181 und S. 184.
[143] AdsD, SPD-PV, 11724, o.V., o.D., Notes zu SI-Mission Panama, Nicaragua, Costa Rica (3.–7.12.) und Washington (8.12.).

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nischen Lateinamerikapolitik äußerst kritisch eingestellt" sei, könnte „für die Bemühungen eines Dialogs zwischen den Bürgerkriegsparteien in El Salvador [...] gewonnen werden [...]. Für unsere innenpolitische Debatte wäre ein solches Zusammenwirken [von Sozial- und Christdemokraten; B. Rother] Gold wert."[144]

Am 10. März 1983 hielt Reagan eine Grundsatzrede, in der er feststellte, die USA könnten eine kommunistische Machtübernahme in El Salvador nicht tolerieren. Es gehe um die nationale Sicherheit. Wenn die Kommunisten in El Salvador siegten, dann seien bald Guatemala und Honduras das nächste Ziel und dann Mexiko und auch der Panama-Kanal. Reagan kündigte daher umfangreiche Militär- und Wirtschaftshilfen für El Salvador an.[145] Reagans Rede vertiefte den Graben, der beim Thema El Salvador Deutschlands Sozialdemokraten von der amerikanischen Regierung trennte. Im Mai 1983 unterließ Wischnewski auf einer neuerlichen Tour durch Zentralamerika (und Kuba, wo er wieder Castro traf) den sonst üblichen Abstecher nach Washington. Von einem Treffen mit Vertretern der Opposition El Salvadors in Mexiko nahm er den Eindruck mit, dass deren Gesprächsbereitschaft gewachsen sei. Erstmals ordneten sie den Bürgerkrieg in ihrem Land auch in den Zusammenhang des Ost-West-Gegensatzes ein. Früher hatten sie ebenso wie die SI diese Sichtweise abgelehnt, lenke sie doch von innergesellschaftlichen Ursachen des Bürgerkriegs ab. Aber die Rolle der USA einerseits und Kubas andererseits war zu groß geworden, als dass dies noch zum Verständnis des Konflikts ausreichte. Wischnewski übernahm diese Einschätzung und trug sie auf einer Pressekonferenz in Bonn vor.[146] Die Wendung zu einer realistischeren Bewertung war besonders der Guerilla nicht leicht gefallen. Über den Termin in Havanna berichtete Wischnewski: „In den Gesprächen war zu erkennen, daß es auch aus kubanischer Sicht nicht einfach gewesen ist, die FMLN-Führung von der Strategie des Dialogs überzeugen zu können." Ähnliches hörte er in Panama.[147]

Die US-Regierung über die Ergebnisse der Mission in Kenntnis zu setzen, übernahm Dietrich Stobbe (SPD), bis vor Kurzem Leiter des FES-Büros New York und seit März 1983 Bundestagmitglied. Prompt beschwerte sich Kornblum, dass er nicht vorab von der Wischnewski-Mission erfahren habe. In der Sache waren die Gespräche weniger konfrontativ. Offenkundig haderten die Diplomaten, mit denen Stobbe sprach, selber mit Reagans Lateinamerika-Politik. Über Luigi R. Einaudi, den bereits von Carter ernannten Leiter der Planungsabteilung für interamerikanische Fragen, notierte Stobbe: „In jedem seiner Sätze wurde im Grunde genommen deutlich, daß er in innerer Opposition zur Politik der Reagan-Admi-

144 AdsD, SPD-PV, 10922, Dingels an Wischnewski, 7.12.1982.

145 AdG, 26445, 10.3.1983. Vgl. auch LeoGrande, Backyard, S. 217. Diese Rede widerspricht der Einschätzung von Eusebio Mujal-León (Socialismo Europeo, S. 193), bereits in der ersten Hälfte 1983 habe sich der Fokus der US-Mittelamerika-Politik von El Salvador auf Nicaragua verschoben.

146 SPD-Pressemitteilung 354/83, 26.5.1983; library.fes.de/cgi-bin/digibert.l?id=004797&dok=31/004797 [13.6.2018].

147 AdsD, 1/HEAA000443, Lindenberg, Bericht, Anfang Juni 1983. Vgl. auch Spiegel vom 19.3.1984: „Wir sind nur Zuschauer, nur Beobachter".

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nistration steht." Die harte Linie in der Zentralamerika-Politik vertrat Eagleburger, Nummer Drei in der Hierarchie des *State Department*. Stobbe interpretierte sie als „im Kern [...] ein Wiederaufleben der Dominotheorie". Zu Zentralamerika bemerkte Eagleburger, Stobbe zufolge: „Für ihn gäbe es, anders als für die SI, die er dabei ausdrücklich erwähnte, keine Position der Mitte" zwischen Washington und Moskau. Dies waren klare Worte von amerikanischer Seite, die keinen Zweifel daran ließen, dass es sich um einen ernsten Dissens handelte. Immerhin ließ Eagleburger erkennen, dass ihm ebenfalls daran gelegen war, mit der SPD im Gespräch zu bleiben, auch nach deren Ausscheiden aus der Regierung.[148] Umstritten war immer noch der Inhalt einer politischen Lösung. Washington meinte damit, dass zuerst die Guerilla die Waffen niederlegte und sich dann an den Wahlen beteiligte. Die SPD hingegen verstand darunter Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition einschließlich dem FMLN über die Beendigung des Bürgerkriegs und erst nach deren Abschluss allgemeine Wahlen.[149]

XII. Die SPD geht auf Distanz zum MNR

Im März 1984 sollten in El Salvador Präsidentschaftswahlen stattfinden. Für Brandts Berater Lindenberg und Weege war dies Anlass, im Januar des Jahrs eine Überprüfung der Haltung der SPD anzumahnen. 1982 habe die Partei die Strategie des FDR/FMLN unterstützt, die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung zu boykottieren. Die Wahlen hätten aber aufgrund der hohen Beteiligung eine größere politische Bedeutung erhalten als die SPD dies „auf der Grundlage der Informationen unserer Freunde eingeschätzt hatte". Zudem sei der Einfluss des MNR im FDR/FMLN seither spürbar zurückgegangen. Insgesamt habe der militärische Teil an Gewicht gewonnen und innerhalb des zivilen FDR der frühere Christdemokrat Zamora, der mittlerweile radikalere Positionen vertrete als die MNR-Führung. Weiterhin fehle es an einer wirklichen Bereitschaft des FMLN zu einer politischen Lösung, trotz aller Lippenbekenntnisse der letzten Jahre.[150] Das Dokument war von einer großen Enttäuschung über fehlerhafte Einschätzungen geprägt, die man vom MNR erhalten hatte, und über den mangelnden Willen des FMLN zu einer Verhandlungslösung.

Die Fachleute der FES und der SPD schlugen vor, die Präsidentschaftswahlen trotz aller Unzulänglichkeiten nicht von vorneherein für gänzlich undemokratisch zu erklären; ein Boykottaufruf komme dieses Mal nicht in Frage. Duarte solle man Erfolg wünschen.[151] Ihn als kleineres Übel gegenüber der extremen Rechten zu betrachten, bedeutete eine Abkehr von der Haltung des MNR und des FDR. Das war den deutschen Sozialdemokraten bewusst. Wischnewski vertrat die Position am 26. Januar 1984 im Sechserkreis von Ebert-Stiftung und Partei. Brandt äu-

[148] AdsD, 1/HEAA 000443, Dietrich Stobbe, Vermerk, 1.6.1983.
[149] AdsD, WBA, A 13, 43B, Lindenberg an Brandt, 12.11.1983.
[150] AdsD, FES-Hausakten 23758, Lindenberg/Wolfgang Weege, Aufzeichnung, 23.1.1984.
[151] So die Zusammenfassung der Meinung „im Kreis unserer Freunde" durch FES-Geschäftsführer Bangert: AdsD, FES-Hausakten, 16336, FES Bonn an FES Mexiko, 16.2.1984.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ßerte sich zurückhaltend; 1982 habe die SPD gesagt, es handele sich nicht um richtige Wahlen. Ob dies nun anders sei? Die Begründung für die veränderte Politik müsse stimmen.[152] Am Tag darauf debattierte der Bundestag über El Salvador. Unionsredner begrüßten die Haltung der SPD zu den Wahlen, warfen ihr aber erneut vor, mit der Unterstützung der Guerilla den Prozess der Demokratisierung zu behindern. Wischnewski forderte „wirklich freie Wahlen". Gegenwärtig sei diese Bedingung noch nicht erfüllt. Den „demokratischen Bemühungen der Christdemokraten in El Salvador" zollte er seinen Respekt, was bei der Union gut ankam. Aber auf beiden Seiten des Konflikts sei der Wille zur friedlichen Lösung noch zu schwach.[153] Seinen Redetext ließ Wischnewski über das FES-Büro Mexiko auch der MNR-Führung zukommen.[154]

Die neue Strategie der SPD war kein Bruch mit dem MNR, aber ein Schritt auf die Regierung El Salvadors zu, der zugebilligt wurde, sich um wirklich freie Wahlen zu bemühen. Der MNR zog jedoch nicht in dem Maße mit, wie es die SPD erhoffte. Wegen der Gefahren durch ultrarechte Todesschwadronen, aber auch um einen offenen Konflikt mit dem FDR/FMLN zu vermeiden, lehnte er es ab, Kandidaten zu präsentieren. Es fehlte dem MNR zudem, so die Analyse des FES-Vertreters in Costa Rica, an einem eigenständigen politischen Profil, um getrennt vom Rest der Opposition auftreten zu können.[155] Wie schwierig es war, den militärischen Teil der Opposition von seiner bisherigen Linie abzubringen, erlebte Lindenberg Anfang Februar 1984 im Gespräch mit einem Emissär des FMLN. Dieser wollte Lindenberg weismachen, der FMLN sei militärisch überlegen. Lindenberg erwiderte: „Der Traum eines militärischen Sieges des FMLN sei eine Illusion." Weder die SI noch die SPD seien bereit, diese Strategie des FMLN zu unterstützen.[156]

Unumstritten war die neue Haltung zu den Präsidentschaftswahlen in El Salvador innerhalb der Internationale nicht. Ganz im Gegenteil: Die SPD war isoliert, nicht nur unter den europäischen Genossen, sondern auch bei den lateinamerikanischen Mitgliedern. Streitpunkt war die Entsendung von Wahlbeobachtern, worum die Regierung El Salvadors ersucht hatte.[157] Während die SPD – anders als 1982 – auf die Bitte einging, lehnten die Parteien aus Großbritannien, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Österreich und Spanien dies ab. Die ablehnende Haltung teilten Carlos Andrés Pérez (Venezuela), Peña Gómez (Dominikanische Republik) und überraschend auch Oduber aus Costa Rica, also die drei politischen Schwergewichte unter den lateinamerikanischen SI-Mitgliedern, ebenso die Regierung Mexikos und sogar die Liberale Internationale.[158] Der SPD war es wichtiger, nicht in argumentative Schwierigkeiten gegenüber der CDU/CSU und nicht in übermäßigen Streit mit der US-Regierung zu geraten, als der Mehrheits-

[152] AdsD, 1/EBAA000600, Lindenberg, Protokoll Sechserkreis, 26.1.1984.
[153] Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Stenographischer Bericht, 51. Sitzung, 27.1.1984, S. 3668; dip21.bundestag.de/dip21/btp/10/10051.pdf [17.5.2018].
[154] AdsD, SPD-PV, 11116, Lindenberg an Benzing, 1.2.1984.
[155] AdsD, SPD-PV, 11113, CEDAL San José (Costa Rica) an FES Bonn, 27.1.1984.
[156] Ebenda, Lindenberg an Brandt u. a., 9.2.1984.
[157] Zu dieser Bitte: Ebenda, Dingels an Wischnewski, 6.3.1984.
[158] Ebenda, Lindenberg, Vermerk für Wischnewski u. a., 14.3.1984.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

meinung in der SI zu folgen. Innenpolitische Erwägungen siegten über die Solidarität unter Sozialisten. Italiener, Österreicher und andere SI-Mitglieder, die ebenfalls mit einer christdemokratischen Partei konkurrierten, entschieden sich anders. Für sie stand im Vordergrund, die Genossen des MNR nicht im Stich zu lassen.[159]

Die hohe Wahlbeteiligung von 79 Prozent in der ersten Runde am 25. März 1984 (bei den Parlamentswahlen 1982 waren es 85 Prozent gewesen) bestätigte die Strategie der SPD, den Urnengang und Duartes Kandidatur ernstzunehmen. Der Christdemokrat, unterstützt von den USA, erhielt 43,4 Prozent der Stimmen, weit mehr als sein Hauptkonkurrent Roberto D'Aubuisson Arrieta von der rechtsradikalen ARENA. Im zweiten Wahlgang am 6. Mai steigerte sich Duarte auf über 53 Prozent und wurde Präsident von El Salvador.[160] Der Boykottaufruf der Opposition hatte erneut nicht verfangen. „Es war schwierig, Leute aufzufordern, eine Wahl zu boykottieren, bei der die Unterschiede zwischen den beiden Hauptkandidaten so groß und bedeutungsschwer waren." Noch desaströser für das Ansehen der Opposition waren die Versuche der Guerilla, den Wahlgang zu stören. Damit stellten sie auch Ungo bloß, der zugesagt hatte, der FDR/FMLN werde die Wahlen nicht militärisch bekämpfen.[161]

Walter Raymond, Jr., Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats der USA, berichtete Anfang April 1984 nach Gesprächen in Bonn, die SPD habe ihre El Salvador-Politik überprüft und korrigiert. SPD und SI akzeptierten die Wahlen in dem Lande (was für die SI nicht zutraf). Die drei Wahlbeobachter der deutschen Sozialdemokraten hätten positiv über den Ablauf berichtet.[162] Und die SPD ging noch weiter. Ihr Vorsitzender veröffentlichte in seiner Funktion als SI-Präsident am 10. April, zwischen erstem und zweitem Wahlgang, zusammen mit seinen Amtskollegen von der Liberalen und der Christdemokratischen Internationale[163] eine Erklärung zu Lateinamerika, in der sie für „einen offenen und konstruktiven Dialog zwischen allen demokratischen Kräften" in El Salvador plädierten.[164] Wichtiger als der Wortlaut war die Tatsache einer gemeinsamen Deklaration von Christ- und Sozialdemokraten in einer Situation, in der der Christdemokrat Duarte kurz vor dem Sieg bei den Wahlen stand, die El Salvadors Sozialdemokraten boykottierten und die von deren Verbündeten in der FMLN mit Waffengewalt gestört wurden.

[159] Bruno Kreisky Archiv, IX.27, SI, 50, Peter Jankowitsch, Information für Fred Sinowatz, 12.3.1984.

[160] Vgl. Álvaro Artiga González, Competitividad y participación electoral en El Salvador, 1982–1999, in: Revista de Ciencias Sociales y Humanidades 69 (1999), S. 275-290, und LeoGrande, Backyard, S. 248 f.

[161] Ebenda, S. 252.

[162] RRL, Collection, Walter Raymond Files, 71, Socialist International #1 (1), 91161, Memorandum of Conversation, Meetings on Central America with European Socialists, 4.–6.4.1984.

[163] Seit 1982 der neue Name der bisherigen Christlich Demokratischen Weltunion.

[164] Zit. nach Gemeinsame Erklärung der Präsidenten der Christlich – Demokratischen Internationale, der Liberalen Internationale und der Sozialistischen Internationale zu Lateinamerika, 10.4.1984, in: BA, Bd. 8, Dok. 74, S. 374-377, hier S. 375.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Den französischen Sozialisten ging dies zu weit; für sie war es nur ein Konsensus zwischen den Präsidenten, der aber keine Richtlinie für die SI darstelle.[165]

Bald schlossen sich andere SI-Mitglieder der SPD-Position an. Nach Duartes Sieg im zweiten Wahlgang am 6. Mai 1984 sandten Brandt und seine drei Vizepräsidenten Felipe González, Carlos Andrés Pérez und José Francisco Peña Gómez ein Glückwunschtelegramm.[166] Diese vier für die Zentralamerika-Politik der SI wichtigsten Repräsentanten gratulierten Duarte zu seinem Erfolg, der hoffentlich den Weg zu einer Lösung des Konflikts durch Verhandlungen öffne. Keine der beiden Seiten habe die Chance, kurzfristig militärisch zu siegen. Aber es sei auch eine illusorische Forderung, dass eine der beiden Seiten einseitig die Waffen niederlege. Es sei ein „Sieg demokratischer Positionen", aber eine Mehrheit des Volks habe er nicht hinter sich, denn „wichtige Bereiche der Linken" hätten nicht teilgenommen. „Sie werden als demokratischer und fortschrittlicher Politiker geschätzt und sind als solcher gegen gewaltsame Lösungen." Daher ermuntere man ihn, „einen Dialog mit offener Tagesordnung zu beginnen". Die Unterzeichner boten ihre Mithilfe an. Die gemeinsame Erklärung der drei Internationalen vom 10. April sei dafür „ein gutes Vorzeichen".

Das *State Department* bewertete das Dokument als „großen Durchbruch" und übermittelte es an zahlreiche US-Botschaften, meist in Europa. SI-Generalsekretär Pentti Väänänen sah in einem Gespräch in der Londoner US-Vertretung nun die Vereinigten Staaten gefordert. Innerhalb des Washingtoner Außenministeriums wurde in der Tat erörtert, welche Schritte man ergreifen könne. Generell solle die Zusammenarbeit mit der europäischen demokratischen Linken gestärkt werden.[167]

Eine Woche nach dem Glückwunschtelegramm traf sich ein FES-Vertreter in Managua mit der Führung des MNR. Klar teilte er Ungo und Oquelí mit, die FES und ihre Bildungsstätte CEDAL in Costa Rica könnten „nur noch Maßnahmen unterstützen, die auf eine Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte in El Salvador gerichtet seien". Man begrüße alles, was auf einen Dialog von MNR und Duartes Christdemokraten abziele. Formell war es zwar nur eine Aufforderung der Ebert-Stiftung, aber der MNR musste davon ausgehen, dass die SPD dies mittrug. Den Genossen aus El Salvador ging das zu schnell: Ohne Konsultation der Mitglieder sei ein solcher Schwenk nicht möglich. Für die FES war die Frage so wichtig, dass sie in Aussicht stellte, innerhalb Lateinamerikas die Flugkosten für eine Zusammenkunft von MNR-Mitgliedern zu übernehmen. Und für den Fall eines Dialogs mit den Christdemokraten solle auch geprüft werden, ob der MNR wieder direkt Mittel von der FES erhalten könne.[168]

[165] AdsD, FES-Hausakten, 23854, Dingels, 8.5.1984.

[166] Vgl. Botschaft des Präsidenten der SI, Brandt, und der Vizepräsidenten der SI González, Pérez und Peña Gomez an den Präsidenten El Salvadors, Duarte, 16.5.1984, in: BA, Bd. 8, Dok. 75, S. 377-379.

[167] RRL, Collection, Walter Raymond Files, 71, Socialist International (2), 91161, National Security Council, Walter Raymond, Jr., to Robert C. McFarlane, 1.6.1984. Vgl. auch Turcios, Guillermo Manuel Ungo, S. 53.

[168] AdsD, FES-Hausakten, 23758, FES, Kerbusch, Vermerk für Grunwald u. a., 29.5.1984.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Als Präsident Duarte im Juli 1984 Europa besuchte, war die SPD-Führung – entsprechend ihrer neuen Haltung – zu einem Treffen bereit, das Ehmke übernahm. Duarte plädierte für ein Zusammenführen der gemäßigten Kräfte beider Lager: „Die politische Rechte des Landes wolle nicht auf ihre alten Privilegien verzichten, während die extreme Linke darauf fixiert sei, mit der Radikalität der Waffen die sozialen Probleme des Landes über Nacht lösen zu wollen." Leider, so Duarte weiter, nähmen Teile der europäischen Sozialdemokratie „einseitig Partei für die extreme Linke". Ehmke erwiderte, Ungo sei zum Gespräch mit dem Präsidenten bereit. Die Kräfte in der Region müssten Lösungen selbst finden, die dann von den Europäern unterstützt werden sollten.[169] Tatsächlich aber versuchten die deutschen Sozialdemokraten und auch die anderer Länder durchaus, die von ihnen als angemessen erachteten Strategien durchzusetzen. Das Gespräch der FES mit der MNR-Führung im Mai 1984 ist nur ein Beispiel von mehreren. Auf die Rolle interessierter, aber neutraler Beobachter wollten sich Europas Sozialdemokraten nicht beschränken.

Im Zusammenhang mit der Entführung der Tochter von Staatspräsident Duarte durch die linke Guerilla im September 1985 kam es noch einmal dazu, dass sich die SPD mit Nachdruck in El Salvador engagierte. Auf das Ansehen der Befreiungsbewegung in Westeuropa wirkte sich die Tat katastrophal aus, wie ein SPD-Emissär dem FDR/FMLN vorhielt. Die bundesdeutschen Sozialdemokraten fürchteten, sie könnten innenpolitisch Schaden nehmen, auch wenn die Entführer nicht mit dem MNR in Verbindung standen. Dass der MNR nicht nur an der Entführung unbeteiligt war, sondern davon überhaupt nichts gewusst hatte, gereichte Ungo und seiner Partei nicht zum Vorteil. Einmal mehr wurde klar, wie schwach ihr Einfluss auf die Guerilla war. Daher kam die sowohl von Bundeskanzler Kohl als auch von Kubas Staatschef Castro an Wischnewski ausgesprochene Bitte, er möge zwischen Entführern und Regierung vermitteln, der SPD sehr gelegen. Wie kein zweiter Außenstehender kannte Wischnewski aufgrund seiner zahlreichen Reisen nach Mittelamerika die Akteure und konnte, wie der *Spiegel* schrieb, „mit beiden Seiten Tacheles reden". Wischnewski gelang es denn auch im Verbund mit anderen im Oktober, die Freilassung der Duarte-Tochter zu erreichen.[170]

XIII. Logik des Kalten Kriegs versus Logik der sozialen Demokratie

In den folgenden Jahren vergrößerte sich allmählich der Spielraum für die zivile Opposition im Lande. Ende November 1987 kehrte die MNR-Führung nach El Salvador zurück, begleitet von der aus Nicaragua stammenden Schauspielerin Bianca Jagger, Hans-Jürgen Wischnewski als persönlichem Vertreter Brandts und

[169] AdsD, 1/HEAA000441, Dingels, Vermerk, 23.7.1984. Vgl. auch Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Peckert, 30.7.1984, in: AAPD 1984, Bd. 2, Dok. 210.

[170] Zur Entführung und zu Wischnewskis Vermittlung vgl. Spiegel vom 4.11.1985: „Null-null-sieben", und LeoGrande, Backyard, S. 271 f. Auch in: AdsD, FES-Hausakten, 23758, FES Nicaragua an FES Bonn, 19.9.1985, und NL Wischnewski, 516, Weege, Gesprächsaufzeichnung, 27.9.1985.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

weiteren ausländischen Politikern.[171] Sie alle sollten für die ersten Stunden unmittelbare Sicherheit gewährleisten und signalisieren, dass die internationale Öffentlichkeit auch längerfristig das Schicksal der Rückkehrer beobachten würde. Die Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der FMLN kamen aber kaum voran. Im November 1989, wenige Tage nach dem Fall der Mauer in Berlin, kam es zu den schwersten militärischen Auseinandersetzungen überhaupt. Es dauerte noch bis Ende September 1991, bis Regierung und FMLN in New York ein unter Vermittlung des UN-Generalsekretärs ausgehandeltes Rahmenabkommen über den Weg zum Frieden unterzeichneten. Die SPD wies in einer Pressemitteilung auf die „herausragende Rolle" hin, die Wischnewski seit Langem „als Vermittler zwischen den Konfliktparteien" gespielt habe.[172] Am 16. Januar 1992 unterzeichneten El Salvadors Präsident Alfredo Cristiani Burkard und die Kommandeure des FMLN in Mexiko den Friedensvertrag. Der Bürgerkrieg hatte etwa 70.000 Tote gefordert. Die Verantwortung dafür war durchaus nicht gleichmäßig auf beide Seiten verteilt: „Eine von den UN eingesetzte Kommission zur Aufklärung der im Bürgerkrieg begangenen Kriegsverbrechen kam zu dem Ergebnis, dass rund 95 Prozent der 22.000 untersuchten Untaten vom Militär, von der Sonderpolizei sowie von rechten Todesschwadronen verübt worden waren."[173] Ab dem 1. Februar 1992 schwiegen in El Salvador die Waffen – jedenfalls die der Armee und der Guerilla.

Die enge Verbindung, welche die SPD ab Ende der 1970er Jahre mit dem kleinen MNR El Salvadors einging, führte die deutschen Sozialdemokraten in mehrfacher Hinsicht auf bisher unbekanntes Terrain. Die Partei, die zu Hause schon lange von der Forderung nach einer radikalen Veränderung der Gesellschaft abgerückt war, stand nun dort (und in Nicaragua) an der Seite von Kräften, die mangels anderer Möglichkeiten mit Waffengewalt eine neue soziale und politische Ordnung etablieren wollten. Auch Marxisten-Leninisten gehörten dazu, dominierten das revolutionäre Bündnis sogar. Neu war ebenfalls die klare Frontstellung der SPD gegen die Politik der USA, des Hauptverbündeten im nordatlantischen Bündnis, auch wenn dies nur eine entfernte Region betraf, die bisher außerhalb des Fokus der deutschen Öffentlichkeit gestanden hatte. Schließlich war neu, dass die Sozialdemokraten für Entwicklungen in einer ganz anderen Weltengegend eine Zuständigkeit beanspruchten und sich die Mitverantwortung für die weitere Entwicklung aufbürdeten. Möglich war dies nur in der damaligen internationalen Konstellation, die gekennzeichnet war durch eine geschwächte westliche Führungsmacht, eine selbstbewusste westeuropäische Sozialdemokratie, die ihre überschießende Kraft in die globale Politik einbringen wollte, und durch das Streben lateinamerikanischer Länder nach einer eigenständigen Rolle

[171] FJJ, 634 RI, 1, Marie Duflo, Note à Louis Le Pensec, 16.11.1987, und 3, Lista de acompañantes para la delegacíon del MNR.

[172] SPD Pressemitteilung 406/91, 27.9.1991; library.fes.de/cgi-bin/digibert.l?id=022213&dok=44/022213 [13.6.2018].

[173] AdG, 37655, 14.3.1993. Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.1.2017: „25 Jahre und kein Frieden".

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

auf der internationalen Bühne, unabhängig von den Vereinigten Staaten, aber auch von der Sowjetunion.

Die innenpolitische Dynamik in El Salvador erzeugte eine Situation, die die SPD vor eine unerwartete Herausforderung stellte: Die Verbündeten ihrer dortigen Genossen kämpften mit der Waffe in der Hand gegen die Parteifreunde der CDU/CSU. Dies gab es nirgendwo sonst auf der Welt. Innenpolitische Rückwirkungen hatte auch der Dissens zwischen der SPD und den USA. Hier trafen unterschiedliche politische Logiken aufeinander, auch wenn beiden Seiten gemeinsam war, dass es ihnen um die Sicherheit des Westens ging. Strittig war, wie man dieses Ziel erreichen könnte. In den Quellen wird deutlich, dass sowohl die USA als auch die Europäer die jeweils andere Seite als ideologisch zu verblendet empfanden, um die Vorzüge der je eigenen Strategie zu erkennen. Tatsächlich kann man auf beiden Seiten aber rationales Handeln erkennen, nur waren die zugrunde liegenden Rationalitäten zu großen Teilen unvereinbar. Auf der einen Seite stand die Logik des Kalten Kriegs, die am klarsten von der Regierung Reagan vertreten wurde, aber schon im letzten Jahr der Carter-Administration Formen angenommen hatte.[174] Sie lässt sich für Lateinamerika so zusammenfassen:

- Konflikte zwischen Regierungen, die mit den USA verbündet sind, und linken Oppositionsbewegungen werden auf kommunistische Einwirkung von außen zurückgeführt und sind Teil des Ost-West-Konflikts,
- Militärputsche von rechts zur Verhinderung linker Regierungen werden toleriert,
- und linke Befreiungsbewegungen werden bekämpft, weil sie
- entweder schon kommunistisch dominiert sind oder die Gefahr besteht, dass sie künftig von Kommunisten übernommen werden, oder
- die Macht der traditionellen Verbündeten in der Oligarchie in Frage stellen.

In den 1960er Jahren teilten die europäische Sozialdemokratie und die lateinamerikanischen Reformkräfte die Logik des Kalten Kriegs, mit Ausnahme der Tolerierung rechter Militärputsche. Der venezolanische Sozialdemokrat Carlos Andrés Pérez zum Beispiel hatte sich damals im Kampf gegen die castristische Guerilla und bei der diplomatischen Isolierung Kubas hervorgetan. Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre änderte sich unter dem Eindruck von Vietnam und Portugal, aber auch im Rückblick auf die kubanische Entwicklung ab 1959 die Strategie der europäischen Sozialdemokraten. Gegenüber der Dritten Welt gingen sie zu einem neuen Ansatz über, der Logik der sozialen Demokratie genannt werden kann. Für Lateinamerika lässt sie sich so beschreiben:

- Konflikte resultieren aus innergesellschaftlichen Gegensätzen; Vorrang hat daher der Kampf gegen die enorme soziale Ungleichheit,
- Kommunisten haben nur dann eine Chance, die Hegemonie in Befreiungsbewegungen zu erringen, wenn der Westen diese im Stich lässt oder gar bekämpft,
- die innergesellschaftliche Rolle des Militärs muss auf die Verteidigung der Außengrenzen zurückgeführt werden, die Polizei hat dem Gemeinwohl zu dienen, nicht der Oligarchie (Ablehnung des Sicherheitsstaats),

[174] Vgl. Grabendorff, Perceptions, in: Ders./Krumwiede/Todt (Hrsg.), Political Change, S. 292.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

– stattdessen muss die Macht des Staats in sozio-ökonomischen Angelegenheiten gestärkt werden, um althergebrachte Interessen überwinden zu können (Etablierung eines Sozialstaats), und
– ein Elitenwechsel ist erforderlich, die unteren Schichten müssen an der Macht beteiligt werden.[175]

In El Salvador standen diese beiden Logiken gegeneinander. Deutschlands Sozialdemokraten suchten nach einem Weg, nicht des Antiamerikanismus geziehen zu werden. In keinem westeuropäischen Land war dieser Vorwurf für Politiker so gefährlich wie in der Bundesrepublik. Um dem zu entgehen, schwächte die SPD ihre anfänglich sehr weitgehende Solidarität mit den Genossen aus El Salvador ab. Der Konflikt wirkte auch auf die sicherheitspolitische Debatte im NATO-Bündnis. „El Salvador wurde ein symbolisches Thema innerhalb der NATO, das die Sozialdemokraten als Beweis für Reagans gefährlichen Konfrontationsansatz in den internationalen Beziehungen aufgriffen. Als solches stärkte es die Position jener, die gegen die Kooperation mit Washington in Fragen wie der Stationierung von atomaren Mittelstreckenwaffen waren."[176] Dieser Zusammenhang galt auch in umgekehrter Richtung: Direkt nach Amtsantritt erklärte Reagan, „dass es keine Rüstungskontrollverhandlungen und kein Gipfeltreffen mit dem sowjetischen Präsidenten Leonid Breschnew geben konnte, wenn nicht die sowjetische ‚Invasion' von El Salvador beendet würde".[177]

Der Konflikt in seinen verschiedenen Ausprägungen – Befreiungsbewegungen versus Regierung in El Salvador, Sozialdemokraten versus US-Regierung, Sozialdemokraten versus Christdemokraten – verschwand erst nach der Beendigung des Kalten Kriegs. Denn so sehr am Anfang innergesellschaftliche Gründe gestanden hatten und diese bis zum Ende wirksam blieben, war der Bürgerkrieg in El Salvador in den 1980er Jahren auch Teil des Kalten Kriegs geworden. Für das zentralamerikanische Land bedeutete der Friedensschluss aber nicht das Ende der Gewalt. Immer stärker machte sich in den 1990er Jahren die Logik des Kriegs gegen die Drogen bemerkbar. Ihr war bereits die US-Intervention in Panama Ende 1989 geschuldet gewesen. Anfang der 1990er wiesen die USA jugendliche Drogenhändler und Kleinkriminelle aus, deren Familien vor dem Bürgerkrieg in El Salvador geflohen waren. Was Teil des *War on Drugs* sein sollte, bedeutete für die „Heimat" der Deportierten den Beginn eines neuen „Bürgerkriegs", in dem die Drogenbanden der Mara Salvatrucha das Land wieder in ein Inferno von Gewalt stürzten.[178]

[175] Ähnlich argumentiert Wolf Grabendorff, Mittelamerika als internationale Krisenregion, in: Europa-Archiv 37 (1982), S. 247-258, hier S. 255, und ders., The Internationalization of the Central American Crisis, in: Ders./Krumwiede/Todt (Hrsg.), Political Change, S. 155-171, hier S. 167.
[176] LeoGrande, Backyard, S. 99.
[177] Zit. nach ebenda. Die Rede ist datiert vom 24.2.1981. Den Begriff „invasion" verwendete Reagan nicht, er sprach davon, die Sowjetunion sei in El Salvador „involved"; vgl. www.reaganlibrary.gov/research/speeches/22481a [14.8.2018].
[178] Vgl. Peter Peetz, Zentralamerikas Jugendbanden. „Maras" in Honduras, El Salvador und Guatemala, Hamburg 2004.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Wandel der Arbeitswelt – Ökonomische Transformationen, Gewerkschaften und soziale Ungleichheit seit den 1970er Jahren

Ein Graduiertenkolleg als Kooperationsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte, des Zentrums für Zeithistorische Forschung und des Instituts für soziale Bewegungen

I. Thema und Forschungsgegenstand

Wie eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD; Organisation for Economic Co-operation and Development) über die ökonomische Situation in 34 Industriestaaten zwischen 1995 und 2015 konstatiert, haben die Segmentierung und soziale Polarisierung der Arbeitsmärkte rasant zugenommen. Während neue Arbeitsplätze im Hoch- und Niedriglohnsektor entstanden, reduzierte sich die Anzahl typischer Mittelklassenberufe signifikant um fast acht Prozent.[1] Folglich stehen gut bezahlte und hoch qualifizierte Spezialisten einer wachsenden Zahl prekär beschäftigter und schlecht entlohnter Erwerbstätiger gegenüber. Noch immer stellt die Erwerbsarbeit für die absolute Mehrheit der Bevölkerung die ökonomische Basis ihrer Existenz dar; die Arbeitsbedingungen bestimmen folglich das Alltagsleben in hohem Maße. Deshalb hat die wachsende Spaltung der Arbeitsmärkte weitreichende gesellschaftliche Auswirkungen.

Bereits infolge der 2008 von der Finanzkrise hervorgerufenen Verwerfungen wurden die Arbeitswelt, die sich verändernden Formen von Erwerbstätigkeit und die damit einhergehenden sozialen, genderspezifischen und globalen Ungleichheiten in der öffentlichen Diskussion wieder breiter thematisiert.[2] Neben diesen

[1] Die Studie ist online einsehbar unter: OECD Employment Outlook 2017, OECD Publishing, Paris; www.dx.doi.org/10.1787/empl_outlook-2017-en. Eine deutsche Zusammenfassung findet sich hier: www.oecd.org/berlin/publikationen/Editorial-and-executive-summary-DE.pdf [beides 28.6.2018].

[2] Vgl. Stephan Lessenich, Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin/München 2016; Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014; Wolfgang Schroeder/Claudia Bogedan (Hrsg.), Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert. Bausteine einer Arbeitsgesellschaft, Baden-Baden 2015; aus historischer Perspektive vgl. Friedrich Lenger/Dietmar Süß, Soziale Ungleichheit in der Geschichte moderner Industriegesellschaften, in: Archiv für Sozialgeschichte 54 (2014), S. 3-24; Thomas Mergel, Gleichheit und Ungleichheit als zeithistorisches und soziologisches Problem, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 10 (2013), S. 307-320; Jürgen Kocka, Mehr Last als Lust. Arbeit und Arbeitsgesellschaft in der europäischen Geschichte, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 46 (2005), S. 185-206; als Forschungsüberblick vgl. Kim Christian Priemel, Heaps of work. The ways of labour history, in: H-Soz-Kult vom 23.1.2014; www.hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2014-01-001 [28.6.2018], und Jörg Neuheiser, Arbeit zwischen Entgrenzung und Konsum. Die Geschichte der Arbeit im 20. Jahrhundert als Gegenstand aktueller zeithistorischer und sozialwissenschaftlicher Studien, in: Neue Politische Literatur 58 (2013), S. 421-448.

VfZ 66 (2018) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2018 DOI 10.1515/vfzg-2018-0037

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

allgemeinen sozio-ökonomischen Problemstellungen dreht sich die gegenwärtige Debatte vor allem um die Zukunft von Arbeit und Arbeitswelt. So beschäftigen etwa die Implikationen der Digitalisierung alle politischen Parteien ebenso wie die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften.[3] Das von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierte Graduiertenkolleg „Soziale Folgen des Wandels der Arbeitswelt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts" erweitert diese aktuelle gesellschaftliche Diskussion um eine historische Tiefendimension.[4]

Bereits seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs forcierten neue ökonomische und politische Rahmenbedingungen ebenso wie technische Innovationen die Transformation der Arbeitswelt. Darüber hinaus veränderten sich die globalen Produktionsverhältnisse seit den 1970er Jahren grundlegend.[5] In allen westlichen Industrieländern expandiert seitdem der tertiäre Sektor, während klassische Branchen wie Kohle und Stahl, Schiffbau und Textil in die Krise gerieten.[6] So nahm beispielsweise der Anteil des produzierenden Gewerbes in der Bundesrepublik von knapp 50 Prozent Mitte der 1960er Jahre auf heutzutage unter 30 Prozent ab, wohingegen die Bedeutung des tertiären Sektors von 40 Prozent auf über 70 Prozent wuchs. Schon Mitte der 1970er Jahre überstieg sein Anteil an der Gesamtwirtschaft erstmals den des industriellen Sektors. Damit verschob sich zugleich die Struktur des Arbeitsmarkts. Während die Zahl der Arbeiter nach Angaben des Statistischen Bundesamts von über 47 Prozent 1970 auf 26 Prozent im Jahr 2011 zurückging, erhöhte sich der Anteil der Angestellten im gleichen Zeitraum von knapp 30 auf fast 57 Prozent.[7]

---

[3] Vgl. Reiner Hoffmann/Claudia Bogedan (Hrsg.), Arbeit der Zukunft. Möglichkeiten nutzen, Grenzen setzen, Frankfurt a. M. 2015; Detlef Wetzel, Arbeit 4.0. Was Beschäftigte und Unternehmen verändern müssen, Freiburg im Breisgau 2015, und Martin Henssler u. a., Zukunft der Arbeit. Perspektiven und Herausforderungen im internationalen Wettbewerb, hrsg. von der Walter-Raymond-Stiftung der BDA, Berlin 2014. Aus soziologischer Sicht vgl. Dieter Sauer, Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Soziologische Deutungen in zeithistorischer Perspektive, in: VfZ 55 (2007), S. 309-328.

[4] Weitere Informationen finden sich auf der Kolleg-Website www.wandel-der-arbeit.de.

[5] Zu all diesen Aspekten vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, 3., ergänzte Aufl., Göttingen 2012.

[6] Vgl. Christoph Nonn, Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958–1969, Göttingen 2001; Karl Lauschke, Die halbe Macht. Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945 bis 1989, Essen 2007; Stephan Lindner, Den Faden verloren. Die westdeutsche und die französische Textilindustrie auf dem Rückzug (1930/45–1990), München 2001, und Götz Albert, Wettbewerbsfähigkeit und Krise der deutschen Schiffbauindustrie 1945–1990, Frankfurt a. M. 1998.

[7] Vgl. die Statistiken im Artikel „Erwerbstätige nach Stellung im Beruf" vom Statistischen Bundesamt, Mikrozensus, auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung; www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61698/erwerbstaetige-nach-stellung-im-beruf [28.6.2018]; vgl. außerdem Michael Vester u. a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt a. M. 2001; zeitgenössisch vgl. Martin Osterland, Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD. Ein Forschungsbericht, Frankfurt a. M. 1973; Ulf Kadritzke, Angestellte, die geduldigen Arbeiter. Zur Soziologie und sozialen Bewegung der Angestellten, Frankfurt a. M. 1975, und Erich Wiegand/Wolfgang Zapf, Wandel der Lebensbedingungen in Deutschland. Wohlfahrtsentwicklung seit der Industrialisierung, Frankfurt a. M. 1982.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Diese verschiedenen Facetten wurden und werden in der Industrie- und Arbeitssoziologie breit erforscht. Seit einigen Jahren widmet sich auch die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft verstärkt diesen Fragen. Das Internationale Geisteswissenschaftliche Kolleg „Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive" an der Humboldt-Universität zu Berlin steht dafür ebenso wie das „Kolloquium zur Geschichte der Arbeitswelten und der Gewerkschaften" – ein Kooperationsprojekt der Friedrich-Ebert- und der Hans-Böckler-Stiftung,[8] das einmal pro Semester abwechselnd an den Universitäten Bielefeld, Augsburg, Bochum, Hamburg und Leipzig stattfindet. Jüngst entstanden ebenfalls wieder einige Arbeiten zur Gewerkschaftsgeschichte.[9] Weitere, zurzeit laufende Projekte fokussieren in interdisziplinärer Perspektive die wachsende Polarisierung von Lebensverhältnissen und Arbeitsbedingungen seit den 1970er Jahren auf Grundlage sozialwissenschaftlicher Daten.[10] Nichtsdestotrotz bestehen besonders im Hinblick auf die konkreten gesellschaftlichen Auswirkungen des sozio-ökonomischen Wandels zahlreiche Forschungsdesiderata. So harren beispielsweise die als Resultat der sich verändernden Arbeitswelt evozierten Konflikte noch der systematischen Erforschung. Auch die wachsende soziale Ungleichheit in nahezu allen europäischen Ländern wurde bislang erst vereinzelt aus historischer Perspektive untersucht.[11]

An diese Problemhorizonte schließt das Graduiertenkolleg an, das vor allem den Wandel der Arbeitswelt auf der betrieblichen Ebene, die daraus resultierenden Formen sozialer Ungleichheit sowie den Umgang der Gewerkschaften mit

[8] Vgl. rework.hu-berlin.de/de/aktuelles.html [28.6.2018].

[9] Vgl. Karl Christian Führer, Gewerkschaftsmacht und ihre Grenzen. Die ÖTV und ihr Vorsitzender Heinz Kluncker 1964–1982, Bielefeld 2017; Frank Ahland, Bürger und Gewerkschafter Ludwig Rosenberg 1903 bis 1977. Eine Biografie, Essen 2016; Knud Andresen, Gebremste Radikalisierung. Die IG Metall und ihre Jugend 1968 bis in die 1980er Jahre, Göttingen 2016, und Detlev Brunner/Michaela Kuhnhenne/Hartmut Simon (Hrsg.), Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation, Bielefeld 2017.

[10] Vgl. die Projekte „Mikrodaten für die Zeitgeschichte" von Lutz Raphael (Trier) und Gert G. Wagner (Berlin) sowie „eLabour – Neue Konturen von Produktion und Arbeit" vom Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen, Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München, Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Sozialforschungsstelle Dortmund; www.sofi-goettingen.de/projekte/neue-konturen-von-produktion-und-arbeit-interdisziplinaeres-zentrum-fuer-it-basierte-qualitative-arbeitssoziologische-forschung/projektinhalt/ [28.6.2018]; außerdem: Lutz Raphael, Arbeitsbiografien und Strukturwandel „nach dem Boom". Lebensläufe und Berufserfahrungen britischer, französischer und westdeutscher Industriearbeiter und -arbeiterinnen von 1970 bis 2000, in: Geschichte und Gesellschaft 43 (2017), S. 32-36, und Peter Birke u. a., „Gute Arbeit" nach dem Boom. Pilotprojekt zur Längsschnittanalyse arbeitssoziologischer Betriebsfallstudien mit neuen e-Humanities-Werkzeugen (Re_SozIT), in: Mitteilungen aus dem SOFI 7 (2013), S. 10-13. Zum Verhältnis von Sozial- und Geschichtswissenschaften vgl. Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: VfZ 59 (2011), S. 479-507.

[11] Vgl. Andreas Wirsching, Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012, und Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Frankfurt a. M. 2014.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

den Transformationsphänomenen thematisiert. Die Analyse konkreter Veränderungen von Branchen, Arbeitsplätzen und Berufsbildern wird dabei systematisch mit der diskursiven Ebene verknüpft. Das Kolleg beabsichtigt, die Geschichte der Arbeitswelt in eine Kultur- und Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik einzubetten. Folgende erkenntnisleitende Untersuchungsdimensionen liegen den einzelnen Forschungsprojekten zugrunde:

- die Auswirkungen des sektoralen Wandels und der veränderten Produktionsbedingungen auf die sozialen Beziehungen in der Arbeitswelt;
- die Wahrnehmungs- und Konfliktgeschichte von Arbeit;
- die verschiedenen Formen sozialer Ungleichheit und ihre Folgen;
- der gewerkschaftliche Umgang mit dem Wandel der Arbeitswelt.

Jüngere zeithistorische Forschungen plädieren dafür, die Dekade der 1970er Jahre als Phase forcierter Transformationen zu betrachten.[12] Doch bereits in den späten 1950er Jahren setzte der Niedergang klassischer Branchen ein. So halbierte sich der Anteil der 600.000 Beschäftigten im Steinkohlbergbau im Verlauf der 1960er Jahre, die Zahl der Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie sank in den 1970er Jahren von gut 375.000 auf unter 300.000 Personen, um schließlich in den 1980er Jahren noch deutlicher zu fallen.[13] Auch die Digitalisierung und die globale Vernetzung der Produktion schritten in den 1970er Jahren voran. Vor diesem Hintergrund wurden Erwerbsverläufe unsicherer. Der auf industrieller Vollzeitarbeit basierende, meist männliche Lebenslauf erodierte, während der Anteil weiblicher Beschäftigter anstieg und atypische, prekäre Arbeitsverhältnisse zunahmen. Diese langfristigen und strukturellen Verschiebungen in unterschiedlichen Bereichen der Arbeitswelt lassen diese Phase durchaus als sozio-ökonomische Zäsur in der Nachkriegsepoche erscheinen, die bis in die Gegenwart nachwirkt.[14] Ob, und in welcher Weise, die 1970er Jahre tatsächlich einen Bruch markieren, sollen die Einzelprojekte gezielt erforschen. Zeitgeschichte wird damit als „Vorgeschichte gegenwärtiger Problemkonstellationen" verstanden.[15] Das

[12] Vgl. Konrad Jarausch (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008; Hartmut Kaelble, The 1970s in Europe. A Period of Disillusionment or Promise?, London 2010; Niall Ferguson u. a. (Hrsg.), The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, Cambridge 2010, und Frank Bösch, Zweierlei Krisendeutungen. Amerikanische und bundesdeutsche Perspektivierungen der 1970er Jahre, in: Neue Politische Literatur 58 (2013), S. 217-230.

[13] Dazu den Projektbericht von Arno Georg u. a., Die Eisen- und Stahlindustrie im demographischen Wandel. Abschlussbericht, Düsseldorf 2007.

[14] Vgl. Knud Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag (Hrsg.), „Nach dem Strukturbruch"? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren, Bonn 2011; Marcel Erlinghagen, Die Arbeitsgesellschaft in der Bundesrepublik zwischen Wohlstands- und Risikoerfahrung, in: Juristische Zeitgeschichte NRW 20 (2013), S. 170-179; Frank Bösch (Hrsg.), Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland, 1970–2000, Göttingen 2015, und Andreas Wirsching, European Responses to the Crisis of the 1970s and 1980s. Introductory Remarks, in: Journal of Modern European History 9 (2011), S. 167-169.

[15] Hans Günter Hockerts, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Historisches Jahrbuch 113 (1993), S. 98-127, hier S. 124, und Morten Reitmayer/Thomas Schlemmer (Hrsg.), Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, München 2014.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Kolleg untersucht überdies, welche sozialen Folgen diese Wandlungsprozesse für die Gesellschaft und insbesondere für die Erwerbstätigen zeitigten. Der geografische Fokus liegt dabei auf der Bundesrepublik Deutschland, allerdings werden vereinzelt auch transnationale und deutsch-deutsche Vergleiche angestellt. Thematisch teilt sich das Kolleg in drei große Untersuchungsbereiche: Praktiken der Arbeitswelt im Wandel; Soziale Ungleichheiten und der Wandel der Arbeitswelt; Gewerkschaftliche Politik im Wandel der Arbeitswelt.

II. Kollegstruktur und Arbeitsbereiche

1. Allgemeines

Entsprechend dieser inhaltlichen Ausrichtung weist das Kolleg eine trilaterale Struktur auf. Als Kooperationsprojekt zwischen dem Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam (Frank Bösch und Winfried Süß), dem Institut für soziale Bewegungen (ISB) in Bochum (Stefan Berger) und dem Institut für Zeitgeschichte (IfZ), München – Berlin (Andreas Wirsching) umfasst es insgesamt neun Promotionsstipendien. An jedem Institut sind drei Stipendiatinnen beziehungsweise Stipendiaten tätig. Koordiniert wird das Kolleg am IfZ in München von Sebastian Voigt. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit der Assoziierung für externe Promovierende, die zu benachbarten Themen forschen.

Ein begleitendes Lehr- und Studienprogramm ermöglicht den Kollegiatinnen und Kollegiaten eine strukturierte Promotion. Einmal jährlich diskutieren sie in einem standortübergreifenden Kolloquium bei Anwesenheit aller Betreuer den Fortgang der Projekte. Zusätzlich finden ein bis zwei weitere Workshops pro Jahr statt; ausgewiesene Expertinnen und Experten benachbarter Disziplinen werden eingeladen oder forschungsrelevante Institutionen wie Archive besucht. Zusätzlich können die Promovierenden an den Veranstaltungen der beteiligten Institute und am ideellen Förderprogramm der Hans-Böckler-Stiftung teilnehmen. Die erste 3-jährige Kollegphase hat Anfang 2017 begonnen und läuft bis Ende 2019. Ein Verlängerungsantrag für eine zweite Phase ist geplant.

2. Praktiken der Arbeitswelt im Wandel (IfZ, München)

Der erste Teilbereich gilt dem Wandel der Praktiken in der Arbeitswelt.[16] Klassische Industriebranchen verloren seit den frühen 1960er Jahren an Bedeutung. Der Anteil der Angestellten an der Erwerbsbevölkerung stieg, während das Arbeitermilieu erodierte. In den 1970er Jahren beschleunigten sich diese Tendenzen noch. Solche makro-ökonomischen Entwicklungen wurden bereits zeitgenössisch diagnostiziert, allerdings fand die Sicht der Lohnabhängigen dabei wenig Berücksichtigung. Deshalb sollen in diesem Teilbereich meso- und mikrohistorisch die sich wandelnden Praktiken der Arbeitswelt auf Betriebs- und Branchenebene un-

[16] Vgl. Thomas Welskopp, Unternehmen Praxisgeschichte. Historische Perspektiven auf Kapitalismus, Arbeit und, Klassengesellschaft, Tübingen 2014.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tersucht werden.[17] Dementsprechend stehen die konkreten Implikationen der sozio-ökonomischen Veränderungsprozesse auf die Erfahrungs- und Handlungsperspektive der Beschäftigten im Zentrum des Interesses.

Belegschaften in der Automobilindustrie zwischen Boom und Krise. Das Beispiel BMW (Mario Boccia[18]):

Der sozio-ökonomische Transformationsprozess der 1970er und 1980er Jahre betraf sowohl die geistig-ideologische als auch die betriebspolitische Ebene. Diese Entwicklung, so die grundlegende These der Dissertation, schlug sich, erstens, in forcierten Flexibilisierungsstrategien der Unternehmensführungen, zweitens, in einer erhöhten Unzufriedenheit und Streikbereitschaft im unqualifiziert-migrantischen Belegschaftssegment sowie, drittens, in einer Veränderung der Rahmenbedingungen von Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit nieder. Die westdeutsche Automobilindustrie kann als historischer Vorreiter und Musterfall des tiefgreifenden Wandels gelten, „der die Produktions- und Sozialbeziehungen dieser Branche restrukturiert“[19] hat.

Die Folgen dieser Prozesse für das Bewusstsein der Arbeitnehmer und deren Arbeitsplätze werden empirisch anhand der Bayerischen Motoren Werke (BMW) mit ihren Betrieben in München-Milbertshofen, Berlin-Spandau und Dingolfing analysiert. Das Untersuchungsinteresse richtet sich insbesondere auf die Arbeitnehmervertretungen, also die Betriebsräte und den gewerkschaftlichen Vertrauenskörper, sowie linksradikale Betriebsgruppen. Diese Akteure eint, dass ihr Handeln auf der tatsächlichen oder angenommenen Zustimmung und Unterstützung der Belegschaften gründete – eine Legitimation, die stets aktualisiert werden musste. Insofern standen sie immer auch in Konkurrenz zueinander, so dass sich hierbei neben Kooperationen auch politische Konflikte ergaben.

Es geht, mit anderen Worten, darum, mithilfe von mikropolitischen Ansätzen die Kontinuitäten und Brüche auf der Bewusstseins- und Handlungsebene der Belegschaften und ihrer betrieblichen Vertreter in den Jahren des Booms sowie in den Krisen der 1970er und 1980er Jahre nachzuzeichnen.

[17] Vgl. Karl Lauschke/Thomas Welskopp (Hrsg.), Mikropolitik im Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Großbetrieben des 20. Jahrhunderts, Essen 1994.

[18] Die Texte zu den Einzelprojekten wurden von den Bearbeiterinnen und Bearbeitern verfasst. Mario Boccia, M.A., Studium der Geschichte, Germanistik und Ethik/Philosophie (Lehramt Gymnasium) in München, 2016 Erstes Staatsexamen, seit 2017 wissenschaftliche Hilfskraft/Doktorand am IfZ und Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung.

[19] Knut Dohse/Ulrich Jürgens/Ulrich Malsch, Fertigungsnahe Selbstregulierung oder zentrale Kontrolle. Konzernstrategien im Restrukturierungsprozeß der Automobilindustrie, in: Frieder Naschold (Hrsg.), Arbeit und Politik. Gesellschaftliche Regulierung der Arbeit und der sozialen Sicherung, Frankfurt a. M./New York 1985, S. 49-89, hier S. 50.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Arbeitswelten von Verkäuferinnen von den 1950er Jahren bis in die 1990er Jahre (Manuela Rienks[20]):

Die Einführung der Selbstbedienung in den 1950er und 1960er Jahren veränderte die Arbeitswelt für Verkäuferinnen grundlegend. Die Waren verschwanden nicht mehr hinter der Ladentheke, sondern waren frei zugänglich. Die Einzelhandelsunternehmen vergrößerten ihre Verkaufsflächen und weiteten ihr Angebot aus. Die Arbeit der Verkäuferinnen beschränkte sich zunehmend auf eintönige, körperlich anstrengende Tätigkeiten, wie das Kassieren am Kassenstand oder das Einräumen von Regalen. Einen weiteren einschneidenden Prozess bedeutete die Computerisierung des Einzelhandels in den 1970er und 1980er Jahren, die rationalisierende und flexibilisierende Tendenzen verstärkte. Zudem war die Arbeitswelt der Verkäuferinnen über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg geprägt von Auseinandersetzungen und Debatten um den Ladenschluss, obwohl die gesetzlichen Regelungen der Ladenöffnungszeiten zwischen 1960 und 1989 stabil blieben. Mit der Transformation von Arbeitsraum- und Arbeitszeitpraktiken veränderten sich schließlich auch die sozialen Beziehungen zwischen den Verkäuferinnen, zu den Kundinnen und Kunden, zu ihrem sozialen Umfeld und den Unternehmen.

Im Zentrum des Promotionsprojekts steht also der Wandel der weiblichen Arbeit im Einzelhandel in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der Einzelhandel dient als paradigmatische Branche des Dienstleistungssektors dazu, den sich wandelnden Stellenwert der Frauenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland zu untersuchen. Der Fokus liegt dabei auf den Praktiken der Akteure; daher werden im Wesentlichen der Arbeitsraum, die Arbeitszeit und der Zusammenhang von Arbeits- und Lebenswelt der Beschäftigten analysiert.

Ziel des Teilprojekts, das kulturgeschichtliche mit sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Fragestellungen kombiniert, ist es zu zeigen, dass Arbeit trotz der rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau als zentrales Kriterium für die fortbestehende geschlechtsspezifische Ungleichheit in der Konsumgesellschaft erachtet werden kann. Es geht also um eine geschlechtergeschichtlich inspirierte Zeitgeschichte der Arbeit, die die strukturelle Bedingtheit des *Gender Pay Gap* ernst nimmt und gleichzeitig Handlungsspielräume der Akteurinnen und Akteure ausleuchtet.

[20] Manuela Rienks, M.A., Studium der Geschichte, Anglistik, Erziehungswissenschaften und Sozialkunde in München, 2015 Magistra Artium, 2016 Erstes Staatsexamen für Lehramt an Gymnasien, seit 2017 wissenschaftliche Hilfskraft / Doktorandin am IfZ und Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Montanindustrielle Welten im Umbruch. Der Wandel von Arbeit und Arbeitspraktiken in der Stahlindustrie des Ruhrgebiets 1960 bis 1987 (Malte Müller[21]):

Mit Hilfe eines praxeologisch-mikrohistorischen Ansatzes wird der Wandel von Arbeit und Arbeitspraktiken in der Stahlindustrie des Ruhrgebiets untersucht. Die Arbeit befasst sich unter anderem kritisch mit den Thesen zum postulierten Strukturbruch ab den 1970er Jahren und setzt die Umbruchphase für die Stahlindustrie bewusst früher, nämlich schon in den 1960er Jahren an.

Ausgehend von der Analyse von Arbeitspraktiken und -bedingungen in Betrieben von Hoesch, Krupp, Mannesmann und Thyssen werden die Auswirkungen technologischer und regulatorischer Neuerungen in den Blick genommen. Dabei gilt das Erkenntnisinteresse besonders den Konfliktfeldern und Aushandlungsprozessen, die rund um betriebliche Veränderungen stattfanden. Die zentralen Vermittlungsorgane zwischen Unternehmen, Betrieben, Gewerkschaft und Beschäftigten waren die Vertrauensleute der Industriegewerkschaft Metall, die (Gesamt-)Betriebsräte und die den Vorständen zugeordneten Arbeitsdirektoren. Im Zuge der Einführung vollmechanisierter und später computergesteuerter Produktionsverfahren wandelten sich das Profil der Stahlarbeiter und die innerbetrieblichen Hierarchien. Allgemein lässt sich sagen, dass der Anteil körperlich belastender Arbeit zurückging. An ihre Stelle traten vermehrt kontrollierende Tätigkeiten mit stärkerer nervlicher Belastung und höherer Qualifikationsanforderung. Die Belegschaften und ihre Vertretungen waren diesen Veränderungen nicht einfach ausgesetzt. Sie konnten versuchen, die betriebliche Ausgestaltung ihrer Arbeitsbedingungen durch individuelles und kollektives Handeln zu beeinflussen.

3. Soziale Ungleichheiten und der Wandel der Arbeitswelt (ZZF, Potsdam)

Der zweite Teilbereich problematisiert die Veränderung sozialer Ungleichheit in der sich wandelnden Arbeitswelt.[22] Dabei nimmt er insbesondere die Zusammenhänge zwischen der Arbeitsmarktposition und Kategorien wie Alter, Ethnizität oder Geschlecht in den Blick. Daraus ergeben sich mehrere Untersuchungsfelder, wobei die materielle Dimension dabei ebenso von Interesse ist wie die Entwicklung von Ungleichheit beim Zugang zu und der Ausübung von Arbeit. Lange Zeit stellten berufliche Aufstiegsperspektiven einen wichtigen Kompensationsmechanismus für Unzufriedenheit über soziale Ungleichheit dar.[23] Die Berufsaussichten

[21] Malte Müller, M.A., Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in München, 2016 Master of Arts, seit 2017 wissenschaftliche Hilfskraft/Doktorand am IfZ und Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung.

[22] Vgl. Christoph Lorke, Armut im geteilten Deutschland. Die Wahrnehmung sozialer Randlagen in der Bundesrepublik und der DDR, Frankfurt a. M. 2015.

[23] Vgl. Burkart Lutz, Integration durch Aufstieg. Überlegungen zur Verbürgerlichung der deutschen Facharbeiter in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Manfred Hettling/Bernd Ulrich (Hrsg.), Bürgertum nach 1945, Hamburg 2005, S. 284-309, und Winfried Süß, Der bedrängte Wohlfahrtsstaat. Deutsche und europäische Perspektiven auf die Sozialpolitik der 1970er-Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte 47 (2007), S. 95-126.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

haben jedoch seit Mitte der 1970er Jahre viel von ihrer Erwartungssicherheit eingebüßt. Die Möglichkeiten, Armut durch Lohnarbeit zu überwinden, sind seitdem deutlich rückläufig.[24] Der intergenerationelle Transfer von Vermögen durch Erbschaften nimmt hingegen zu und konsolidiert die sozialen Ungleichheitsverhältnisse. Deshalb soll untersucht werden, wie Beschäftigte mit sozialer Ungleichheit im Kontext der Arbeitswelt umgingen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei einerseits auf arbeitsmarktpolitischen Implikationen in Umbruchphasen, etwa nach der Ölpreiskrise 1973 und zur Zeit der Wiedervereinigung. Andererseits sollen weitere gesellschaftliche und rechtliche Aspekte untersucht werden, die zur Tradierung sozialer Ungleichheiten beitragen.

Arbeitsverhältnisse, Geschlecht und soziale Ungleichheit im Automobilbau Ostdeutschlands – Das Automobilwerk Eisenach seit den 1970er Jahren (Jessica Elsner[25]):

Das Promotionsprojekt untersucht die betrieblichen Arbeitsverhältnisse in Ostdeutschland mit einem besonderen Blick auf Formen von sozialer Ungleichheit. Dabei gilt es, sowohl die Entwicklungen in der DDR zwischen 1970 und 1989 als auch die dramatischen Veränderungen in den frühen 1990er Jahren zu analysieren. Als Untersuchungsbeispiel wurde mit dem volkseigenen Betrieben Automobilwerk Eisenach (AWE) das bis zur Vereinigung zweitgrößte Unternehmen in der DDR-Automobilindustrie ausgewählt, das darüber hinaus in der Region ein Schwerpunktbetrieb war. Bis 1990 arbeiteten im Eisenacher Werk und seinen zwei weiteren Standorten bis zu 10.000 Frauen und Männer in unterschiedlichen Bereichen – von der reinen Produktion bis zur betriebseigenen Poliklinik. Der Untersuchungszeitraum wird bis etwa 1993 angesetzt, da sich schon vor der Entscheidung der Treuhandanstalt 1991 über die Einstellung der Produktion in Eisenach die Adam Opel AG zu einem Joint-Venture-Vertrag mit der Thüringer Fahrzeugfabrik entschlossen hatte.

Für die Untersuchung sozialer Ungleichheitsverhältnisse in der DDR bieten sich Betriebe an, da diese nicht nur über Einkommens- und Karrierechancen entschieden, sondern auch wichtige Versorgungsaufgaben sowie soziale Funktionen übernahmen, etwa im Bereich der Wohnraumvergabe und der Gesundheitsfürsorge. Damit wurden einerseits die knappen Ressourcen bei den Beschäftigten konzentriert und andererseits die außerbetrieblichen Lebenswelten an die Betriebe rückgebunden. Der Arbeitsplatz stellte so für die meisten Bürgerinnen und Bürger der DDR einen Ort dar, der nicht nur auf berufliche Beziehungen erheblichen Einfluss hatte, sondern auch die sonstigen sozialen Zusammenhänge prägte.

[24] Vgl. Olaf Groh-Samberg/Florian R. Hertel, Ende der Aufstiegsgesellschaft?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10/2015, S. 25-32.

[25] Jessica Elsner, M.A., Studium der Geschichtswissenschaft in Erfurt, 2015 Master of Arts, seit Dezember 2016 Doktorandin am ZZF und Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Beschäftigung nach der „Gastarbeit". Türkische Arbeitswelten in West-Berlin (Stefan Zeppenfeld[26]):

Keine Einwanderergruppe ist so prägend für das Stadtbild Berlins wie diejenige aus der Türkei. Das Forschungsprojekt widmet sich der Entstehung eines „türkischen" Berlin am Beispiel der Arbeitswelten seit der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. Im Zuge der Recherchen haben sich dabei mehrere Felder herauskristallisiert, deren Entwicklung und soziale Bedeutung für unterschiedliche Arbeitsbereiche erforscht wird.

Ausgangspunkt der Betrachtungen ist die Beschäftigungsentwicklung im Großbetrieb am Beispiel der Berliner Siemens-Werke von Anfang der 1960er bis Mitte der 1990er Jahre. Daran anschließend geht es um andere Wirtschaftssektoren und Beschäftigungsverhältnisse, die originär nicht der „Gastarbeit" zuzurechnen waren. Ein zweites Kapitel beleuchtet unterschiedliche und unterschiedlich renommierte Tätigkeiten im öffentlichen Dienst. Ein drittes Kapitel beschäftigt sich mit verschiedenen Facetten der Selbstständigkeit. Die Ergebnisse werden ergänzt durch Schlaglichter auf eine sich etablierende türkeistämmige Mittelschicht sowie auf nicht legale Beschäftigungsformen zum Zweck des Gelderwerbs. Durch Überlegungen zur Konkurrenzsituation auf dem Arbeits- und Dienstleistungsmarkt sowie zur Entstehung migrantisch geprägter Räume wird die Geschichte des „türkischen" Berlin in die gängigen (Selbst-)Erzählungen West-Berlins integriert. So bereichert die Arbeit einerseits die Stadtgeschichte Berlins und andererseits die deutsche Zeitgeschichtsforschung um eine bisher wenig berücksichtigte migrantische Perspektive.

Erben und Vererben. Politik, Praxis, Soziale Ungleichheit – Deutschland und Großbritannien im Vergleich (Ronny Grundig[27]):

Aktuell werden etwa 400 Milliarden Euro jährlich in der Bundesrepublik vererbt, Tendenz steigend.[28] Die Bedeutung dieser Vermögensübertragungen von Todes wegen geht über den bloßen Eigentümerwechsel hinaus, denn bei der Vererbung werden immer auch Wert- und Ordnungsvorstellungen verhandelt. Der leistungslose Erwerb von Vermögen durch Erbschaften tangiert die normativen Fundamente kapitalistischer Demokratien und stellt ihr Selbstverständnis als Leistungsgesellschaften in Frage.

Im Zentrum des Promotionsprojekts steht der Vermögensübergang *mortis causa* aus zeithistorischer Perspektive. Dabei geht es um drei Forschungsfragen: 1. Wie

[26] Stefan Zeppenfeld, M.A., Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Münster und Istanbul sowie Public History an der Freien Universität Berlin, 2016 Master of Arts, seit Dezember 2016 Doktorand am ZZF und Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung.

[27] Ronny Grundig, M.A., Studium der Geschichtswissenschaft, Sozialwissenschaften und Military Studies in Erfurt und Potsdam, 2015 Master of Arts, seit November 2016 Doktorand am ZZF und Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung.

[28] Vgl. Anita Tiefensee/Markus M. Grabka, Das Erbvolumen in Deutschland dürfte um gut ein Viertel größer sein als bisher angenommen, in: DIW-Wochenbericht 27/2017, S. 565-570.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

regulierte die Gesellschaft den Übergang des Vermögens über Erbrecht und Erbschaftsteuerrecht? 2. Welchen Einfluss hatte die gesellschaftliche Regulierung auf die Praktiken des Erbens und Vererbens? 3. Welche Folgewirkungen ergaben sich daraus für unterschiedliche soziale Gruppen? Um diese Fragen empirisch fundiert beantworten zu können, werden Archivbestände verschiedener Finanzämter (Erbschaftsteuerakten) und eines Westberliner Amtsgerichts (Nachlassakten) genutzt, die es ermöglichen, sowohl die Vermögensstrukturen als auch die Vererbungspraktiken breiter Bevölkerungsschichten zu analysieren. Der Ergänzung dienen vermögensbezogene Archivbestände von Unternehmerfamilien, die einen detaillierten Einblick in die Nachlassvorsorge zulassen, aber auch die Untersuchung des Umgangs mit dem ererbten Vermögen ermöglichen.

Um die Geschichte des Erbens und Vererbens für die „alte" Bundesrepublik besser perspektivieren zu können, bietet sich ein kontrastiv angelegter Vergleich mit Großbritannien an. Beide Länder sind nicht nur verschiedenen Rechtstraditionen zuzuordnen, sondern unterscheiden sich auch beim gesellschaftlich akzeptierten Maß sozialer Ungleichheit und dem steuerlichen Zugriff auf Vermögen im Todesfall stark voneinander.

4. Gewerkschaftliche Politik im Wandel der Arbeitswelt (ISB, Bochum)

Im Zentrum des dritten Teilbereichs stehen die Reaktionen der Gewerkschaften auf die Wandlungsprozesse seit den 1970er Jahren. Es wird analysiert, welche Auswirkungen diese Veränderungen wiederum auf Selbstverständnis, Programmatik und Organisationsverhalten hatten.[29] Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ab Mitte der 1970er Jahre und die Veränderung der Beschäftigungsbedingungen beeinflussten den gewerkschaftlichen Aktionsraum grundlegend. Insofern bilden die „langen 1970er Jahre" ein interessantes Scharnier für die Gewerkschaftsgeschichte der Bundesrepublik.[30] Außerdem sollen die gewerkschaftlichen Praktiken und Strategien im Kontext neuer Dienstleistungsbranchen untersucht werden. Damit einher geht die Frage, wie sich Gewerkschaften unter dem Eindruck sozio-ökonomischer Wandlungsprozesse behaupteten und gesellschaftspolitisch neu positionierten. Ferner interessiert die zeitliche Konvergenz zwischen den Krisenphänomenen und der Genese der Neuen Sozialen Bewegungen. Wie sich diese Konvergenz auf die sich verändernde Arbeitswelt auswirkte, wurde bislang aus historischer Perspektive nur wenig beleuchtet.[31]

[29] Als Forschungsüberblick vgl. Wolfgang Schroeder/Dorothea Keudel, Strategische Akteure in drei Welten. Die deutschen Gewerkschaften im Spiegel der neueren Forschung, Düsseldorf 2008.

[30] Vgl. Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1969–1975, eingeleitet und bearb. von Klaus Mertsching, Bonn 2013; Klaus von Beyme, Gewerkschaftliche Politik in der Wirtschaftskrise I – 1973 bis 1978, in: Hans-Otto Hemmer/Kurt Thomas Schmitz (Hrsg.), Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990, S. 339-374, und Walther Müller-Jentsch, Gewerkschaftliche Politik in der Wirtschaftskrise II. 1978/79 bis 1982/83, in: Ebenda, S. 375-412.

[31] Vgl. Stefan Berger, Social Movements in Europe since the End of the Second World War, in: Jan-Otmar Hesse u. a. (Hrsg.), Perspectives on European Economic and Social History,

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der Einfluss der Neuen Frauenbewegung auf die Gewerkschaften (Mandy Stalder-Thon[32]):

Unter dem Slogan „Das Private ist politisch" zog die Neue Frauenbewegung ab Ende der 1960er Jahre aus, um nicht nur das eheliche Zusammenleben, sondern die gesamte Gesellschaft zu verändern. In dem Promotionsprojekt wird untersucht, ob, und wenn ja, wie die Neue Frauenbewegung Einfluss auf die Gewerkschaftsbewegung nehmen konnte. Als Beispiele dienen dabei der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV). Der DGB wird herangezogen, weil die Beschlüsse seiner Gremien oft Vorbildcharakter für die Mitgliedsgewerkschaften hatten. Die ÖTV als Einzelgewerkschaft wurde dagegen nicht nur ausgewählt, weil seit 1982 mit Monika Wulf-Mathies eine Frau an ihrer Spitze stand, sondern auch, weil sie überdurchschnittlich viele Frauen vertrat.

Zunächst gilt es herauszuarbeiten, welche Positionen die Neue Frauenbewegung zu den Gewerkschaften und zum Thema Arbeit bezogen hat. Dann ist zu untersuchen, wie sich DGB und ÖTV inhaltlich und organisatorisch verändert haben. Waren diese Veränderungen womöglich auf den Einfluss der Neuen Frauenbewegung zurückzuführen? Da die Neue Frauenbewegung sehr vielfältig war und keineswegs einheitliche Positionen vertrat, werden vor allem Schnittstellen und Berührungspunkte zwischen beiden Gruppierungen in den Blick genommen. Zentral sind zum Beispiel der Widerstand gegen den Paragrafen 218, das Abtreibungsverbot, oder Konflikte um die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen, die beide Seiten immer wieder umtrieben. Dahinter steht die Frage, wie etablierte Organisationen mit Neuen Sozialen Bewegungen umgehen und ob diese nachweisbaren Einfluss auf Programmatik oder Organisationsstruktur nehmen können.

„Neue Armut"? Gewerkschaftliche Debatten im DGB zum Zusammenhang von Armut und Arbeitslosigkeit in den 1970er bis 1990er Jahren (Katharina Täufert[33]):

Der Wandel der Arbeitswelt und der in den 1970er Jahren einsetzende wirtschaftliche Abschwung veränderten das soziale Gefüge in der Bundesrepublik. Zeitgenössische Deutungsversuche wie Heiner Geißlers „Neue Soziale Frage"[34] oder Pe-

Baden-Baden 2014, S. 15-46, und Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008.

[32] Mandy Stalder-Thon, M.A., Studium der Geschichts- und Politikwissenschaften in Düsseldorf, 2016 Master of Arts, seit November 2016 Doktorandin am ISB und Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung.

[33] Katharina Täufert M.A., Studium der Politik- und Verwaltungswissenschaften sowie Soziologie in Potsdam, 2014 Master of Arts, 2015/16 wissenschaftliche Volontärin bei der Stiftung Berliner Mauer, seit April 2017 Doktorandin am ISB und ZZF sowie Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung.

[34] Vgl. Heiner Geißler, Die Neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente, Freiburg im Breisgau 1976.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ter Glotz' „Zweidrittelgesellschaft"[35] brachten diese Entwicklungen zum Ausdruck und avancierten zu politischen Schlagworten. Der DGB sprach ab Beginn der 1980er Jahre gar von einer „Neuen Armut"[36]: Infolge der andauernden Massenarbeitslosigkeit und aufgrund von Kürzungen bei der Arbeitslosenunterstützung hätten sich insbesondere die Lebensverhältnisse von (Langzeit-)Arbeitslosen verschlechtert. Es entfalteten sich vielfältige Debatten um mögliche Strategien armutsvermeidender Politik, in denen sich insbesondere der Gewerkschaftsbund als starker Wortführer einbrachte und zu profilieren suchte.

Dieser Ausgangslage nimmt sich das Projekt an, um die Rolle des DGB in der (bundes-)deutschen Armutsdebatte im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zu bestimmen und somit den gewerkschaftlichen Stellenwert sowie die Regulierungsversuche von Armut und Arbeitslosigkeit zu hinterfragen. Es gilt zu eruieren, welche Problemlösungen diskutiert und ergriffen wurden und wie sie mit den politischen Rahmenbedingungen korrespondierten. Die internen Debatten sowie die mediale Thematisierung dienen als Spiegel der Auseinandersetzungen, die sowohl diskursgeschichtlich als auch sozialhistorisch ausgewertet werden. Dabei reicht der Untersuchungszeitraum über den Epochenumbruch von 1989/90 hinweg bis in die 1990er Jahre, da sich Arbeitslosigkeit und Armut als markante sozialpolitische Herausforderungen im Vereinigungsprozess weiter verfestigten.

„Die Robbys kommen". Die IG Metall und die Durchsetzung der Mikroelektronik in den 1970er und 1980er Jahren (Moritz Müller[37]):

„Entweder wir werden mit den Technologien fertig oder sie mit uns"[38] – so lautete die Reaktion vieler Funktionäre der Industriegewerkschaft Metall (IGM) auf die Durchsetzung der Mikroelektronik in der Arbeitswelt der 1970er und 1980er Jahre. Sie fürchteten, dass die Innovationen von den Unternehmern dazu genützt würden, die Arbeit zu intensivieren, Arbeitnehmer zu dequalifizieren, Arbeitsplätze abzubauen und die Beschäftigten einer perfektionierten Herrschaft und Kontrolle zu unterwerfen. Zugleich betonten die Gewerkschafter, dass technische Neuerungen wie *Computerized Numerical Control* (CNC) -Werkzeugmaschinen oder Industrieroboter bei entsprechender Gestaltung auch als Mittel zur Humanisierung der Arbeit sowie zur Verkürzung der Arbeitszeit genutzt werden könnten.

Im Promotionsprojekt geht es anhand gewerkschaftlicher Publikationen und archivalischer Quellen um die Frage, wie die IGM die neuen Technologien rezi-

[35] Vgl. Peter Glotz, Die Arbeit der Zuspitzung: Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken, Berlin 1984.

[36] Vgl. Werner Balsen u. a., Die neue Armut. Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung, Köln 1984.

[37] Moritz Müller, M.A., Studium der Geschichte und Sozialwissenschaft in Bochum, 2016 Master of Arts, seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeitswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Doktorand am ISB und Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung.

[38] Wolfgang Mazurek, CAD/CAM-Strategien aus Sicht der Gewerkschaften, in: IG Metall (Hrsg.), CAD/CAM und Humanisierung. Arbeitstagung der IG Metall 30.11./01.12.1983, Frankfurt a. M. 1984, S. 41-58, hier S. 58.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

pierte und die Folgen für die Arbeitswelt zu gestalten suchte. Stuften die Funktionäre die Mikroelektronik als Chance und/oder Risiko ein? Dabei lässt sich zeigen, dass die Rezeption weit über Fragen der Ergonomie oder der Arbeitsplatzsicherheit hinausging. Die Durchsetzung ihrer Mitbestimmungs- und Gestaltungsambitionen war für die IGM – vor allem in den 1980er Jahren – richtungsweisend für die weitere Entwicklung der bundesdeutschen Gesellschaft. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten um die Digitalisierung der Arbeit unter den Schlagworten „Arbeit 4.0" und „Industrie 4.0" liefert das Projekt einen Beitrag zur „Vorgeschichte der Gegenwart".

Westdeutsche Gewerkschaften und der „Strukturbruch". Die Politik des DGB, der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in den 1970er und frühen 1980er Jahren (Sebastian Voigt[39]):

Das am IfZ und am ISB angesiedelte Vorhaben knüpft an die zeitgeschichtliche Debatte über die Wandlungsprozesse der 1970er und frühen 1980er Jahre an. Der Untersuchungsgegenstand ist zunächst der DGB, der als Dachverband primär seine Mitgliedsgewerkschaften auf politischer Ebene repräsentierte. Außerdem werden mit der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik (IG CPK) und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) sowohl der industrielle Sektor als auch der Dienstleistungsbereich abgedeckt. Mit dieser Auswahl soll ein umfassendes Bild der westdeutschen Gewerkschaftslandschaft dieser Jahre gezeichnet werden. Dabei gilt es die Diskurs- und Wahrnehmungsebene systematisch mit der gewerkschaftlichen Politik und der betrieblichen Praxis zu verknüpfen.

Folgende Leitfragen strukturieren das Vorhaben: Wie nahmen, erstens, der DGB, die HBV und die IG CPK den Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft im Untersuchungszeitraum wahr? Welche betriebs- und tarifpolitischen Schlussfolgerungen leiteten sie daraus ab? Zweitens, (wie) wirkte sich der Umgang mit den Veränderungsprozessen auf die innere Struktur der Verbände aus? Welche organisatorischen und programmatischen Anpassungen vollzogen sie? Wie gestaltete sich, drittens, das Verhältnis der Organisationen zur betrieblichen Ebene?

Dieses Forschungsdesign zielt auf mehrere Dimensionen des „Strukturbruchs". Neben der Krisenwahrnehmung werden die jeweiligen gewerkschaftspolitischen Antworten auf die veränderte Situation und die daraus resultierenden Gestaltungsversuche herausgearbeitet. Zwei Tiefenbohrungen in Unternehmen der Banken- und Chemiebranche fokussieren die gewerkschaftliche Betriebspolitik;

[39] Dr. Sebastian Voigt, 2013 Promotion an der Universität Leipzig, seit 2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter am IfZ, seit 2017 Koordinator des Graduiertenkollegs.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

hier wird es auch um die Betriebsräte der Dresdner Bank in München und der Bayer AG in Leverkusen gehen. Der Umgang mit der Einführung neuer Technologien im Finanzsektor und der Chemieindustrie sowie deren Implikationen für die Arbeitsbedingungen werden ebenfalls untersucht. Damit verbindet das Projekt einen sozial- und kulturgeschichtlichen Blick auf die Gewerkschaften in den 1970er und frühen 1980er Jahren mit organisationsgeschichtlichen Fragestellungen.

Sebastian Voigt

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dokumentation der Podiumsdiskussion „Wie nah ist uns die Zwischenkriegszeit? Geschichte und Aktualität der demokratischen Staatsgründungen nach dem Ersten Weltkrieg“

Das Aufkommen starker nationalistischer und antiliberaler Tendenzen vor allem in Ost- und Zentraleuropa hat die *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (VfZ) veranlasst, in ihrem zweiten „Podium Zeitgeschichte“ danach zu fragen, wie nah uns heute die schwierige Zeit zwischen den beiden Weltkriegen politisch und erinnerungskulturell ist. Aus den meisten Staatsgründungen nach 1918 im zentral- und osteuropäischen Raum erwuchsen bekanntlich sehr bald rechtsautoritäre oder rechtsextreme Regime.

Im Aprilheft 2018 haben Ota Konrád (Karls-Universität Prag), Ekaterina Makhotina (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn), Anton Pelinka (Central European University Budapest), Thomas Raithel (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) und Krzysztof Ruchniewicz (Universität Wrocław) ihre Standpunkte zu dieser Frage dargelegt. Am Donnerstag, 17. Mai, diskutierten sie, moderiert von VfZ-Chefredakteur Jürgen Zarusky, im Institut für Zeitgeschichte in München, wie heute in Deutschland, Österreich, Polen, Tschechien oder Litauen die Geschichte und das Scheitern der damaligen Demokratien behandelt werden und welche Relevanz dies für die Gegenwart hat.

Eine Dokumentation der Veranstaltung in Form kurzer Filmsequenzen und eines vollständigen Transkripts steht nun auf der der VfZ-Homepage unter www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/podium-zeitgeschichte/ zur Verfügung.

VfZ 66 (2018) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2018 DOI 10.1515/vfzg-2018-0038

… von der Redaktion betreut (Juni – Juli / August 2018)

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin mit dem Rezensionsjournal *sehepunkte* zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehepunkten* ihren Niederschlag, sondern auch in den Vierteljahrsheften selbst: In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den drei Monaten zuvor in den *sehepunkten* erschienen sind.

Angela Abmeier, Kalte Krieger am Rio de la Plata? Die beiden deutschen Staaten und die argentinische Militärdiktatur (1976–1983), Düsseldorf 2017.
Rezensiert von: Victor M. Lafuente (Universität zu Köln) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2018/07/31442.html

Sebastian Bischoff, Kriegsziel Belgien. Annexionsdebatten und nationale Feindbilder in der deutschen Öffentlichkeit 1914–1918, Münster / New York 2018.
Rezensiert von: Christoph Brüll (Université du Luxembourg) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2018/07/31496.html

Stefan Maximilian Brenner, Die NATO im griechisch-türkischen Konflikt 1954 bis 1989, Berlin / Boston 2017.
Rezensiert von: Dionysios Chourchoulis (Ionian University, Corfu) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2018/07/31088.html

Svetlana Burmistr, Die „Minsker Zeitung". Selbst- und Fremdbilder in der nationalsozialistischen Besatzungspresse, Berlin 2016.
Rezensiert von: Siarhei Novikau (Staatliche Linguistische Universität Minsk) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2018/07/30301.html

Eckart Conze / Martin Klimke / Jeremy Varon (eds.), Nuclear Threats, Nuclear Fear and the Cold War of the 1980s, Cambridge 2017.
Rezensiert von: Nikolas Dörr (Universität Bremen) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2018/07/30491.html

Torsten Diedrich / Jens Ebert (Hgg.), Nach Stalingrad. Walther von Seydlitz' Feldpostbriefe und Kriegsgefangenenpost 1939–1955, Göttingen 2018.
Rezensiert von: Thomas Schlemmer (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2018/06/31680.html

VfZ 66 (2018) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2018 DOI 10.1515/vfzg-2018-0039

Nikolas Dörr, Die Rote Gefahr. Der italienische Eurokommunismus als sicherheitspolitische Herausforderung für die USA und Westdeutschland 1969–1979, Köln / Weimar / Wien 2017.
Rezensiert von: Bernd Lemke (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2018/06/30319.html

Rainer Eckert, Revolution in Potsdam. Eine Stadt zwischen Lethargie, Revolte und Freiheit (1989/90), Leipzig 2017.
Rezensiert von: Peter Ulrich Weiß (Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2018/07/30912.html

Doris Fuchsberger, Nacht der Amazonen. Eine Münchner Festreihe zwischen NS-Propaganda und Tourismusattraktion, München 2017.
Rezensiert von: Alexander Mayer (Universität der Bundeswehr München) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2018/07/31720.html

Thomas Großbölting / Christoph Lorke (Hgg.), Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017.
Rezensiert von: Max Trecker (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2018/06/30492.html

Jörn Happel, Der Ost-Experte. Gustav Hilger – Diplomat im Zeitalter der Extreme, Paderborn 2018.
Rezensiert von: Wolfgang Elz (Mainz) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2018/07/31723.html

Hanno Hochmuth, Kiezgeschichte. Friedrichshain und Kreuzberg im geteilten Berlin, Göttingen 2017.
Rezensiert von: Harald Engler (Leibniz-Institutfür Raumbezogene Sozialforschung, Erkner) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2018/07/30850.html

Sebastian Kalden, Über Kreuz in der Raketenfrage. Transnationalität in der christlichen Friedensbewegung in Westeuropa 1979–1985, Baden-Baden 2017.
Rezensiert von: Markus Thurau (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2018/06/30021.html

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Uwe Krähnke u. a., Im Dienst der Staatssicherheit. Eine soziologische Studie über die hauptamtlichen Mitarbeiter des DDR-Geheimdienstes, Frankfurt/M. 2017.
Rezensiert von: Stefan Donth (Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2018/06/31254.html

Knut Langewand, Die kranke Republik. Körper- und Krankheitsmetaphern in politischen Diskursen der Weimarer Republik, Frankfurt/M. u.a. 2016.
Rezensiert von: Jörn Retterath (München) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2018/07/30911.html

Jochen Lehnhardt, Die Waffen-SS: Geburt einer Legende. Himmlers Krieger in der NS-Propaganda, Paderborn 2017.
Rezensiert von: Roman Töppel (München) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2018/06/31426.html

Jamie Miller, An African Volk. The Apartheid Regime and Its Search for Survival, Oxford 2016.
Rezensiert von: Sarah Schwab (Universität Konstanz) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2018/07/30742.html

Paul-Moritz Rabe, Die Stadt und das Geld. Haushalt und Herrschaft im nationalsozialistischen München, Göttingen 2017.
Rezensiert von: Stefanie Middendorf (Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2018/06/30848.html

Dominik Reither u.a., Auf den Spuren verlorener Identitäten. Sowjetische Kriegsgefangene im Stalag VII A Moosburg, Norderstedt 2018.
Rezensiert von: Andreas Hilger (Deutsches Historisches Institut, Moskau) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2018/07/31668.html

Mark Edward Ruff, The Battle for the Catholic Past in Germany, 1945–1980, Cambridge 2017.
Rezensiert von: Daniel Gerster (Centrum für Religion und Moderne, Westfälische Wilhelms-Universität, Münster) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2018/06/30752.html

David Schick, Vertrauen, Religion, Ethnizität. Die Wirtschaftsnetzwerke jüdischer Unternehmer im späten Zarenreich, Göttingen 2017.
Rezensiert von: Lutz Fiedler (Selma Stern Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2018/06/31047.html

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Willibald Steinmetz / Michael Freeden / Javier Fernández-Sebastián (eds.), Conceptual History in the European Space, New York / Oxford 2017.
Rezensiert von: Dean Blackburn (University of Nottingham) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2018/06/30750.html

Moisej Beniaminowitsch Temkin, Am Rande des Lebens. Erinnerungen eines Häftlings der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Hg. v. Reinhard Otto, Berlin 2017.
Rezensiert von: Andreas Hilger (Deutsches Historisches Institut, Moskau) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2018/07/31668.html

Philipp Ther, Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa, Berlin 2017.
Rezensiert von: Susanne Greiter (Eitensheim) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2018/07/31257.html

Raquel Varela / Hugh Murphy / Marcel van der Linden (eds.), Shipbuilding and Ship Repair Workers around the World. Case Studies 1950–2010, Amsterdam 2017.
Rezensiert von: Eva Lütkemeyer (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2018/06/31012.html

Francesca Weil / André Postert / Alfons Kenkmann (Hgg.), Kindheiten im Zweiten Weltkrieg, Halle/Saale 2018.
Rezensiert von: Martina Winkler (Historisches Seminar, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2018/07/31602.html

Rezensionen zu Publikationen des IfZ (Juni – Juli / August 2018):

Bernd Heyl / Sebastian Voigt / Edgar Weick (Hgg.), Ernest Jouhy. Zur Aktualität eines leidenschaftlichen Pädagogen, Frankfurt/M. 2017.
Rezensiert von: Patrick Hesse (Freiburg/Brsg.) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2018/06/30930.html

Dierk Hoffmann / Andreas Malycha (Hgg.), Erdöl, Mais und Devisen. Die ostdeutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen 1951–1967. Eine Dokumentation, Berlin / Boston 2016.
Rezensiert von: Jan-Otmar Hesse (Universität Bayreuth) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2018/07/29947.html

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Christian Rau, Stadtverwaltung im Staatssozialismus. Kommunalpolitik und Wohnungswesen in der DDR am Beispiel Leipzigs (1957–1989), Stuttgart 2017.
Rezensiert von: Markus Goldbeck (Historisches Seminar, Westfälische Wilhelms-Universität, Münster) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2018/07/30193.html

Tim Szatkowski / Tim Geiger / Jens Jost Hofmann (Bearb.), Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1987, Berlin / Boston 2018.
Rezensiert von: Jost Dülffer (Historisches Institut, Universität zu Köln) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2018/07/31793.html

Margit Reiter, **Anton Reinthaller and the Beginnings of the Freedom Party of Austria. On the Political Formation of Former Nazis in Austria**

After 1949, many former National Socialists reorganised themselves in the Federation of Independents (*Verband der Unabhängigen*, VdU) and its successor party, the Freedom Party of Austria (*Freiheitliche Partei Österreichs*, FPÖ). As the first party leader of the FPÖ since 1955/56, Anton Reinthaller (1895–1958) played a central role in the political formation of the "Ehemalige" (former Nazi Party members). On the basis of the hitherto unused papers of Anton Reinthaller, the present contribution sketches the political career of the founder of the FPÖ from his time as an illegal National Socialist during Austrofascism, his appointment as a Nazi minister in 1938 and his various positions during the Nazi period up to his political biography after 1945. The correspondence, personal notes and court documents contained in his papers not only provide a good overview of the networks and the discourse among former Nazis after 1945, but also allow for the investigation of Reinthaller's position towards National Socialism and his retrospective self-presentations. The early history of the FPÖ is investigated by interlacing organisational history and a biographical approach: In its tension between biographical and ideological continuities on the one hand and the willingness and capability to adapt to different political circumstances on the other hand, the example of Anton Reinthaller reveals a typical "Austrian" perpetrator biography which has not been given much attention by research to date.

Susanna Schrafstetter, **Between Scylla and Charybdis? Munich Jews in Italy, 1933 to 1945**

Why did Jews from Germany seek refuge in fascist Italy? When did they go to Italy? How did they experience life in exile, during internment, and under German occupation? Based on the stories of 400 Munich Jews who fled to Italy between 1933 and 1940, Susanna Schrafstetter shows that emigration and flight to Italy were closely related to the expulsion of Jews of Polish background from Germany. A large percentage of the Munich Jews who arrived in Italy in 1939/40 possessed Polish passports. Whereas most foreign Jews left Italy after the promulgation of the Italian racial laws of 1938, not all of them were able to emigrate from Italy to other countries. The majority of those who remained, or were forced to remain, were interned after Italy's entry into the war in June 1940. The author describes the internment of the Munich Jews and demonstrates that nearly all of them were confronted with illness and suffering. Upon the German occupation of the Italian peninsula in September 1943, all Jews were threatened with arrest, deportation, and murder. Susanna Schrafstetter investigates regional differences in the implementation of persecution, and additionally sheds light on the heretofore insufficiently understood fate of Jewish partners in mixed marriages in Italy under German occupation.

VfZ 66 (2018) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2018 DOI 10.1515/vfzg-2018-0033

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Nicolai Hannig, **Georg Picht. Strategies of a Media Intellectual in the West German Public Sphere**

In the intellectual debates of West Germany, Georg Picht was always present. He dealt with educational and peace policy, the protection of the environment, development aid, demographic development and the global food crisis. He involved himself in the activities of government agencies and engaged in political consultancy. Yet the core of Picht's political activities was his journalistic work. Like few other intellectuals of the old West Germany, Picht was prominently present in the media. He was covered by the media and positioned himself in the media. Picht was capable of using the public attention he had created to portray himself as an idea provider on the one hand and as a competent organiser on the other hand. His media presence was not purely calculated and strategic, however. It was also a form of adaptation and shaped the character of the newly developing archetype of the media intellectual. Using Picht and his journalistic activities as an example, the article shows how intellectuals adapted to the media logic of the second half of the 20th century and were ready to let themselves be taken in by its production mechanisms.

Bernd Rother, **The SPD and El Salvador, 1979 to 1985. Left-Wing Politics in the Atlantic Triangle between West Germany, Central American and the USA**

Shortly after the overthrow of the Somoza dictatorship by the Sandinistas in Nicaragua in the summer of 1979, a unique political constellation emerged in El Salvador in the early 1980s. An association of guerrilla groups, which was allied with the Social Democratic *Movimiento Nacional Revolucionario* (MNR), attempted to overthrow the Christian Democratic led government, which was supported by the USA. Through common membership in the Socialist International, the SPD became a player within this conflict and supported the MNR. The SPD wanted to show that social revolutionary movements in the Third World could (unlike in the case of Cuba in 1959) garner help not just in Moscow, provided they were ready to acknowledge democratic principles. In doing so, the SPD was exposed to accusations of anti-Americanism and of collaborating with left-wing radicals both at home and from the USA. The activities in Central America were part of a new global strategy of the SPD. In the case of El Salvador, they finally resulted in efforts to reach a negotiated solution to the conflict, also in cooperation with the Centrist Democrat International.

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dr. Margit Reiter, ist Dozentin für Zeitgeschichte und Senior Research Fellow am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Wien (Spitalgasse 2-4, 1090 Wien); veröffentlichte u. a.: Unter Antisemitismus-Verdacht. Die österreichische Linke und Israel nach der Shoah (Innsbruck/München 2001); Die Generation danach. Der Nationalsozialismus im Familiengedächtnis (Innsbruck 2006); gemeinsam mit Helga Embacher (Hrsg.), Europa und der 11. September 2001 (Wien 2011); Die „Ehemaligen" nach 1945. Selbstpräsentationen, Antisemitismus und Antiamerikanismus, in: Lucile Dreidemy u. a. (Hrsg.), Bananen, Cola, Zeitgeschichte. Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert, Bd. 1 (Wien/Köln/Weimar 2015), S. 575-589; Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger NationalsozialistInnen im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: Zeitgeschichte 44 (2017), S. 143-159.

Dr. Susanna Schrafstetter, ist Professorin für deutsche und europäische Zeitgeschichte an der Universität von Vermont (133 South Prospect Street, Burlington, VT 05405, USA) veröffentlichte u. a.: Flucht und Versteck. Untergetauchte Juden in München. Verfolgungserfahrung und Nachkriegsalltag (Göttingen 2015); gemeinsam mit Alan Steinweis (Hrsg.), The Germans and the Holocaust. Popular Responses to the Persecution and Murder of the Jews (New York 2016); „Life in Illegality Cost an Extortionate Amount of Money". Ordinary Germans and German Jews Hiding from Deportation, in: Frank Bajohr/Andrea Löw (Hrsg.), The Holocaust and European Societies. Social Processes and Social Dynamics (London 2016), S. 69-85.

Dr. Nicolai Hannig, ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte und akademischer Rat auf Zeit am Lehrstuhl für Zeitgeschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München (Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München); Publikationen u. a.: Die Religion der Öffentlichkeit. Kirche, Religion und Medien in der Bundesrepublik 1945–1980 (Göttingen 2010); Kalkulierte Gefahren. Naturkatastrophen und Prävention seit 1800 (Göttingen 2019, i. E.); gemeinsam mit Malte Thießen (Hrsg.), Vorsorgen in der Moderne. Akteure, Räume und Praktiken (München 2017); gemeinsam mit Hiram Kümper (Hrsg.), Abenteuer. Zur Geschichte eines paradoxen Bedürfnisses (Paderborn 2015); Die Suche nach Prävention. Naturgefahren im 19. und 20. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 300 (2015), S. 33-65.

VfZ 66 (2018) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2018 DOI 10.1515/vfzg-2018-0040

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dr. Bernd Rother, ist Stellvertretender Geschäftsführer der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung in Berlin (Unter den Linden 62-68, 10117 Berlin); Publikationen u. a.: The Cooperation between the European and the Latin American Moderate Left in the 1970s and 1980s, in: Ders./Klaus Larres (Hrsg.), Willy Brandt and International Relations (London 2018, i. E.); gemeinsam mit Leopoldo Nuti/Frédéric Bozo/Marie-Pierre Rey (Hrsg.), The Euromissile Crisis and the End of the Cold War (Standford/Washington DC 2015); als Herausgeber: Willy Brandts Außenpolitik (Wiesbaden 2014).

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VfZ online

Auf unserer Homepage (www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/) finden Sie
- die Vorschau auf das kommende Heft (auch als ToC Alert abonnierbar),
- Informationen über das *German Yearbook of Contemporary History*,
- das Forum mit Diskussionsbeiträgen zu aktuellen Aufsätzen,
- die Dokumentationen (Video und Transkript) der Veranstaltungen im Rahmen des „Podiums Zeitgeschichte",
- die Videokolumne „Rückblicke" mit Re-Lektüren älterer Beiträge,
- Informationen zu den *sehepunkten*, der VfZ-Schreibschule etc.,
- das offene Heftarchiv der VfZ mit allen Ausgaben seit 1953 (Moving Wall: fünf Jahre) sowie den Zugang zum kostenpflichtigen elektronischen VfZ-Angebot beim Verlag DeGruyter Oldenbourg,
- Hinweise zu Abonnement und Einzelverkauf,
- Informationen zu Profil sowie Herausgebergremium und Redaktion und nicht zuletzt
- aktuelle Informationen zu den vielfältigen Themen rund um die VfZ.

Merkblatt für Autorinnen und Autoren

www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/autorenhinweise/

Begutachtungsverfahren

Die *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* sind eine referierte Zeitschrift, deren Beiträge in der Regel ein dreistufiges Begutachtungsverfahren zur Qualitätssicherung durchlaufen: Nach einer Sichtung und Bewertung der anonymisierten Beiträge durch die Redaktion werden externe Gutachten im In- und Ausland eingeholt (*Double Blind Peer Review*). Dann entscheiden Herausgeber und Redaktion nach eingehender Diskussion über die Veröffentlichung.

The *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* are a refereed journal. For quality control purposes, contributions as a rule run through a three step evaluation process: After review and assessment of the anonymised contributions by the editorial staff, external domestic and foreign expertises are obtained (Double Blind Peer Review). On this basis and after thorough debate, the chief editors and editorial staff then decide on publication.

VfZ 66 (2018) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2018 DOI 10.1515/vfzg-2018-0041

AUFSÄTZE

B e c k e r, Maximilian: „Keine Waffen für unsere Henker!“ Ehemalige Verfolgte des NS-Regimes und die westdeutsche Wiederbewaffnung 87

E d e n, Sören/M a r x, Henry/S c h u l z, Ulrike: Ganz normale Verwaltungen? Methodische Überlegungen zum Verhältnis von Individuum und Organisation am Beispiel des Reichsarbeitsministeriums 1919 bis 1945 487

E i k e l, Markus: „Die Herrschaft des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren“. Die Bundesrepublik Deutschland und die Entstehungsgeschichte des Internationalen Strafgerichtshofs 1993 bis 1998 9

G o l d s t e i n, Yossi: Warum wurde nach dem Sechstagekrieg kein Friede erreicht? 377

G r a f, Rüdiger: Verhaltenssteuerung jenseits von Markt und Moral. Die umweltpolitische Regulierungsdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland und den USA im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts 435

H a n n i g, Nicolai: Georg Picht. Strategien eines Medienintellektuellen in der westdeutschen Öffentlichkeit 617

H o m b e r g, Michael: Mensch | Mikrochip. Die Globalisierung der Arbeitswelten in der Computerindustrie 1960 bis 2000 – Fragen, Perspektiven, Thesen 267

K ö n i g, Malte: „Geschichte ist machbar, Herr Nachbar!“ Die Umbenennung der Berliner Kochstraße in Rudi-Dutschke-Straße 2004 bis 2008 463

K o r t ü m, Hans-Henning: „Gut durch die Zeiten gekommen“. Otto Brunner und der Nationalsozialismus 117

O s t i G u e r r a z z i, Amedeo: Das System Mussolini. Die Regierungspraxis des Diktators 1922 bis 1943 im Spiegel seiner Audienzen 201

R e i t e r, Margit: Anton Reinthaller und die Anfänge der Freiheitlichen Partei Österreichs. Der politische Werdegang eines Nationalsozialisten und die „Ehemaligen“ in der Zweiten Republik 539

R o t h e r, Bernd: Die SPD und El Salvador 1979 bis 1985. Linke Politik im atlantischen Dreieck von Bundesrepublik, Zentralamerika und USA 645

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

S c h e r n e r, Jonas: Lernen und Lernversagen. Die „Metallmobilisierung“ im Deutschen Reich 1939 bis 1945 233

S c h r a f s t e t t e r, Susanna: Zwischen Skylla und Charybdis? Münchner Juden in Italien 1933 bis 1945 577

W e i t k a m p, Sebastian: Ein Rückzugsgefecht des Rechtsstaats 1934. Der Prozess gegen SS-Sturmbannführer Heinrich Remmert wegen Häftlingsmisshandlungen im KZ Esterwegen 43

W i l l e m s, Bastiaan: Nachbeben des Totalen Kriegs. Der Rückzug der Wehrmacht durch Ostpreußen und seine Folgen 403

PODIUM ZEITGESCHICHTE

Wie nah ist uns die Zwischenkriegszeit? Geschichte und Aktualität der demokratischen Staatsgründungen nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland, Österreich, Polen, Litauen und der Tschechoslowakei 295

K o n r á d, Ota: Widersprüchlich und unvollendet. Die Demokratie der Ersten Tschechoslowakischen Republik 1918 bis 1938 337

M a k h o t i n a, Ekaterina: Die Nähe Smetonas. Nationale Identitätskonstruktion und Demokratie in Litauen 326

P e l i n k a, Anton: Österreich: Fremdbestimmung und Selbstzerstörung. Die lange Suche nach der – nach einer – Identität 309

R a i t h e l, Thomas: Noch immer ein Schreckbild? Das heutige Deutschland und die Weimarer Republik 299

R u c h n i e w i c z, Krzysztof: Drei Daten, drei Anfänge. Das polnische Dilemma 317

65 JAHRE VfZ

65 Jahre VfZ – Traditionen und Perspektiven 1

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

NOTIZEN

Horst Möller zum 75. Geburtstag 161

Im Laboratorium der Marktwirtschaft: Zur Geschichte der Treuhandanstalt 1989/90 bis 1994. Ein neues Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte 167

12. Aldersbacher Schreib-Praxis. Ein anwendungsorientiertes Seminar des Instituts für Zeitgeschichte und des Verlags De Gruyter Oldenbourg (23. bis 27. Juli 2018) 187

Von der Reichsbank zur Bundesbank: Personen, Generationen und Konzepte zwischen Tradition, Kontinuität und Neubeginn 1924 bis 1970. Ein neues Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte in Kooperation mit der London School of Economics and Political Science 349

Wandel der Arbeitswelt – Ökonomische Transformationen, Gewerkschaften und soziale Ungleichheit seit den 1970er Jahren. Ein Graduiertenkolleg als Kooperationsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte, des Zentrums für Zeithistorische Forschung und des Instituts für soziale Bewegungen 685

VfZ-ONLINE

Dokumentation der Podiumsdiskussion „Wie nah ist uns die Zwischenkriegszeit? Geschichte und Aktualität der demokratischen Staatsgründungen nach dem Ersten Weltkrieg“ 701

Jahrgang 66 (2018), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2018_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de